



Landtag von Baden-Württemberg

54. Sitzung

15. Wahlperiode

Stuttgart, Donnerstag, 13. Dezember 2012 • Haus des Landtags

Beginn: 9:32 Uhr

Mittagspause: 12:51 bis 13:52 Uhr

Schluss: 18:11 Uhr

INHALT

Eröffnung – Mitteilungen des Präsidenten	3129	Abg. Paul Locherer CDU	3154, 3170
1. Aktuelle Debatte – Bildungsabbruch statt Bildungsaufbruch – Verlierer sind unsere Kinder – beantragt von der Fraktion der CDU	3129	Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE	3158
Abg. Volker Schebesta CDU	3129, 3140	Abg. Alfred Winkler SPD	3162
Abg. Sandra Boser GRÜNE	3131, 3142	Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP	3165
Abg. Gerhard Kleinböck SPD	3133, 3143	Minister Alexander Bonde	3168
Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP	3135, 3144	Beschluss	3171
Ministerin Gabriele Warminski-Leitheußer	3137	b) Einzelplan 09: Ministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie, Frauen und Senioren – Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft – Drucksache 15/2609	3172
2. Aktuelle Debatte – Vorwärts war gestern – kein Umsteuern der CDU bei eingetragenen Lebenspartnerschaften – beantragt von der Fraktion GRÜNE	3145	Abg. Wilfried Klenk CDU	3172
Abg. Brigitte Lösch GRÜNE	3145, 3152	Abg. Manfred Lucha GRÜNE	3175, 3188
Abg. Thaddäus Kunzmann CDU	3147, 3153	Abg. Rainer Hinderer SPD	3177
Abg. Florian Wahl SPD	3148, 3153	Abg. Jochen Haußmann FDP/DVP	3180
Abg. Jochen Haußmann FDP/DVP	3149, 3154	Ministerin Katrin Altpeter	3183, 3184
Minister Dr. Nils Schmid	3150	Abg. Thaddäus Kunzmann CDU (Kurzintervention)	3184
3. Fortsetzung der Zweiten Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Gesetz über die Feststellung des Staatshaushaltsplans von Baden-Württemberg für die Haushaltsjahre 2013/14 (Staatshaushaltsgesetz 2013/14 – StHG 2013/14)		Beschluss	3188
a) Einzelplan 08: Ministerium für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz – Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft – Drucksache 15/2608	3154	c) Einzelplan 10: Ministerium für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft – Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft – Drucksache 15/2610	3189
		Abg. Ulrich Lusche CDU	3189, 3202
		Abg. Daniel Renkonen GRÜNE	3191, 3203
		Abg. Johannes Stober SPD	3192, 3204
		Abg. Andreas Glück FDP/DVP	3195, 3204
		Minister Franz Untersteller	3197
		Beschluss	3205

d) Einzelplan 13: Ministerium für Verkehr und Infrastruktur – Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft – Drucksache 15/2613	3205	Abg. Hans-Martin Haller SPD	3211
		Abg. Jochen Haußmann FDP/DVP	3213
		Minister Winfried Hermann	3215
Abg. Nicole Razavi CDU	3205, 3219	Beschluss	3219
Abg. Andreas Schwarz GRÜNE	3209, 3210	Nächste Sitzung	3220
Abg. Peter Hauk CDU (zur Geschäftsordnung) . .	3210		

Protokoll

über die 54. Sitzung vom 13. Dezember 2012

Beginn: 9:32 Uhr

Präsident Guido Wolf: Meine Damen und Herren! Ich eröffne die 54. Sitzung des 15. Landtags von Baden-Württemberg.

Krankgemeldet sind eine ganze Reihe von Kollegen: Herr Kollege Dr. Birk, Herr Kollege Heiler, Herr Kollege Nemeth, Herr Kollege Pix, Herr Kollege Schoch und Herr Kollege Schwehr. Wir wünschen allen gute Besserung.

Aus dienstlichen Gründen entschuldigt haben sich Herr Ministerpräsident Kretschmann, ab etwa 14:00 Uhr Herr Minister Gall sowie ab 18:00 Uhr Frau Ministerin Bauer.

Dienstlich verhindert sind Frau Ministerin Krebs ab 16:00 Uhr, Frau Staatsrätin Erler und Herr Minister Friedrich.

(Abg. Peter Hauk CDU: Ist eigentlich noch jemand von der Landesregierung da?)

Wir treten in die Tagesordnung ein.

Ich rufe **Punkt 1** der Tagesordnung auf.

Aktuelle Debatte – Bildungsabbruch statt Bildungsaufbruch – Verlierer sind unsere Kinder – beantragt von der Fraktion der CDU

Das Präsidium hat die für eine Aktuelle Debatte üblichen Redezeiten festgelegt: bei einer Gesamtrededzeit von 40 Minuten jeweils fünf Minuten für die einleitenden Erklärungen der Fraktionen und fünf Minuten für die Redner in der zweiten Runde.

Auch die Mitglieder der Landesregierung werden gebeten, sich an den vorgegebenen Redezeitrahmen zu halten.

(Unruhe)

– Ich darf Sie bitten, zur Ruhe zu kommen.

(Anhaltende Unruhe – Zurufe: Pst!)

Wir führen die Aktuelle Debatte mit Blick auf § 60 Absatz 4 der Geschäftsordnung in freier Rede.

Das Wort für die CDU-Fraktion erteile ich Herrn Kollegen Schebesta.

Abg. Volker Schebesta CDU: Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Über Bildungspolitik wird im Land Baden-Württemberg wieder viel geredet. Ihnen, Frau Kultusministerin, müssten dabei die Ohren klingen, so viel, wie es bei diesen Gesprächen auch um Sie geht. „Wie lange ist sie noch im Amt?“ „Wer wird ihr Nachfolger?“ All das sind die Fragen, die nicht nur auf den Fluren diskutiert werden.

(Abg. Muhterem Aras GRÜNE: Haben Sie nichts anderes zu tun? – Zuruf des Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE – Vereinzelt Heiterkeit)

Was sagen die Verbände? Was machen die Verbände? Der Philologenverband sammelt Unterschriften für einen eigenständigen gymnasialen Bildungsplan – gegen Ihre Bildungsplanüberlegungen. Vier Lehrerverbände machen eine gemeinsame Presseaktion gegen die Streichung von Lehrerstellen. Der VBE sammelt in kürzester Zeit 7 000 Unterschriften gegen die Streichung von Lehrerstellen, wie Sie sie in den Haushalten vorgesehen haben. Die GEW lädt für heute Mittag um 16:30 Uhr zu einer Demonstration gegen Ihre Politik der Streichung von Lehrerstellen ein.

Das sind beispiellose Zeugnisse für den Bildungsabbruch, den Sie hier im Land Baden-Württemberg betreiben.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Muhterem Aras GRÜNE: Was macht die CDU?)

Ich will dafür drei Punkte beispielhaft nennen.

Der erste Punkt sind die Stellenstreichungen. Wir hören aus den Schulen schon heute, die Unterrichtsversorgung in diesem Schuljahr sei so schlecht wie nie zuvor. Stolz hat der Finanzminister in den Haushaltsberatungen erwähnt, dass in diesem Schuljahr 3 300 Stellen aus der demografischen Rendite nicht abgebaut worden seien. Die Leute in den Schulen, die Lehrerinnen und Lehrer, die Eltern fragen sich zu Recht: Was passiert eigentlich – wenn die Unterrichtsversorgung schon jetzt so schlecht ist bei 3 300 Lehrerstellen, die nicht abgebaut worden sind – im nächsten Schuljahr, in dem Sie 1 000 Lehrerstellen aus dem Schülerzahlenrückgang abbauen wollen?

Für den weiteren Ausbau der Ganztagschule und für den weiteren Ausbau der Gemeinschaftsschule haben Sie überhaupt nichts an Stellen übrig, weil Sie in den Haushaltsberatungen zugestanden haben, dass der komplette Schülerzahlenrückgang kalkulatorisch in den Lehrstellenabbau eingeflossen ist. Alles, was Sie zusätzlich machen, wird vollumfänglich aus der Unterrichtsversorgung finanziert werden und wird zulasten der Unterrichtsversorgung gehen.

Frau Ministerin, in Sachsen ist der Kultusminister zurückgetreten, weil er einen Lehrstellenabbau nicht mitmachen wollte. Vor kurzer Zeit ist in Bremen die Kultusministerin zurückgetreten, weil sie nicht mehr Stellen bekommen hat. Nicht mehr Stellen! Von Ihnen hat man überhaupt nichts davon gehört, dass Sie sich gegen diesen Lehrstellenabbau, der in Ba-

(Volker Schebesta)

den-Württemberg stattfindet, gewehrt hätten. Aber es ist halt auch blöd, wenn man mit einem Rücktritt nicht drohen kann, weil sich viele mehr als nur heimlich darüber freuen würden, wenn Sie ihn anbieten würden.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP – Zuruf des Abg. Helmut Walter Rüeck CDU)

Der zweite Punkt ist die Politik zu Schulstandorten. Seit dem Sommer gehen Sie durch das Land und erzählen, 40 Schülerinnen und Schüler pro Klassenstufe sei die Mindestschülerzahl, mit der man in der Politik Ihrer Landesregierung rechnen muss. Das wäre ein Kahlschlag im ländlichen Raum, aber auch im städtischen Bereich, wo in kleine Schulen viel Geld investiert worden ist. Experten sagen, dass, wenn es bei diesen Zahlen bleibt, 50 % der Haupt- und Werkrealschulen geschlossen werden müssen.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Das ist klar!)

Sie, Frau Ministerin, haben zugelassen, dass das mit dem Zungenschlag gemacht wird, wo es weniger als 40 Schüler pro Klassenstufe gebe, sei pädagogisch keine sinnvolle Arbeit möglich. Das ist eine Ohrfeige für diejenigen Lehrerinnen und Lehrer, die an solchen Schulen, von denen wir in Baden-Württemberg nicht wenige haben, engagiert eine gute Arbeit machen.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: So ist es! Unglaublich! – Glocke des Präsidenten)

Präsident Guido Wolf: Kollege Schebesta, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Lehmann?

Abg. Volker Schebesta CDU: Da Sie die Redezeit dann entsprechend verlängern würden, ja.

Präsident Guido Wolf: Bitte schön.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Das steht in der Geschäftsordnung! – Gegenruf: Das weiß er doch!)

Abg. Volker Schebesta CDU: Deshalb sage ich es.

(Unruhe)

Abg. Siegfried Lehmann GRÜNE: Vielen Dank, Herr Kollege Schebesta. – Ich habe folgende Frage: Wie beurteilen Sie die Situation, dass wir an den Haupt- und Werkrealschulen heute in 63 % der Klassen Schülerzahlen von unter 20 haben? Ist das noch tragfähig?

Abg. Volker Schebesta CDU: Die Zahl, die Sie, Herr Lehmann, erwähnen, ist nicht die Zahl, über die wir diskutieren, wenn wir über die Politik der Regierung sprechen. Sie wollen Schulen schließen, die 40 Schülerinnen und Schüler pro Klassenstufe nicht erreichen. Das ist die Zahl, mit der Sie durch das Land gehen. Das würde bedeuten, dass Sie 50 % der Schulen schließen. Das geht nicht in unserem Land Baden-Württemberg.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Wenn man eine solche Politik verfolgt, sind damit aber natürlich Probleme verbunden, und deshalb kommen Sie auch überhaupt nicht in die Gänge mit dem, was Sie da vorhaben. Der Ministerpräsident hat angekündigt, politische Entscheidungen dazu würden im Herbst getroffen. Sie, Frau Ministerin, haben im Landtag gesagt: nach den Herbstferien.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Nach welchen?)

Jetzt bin ich einmal gespannt, ob Sie die Bewährungsprobe bestehen, dies wenigstens bis Februar hinzubekommen, dem Zeitpunkt, zu dem die personellen Entscheidungen für das Kultusministerium getroffen werden sollen. Verhindern Sie bis dahin das Schulsterben, das die Regierungskoalition angekündigt hat!

Der dritte Punkt, den ich ansprechen möchte, ist, dass überhaupt noch nicht klar ist, wohin die Reise in der Bildungspolitik von Grün-Rot eigentlich gehen soll. Sie von den Regierungsfractionen haben in Ihren Wortmeldungen vielfach zum Ausdruck gebracht, dass Sie alle Schularten durch die Gemeinschaftsschule ersetzen wollen.

(Abg. Hans-Ulrich Scerkl GRÜNE: Schebestas Märchenstunde! Meine Güte!)

Jetzt haben der Ministerpräsident und die Grünen gesagt, die Kultusministerin spreche zunächst einmal von einem Zweisäulenmodell. Das aber, was Sie unter einem Zweisäulenmodell verstehen, ist eine Mogelpackung. Denn beim Zweisäulenmodell geht man landläufig davon aus, dass beide Säulen zu unterschiedlichen Bildungszielen führen,

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: So ist es!)

dass nämlich in der einen Säule Haupt- und Realschule zusammengefasst werden und in der anderen Säule das Gymnasium als alleiniger Weg zum Abitur auf allgemeinbildenden Schulen geführt wird.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Ja!)

Sie wollen aber ganz bewusst eine Konkurrenz zwischen Gemeinschaftsschule und Gymnasium auf dem Weg zum Abitur.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Genau! So ist es! Eine Schule für alle!)

Deshalb stellt sich schon die Frage, ob Sie nicht weiterhin Ihr Ziel aufrechterhalten, alle Schularten durch die Gemeinschaftsschule zu ersetzen.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Ja! Genau so ist es! – Abg. Claus Schmiedel SPD: Das ist aber ein harter Vorwurf! Wir sind entsetzt! – Glocke des Präsidenten)

Präsident Guido Wolf: Gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Gruber?

Abg. Volker Schebesta CDU: In der zweiten Runde. Sonst habe ich keine Zeit mehr.

(Volker Schebesta)

Diese Frage stellt sich auch deshalb, weil natürlich Ihre Politik der Ankündigung des einheitlichen Bildungsplans genau in die Richtung zielt, dass Sie nur noch ein Schulmodell, nämlich die Gemeinschaftsschule, für die Schulen vorsehen.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Eine Schule für alle! Genau so ist es!)

Auch da ist Ihnen der Ministerpräsident, sind Ihnen die Grünen in die Parade gefahren.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Eine Schule für alle! – Abg. Claus Schmiedel SPD: Das ist ja unglaublich!)

Der Ministerpräsident kündigt an, es gebe einen Bildungsplan für das Gymnasium. Bei Ihnen hört sich das ganz anders an: Es gebe einen Bildungsplan für das achtjährige Gymnasium.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Ja!)

Heißt das jetzt, dass in den Schulen, in denen es neunjähriges und achtjähriges Gymnasium parallel gibt, die Lehrer in die eine Klasse mit dem Bildungsplan für das achtjährige Gymnasium und in die andere Klasse mit dem Bildungsplan für die Gemeinschaftsschule gehen? Das ist doch alles kurios, was da aus Ihrem Haus kommt.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Sie bekommen nicht einmal eine so fachliche Frage inhaltlich so gut transportiert, dass dies an den Schulen als Fortschritt angesehen wird.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Genau! Bravo! – Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: So ist es!)

Stellenpolitik, Standortpolitik, inhaltliche Überlegungen – all das steht für Bildungsabbruch. Die Verlierer sind unsere Kinder. Hören Sie auf mit dieser Art von Politik.

(Anhaltender Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Bravo! Schön! – Abg. Wolfgang Drexler SPD: Um Gottes willen! Ja sag mal! – Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Die Rede wird durch noch so viel Klatschen auch nicht besser!)

Präsident Guido Wolf: Für die Fraktion GRÜNE spricht die Kollegin Boser.

Abg. Sandra Boser GRÜNE: Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Jahrelang wurde es von der alten Landesregierung versäumt, notwendige Verbesserungen im Bildungsbereich durchzuführen.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Notwendige Veränderungen blieben aus, und der Protest bei Lehrern und Eltern war in der Zeit der alten Landesregierung riesengroß.

(Lachen bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Volker Schebesta CDU: Aber nicht so groß wie jetzt!)

Was war die Folge davon? Baden-Württemberg war Schlusslicht bei der Zahl der Kleinkindbetreuungsplätze. Baden-Württemberg war Schlusslicht bei der Zahl der Ganztagschulen.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: So ist es!)

Baden-Württemberg hatte die niedrigste Anzahl an Krankheitsvertretungen.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Letzter Platz!)

Baden-Württemberg hatte den höchsten Grad von Abhängigkeit zwischen Bildungserfolg und Elternhaus.

(Lebhafte Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Baden-Württemberg hatte kaum inklusive Schulangebote. Das war die Folge von 57 Jahren CDU-Bildungspolitik, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Mit dem Pakt mit den Kommunen hat es die grün-rote Landesregierung geschafft, dass in Baden-Württemberg endlich der Ausbau der Kleinkindbetreuungsplätze gestartet wurde. Der Stein ist ins Rollen gekommen. Dieses Jahr wurden zum ersten Mal die Gelder – –

(Abg. Volker Schebesta CDU: Dass Sie nicht über Schule reden wollen, ist mir schon klar!)

– Herr Schebesta, das ist ein sehr interessanter Zwischenruf. Sie schließen damit aus, dass Kleinkindbetreuung und frühkindliche Bildung für den schulischen Erfolg von Bedeutung sind. Sehr schön, Herr Schebesta!

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Wolfgang Drexler und Abg. Andreas Stoch SPD zur CDU: Nichts kapiert! – Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: So ist es! Die haben es bis heute nicht kapiert!)

Die Zusage, dass wir den Zuschuss für die Betriebskosten verdreifachen, hat dazu geführt, dass die Kommunen in Baden-Württemberg endlich den Ausbau der Kleinkindbetreuung angegangen sind. Mit der praxisorientierten Erzieherinnenausbildung schaffen wir zusätzliche Fachkräfte, die damit auch den Kleinkindbetreuungsausbau unterlegen können.

Wir haben es geschafft, dass beispielsweise die Sprachförderung ab dem ersten Kindergartenjahr geleistet wird und nicht erst nach der Einschulungsuntersuchung, und zwar mit finanziellen Mitteln, nicht durch Sperrung von Stellen, sehr geehrter Herr Schebesta.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Zuruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

Die Einführung der Gemeinschaftsschule ist ein wesentlicher Meilenstein unseres Bildungsaufbruchs. Denn diese Schulen werden dem gerecht, was seit Jahren gefordert wurde. Die Gemeinschaftsschule macht endlich ein längeres gemeinsames Lernen möglich. Wenn Sie die TIMSS-Studie und die IGLU-Studie verfolgt haben, dann sehen Sie, dass die Grundschulen auch deswegen so erfolgreich arbeiten,

(Sandra Boser)

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Weil wir sie 58 Jahre lang so gehabt haben!)

weil sie das Prinzip der Gemeinschaftsschule schon längst übernommen haben, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Wir bieten den Kindern mit der Gemeinschaftsschule endlich die individuellen Möglichkeiten, die sie brauchen.

(Zuruf des Abg. Peter Hauk CDU)

Wenn hier herumgeplänkelt wird und dabei von einer sozialistischen Einheitsschule die Rede ist, stellt das eine Unverschämtheit gegenüber den Gemeinschaftsschulen dar. Ich frage Sie dann: In welchen sozialistischen Ländern gibt es denn die Gemeinschaftsschule?

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Gleichmacherei!)

Die Gemeinschaftsschule gibt es in so sozialistischen Ländern wie Finnland, Kanada und der Schweiz. Fragen Sie auch einmal Ihre Kollegen in anderen Bundesländern dazu, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD – Zuruf des Abg. Andreas Stoch SPD)

Uns geht es bei der Gemeinschaftsschule um die Individualität und darum, dass jedes Kind

(Abg. Peter Hauk CDU: Wir reden doch heute gar nicht über die Gemeinschaftsschule! Es geht doch um die ganzen anderen Pläne!)

den Bildungsabschluss anstreben kann, den es am Ende auch erreichen kann.

Sie, Herr Hauk, haben gestern in der Debatte zum Haushaltsplan sinngemäß gesagt: „Wenn die Schülerinnen und Schüler an der Gemeinschaftsschule Abschlüsse machen können wie den Realschulabschluss und den Hauptschulabschluss oder das Abitur,“

(Abg. Peter Hauk CDU: Bildungsgänge! Bildungsgänge! Getrennte, differenzierte Bildungsgänge! – Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Im Protokoll nachlesen!)

– Sie haben das auf die Abschlüsse bezogen –

(Abg. Peter Hauk CDU: Ich weiß das schon!)

„dann können wir über ein gemeinsames Ziel sprechen.“ Sehr geehrter Herr Hauk, Sie waren an einer Gemeinschaftsschule.

(Abg. Thomas Blenke CDU: Ich dachte, er war auf dem Gymnasium!)

Welche Angebote gibt es an einer solchen Gemeinschaftsschule? Es wird nach Leistung differenziert. Der Hauptschulabschluss, der Realschulabschluss und das Abitur sind die Schulabschlüsse, die am Ende im Raum stehen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Claus Schmiedel SPD: So ist es!)

Wir haben unter der neuen, grün-roten Landesregierung die individuelle Förderung an allen Schularten verbessert. Wir haben den Gymnasien Poolstunden gegeben;

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Genau!)

wir haben den Realschulen Poolstunden gegeben. Die Realschulen haben von Ihnen nie eine Poolstunde erhalten.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Die gab es schon lange vorher!)

Wir haben das eingeführt, nicht Sie, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Als weitere Maßnahme haben wir die Schulsozialarbeit im Land mit einer Drittelfinanzierung unterlegt. Sie behaupten bis heute, dass Schulsozialarbeit an den Schulen Aufgabe der Kommunen und der Landkreise sei. Wir sehen, dass die Schulen die Schulsozialarbeit brauchen. Deswegen war uns wichtig, den Kommunen und den Landkreisen diese Mittel zur Verfügung zu stellen.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Zuruf von der SPD: Bravo! – Abg. Thomas Blenke CDU: Können die anderen von Ihnen auch so schnell reden?)

Was den Übergang an ein berufliches Gymnasium betrifft, haben wir die Zahl der Klassen an den beruflichen Gymnasien erhöht, damit am Ende jede Schülerin und jeder Schüler die Möglichkeit hat, an einem beruflichen Gymnasium das Abitur zu machen.

(Zuruf des Abg. Peter Hauk CDU – Unruhe)

Wir haben das umgesetzt. Nicht Sie haben es umgesetzt, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Claus Schmiedel SPD: Sehr gut! – Abg. Thomas Blenke CDU: Denken Sie an die Stenografen!)

Die Schulen in freier Trägerschaft sind ebenfalls Einrichtungen, die nicht unter Ihrer Landesregierung die Zusage erhalten haben, dass die 80-%-Förderung umgesetzt wird. Vielmehr haben wir diesen die Zusage gegeben, und zwar nicht mit einer Milchmädchenrechnung à la CDU, dass, wenn die Schülerzahlen zurückgehen, die 80-%-Förderung irgendwann einmal erreicht wird. Nein, wir haben zusätzliche Mittel in den Haushalt eingestellt, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Wolfgang Drexler SPD zu CDU und FDP/DVP: Da seht ihr ganz schön alt aus! – Zuruf des Abg. Peter Hauk CDU)

Ein weiterer Punkt, meine Damen und Herren, bei dem wir Mittel investiert haben, während Sie jahrelang nichts getan haben, sind die Krankheitsvertretungen. Wir haben die Zahl der Stellen für Krankheitsvertretungen auf 1 500 erhöht.

(Abg. Volker Schebesta CDU: Und dafür kurzfristig die Mittel reduziert!)

(Sandra Boser)

Eine Erhöhung im Bereich der Krankheitsvertretungen stand schon lange gar nicht mehr zur Debatte.

(Abg. Volker Schebesta CDU: Das stimmt doch gar nicht!)

Sie haben hier jahrelang nichts getan.

(Abg. Volker Schebesta CDU: Das stimmt doch gar nicht! Die Schöpfungsmittel sind jedes Mal erhöht worden!)

Wir haben die Mittel für die Krankheitsvertretungen erhöht, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Thomas Blenke CDU: Eine Pause für die Stenografen!)

Das alles sind Punkte, die zeigen: Wir meinen es mit dem Bildungsaufbruch ernst. Wir werden ihn konsequent umsetzen. Nur können wir nicht in anderthalb Jahren das wiedergutmachen, was Sie 57 Jahre lang versäumt haben.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Oh-Rufe von der CDU und der FDP/DVP)

Es ist völlig klar, dass ein Wandel im System nicht überall geräuschlos abläuft. Aber die Demonstrationen, die Aufrufe, die draußen stattfinden, die richten sich nicht gegen unsere Bildungspolitik.

(Zuruf des Abg. Volker Schebesta CDU)

Darüber müssen Sie sich klar sein.

(Lachen bei der CDU und der FDP/DVP)

Die beziehen sich auf die Sparmaßnahmen. Diese Sparmaßnahmen haben Sie uns auferlegt:

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Lachen bei der CDU und der FDP/DVP – Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Es gibt 11 600 gesperrte Lehrerstellen im System, meine Damen und Herren. Diese Lehrerstellen haben nicht wir gesperrt, die haben Sie gesperrt.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Demonstrieren Sie doch mit! Gehen Sie doch raus! – Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Herr Schebesta, in der Debatte am 4. Februar 2010 haben Sie die Klassenteilersenkung als den großen Wurf der damaligen Landesregierung präsentiert.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Sie wollten doch auf 25 gehen!)

Es war völlig klar, dass dafür 3 500 Lehrerstellen im System gesperrt werden müssen. Sie haben damals gesagt: „Mit dem Rückgang der Schülerzahlen werden wir diese Lehrerstellen abbauen.“

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: So ist es!)

Wir müssen dies jetzt tun. Wir setzen es um. Denn wir wollen eine nachhaltige Bildungspolitik. Wenn jemand in 30 Jah-

ren an dieser Stelle Bildungspolitik umsetzen will, dann braucht er auch finanzielle Mittel. Die haben wir heute nicht zur Verfügung. Die wollen wir aber den kommenden Generationen wieder zur Verfügung stellen.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Staatssekretär Ingo Rust: So ist es! – Abg. Wolfgang Drexler SPD: Sehr gut!)

Wir werden den Bildungsaufbruch fortsetzen. Die regionale Schulentwicklungsplanung hätte bereits bei der Einführung der Werkrealschule umgesetzt werden müssen, denn schon damals war klar, dass nicht jede Haupt- und Werkrealschule im Land erhalten werden kann. Wenn Sie davon sprechen, dass wir 50 % der Schulen schließen müssen, frage ich: Was wäre denn bei Ihnen passiert? Wenn Sie das Gutachten der GEW hierzu heranziehen, dann ist Ihnen doch völlig klar, dass Sie, wenn Sie beim gegliederten Schulsystem bleiben, 75 % der Schulen hätten schließen müssen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Uns ist auch völlig klar, dass wir die gemeinschaftlichen Aufgaben – Inklusion, Ausbau der Ganztagsschulangebote, Ausbau der Kinderbetreuung –

(Abg. Peter Hauk CDU: Wo ist denn das Konzept zur Inklusion?)

nicht allein werden stemmen können. Das Land kann dies nur gemeinsam mit dem Bund und den Kommunen tun. Darum werden wir eine Veränderung beim Kooperationsverbot anstreben. Da können Sie uns im Bund gern unterstützen; denn diese Aufgabe werden wir nicht allein stemmen können.

(Abg. Peter Hauk CDU: Davon müssen Sie den Ministerpräsidenten noch überzeugen!)

Wir werden weiter auf unser Ziel einer inklusiven, sozial gerechten Bildungslandschaft in Baden-Württemberg hinarbeiten – ein Ziel, das Sie niemals verfolgt haben.

Herzlichen Dank.

(Anhaltender lebhafter Beifall bei den Grünen und der SPD – Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Präsident Guido Wolf: Das Wort für die SPD-Fraktion hat Kollege Kleinböck.

(Anhaltende Unruhe – Glocke des Präsidenten – Zuruf: So kann er gar nicht anfangen!)

Abg. Gerhard Kleinböck SPD: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Jetzt bringen wir uns einmal wieder herunter.

(Abg. Thomas Blenke CDU: Jetzt kommt die Verschneupause! – Heiterkeit – Weitere Zurufe von der CDU)

Wenn wir einmal ganz sachlich an diese Debatte herangehen,

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

dann werden Sie mit Blick in Ihre Planungen sehen, dass wir noch nicht einmal das vollziehen – bei Weitem nicht –, was Sie eigentlich geplant hatten. Das ist einfach so.

(Gerhard Kleinböck)

Zum Thema Stellenabbau darf ich noch einmal in Erinnerung bringen, was die Kollegin Boser gerade gesagt hat.

(Unruhe)

Die demografische Rendite, von der hier schon oft die Rede war, kann ich am Beispiel der Schule des Kollegen Käppeler noch einmal deutlich machen: Vor fünf Jahren waren dort 57 Viertklässler, heute sind es 31 Viertklässler. Der Prozess der Schulschließungen, der während Ihrer Regierungszeit natürlich schon begonnen hatte, wird an dieser Stelle unaufhaltsam voranschreiten, wenn wir nichts dagegen unternehmen.

(Abg. Volker Schebesta CDU: Wenn Sie etwas unternehmen, geht es erst richtig los!)

Liebe Kolleginnen und liebe Kollegen von der CDU, ich frage mich ganz ernsthaft: Hat sich schon einmal jemand von Ihnen die Mühe gemacht, sich dieses Konzept des längeren gemeinsamen Lernens im Detail anschauen?

(Abg. Volker Schebesta CDU: Darum geht es heute Morgen gar nicht!)

– Doch, darum geht es. Das ist nämlich auch ein Teil der Lösung des anstehenden Problems.

Ich gehe einmal davon aus, dass der Kollege Hauk hinter verschlossener Tür – das kann gern so sein, man muss sich ja erst entwickeln – den Kolleginnen und Kollegen der CDU-Fraktion die Begeisterung, die er beim Besuch der Gemeinschaftsschule erlebt hat, richtig vermittelt hat.

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Das ist nicht der Fall!)

– Hat er es nicht geschafft?

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Er hat es gar nicht probiert! – Weitere Zurufe – Vereinzelt Beifall – Unruhe)

– Dann muss er noch ein bisschen üben.

Herr Hauk, wenn Sie gestern von „Blindflug“ gesprochen haben,

(Abg. Peter Hauk CDU: Ja, weil es halt so ist!)

dann muss ich Ihnen eines sagen: Es gab einen Rückgang der Schülerzahlen um 10 % von 2002 bis 2010; gleichzeitig wurden 6 000 Lehrer mehr eingestellt – ein sicheres Zeichen dafür,

(Abg. Peter Hauk CDU: Für Qualität!)

dass es kein zeitgemäßes Informations- und Kommunikationssystem gibt. Das haben wir im Moment noch nicht; das gibt es einfach noch nicht.

(Vereinzelt Beifall – Zurufe von der CDU – Abg. Peter Hauk CDU: Waren Sie etwa gegen die Lehrerstellen? – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Ihre damaligen Kollegen wollten noch mehr Stellen! – Abg. Peter Hauk CDU: Ihre Kollegen wollten doch alle mehr!)

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, es ist in der Tat so, dass wir eine Lösung dieses Problems auch in diesem System, das nicht unbedingt ein Zweisäulensystem ist, aber –

(Abg. Peter Hauk CDU: Ja was jetzt? – Zuruf des Abg. Volker Schebesta CDU)

– Es gehört ja noch mehr dazu, liebe Kollegen. – Kollege Rülke, Sie reden von dem Schleifen des Gymnasiums. Das ist genauso Mist wie die Aussage des Kollegen Wacker, die Realschule solle zerschlagen werden.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Beide haben recht! – Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Trittschritte zur Gemeinschaftsschule!)

In der zweiten Säule ist angelegt, dass wir – – Schauen Sie doch einmal, was im Gemeinschaftsschulgesetz steht:

(Zuruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

Klassenstufen 5 bis 10. Die Sekundarstufe II kann aufgesetzt werden. So ist das. Im Grunde genommen haben Sie das noch gar nicht verstanden. Das muss man an dieser Stelle noch einmal deutlich machen. Wenn ich sage: „Zwei Säulen reichen nicht“, dann will ich einfach darauf hinweisen, dass wir bei der ganzen Debatte die Sonderschulen, die nach wie vor bestehen bleiben werden, und

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Die beruflichen Schulen!)

die beruflichen Schulen nicht vergessen dürfen.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Gut, dass Sie dazu stehen!)

Insofern kann ich da noch ein bisschen Aufklärung leisten.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Richtig!)

Die Gemeinschaftsschule selbst – auch das wissen wir längst – ist eine leistungsorientierte Schule, die eben mit unterschiedlichen Bildungsniveaus arbeitet.

(Zuruf des Abg. Volker Schebesta CDU)

Wenn hier vom Bildungsplan und von der Einheitsschule die Rede ist, ist das wieder ein Zeichen für das, was ich hier schon mehrfach gesagt habe: Jeder hier war in der Schule, jeder hier ist ein Bildungsexperte.

(Zurufe von der CDU)

Aber so ist es eben nicht, liebe Kolleginnen und Kollegen. Denn das Thema Niveaustufen hat der eine oder andere vielleicht einmal aus dem europäischen oder dem deutschen Qualifikationsrahmen kennengelernt.

(Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU)

Aber mehr ist da nicht zu erwarten.

(Abg. Peter Hauk CDU: Von Ihnen ist auch nicht mehr zu erwarten!)

Wir haben hier also sicher nicht 139 Bildungsexperten. Auch das darf ich noch einmal feststellen.

(Gerhard Kleinböck)

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Das stimmt! Da haben Sie recht! – Abg. Klaus Herrmann CDU: Wir waren alle in der Schule!)

– Ja, ja. Das reicht, um Bildungsexperte zu sein.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Aber Sie sind einer! – Unruhe)

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, vielleicht können wir uns darauf verständigen: Wenn es um die Kinder in diesem Land geht, wenn es darum geht, unsere Gesellschaft nachhaltig aufzustellen, wenn das auch bei Ihnen angekommen ist und Sie die Bereitschaft dazu zeigen, dann sind wir allemal gewillt, mit Ihnen auch einen Schulfrieden à la Baden-Württemberg zu vereinbaren.

(Abg. Peter Hauk CDU: Jetzt auf einmal kommt die Kreide! – Zuruf der Abg. Sabine Kurtz CDU)

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Präsident Guido Wolf: Für die Fraktion der FDP/DVP spricht der Kollege Dr. Kern.

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Herr Dr. Kern, enttäuschen Sie uns nicht!)

Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Frau Boser, ich fand Ihre Rede klasse.

(Beifall bei der FDP/DVP sowie Abgeordneten der CDU, der Grünen und der SPD – Zuruf von den Grünen: Wir auch!)

Machen Sie genau so weiter wie bisher, verteidigen Sie Ihren Stil. Denn dann ist dieser Bildungsirrsinn in drei Jahren vorbei.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU – Zuruf des Abg. Wolfgang Drexler SPD)

Der Ministerpräsident hat gestern gesagt – ich habe genau zugehört –: „Unsere ... politische Agenda ... stößt auf den Zuspruch unserer Bevölkerung.“ Ein Stück weit hat er da natürlich recht. Bei einer SWR-Umfrage vom Mai dieses Jahres haben in der Tat 62 % der Befragten gesagt, sie seien mit der Arbeit der Landesregierung zufrieden.

(Zuruf des Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE)

Aber Liberale nehmen für sich in Anspruch, dass sie den Dingen eben ein bisschen auf den Grund gehen. Gehen wir jetzt einmal wirklich in diese Umfrage hinein und fragen wir uns:

(Zurufe der Abg. Beate Böhlen und Jörg Fritz GRÜNE)

Was sagt denn die Bevölkerung über die Bildungspolitik der grün-roten Landesregierung? Mit dieser Politik sind nämlich nur 32 % zufrieden, und 54 % sind explizit unzufrieden.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Hört, hört!)

Das war im Mai dieses Jahres. Da sind die ganzen Dinge, die wir in der Zwischenzeit erduldet haben, noch gar nicht eingepreist.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: So ist es! Bravo! – Zuruf der Abg. Rita Haller-Haid SPD)

Wie kommt der Ministerpräsident eigentlich dazu, die Behauptung aufzustellen – die durch nichts, aber durch gar nichts belegt werden kann –, dass die Bevölkerung diesen Kurs mitfahre?

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Das Gegenteil ist der Fall!)

Meine Analyse der Situation, der Stimmung in der Bevölkerung und Ihrer Bildungspolitik, kann ich belegen. Sie lautet: Es ist eine Mischung aus grüner Ideologie, rotem Dirigismus und einem ordnungspolitischen Blindflug.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Zuruf des Abg. Claus Schmiedel SPD)

Schauen Sie sich doch nur einmal die Stellungnahmen der Berufsverbände der letzten neun Monate an.

(Zurufe von der SPD)

– Das ist interessant: ein praktisches Beispiel für eine Regierung, die zuhört.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP und der CDU)

Schauen Sie sich doch nur einmal die entsprechenden Stellungnahmen der letzten neun Monate an. Der Berufsschullehrerverband Baden-Württemberg wettete am 26. April dieses Jahres unter der Überschrift „Düstere Perspektiven für berufliche Schulen“:

Rotstift gefährdet massiv berufliche Bildung in Baden-Württemberg.

Weiter heißt es in einer Pressemitteilung, ebenfalls vom 26. April:

Neue Schwerpunktsetzung der Landesregierung bringt berufliche Schulen in Turbulenzen ... Die beruflichen Schulen rücken immer mehr ins Abseits der baden-württembergischen Bildungspolitik.

Oder nehmen Sie die Stellungnahme des Verbands Bildung und Erziehung vom 5. November dieses Jahres:

Der Verband Bildung und Erziehung Baden-Württemberg will nicht tatenlos zusehen, wie die grün-rote Landesregierung die Schullandschaft völlig umzukrempeln versucht, gleichzeitig aber nicht bereit ist, die dafür notwendigen Ressourcen zur Verfügung zu stellen.

Ein weiteres Zitat des VBE, diesmal vom 22. November 2012:

Aus dem Bildungsaufbruch wird immer mehr ein Bildungssteinbruch.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Ach!)

(Dr. Timm Kern)

Das sagt nicht die Opposition, das sagen die Berufsverbände, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Sehr richtig!)

Die GEW – man brauchte eigentlich 20 Minuten, um das vorzutragen –

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Sind Sie in der GEW?)

schreibt in einer Pressemitteilung vom 3. August:

Bildungspolitik in der Sackgasse. Grün-rote Bildungspolitik desillusionierend und planlos.

Oder im September:

Grün-Rot bricht mit dem eigenen Koalitionsvertrag.

Dort heißt es weiter:

Die GEW berichtet von einer lehrerfeindlichen Stimmung in Teilen der Landesregierung und den Regierungsfraktionen. „Wir erleben immer wieder, dass Landespolitiker offenbar keine Ahnung vom Alltag in den Kitas, Klassenzimmern und Hörsälen haben, und hören viele abschätzigste Bemerkungen über die Arbeit der pädagogischen Profis.“

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: So etwas hätten wir nie gemacht!)

Das sagt nicht die Opposition in diesem Landtag, das sagt die GEW in diesem Land.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Am 25. September dieses Jahres hieß es – Zitat –:

Ministerpräsident Winfried Kretschmann und sein Stellvertreter Nils Schmid haben heute den Bildungs-Bankrott für Baden-Württemberg erklärt.

Das sind nicht wir, die das sagen, das ist die GEW, die dies, an Ihre Adresse gerichtet, sagt.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Dann sagen Sie doch mal was! – Gegenruf des Abg. Karl Zimmermann CDU: Wir sagen „Insolvenz“! – Abg. Claus Schmiedel SPD: Sind Sie Pressesprecher bei der GEW, oder?)

Die GEW nennt die Einbringung des Entwurfs des Doppelhaushalts einen „schwarzen Tag für die Bildung in Baden-Württemberg“. Und – wir haben es schon gehört – die GEW demonstriert hier vor dem Landtag gegen Ihre Bildungspolitik.

Es ist unglaublich, dass Sie immer noch diesen Murks verteidigen. Alle anderen sind sich einig,

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Welche „alle anderen“?)

dass das nur ins Chaos führt.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU)

Vor diesem Hintergrund möchte ich noch einmal an das Zitat des Ministerpräsidenten erinnern: Unsere Bildungspolitik „stößt auf den Zuspruch unserer Bevölkerung“. Da würde mich doch sehr interessieren, wie denn aus Ihrer Sicht die Ablehnung der Bildungspolitik aussehen würde.

Die Wahrheit über Ihre Bildungspolitik ist eine andere. Kein einziger Politikbereich der grün-roten Landesregierung steht derart im Kreuzfeuer der Fachverbände wie Ihre Bildungspolitik.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Völlig zu Recht! – Abg. Wolfgang Drexler SPD: Das sagen Sie bei jedem Referat!)

Kein einziger Politikbereich der grün-roten Landesregierung bekommt von den betroffenen Menschen ein derart vernichtendes Zeugnis ausgestellt wie Ihre Bildungspolitik, und kein einziger Politikbereich der grün-roten Landesregierung steht vor einem derartigen Scherbenhaufen wie Ihre Bildungspolitik.

(Zuruf der Abg. Muhterem Aras GRÜNE)

Deshalb: Legen Sie doch endlich einmal tragfähige Konzepte vor! Wo bleibt denn die regionale Schulentwicklungsplanung? Geben Sie Ihren Widerstand auf, und stimmen Sie dem FDP/DVP-Antrag zu,

(Zurufe von den Grünen: Nein, nein!)

eine Stellenbedarfserhebung für die Zukunft der Schulen in unserem Land vorzulegen.

(Abg. Sandra Boser GRÜNE: Wir sind in der Haushaltsdebatte!)

Das fordert mittlerweile doch sogar Ihre eigene Partei. Sind Sie denen auf dem Parteitag eigentlich auch so in die Parade gefahren, als dort ein Stellenentwicklungskonzept vorgeschlagen wurde?

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Sehr richtig!)

Statten Sie endlich die Berufsschulen mit dem Personal aus, das sie dringend brauchen, um ihre Überstundenbugwelle abzubauen, und bevorzugen Sie nicht permanent Ihr Lieblingskind Gemeinschaftsschule gegenüber allen anderen Schularten,

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Wir sind doch hier nicht auf dem Parteitag!)

sondern sorgen Sie für eine faire Gleichbehandlung aller Schüler und aller Lehrer in diesem Land.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Hören Sie auf, die Bildungslandschaft – Sie haben eine hervorragende Bildungslandschaft in Baden-Württemberg geerbt – mit dem ganz großen Schaufelradbagger umzugraben, und konzentrieren Sie sich auf die Bereiche, die tatsächlich zu reformieren sind.

(Dr. Timm Kern)

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Zurufe von den Grünen)

Denn sonst bleibt Ihre Bildungspolitik weiterhin eine Mischung aus grüner Ideologie – Sie wollen ja die e i n e Schule für alle –, rotem Dirigismus – denn Sie verweigern schulorganisatorische Freiheiten – und einem ordnungspolitischen Blindflug,

(Abg. Muhterem Aras GRÜNE: Wer hat denn die Maulkörbe in der Vergangenheit verpasst? Doch Sie!)

denn Sie richten massenhaft Gemeinschaftsschulen ein, ohne ein durchdachtes bildungspolitisches Gesamtkonzept für unser Land zu haben.

Und an die Adresse des abwesenden Ministerpräsidenten sage ich: Sie tragen für die aktuelle Situation, für diese verkorkste Bildungspolitik die politische Verantwortung. Stellen Sie sich dieser Verantwortung, Herr Ministerpräsident, und übernehmen Sie Führung in diesem Politikbereich, der es dringend nötig hat. Wenn Sie sich dieser Verantwortung weiterhin verweigern, läuft unser Land Gefahr, in diesem für die soziale Gerechtigkeit so wichtigen Politikbereich

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Plötzlich?)

nachhaltig Schaden zu nehmen.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU)

Präsident Guido Wolf: Für die Landesregierung spricht die Kultusministerin, Frau Warminski-Leitheußer.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Sie trägt schon Trauer!)

Ministerin für Kultus, Jugend und Sport Gabriele Warminski-Leitheußer: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Diese Landesregierung ist mit klaren Zielen angetreten. Wir bringen Bewegung.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: An die Wand! Bewegung an die Wand!)

Wir machen Schluss mit dem Reformstau in der Bildungspolitik. Wir sorgen für mehr Bildungsgerechtigkeit im baden-württembergischen Schulsystem. Und wir sorgen dafür, dass das Bildungssystem in Baden-Württemberg so aufgestellt ist, dass wir tatsächlich dem internationalen Wettbewerb standhalten können.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Stillstand in der Bildungspolitik ist sehr riskant, und Sie haben in den vergangenen Jahrzehnten die Bildungspolitik in Beton gegossen.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Lachen bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Das ist kein Fehler! Wir hatten verlässliche Strukturen!)

Da hat sich überhaupt nichts verändert. Stillstand in der Bildungspolitik ist nicht nur gefährlich für die Pädagogik an den

Schulen, sondern auch gefährlich in der Politik. Deshalb sind Sie abgewählt worden.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Volker Schebesta CDU: Bestimmt wegen der Bildungspolitik! – Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Das Volk hatte Sehnsucht nach Ihnen!)

Sosehr es Ihnen vielleicht Spaß macht, darüber zu spekulieren, was ich denn in meinem Amt tue, sollten Sie doch darüber nachdenken, wie Sie politische Mehrheiten zurückgewinnen.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Sie sind schon froh, wenn Sie im Amt sind! – Abg. Peter Hauk CDU: Wir denken nicht so viel darüber nach wie Sie! – Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Jedenfalls haben Sie es mit diesem Stil nicht geschafft.

(Zuruf des Abg. Helmut Walter Rüeck CDU)

Die Menschen haben verstanden, dass sich etwas tun muss,

(Abg. Volker Schebesta CDU: Vor allem die Lehrerverbände!)

und wir ermöglichen das. Denn in Wahrheit ist die traditionell gute Qualität des Schulsystems in Baden-Württemberg

(Beifall bei der CDU – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Bravo! – Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Das ist jetzt einmal eine ehrliche Aussage!)

durch diesen Stillstand in Gefahr geraten.

Noch einmal zur Erinnerung: Haben Sie denn wirklich Antworten darauf formuliert, was im baden-württembergischen Schulsystem zu tun ist?

(Zurufe von der CDU: Ja! – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Jawohl! – Gegenrufe von den Grünen und der SPD: Wo denn?)

Gab es eine Antwort auf die sinkende Nachfrage nach Hauptschule

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Werkrealschule!)

und Werkrealschule?

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Klassenteiler!)

Gab es eine Antwort auf den Umgang mit dem Schülerzahlenrückgang, insbesondere im ländlichen Raum? Gibt es eine Antwort auf die Frage, wie wir den engen Zusammenhang zwischen sozialer Herkunft und Bildungserfolg lockern können?

(Unruhe bei der CDU – Zuruf des Abg. Wolfgang Drexler SPD)

Gibt es eine Antwort auf den nachgewiesenen und von allen Wirtschaftsverbänden immer wieder deutlich hervorgehobenen steigenden Bedarf an Ganztagsangeboten in der Schule und im Elementarbereich? Und wo ist denn – wenn Sie die Lehrerinnen und Lehrer angeblich so unterstützen – die Ant-

(Ministerin Gabriele Warminski-Leitheußer)

wort darauf, dass die Lehrerinnen und Lehrer mehr Unterstützung brauchen, um mit Heterogenität in den Klassen umzugehen?

(Abg. Volker Schebesta CDU: Und deshalb bauen Sie Lehrerstellen ab, oder was? – Abg. Karl Zimmermann CDU: Deshalb machen Sie die Klassen größer?)

Wir haben die Poolstunden für die Realschulen eingeführt. Wir haben den G-8-Gymnasien mehr Stellen für individuelle Förderung zur Verfügung gestellt. Das waren wir, nicht Sie.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Deswegen finden heute auch Protestaktionen gegen Sie vor dem Landtag statt!)

Stattdessen haben Sie den Ruf nach Reformen in der Bildungspolitik in Baden-Württemberg überhört. Sie haben eben nicht zugehört. Sie haben nicht gesehen, was in der Bildungslandschaft passiert, wie sich unsere Schulen weiterentwickeln. Das haben Sie alles überhört. Deshalb sind Sie letztlich auch nicht mehr verantwortlich für diesen Bereich.

(Zuruf von der CDU: Sie auch nicht mehr lange!)

Wir haben in Baden-Württemberg seit der Übernahme der Regierungsverantwortung sehr viel Geld in die Hand genommen

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: In den Sand gesetzt!)

und konsequent in die Bildung investiert. Das ist nicht nur der inhaltliche Schwerpunkt, sondern auch der investive Schwerpunkt. Wir haben 346 Millionen € in die frühkindliche Bildung investiert. Wir haben, wenn wir alles zusammenrechnen, 581 Millionen € in die Schulen investiert. Hinzu kommen 179 Millionen € für die Hochschulpolitik. Das sind insgesamt 1,1 Milliarden €, die wir umgeschichtet und in Bildung investiert haben.

Das bildungspolitische Reformprogramm der Landesregierung trägt den Namen Bildungsaufbruch, weil Eltern, Lehrer, Schüler und Kommunalpolitiker gemeinsam etwas Neues entwickeln. Wir haben die Weichen in diese Richtung mit der Einführung der Gemeinschaftsschule dauerhaft gestellt, meine sehr verehrten Damen und Herren, und haben damit gerade im ländlichen Raum ermöglicht, dass Schulstandorte qualitäts gesichert und erreichbar sind und mit einem breiten Angebot erhalten werden können.

Das dreigliedrige Schulsystem ist doch in Wahrheit der Totengräber der Schulstandorte im ländlichen Raum.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Peter Hauk CDU: Herr Stickelberger sitzt schon auf der Regierungsbank, damit er nicht klatschen muss! – Vereinzelt Heiterkeit)

Wir ermöglichen mit der Gemeinschaftsschule eine strukturierte Weiterentwicklung und eine pädagogische Qualitätsentwicklung.

Diese Aufbruchstimmung ist im Land zu spüren.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Jawohl! Und Sie sind die Hoffnungsträgerin! Das spürt man!)

– Ja, das spürt man. Wenn man rausgeht und sich die Schulen anschaut, spürt man das ganz genau. Reden Sie doch mit den Leuten! Reden Sie mit den Menschen vor Ort, die jetzt die Anträge stellen.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Ich bin jeden Tag in der Schule! – Unruhe)

Wir haben 42 Schulen, die bereits sehr erfolgreich arbeiten, und 120 Anträge für die Gemeinschaftsschule.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Machen Sie doch einmal eine Umfrage an den Schulen, wie die dazu stehen!)

Das ist eine sehr, sehr breite Unterstützung.

Die jungen Menschen in Baden-Württemberg profitieren vom Bildungsaufbruch – ja, selbstverständlich. Sie profitieren dadurch, dass wir ausreichend Krippenplätze zur Verfügung stellen, sie profitieren dadurch, dass jedes Kind im Kindergarten, das einen Sprachförderbedarf hat, diese Sprachförderung auch bekommt.

(Zuruf des Abg. Wolfgang Drexler SPD)

Sie profitieren davon, dass die Grundschulen jetzt Stunden zur Verfügung haben, um mit den Kindertageseinrichtungen zusammenzuarbeiten.

(Abg. Peter Hauk CDU: Sie haben doch die Bildungshäuser abgemeiert!)

Die Kinder profitieren davon, dass sie jetzt in der dritten Klasse nicht mehr unter dem Druck stehen, eine verbindliche Grundschulempfehlung befolgen zu müssen.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Zurufe von der CDU)

– Reden Sie mit den Eltern und hören Sie, wie erleichtert sie sind, dass sie in den Familien nicht mehr diesen Druck haben und ihre Kinder nicht mehr triezen müssen, tatsächlich immer wieder die besten Noten zu schreiben, sondern dass die Kinder ihre Lernprozesse deutlich entspannter gestalten können.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Zurufe von der CDU und der FDP/DVP – Glocke des Präsidenten)

Präsident Guido Wolf: Frau Ministerin, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Thom?

Ministerin für Kultus, Jugend und Sport Gabriele Warminski-Leitheußer: Nein.

(Oh-Rufe von der CDU – Zuruf: Sie sagen, Sie reden mit den Leuten! – Abg. Peter Hauk CDU: Die Redezeit wird auch verlängert! – Zurufe der Abg. Karl-Wilhelm Röhm und Helmut Walter Rüeck CDU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die individuelle Förderung haben wir – ich sagte es bereits – vorangebracht, indem wir die Schulen, die ganz besonders von dem veränderten Übergangverhalten betroffen sind, nämlich die Realschulen und die Gymnasien, erstmals durch zusätzliche Poolstunden unterstützt haben.

(Ministerin Gabriele Warminski-Leitheußer)

(Abg. Georg Wacker CDU: Die können Sie an einer Hand abzählen! – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Jetzt ist die Wahrheit raus! Alle können ganz locker auf das Gymnasium gehen!)

– Sie haben immer nur geredet, Sie haben aber nichts getan. Wir haben das Geld tatsächlich in die Hand genommen.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Das ist es nämlich, was die Lehrerinnen und Lehrer erwarten: dass wir ihnen zuhören und dann tatsächlich auch das tun, was sie von uns erwarten.

Sie stellen sich jetzt hin, heulen Krokodilstränen und erzählen, die Demonstranten würden sich in der Substanz gegen unsere Bildungspolitik wenden.

(Zurufe von der CDU)

Nein, in Wahrheit wird gegen eine Dreiviertelmilliarde Euro Schulden demonstriert, die Sie im Bildungsbereich hinterlassen haben.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Lebhafter Widerspruch bei der CDU – Glocke des Präsidenten)

Präsident Guido Wolf: Frau Ministerin, war das ein generelles Nein zu Zwischenfragen?

Ministerin für Kultus, Jugend und Sport Gabriele Warminski-Leitheußer: Ja, das war ein generelles Nein. Ich lasse Zwischenfragen heute nicht zu.

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Endlich einmal ein klares Wort, Frau Ministerin! – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Nicht einmal mit mir wollen Sie sprechen! – Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Sie haben eine Schuldenlast von einer Dreiviertelmilliarde Euro hinterlassen, und ich muss das jetzt abstottern.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Widerspruch bei der CDU und der FDP/DVP – Lebhaftige Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Wir tun das deshalb, weil wir in der Tat verantwortlich mit Geld umgehen können. Sie haben versäumt, uns zu beweisen, dass Sie das können. Statt Kinder wirklich zu fördern, haben Sie jedem Schüler und jeder Schülerin in diesem Land einen Schuldenrucksack mit Altlasten von 500 € hinterlassen. Der wiegt schwer. Das ist keine Förderung.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Karl Zimmermann CDU: Dafür haben Sie die Studiengebühren aufgehoben! In einem Semester ist das für sie erledigt!)

Sie haben noch mehr versäumt. Dieses Land, dieser Innovations- und Wachstumsmotor in Europa,

(Abg. Volker Schebesta CDU: Ja, warum denn?)

dieses Baden-Württemberg

(Abg. Peter Hauk CDU: Unser Baden-Württemberg!)

– unser Baden-Württemberg – braucht ein Schulsystem, das tatsächlich auch zu Exzellenzen führt. Wir wissen doch mittlerweile aus allen vergleichenden internationalen Studien, dass die integrativen Schulsysteme die besseren Ergebnisse erbringen.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Wo? – Abg. Peter Hauk CDU: Wo denn? Das stimmt doch gar nicht!)

– Das ist in Asien so; das ist auch in Europa so.

(Vereinzelt Beifall – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Ja, die koreanische Paukschule! – Lebhaftige Unruhe – Glocke des Präsidenten)

– Nein, nein. Die internationale IGLU-Studie hat das ganz klar bewiesen.

(Anhaltende Unruhe – Glocke des Präsidenten – Zuruf: Kommen Sie mal zu Baden-Württemberg!)

– Wir sind noch in Deutschland. Moment! Innerhalb Deutschlands belegt Baden-Württemberg auch nicht mehr einen der Spitzenplätze. Der letzte Ländervergleich zu den Grundschulen hat das ganz klar gezeigt. Bayern liegt vorn, Sachsen liegt vorn.

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Die haben kein integratives System! – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Alles Schwarz-Gelb! – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Und die haben die Einheitsschule?)

Wir belegen den ersten Platz im Mittelfeld, und das bedeutet: Wir müssen besser werden. Deutschland belegt international nur noch die mittleren Ränge. Deshalb macht es Sinn, dass wir unser Bildungssystem pädagogisch auf den Stand bringen, den wir tatsächlich erreichen können.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Unsere Kinder haben es verdient, dass sie ihre Kompetenzen und das, was in ihnen steckt, tatsächlich voll entfalten können.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Sie haben unsere Kinder jedoch nicht verdient!)

Ansonsten verschenken wir unsere Talente, und das ist mit uns nicht zu machen.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Die Gemeinschaftsschule führt so, wie sie arbeitet, mit dem integrierten System, zu Begeisterung. Herr Hauk, Sie haben es doch selbst gesehen.

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Ja, ja! Da sah er wirklich alt aus!)

Ich zitiere Sie. Sie haben zum Abschluss gesagt, Sie seien „begeistert gewesen von der Begeisterung“,

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Warum auch nicht?)

die Sie an diesen Schulen vorgefunden haben. Das ist doch schon einmal ein Anfang, Herr Hauk. Lassen Sie uns doch bit-

(Ministerin Gabriele Warminski-Leitheußer)

te daran arbeiten, dass diese Begeisterung weiter um sich greift.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Andreas Stoch SPD: Bringen Sie diese Begeisterung in die CDU rein! – Gegenruf der Abg. Muhterem Aras GRÜNE: Das ist doch zwecklos!)

Denn das ist der Boden, auf dem tatsächlich gute Schule wächst.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Begeisterung herrscht in vielen Schulen! Kommen Sie mal in meine Schule! – Gegenruf des Abg. Martin Rivoir SPD)

Ich biete Ihnen weiterhin ausdrücklich an: Lassen Sie uns auf dieser Basis weiterarbeiten. Vielleicht kommen wir dann ja doch zu einem Konsens, wenn Sie sich endlich von der Begeisterung anstecken lassen

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Dazu sind Sie halt nicht die richtige Ministerin! – Glocke des Präsidenten)

und Ihre fundamentalistischen Positionen aufgeben.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Wie lange vorher haben Sie sich denn angemeldet, dass die Begeisterung gewachsen ist? – Glocke des Präsidenten)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, eines steht fest: Baden-Württemberg hat in den letzten anderthalb Jahren in der Bildungspolitik einen gewaltigen Schub erlebt,

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Nach hinten!)

und zwar einen Modernisierungsschub.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Und alle sind begeistert! Man merkt es an der landesweiten Begeisterung!)

Die Menschen, die am Puls der Zeit sind, haben das auch verstanden.

(Abg. Volker Schebesta CDU: Die Lehrerverbände also nicht, oder was?)

– Moment! Lesen Sie einmal ganz genau. Reden Sie mit den Leuten. Ich rede ständig mit den Lehrerverbänden.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Das sollten Sie auch tun! – Unruhe)

Wissen Sie, was sie mir sagen?

(Anhaltende Unruhe – Abg. Helen Heberer SPD: Herr Präsident!)

Die sagen mir: „Von der Sache her unterstützen wir Ihre Bildungspolitik voll.

(Abg. Volker Schebesta CDU: Aber sie sind halt nicht dafür!)

Aber wir möchten natürlich, dass die demografische Rendite im System bleibt.“ Das kann ich sogar verstehen. Aber wir

können das nicht; auch ich als Kultusministerin kann es nicht, weil ich Ihre Schulden abtragen muss.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Peter Hauk CDU: Wir konnten das immer!)

Denn wenn das so weiterginge – Sie haben doch Schulden aus der Vergangenheit immer nur weitergeschoben. Was hätten Sie denn gemacht, wenn Sie die Schuldenbremse hätten umsetzen müssen? Dann hätten Sie wohl die Verfassung gebrochen. Hätten Sie das getan?

(Abg. Peter Hauk CDU: Das ist doch gar nicht wahr! – Abg. Volker Schebesta CDU: Welche Verfassung? Ihr brecht doch die Landeshaushaltsordnung! – Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Sie brechen die Verfassung! – Abg. Wolfgang Drexler SPD: Eine Partei, die die Verfassung gebrochen hat, schafft das auch bei der Schuldenbremse! – Lebhaftige Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Sie wissen ganz genau, dass eine Sanierung erforderlich ist. Genau daran arbeiten wir. Wir beweisen, dass bildungspolitische Innovation, dass die Weiterentwicklung des Schulsystems und eine Haushaltskonsolidierung, die tatsächlich auch dem Tenor in diesem Land entspricht, nämlich dem Gebot, vernünftig und solide mit Geld umzugehen, möglich sind.

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Wenn Sie es nur täten!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich danke Ihnen ganz herzlich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Ein historischer Moment! Die letzte Rede der Ministerin!)

Präsident Guido Wolf: Für die CDU-Fraktion spricht Kollege Schebesta.

(Abg. Muhterem Aras GRÜNE: Kann nur noch schlimmer werden! – Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Schon die Debatte verloren, Herr Kollege!)

Abg. Volker Schebesta CDU: Frau Ministerin, ich habe drei Punkte angesprochen, die die Schulen vor Ort bewegen.

(Zuruf des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU)

Ich habe wenige Anknüpfungspunkte aus Ihrer Rede zu diesen drei Punkten.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Völlig richtig! Gar keine!)

Normalerweise geht eine Ministerin, geht ein Minister hier ans Rednerpult und konkretisiert die Regierungsarbeit. Von Ihnen kommt gar nichts, null Komma gar nichts.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Wolfgang Drexler SPD: Nein! Das war früher so!)

Stellensituation: Kollege Throm wollte Sie fragen, was Sie eigentlich zur Unterrichtsversorgung sagen, wenn schon in diesem Schuljahr im Stadtkreis Heilbronn in den Grundschulen überhaupt kein Ergänzungsbereich da ist. Wie wird das dann im nächsten Jahr, wenn Sie 1 000 Lehrerstellen abbauen?

(Volker Schebesta)

(Zurufe, u. a. der Abg. Muhterem Aras GRÜNE und Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

Sagen Sie einmal etwas zur Unterrichtsversorgung im nächsten Schuljahr.

Der zweite Punkt: Standortentwicklung. Sie haben gesagt, wir hätten keine Antwort auf den Schülerzahlenrückgang gehabt. Die Werkrealschule ist eingeführt worden.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Das hat doch nichts geholfen! Das Türschild ausgewechselt! Nichts geholfen! – Abg. Wolfgang Drexler SPD: Nichts geholfen!)

– Herr Schmiedel, ganz ruhig. Hören Sie doch einmal zu. – Über 100 Hauptschulstandorte sind schon in der ersten Runde bei der Weiterentwicklung zur Werkrealschule aufgegeben worden, und an über 100 Standorten sind Außenstellen gebildet worden,

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Außenstellen!)

die bei der Schülerzahlenentwicklung in den nächsten Jahren ohne Probleme in einen Standort hätten fließen können.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Ja!)

Wir haben die Grundlage dafür gelegt,

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Was denn jetzt? Massives Schulsterben! – Abg. Wolfgang Drexler SPD: Massives Schulsterben!)

dass wir einem Drittel der Hauptschulstandorte eine Weiterentwicklungsperspektive angeboten hatten.

Sie sind an die Regierung gekommen und haben gesagt: „Die Werkrealschule ist gescheitert.“

(Abg. Andreas Stoch SPD: Das war Sterbehilfe, keine Entwicklung!)

Damit ist diese Politik ad absurdum geführt worden.

(Beifall bei der CDU – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Jawohl! – Abg. Claus Schmiedel SPD: Werkrealschule als Rettung!)

Zum Bildungsplan kam herzlich wenig von Ihnen.

Frau Boser,

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Sie weiß noch gar nicht, wie dieser aussieht!)

Sie haben angesprochen, dass wir Ihnen die Schuldenpolitik

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Sehr richtig!)

und das, was Sie in der Haushaltspolitik machen, auferlegt hätten, und Vorhaben seien nicht durchfinanziert worden.

(Lachen und Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Sehr richtig! – Abg. Wolfgang Drexler SPD: Guter Mann, der Schebesta! – Gegenruf des Abg. Andreas Stoch SPD: Der könnte was werden!)

Nur noch einmal, damit Sie das wissen: Seit eineinhalb Jahren regieren Sie.

(Beifall bei der CDU – Lachen bei den Grünen und der SPD – Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: CDU-Schuldenberg! – Weitere Zurufe – Glocke des Präsidenten)

Eine mittelfristige Finanzplanung ist immer ein Ansatzpunkt für Gespräche über Mehr oder Weniger.

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Nein, nein! Das stimmt so nicht! – Weitere Zurufe)

Aber dann entscheiden die aktuelle Landesregierung und die aktuellen Regierungsfraktionen, ob sie mehr oder ob sie weniger geben. Sie geben weniger in diesen Punkten.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Bravo! – Abg. Wolfgang Drexler SPD: So ist das nicht mit der mittelfristigen Finanzplanung!)

Wenn ich zum nächsten Schuljahr Ausführungen im Bericht zum Einzelplan machen und sagen würde: „Aus der demografischen Rendite wird der Ausbau der Ganztagschule finanziert und wird die Gemeinschaftsschule finanziert“ und im Finanzausschuss sagen müsste: „Wir haben alles aus dem Rückgang der Schülerzahlen in den Lehrerabbau gesteckt“, dann würde ich hier keine Sprüche über die Durchfinanzierung machen, wenn ich schon im nächsten Haushaltsjahr meine eigene Politik nicht finanziert hätte.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Bravo! – Abg. Claus Schmiedel SPD: 3 000 Lehrer sind im System! – Abg. Edith Sitzmann GRÜNE: Da haben Sie etwas nicht verstanden! – Weitere Zurufe)

Herr Kleinböck, es ist schwierig, in fünf Minuten in einer Aktuellen Debatte eine Fachdiskussion über Bildungsplanung zu führen. Aber jetzt bemühen wir uns doch einmal, zumindest über den Ansatz zu sprechen.

(Abg. Gerhard Kleinböck SPD: Er bemüht sich! – Zuruf des Abg. Martin Rivoir SPD)

Ich will Ihnen einmal aus dem Bildungsplan Werkrealschule Leitgedanken zum Kompetenzerwerb im Fach Mathematik vortragen – prozessbezogene Kompetenzen, Problemlösen –:

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Nein!)

Dabei lernen sie verschiedene Strategien kennen und anwenden. Sie entwickeln ein Handlungsrepertoire, um selbst zu verschiedenen Lösungswegen zu kommen.

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Es ist Vorlesetag heute!)

Haben Sie da irgendetwas von Entwicklung gehört, davon, dass man durch eigenes Denken wie im Gymnasium vorankommt?

Jetzt lese ich Ihnen nämlich einmal vor, was dazu im Bildungsplan Gymnasium steht – Leitgedanken zum Kompetenzerwerb für Mathematik, Problemlösen –:

... das eigene Denken beim Problemlösen kontrollieren, reflektieren und bewerten und so neues Wissen aufbauen ...

(Volker Schebesta)

Haben Sie dazu bei der Werkrealschule irgendetwas gehört?

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Genau!)

Es ist ein grundlegend anderer Ansatz,

(Zuruf des Abg. Alfred Winkler SPD)

von Klasse 5 an auf das Abitur vorzubereiten, als von Klasse 5 an darauf vorzubereiten, dass man in eine berufliche Bildung geht. Wer das nicht verstanden hat,

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

kann einen einheitlichen Bildungsplan vorbereiten. Dann machen Sie es so. Aber die Proteste dagegen, die Sie bekommen, zeigen, dass es fachlich nicht sehr gut vorbereitet ist.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/
DVP)

Präsident Guido Wolf: Für die Fraktion GRÜNE spricht Kollegin Boser.

(Abg. Peter Hauk CDU: Mittlerweile sind zwei sozialdemokratische Minister auf der Regierungsbank! – Abg. Claus Schmiedel SPD: Kein Wort zur Realschule! – Gegenruf des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Schmiedel ist verzweifelt!)

Abg. Sandra Boser GRÜNE: Sehr geehrter Herr Präsident! Herr Schebesta, ich gönne es Ihnen, dass Sie sich jetzt hier anhand der Lehrerverbände an uns abarbeiten können. Herr Dr. Kern, Sie zitieren wunderbar Presseartikel,

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD)

aber kein Mensch bezweifelt, dass im Bildungshaushalt 11 600 Lehrerstellen gesperrt sind. Sie sind die Einzigen, die das bezweifeln.

(Abg. Volker Schebesta CDU: Wo sind die gesperrt?
– Abg. Helmut Rau CDU: Nichts ist gesperrt! Das stimmt doch gar nicht!)

– Sie haben damals 900 Lehrerstellen gesperrt.

(Abg. Volker Schebesta CDU: Das heißt „k.w.-Vermerk“! Nicht „Sperrung“! – Zuruf des Abg. Wolfgang Drexler SPD)

– Künftig wegfallend.

(Abg. Peter Hauk CDU: „Künftig wegfallend“! Nicht wegfallend, sondern künftig wegfallend! – Abg. Helmut Rau CDU: Das ist doch Quatsch, Sperrung ist etwas ganz anderes!)

Die Vorschläge, die die Lehrerverbände dazu machen, wie wir diese Einsparung umlegen können, lauten beispielsweise: Einführung einer Erbschaftsteuer, Wiedereinführung einer Vermögensabgabe.

(Unruhe)

Das sind Punkte, die Sie auf Bundesebene auch einmal angehen können, um hier im Land Baden-Württemberg ein besseres Versorgungssystem zu bekommen.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Glocke des Präsidenten)

Präsident Guido Wolf: Frau Kollegin Boser, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Helmut Rau?

Abg. Sandra Boser GRÜNE: Am Ende. Ich habe nur noch zwei Minuten Redezeit.

Wenn Sie hier die Schulen im ländlichen Raum ansprechen, sage ich: Wir haben im ländlichen Raum überwiegend Haupt- und Werkrealschulen. Ist Ihnen bekannt, dass im ländlichen Raum die Fahrtwege zu Schulen, die andere Bildungsabschlüsse anbieten, seit Jahrzehnten erschwert wurden, dass es an manchen Standorten nicht möglich war, ans Gymnasium gefahren zu werden, weil die Busverbindungen so schlecht waren,

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Wo denn bitte? Reden Sie doch keinen Unsinn! So ein Quatsch!)

und dass wir mit der Einführung der Gemeinschaftsschule eine Schulart schaffen, an der alle Schulabschlüsse erworben werden können?

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Nennen Sie Beispiele!)

– Ich kann Ihnen Beispiele nennen, Herr Röhm. Ich wohne im ländlichen Raum. Fragen Sie doch einmal die Einwohner vor Ort.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Der Busverkehr ist auf den Schülerverkehr ausgerichtet! – Gegenruf des Abg. Wolfgang Drexler SPD: Kommen Sie doch einmal mit dem Bus von Plochingen nach Urach! Das schaffen Sie nie! – Zuruf des Abg. Volker Schebesta CDU – Unruhe – Glocke des Präsidenten)

– Es gibt bei Wolfach umliegende Orte wie beispielsweise Sankt Roman. Haben Sie einmal in Sankt Roman nachgefragt, wie man da zum Gymnasium kommt?

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Genau! – Abg. Volker Schebesta CDU: Jetzt gibt es in Sankt Roman eine Gemeinschaftsschule, oder was?)

An der Grundschule gibt es in Baden-Württemberg seit Jahren die geringste Stundentafel überhaupt. Wenn Sie uns hier mit Bayern vergleichen wollen, warum haben Sie damals nicht die Stundentafel angepasst und den Grundschulen die gleichen Möglichkeiten gegeben wie wir hier im Land?

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Noch ein Wort zum Bildungsplan: Herr Schebesta, Sie haben überhaupt nichts verstanden. Überhaupt nichts.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Lachen bei Abgeordneten der CDU – Abg. Peter Hauk CDU: Anscheinend aber andere auch nicht!)

Wenn Sie im Bildungsplan weiterlesen, können Sie lesen, dass es Niveaubstufungen gibt.

(Abg. Volker Schebesta CDU: Genau! Aber das ist etwas grundlegend anderes!)

(Sandra Boser)

Es geht darum, dass ein Bildungsplan die Kompetenzen zum Abschluss definiert. Diese Kompetenzen sind die gleichen. Ob der Abschluss am Gymnasium oder ob er an der Gemeinschaftsschule gemacht wird, immer braucht man zum Abitur die gleichen Kompetenzen. Für die beruflichen Gymnasien gilt genau das Gleiche. Deswegen ist die Kommission dieses Mal um Mitglieder der beruflichen Gymnasien erweitert worden, damit hier endlich eine Abstimmung stattfinden kann.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Georg Wacker CDU: Die hat doch noch gar nicht angefangen! Die Kommission hat doch noch gar nicht begonnen!)

Wenn der Abschluss an einer Realschule mit dem Werkreal-schulabschluss gleichgesetzt werden soll, braucht man die gleichen Kompetenzen, Herr Schebesta. Es geht um die Abschlussorientierung und nicht um einen einheitlichen Bildungsplan, bei dem am Ende jeder den gleichen Abschluss macht.

(Abg. Volker Schebesta CDU: Das ist etwas grundlegend anderes!)

Das ist der große Unterschied, den Sie nicht verstanden haben.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Glocke des Präsidenten)

Präsident Guido Wolf: Frau Kollegin Boser, gestatten Sie noch die Nachfrage des Kollegen Rau?

Abg. Sandra Boser GRÜNE: Ja.

Abg. Helmut Rau CDU: Frau Boser, Sie haben uns hier erzählt, dass 11 600 Stellen gesperrt übergeben worden seien. Das ist Unfug. Das will ich hier einmal ganz deutlich darstellen.

(Unruhe bei den Grünen und der SPD)

Kennen Sie den Unterschied zwischen gesperrten Stellen und k.w.-Stellen?

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: 9 000 sind es dann!)

Wenn eine Stelle einen k.w.-Vermerk hat, bedeutet das nichts anderes, als dass sie irgendwann wegfallen soll.

(Lachen bei Abgeordneten der Grünen und der SPD – Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Eigentor! – Lebhaftige Unruhe bei den Grünen und der SPD)

Das heißt nicht, dass sie gesperrt wäre. Das bedeutet für die Bildungspolitiker, dass sie darum kämpfen müssen, diese Stellen zu erhalten. Sie haben sie kampfflos preisgegeben,

(Beifall bei der CDU – Lebhaftige Unruhe bei den Grünen und der SPD)

obwohl Sie 3 Milliarden € Steuern mehr einnehmen, als in der mittelfristigen Finanzplanung vorgesehen waren. Das, was Sie hier vorgetragen haben, ist eine Bankrotterklärung der Bildungspolitik.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Lachen bei den Grünen und der SPD)

Abg. Sandra Boser GRÜNE: Wenn wir bis zum Jahr 2020 die verfassungsmäßige Schuldenbremse einhalten wollen und nicht 700 Millionen € neue Schulden für den Bildungshaushalt aufnehmen möchten,

(Abg. Volker Schebesta CDU: Wir haben die Schuldenbremse in den Jahren 2008 und 2009 und Sie 2011 und 2012 eingehalten! Ohne diese Streichung haben wir sie vier Jahre eingehalten!)

dann müssen wir diese Lehrerstellen in den kommenden Jahren abbauen. Es war in Ihrer Fraktion zu Ihren Regierungszeiten ganz klar, dass diese Lehrerstellen im Zuge des demografischen Wandels abgebaut werden.

(Abg. Volker Schebesta CDU: Das stimmt doch gar nicht!)

– Natürlich. Das können Sie in alten Protokollen selbst nachlesen, falls Sie es vergessen haben.

(Zurufe von der CDU: Was?)

Wir werden diese Lehrerstellen mit Blick auf die Lehrereinstellungssituation in den kommenden Jahren sukzessive abbauen. Wir brauchen andere Möglichkeiten wie regionale Schulentwicklung, wie Kooperationsverbot, um weitere Maßnahmen im Bildungsbereich finanzieren zu können, und zwar nachhaltig und nicht mit der Hoffnung, dass die Schuldenbremse vielleicht irgendwann gelockert wird oder wir zusätzliche Schulden machen können.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Präsident Guido Wolf: Für die SPD-Fraktion spricht Kollege Kleinböck.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Aber ganz ruhig!)

Abg. Gerhard Kleinböck SPD: Herr Schebesta, direkt zu Ihnen: Wir bedauern es auch, dass es uns nicht gelungen ist, in den anderthalb Jahren Ihre Schulden abzubauen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der Grünen – Abg. Volker Schebesta CDU: Abbauen? Sie machen nur neue Schulden!)

Herr Dr. Kern, Sie haben vom Erbe gesprochen. Eigentlich müsste man ein Erbe, das so viele Verbindlichkeiten beinhaltet,

(Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP: Ausschlagen!)

ausschlagen. Aber wir wissen natürlich, dass das nicht geht.

(Lachen des Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP)

Ich will nur zwei, drei Zahlen noch einmal in Erinnerung bringen.

(Zuruf des Abg. Helmut Walter Rüeck CDU)

Das Vorgriffsstundenmodell mit 1 000 Lehrerstellen haben Sie uns großzügig hinterlassen. Jetzt müssen wir dafür sor-

(Gerhard Kleinböck)

gen, dass dieser Ausgleich herbeigeführt wird. Wir haben eine Bugwelle von 3 000 Lehrerstellen übernommen.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Unglaublich!)

Auch da müssen wir schauen, wie wir mit dieser Erblast leben können.

Wenn Sie sagen, Sie hätten ein Konzept gehabt, wie es mit der Bildungspolitik weitergeht, dann darf ich nur an das Thema „Verpflichtende Kooperation zwischen Werkrealschule und Berufsfachschule“ erinnern. An allen beruflichen Schulen, an die ich komme, sind die Schulleiter heilfroh, dass dieser Mist nicht gekommen ist. An dieser Stelle muss man auch einmal deutliche Worte finden.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Wenn Sie hier den Bildungsplan Werkrealschule mit dem Bildungsplan Gymnasium vergleichen und daraus schließen, dass das zwei ganz unterschiedliche Bildungspläne wären, dann muss ich Ihnen wirklich attestieren: Sie haben davon keine Ahnung. Sie wissen nicht, was es bedeutet, mit Niveaustufen zu arbeiten. Aber wir können darüber gern noch einmal reden.

(Abg. Georg Wacker CDU: Wann? – Abg. Volker Schebesta CDU: Jetzt kommt halt nichts mehr!)

Wenn Sie über faire Gleichbehandlung reden, Herr Dr. Kern, dann betrachten wir vielleicht einmal den Kollegen Röhmer, bei dessen Schule eine Versorgung von 115 % besteht, und die beruflichen Schulen, die auf der anderen Seite teilweise mit einer Versorgung von unter 95 % arbeiten müssen. Auch das sind Fakten, die wir einfach zur Kenntnis nehmen müssen.

(Abg. Dr. Bernhard Lasotta CDU: Welchen Schluss ziehen Sie?)

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen von der Opposition, wenn dieser politische Klamauk und diese Diffamierungskampagne einmal beendet sind – wir haben bis zum Ende dieser Legislaturperiode schließlich noch dreieinhalb Jahre Zeit –,

(Abg. Peter Hauk CDU: Was heißt hier „Diffamierung“? Was meinen Sie damit? Da läuft nichts mehr!)

wenn es darum geht, dass wir uns wirklich um die Kinder kümmern, dann werden wir auch miteinander reden. Ich kann Ihnen sagen: Die Verbände, die Sie jetzt gegen uns hier ins Feld geführt haben,

(Abg. Peter Hauk CDU: Wir haben niemanden ins Feld geführt! Die kommen selbst!)

werden an unserer Seite sein. Denn die neue Bildungspolitik, um die es geht, wird von diesen Verbänden unisono mitgetragen. Daher können wir uns den Missbrauch der Proteste schenken. Das ist wirklich nicht mehr als politischer Klamauk.

Ich bitte Sie einfach im Sinne der Kinder in unserem Land und einer nachhaltigen gesellschaftlichen Entwicklung: Kommen Sie auf den Boden der Realität zurück. Lassen Sie uns gemeinsam reden. Ich biete nochmals an: Ein Schulfrieden in Baden-Württemberg würde diesem Land und insbesondere den Kindern guttun.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Präsident Guido Wolf: Für die Fraktion der FDP/DVP spricht Kollege Dr. Kern.

Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP: Herr Präsident! Das, was wir Liberalen an der grün-roten Bildungspolitik in erster Linie kritisieren, ist, dass Sie, meine Damen und Herren von Grün und Rot, keinen Rahmen haben. Sie haben kein bildungspolitisches Gesamtkonzept, sondern Sie stolpern von Reform zu Reform. Das merken die Menschen in unserem Land. Erstens.

Zweitens: Das, was Sie machen, ist eine Art Duftmarkenpolitik: hier ein bisschen etwas, da ein bisschen etwas. Sie haben im Wahlkampf versprochen, die verbindliche Grundschulempfehlung abzuschaffen. Also wird sie – völlig überstürzt – abgeschafft, ohne dass Sie sich überlegen, welche Konsequenzen das hat. Sie verschärfen dadurch die Not der Kommunen und die Auswirkungen des demografischen Wandels. Zudem nehmen Sie Studien nicht zur Kenntnis, die besagen, dass die soziale Schere nach der Abschaffung der verbindlichen Grundschulempfehlung z. B. in Nordrhein-Westfalen weiter auseinandergegangen ist.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Sehr richtig!)

Sie machen einfach Reformen, ohne sich zu überlegen: Welche Konsequenzen hat das für die Schulstandorte?

(Abg. Dieter Hillebrand CDU: Genau!)

Sie, Frau Ministerin, sagen hier dann, die Lehrerinnen und Lehrer, die Schülerinnen und Schüler, die Eltern der Grundschulkinder wären froh, dass aufgrund der Abschaffung der verbindlichen Grundschulempfehlung der Druck aus der Grundschule herausgenommen worden sei. Wer hat denn den Druck jetzt? Der Druck besteht doch jetzt in den weiterführenden Schulen, in den fünften Klassen.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU – Zuruf des Abg. Peter Hauk CDU)

Wissen Sie, was an manchen Gymnasien in der fünften Klasse mittlerweile gemacht wird? Da werden gleich zu Beginn Orientierungsarbeiten geschrieben, damit man weiß: Was für Schülerinnen und Schüler kommen jetzt? Wie sollen wir auf sie eingehen? Es kann doch nicht der Sinn sein, dass jetzt wieder eine Art Aufnahmeprüfung an den Gymnasien gemacht wird, weil die Lehrerinnen und Lehrer keine andere Chance haben, um zu erfahren: Was für Schülerinnen und Schüler haben wir in unseren Klassen?

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU)

Genau diese Praxisferne treibt die Lehrer fast zur Verzweiflung: Sie überlegen sich überhaupt nicht, welche Auswirkungen Ihre Politik für die Praxis hat.

(Abg. Dieter Hillebrand CDU: Genau! – Abg. Gerhard Kleinböck SPD: Schon einmal etwas von individueller Förderung gehört?)

Nächster Punkt: Eine Duftmarkenpolitik besteht nicht nur in Bezug auf die Abschaffung der verbindlichen Grundschulempfehlung, sondern auch bei dem Modellprojekt G 9 – lachhaft! Etwas, was über Jahrzehnte hervorragend funktioniert

(Dr. Timm Kern)

hat, führen Sie jetzt als Modellprojekt wieder ein. Ich glaube, dazu wurden über 50 Anträge gestellt.

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: 52!)

Gerade einmal 24 wollen Sie genehmigen.

(Abg. Edith Sitzmann GRÜNE: 22!)

Duftmarken! Überall ein paar Duftmarken,

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Nur Show!
Alles Show!)

weil Sie sich in der Koalition nicht einigen können, wie man es tatsächlich macht. Aus der Praxis heraus ist zu sagen, es wäre viel besser gewesen, Sie hätten mit dem Geld die beruflichen Gymnasien ausgebaut

(Abg. Edith Sitzmann GRÜNE: Haben wir doch auch!
– Zuruf: Keine Ahnung!)

und nicht G-9-Züge wieder duftmarkenmäßig eingeführt.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU)

Wir Liberalen wollen auch, dass Aufstieg durch Bildung möglich ist, natürlich. Aber mit Ihrer Politik verhindern Sie Aufstieg durch Bildung. Denn in Baden-Württemberg erhalten doch fast 60 % derjenigen, die eine Hochschulzugangsberechtigung haben, diese nicht über das allgemeinbildende Gymnasium, sondern über zahlreiche andere Wege.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: So ist es!)

Deshalb stimmen die Statistiken, die Sie hier vortragen, einfach nicht. Es stimmt nicht, dass in Baden-Württemberg der Bildungserfolg in überwiegendem Maß mit der sozialen Herkunft zusammenhängt. Wir können da noch besser werden. Aber die Menschen brauchen genau das Gegenteil von dem, was Sie in Ihrer Regierungspolitik machen.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU)

Die Ministerin hat auch noch den Mut, auf die Bildungspolitik in Bayern und Sachsen zu verweisen. Natürlich liegen diese Bundesländer, je nachdem, welche Umfrage man heranzieht, auch einmal vor uns. Aber Bayern hat die verbindliche Grundschulempfehlung. Sachsen hat die verbindliche Grundschulempfehlung,

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Sehr richtig!)

und beide Länder haben eben keine Gemeinschaftsschule.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Sehr richtig! – Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Die Mittelschule als Gemeinschaftsschule!)

Mit dem Hinweis auf Bayern und auf Sachsen begründen Sie Ihr Vorhaben. Übrigens regieren in diesen beiden Ländern CDU bzw. CSU und FDP. Sie begründen Ihren Murks mit diesen Ländern, die vor uns liegen. Das ist unfassbar.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU – Heiterkeit des Abg. Dieter Hillebrand CDU)

Zur Gemeinschaftsschule: Was ich Ihnen wirklich vorwerfe, ist, dass Sie immer zwei Dinge miteinander vermischen. Kein Mensch hat etwas dagegen, dass Schülerinnen und Schüler unterschiedlichster Herkunft und mit unterschiedlichsten Talenten unter einem gemeinsamen Dach lernen. Das wäre ja die Antwort auf die demografischen Probleme. Kein Mensch hat etwas gegen das Lernen unter einem gemeinsamen Dach.

(Abg. Bärbl Mielich GRÜNE: Aha!)

Aber Sie verschweigen immer, dass mit der Gemeinschaftsschule ein ganz bestimmtes pädagogisches Konzept mitgeliefert wird. Da haben die Menschen vor Ort eben nicht die Freiheit, sich dagegen zu entscheiden, sondern sie müssen diese Pädagogik immer einkaufen.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU – Glocke des Präsidenten)

Präsident Guido Wolf: Herr Kollege Dr. Kern, ich darf Sie bitten, zum Schluss zu kommen.

Abg. Dr. Timm Kern FDP/DVP: Ja. – Andere Modelle wie „Realschule plus“ oder Verbundschulen lassen Sie nicht zu.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Skandal!)

Deshalb ist es nicht in Ordnung, wenn Sie immer unterschiedliche Dinge miteinander verquicken und sagen: „Die Gemeinschaftsschule ist die Antwort auf die demografischen Probleme.“ Nein, geben Sie Freiheit, lassen Sie die Schulen vor Ort und die Menschen selbst entscheiden, was sie machen wollen. Sie zwangsbeglücken die Menschen mit dieser Pädagogik der Gemeinschaftsschulen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU)

Präsident Guido Wolf: Meine Damen und Herren! Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit ist Tagesordnungspunkt 1 erledigt.

Ich rufe **Punkt 2** der Tagesordnung auf:

Aktuelle Debatte – Vorwärts war gestern – kein Umsteuern der CDU bei eingetragenen Lebenspartnerschaften – beantragt von der Fraktion GRÜNE

Auch hier beträgt die Gesamtredezeit 40 Minuten, die Redezeit für die einleitenden Erklärungen und die Reden in der zweiten Runde fünf Minuten je Fraktion.

Mit Blick auf § 60 Absatz 4 der Geschäftsordnung bitte ich, die Aktuelle Debatte in freier Rede zu führen.

Für die Fraktion GRÜNE spricht die Kollegin Lösch.

Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Damen und Herren!

Die Ehe muss vor Homosexuellen geschützt werden – das ist der Tenor; mit dem das Unions-Establishment vor dem CDU-Parteitag

– Anfang letzter Woche –

Stimmung gegen den Antrag zum Ehegattensplitting für homosexuelle Lebensgemeinschaften macht.

(Brigitte Lösch)

(Abg. Peter Hauk CDU: Woher wissen Sie das? Das habe ich noch gar nicht gehört!)

So überschrieb die „Süddeutsche Zeitung“ einen Beitrag am 1. Dezember 2012.

(Abg. Peter Hauk CDU: Aus der Zeitung? Das ist doch ein Quatsch!)

Die Stimmungsmache war erfolgreich. Die CDU hat auf ihrem Parteitag die steuerliche Gleichstellung von gleichgeschlechtlichen Lebenspartnerschaften mit eindeutiger Mehrheit abgelehnt.

(Abg. Peter Hauk CDU: Ja, pluralistisch! Das ist doch das Demokratieprinzip in einer Volkspartei!)

Sehr geehrte Damen und Herren von der CDU, wann hören Sie endlich auf, Homosexuelle wie Menschen zweiter Klasse zu behandeln?

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD – Abg. Peter Hauk CDU: Das ist doch gar nicht wahr!)

Dabei hat alles so schön begonnen: 13 mutige MdBs, schnell als die „Wilden 13“ bekannt, haben einen Antrag zur steuerlichen Gleichstellung beim Parteitag zur Abstimmung gestellt. Mutig hat sich auch der Landesvorsitzende der CDU Baden-Württemberg Strobl aus der Deckung gewagt und diesen Antrag in der Öffentlichkeit unterstützt.

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Und ist als Bettvorleger gelandet! – Abg. Claus Schmiedel SPD: Und was hat Hauk gemacht?)

Strobl sagt – ich zitiere –:

Nach meiner Überzeugung ist es nicht die Aufgabe der Politik, individuelle Lebensentwürfe zu bewerten. Entscheidend ist vielmehr, dass zwei Menschen füreinander Verantwortung übernehmen: Ob dies ein Mann und eine Frau sind oder zwei Männer oder zwei Frauen, ist zweitrangig.

Was soll ich sagen? Dieser Mann hat recht, und diese Forderung findet unsere volle Unterstützung.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Doch was als Tiger lossprang, endete kläglich als Bettvorleger vor der Kanzlerin. Der Antrag fand mehrheitlich keine Unterstützung.

(Abg. Peter Hauk CDU: Weil wir halt eine pluralistische Volkspartei sind!)

Das zeigt doch ganz deutlich zweierlei auf: erstens welchen Einfluss die baden-württembergische CDU mit ihrem Landesvorsitzenden und ihrem neuen stellvertretenden Bundesvorsitzenden auf der Bundesebene hat, nämlich keinen.

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Kofferträger der Kanzlerin!)

Zweitens: Das war es dann erst einmal mit dem Thema „Modernität der CDU“.

Mit Ihrer Entscheidung gegen die steuerliche Gleichstellung von gleichgeschlechtlichen Lebenspartnerschaften haben Sie den Anschluss an eine sich wandelnde Gesellschaft verpasst und werden so auch in Zukunft in den Großstädten keine Mehrheiten mehr bekommen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD – Zurufe von der CDU)

Kollege Hauk, es ist übrigens bezeichnend, dass man im Vorfeld der Debatte von niemandem aus Ihrer Landtagsfraktion etwas gehört hat.

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Die haben sich alle weggeduckt!)

Wir hätten uns eine breite Unterstützung des Vorstoßes Ihres Vorsitzenden gewünscht.

(Zuruf des Abg. Helmut Walter Rüeck CDU)

Aber Fehlanzeige, die Fraktion hat sich weggeduckt:

Die baden-württembergische CDU-Fraktion hält sich ... in der Diskussion um die steuerliche Gleichbehandlung homosexueller Paare vorerst bedeckt.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Wie beim Nationalpark!)

Ich darf die Sprecherin von CDU-Fraktionschef Peter Hauk zitieren:

Das Thema bedarf einer intensiven Diskussion, die wir in der Fraktion führen werden.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Sehr gut! – Abg. Peter Hauk CDU: Das war im Sommer!)

Jetzt muss man wissen, dass diese Aussage vom August stammt.

(Abg. Peter Hauk CDU: Ja, genau!)

Jetzt frage ich Sie: Haben Sie schon die Zeit gefunden, diese intensiven Diskussionen zu führen, und, wenn ja, zu welchem Ergebnis sind Sie gekommen? Sind Sie bereit, mit den Realitäten umzugehen, oder ist Ihnen unser Motto „Gleiche Pflichten – gleiche Rechte“ etwa zu modern?

(Zuruf des Abg. Dieter Hillebrand CDU)

Eigentlich ist die Sache doch ganz einfach. Bei den Pflichten, die sich beispielsweise aus dem Sozialrecht ergeben, sind die gleichgeschlechtlichen Paare schon gleichgestellt. Folglich muss man ihnen jetzt doch auch im Steuerrecht die gleichen Rechte zugestehen. Ehe und Familie werden dadurch in keiner Weise schlechtergestellt.

Die Tatsache, dass Ehe und Familie nach Artikel 6 des Grundgesetzes unter besonderem Schutz stehen, stellen wir damit überhaupt nicht infrage. Aber das heißt doch nicht, dass man deshalb andere Lebensformen diskriminieren darf.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

„Es erscheint mir verfehlt, im Steuerrecht gleichgeschlechtliche Lebenspartnerschaften gleichzustellen“, schrieb der Kol-

(Brigitte Lösch)

lege Herrmann in der letzten Woche im „Staatsanzeiger“. Was heißt denn da „verfehlt“, meine Damen und Herren? Ich möchte nochmals Ihren Parteivorsitzenden zitieren:

(Zuruf des Abg. Dieter Hillebrand CDU)

„Es ist nicht Aufgabe der Politik, individuelle Lebensentwürfe zu bewerten.“ Das muss doch auch für das Steuerrecht gelten, auch wenn wir alle das Ehegattensplitting nicht mehr für zeitgemäß halten.

Dem „Staatsanzeiger“ konnte ich entnehmen, dass sowohl der Kollege Herrmann als auch die FDP gern ein Familiensplitting hätten. Die Grünen setzen sich für eine Individualbesteuerung ein. Aber solange es das Ehegattensplitting gibt, muss es aus Gründen der Gleichbehandlung eben auch auf eingetragene Lebenspartnerschaften angewandt werden.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Nur so kann die volle Gleichberechtigung erreicht werden. Denn ohne volle Gleichberechtigung bleibt jedes Reden über Toleranz heiße Luft.

Wir kämpfen für die volle Gleichstellung nach dem Grundsatz „Gleiche Pflichten – gleiche Rechte“. Unter der grün-roten Landesregierung hat sich in den letzten anderthalb Jahren mehr getan, als die CDU in 100 Jahren überhaupt hinbekommen würde.

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Kein Applaus!)

Das reicht von der Öffnung der Standesämter über die Gleichstellung von verpartnerten Beamtinnen und Beamten bis hin zu der Entscheidung, einen landesweiten Aktionsplan für Toleranz und Gleichstellung auf den Weg zu bringen, über den Vorurteile abgebaut und Konzepte gegen Homophobie für alle gesellschaftlichen Bereiche erarbeitet werden sollen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der CDU, geben Sie sich einen Ruck. Kommen Sie aus Ihrem ideologischen Schützengraben heraus, und kämpfen Sie gemeinsam mit uns, kämpfen Sie gemeinsam mit der grün-roten Landesregierung für den Grundsatz „Gleiche Pflichten – gleiche Rechte“ für homosexuelle Menschen und eingetragene Lebenspartnerschaften.

Danke schön.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD
– Zuruf des Abg. Helmut Walter Rüeck CDU)

Präsident Guido Wolf: Für die CDU-Fraktion spricht Kollege Kunzmann.

Abg. Thaddäus Kunzmann CDU: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Es ist schon auffallend, dass die Aktuellen Debatten von den Regierungsfractionen GRÜNE und SPD fast ausschließlich nur noch dazu genutzt werden, Themen zu behandeln, für die der Landtag eigentlich gar keine Kompetenz hat, sondern für die die Kompetenz in Berlin liegt.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Zurufe der Abg. Helmut Walter Rüeck CDU und Florian Wahl SPD)

Man hat den Eindruck, dass es Ihnen peinlich ist,

(Zuruf des Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE)

hier selbst über Ihre landespolitische Arbeit zu diskutieren.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP – Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: Und jetzt zur Sache, bitte!)

Dabei gäbe es genügend landespolitische Themen,

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Reden Sie doch einmal zum Thema!)

z. B. das Thema Armutsbekämpfung. Sie schaffen das Landeserziehungsgeld für einkommensschwache und junge Familien im Handstreich ab und geben dafür 1 Million € für Armutsberichtserstattung.

(Zuruf des Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE)

Sie streichen also bei der Armutsbekämpfung, um anschließend über Armut zu berichten.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Das Thema der Aktuellen Debatte lautet ganz anders, Herr Kollege! Reden Sie doch bitte zum Thema!)

Das sind die Kompetenzen dieses Landtags. Darüber müssen wir diskutieren. Da haben wir Entscheidungsgewalt, und genau dafür sind wir gewählt.

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Dass Homosexuelle für Sie kein Thema sind, glaube ich Ihnen sofort! – Zuruf des Abg. Manfred Lucha GRÜNE – Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Der CDU-Bundesparteitag hat mit großem Engagement 90 Minuten über das Thema diskutiert.

(Abg. Edith Sitzmann GRÜNE: Oi!)

Er hat sich in der Abwägung für ein Familiensplitting und gegen das Ehegattensplitting für eingetragene Lebenspartnerschaften ausgesprochen. Im Ergebnis haben beide Seiten bestätigt, es hat sich um eine Sternstunde politischer Diskussionskultur gehandelt.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Lachen bei den Grünen – Gegenruf des Abg. Peter Hauk CDU: Bloß weil denen das Ergebnis nicht passt! – Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Wenn das eine Sternstunde war, ist es ansonsten bei euch zappenduster!)

Ich war dabei, und ich kann das auch bestätigen.

Damit klar ist, worüber wir diskutieren, möchte ich einfach einmal den Beschluss des Bundesparteitags im Wortlaut vorlesen – mit Erlaubnis des Präsidenten –:

Ehe und Familie mit Kindern sind das Fundament unserer Gesellschaft. Wir respektieren aber auch die Entscheidung von Menschen, die in anderen Formen der Partnerschaft ihren Lebensentwurf verwirklichen.

(Thaddäus Kunzmann)

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Darüber dürfen die anderen Menschen glücklich sein, dass Sie das respektieren!)

Wir erkennen an, dass auch in solchen Beziehungen Werte gelebt werden, die grundlegend für unsere Gesellschaft sind. Dies gilt auch für gleichgeschlechtliche Partnerschaften.

(Beifall des Abg. Helmut Walter Rüeck CDU)

Wir werben für Toleranz und wenden uns gegen jede Form von Diskriminierung.

(Beifall bei der CDU – Zuruf der Abg. Beate Böhlen GRÜNE)

Eine steuerliche Gleichstellung von eingetragenen gleichgeschlechtlichen Lebenspartnerschaften im Ehegattensplitting lehnen wir jedoch ab. Wir treten für die Förderung und steuerliche Privilegierung der vom Grundgesetz besonders geschützten Ehe und Familie ein.

Unsere Politik zur Stärkung von Ehe und Familie mit Kindern werden wir fortsetzen. Wir wollen das Ehegattensplitting voll erhalten und im Sinne eines realen Familiensplittings die steuerliche Berücksichtigung von Kindern auf den heute für Erwachsene geltenden Grundfreibetrag von 8 004 € anheben.

Das ist der konkrete Beschluss des Bundesparteitags.

Jetzt frage ich Sie: Fehlt es in diesem Beschluss an Respekt gegenüber gleichgeschlechtlichen Lebenspartnerschaften?

(Zurufe von den Grünen: Ja! Ja!)

Fehlt es diesem Beschluss an Respekt? Nein, es fehlt ihm nicht an Respekt.

(Zurufe von den Grünen, u. a. Abg. Sandra Boser: Doch!)

Ist es denn von gestern, Familien mit Kindern besserzustellen?

(Ministerin Katrin Altpeter: Ja!)

Nein! Ist es in der Abwägung richtig, Familien mit Kindern steuerlich besser zu unterstützen? Ja! Genau das hat der Bundesparteitag beschlossen.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

Die Argumente haben mich tief bewegt, und ich war auch von der Kraft der Argumente auf dem Bundesparteitag überrascht.

(Lachen des Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE)

Der Bundestagskollege Jens Spahn hat gesagt: „Ich verwirkliche keinen Lebensentwurf, sondern ich lebe mein Leben, wie es mir gegeben wurde.“ Ich muss sagen: Solche Worte haben mich tief bewegt. Es gibt in dieser Frage also kein Richtig und kein Falsch, es gibt kein Modern und kein Unmodern,

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Genau!)

und für jeden Einzelnen von uns war es eine ganz persönliche Entscheidung.

Die CDU hat nach langer Diskussion einen guten Beschluss gefasst – mit Mehrheit. Sie mögen anderer Meinung sein, und Sie können sich auch Kritik erlauben. Aber der Respekt vor der Stärke der Diskussion und dem daraus folgenden Beschluss ist eine Frage des Anstands.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Sehr gut! Ganz souverän!)

Präsident Guido Wolf: Für die SPD-Fraktion spricht Kollege Wahl.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Wahlfreiheit!)

Abg. Florian Wahl SPD: Herr Präsident, meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich fange mit Erlaubnis des Präsidenten mit einem Zitat an:

Wir werben für Toleranz und wenden uns gegen jede Form von Diskriminierung.

Das ist ein bemerkenswerter Satz aus einem Beschluss, den Sie auf Ihrem CDU-Bundesparteitag gefasst haben. Das ist eine vorbildliche Haltung, die wir an diesem Punkt teilen. Aber leider passt sie eben nicht zu dem, was Sie inhaltlich beschlossen haben. Die grundlegende Ablehnung der Gleichstellung von nicht heterosexuellen Paaren, wie auf dem CDU-Parteitag geschehen, und damit die steuerliche Schlechterstellung ist eine persönliche und juristische Diskriminierung gleichgeschlechtlicher Partnerschaften. Sie macht wieder einmal deutlich, was für ein überkommenes Welt- und Gesellschaftsbild sich dahinter verbirgt.

Wer so agiert, zeigt wenig Gespür für die Lebenswirklichkeit in unserer Gesellschaft. Wer so agiert, hat nicht verstanden, dass es nicht darum geht, konservativ oder modern zu sein. Vielmehr geht es darum, ob man Respekt vor verschiedenen Lebensbiografien zeigt oder nicht.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Dass Sie mit solchen Beschlüssen auch Ihre anscheinend komplett abhandengekommene Großstadtkompetenz nicht wiedererlangen, ist nicht unser Problem. Mir scheint viel entscheidender zu sein, welches fatale Signal eine im Bund regierende Partei in dieses Land sendet. Denn dieser Beschluss reiht sich ein in eine Tradition von Intoleranz, die beständig merkwürdige Blüten treibt. Ich möchte hier einen kleinen Eindruck davon geben.

Die hessische Landesregierung und das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung fördern beispielsweise den evangelikalen Verein „Offensive Junger Christen“, der sich zum Ziel gesetzt hat, Vorträge über die Heilbarkeit von Homosexualität ins Land zu bringen. Diese Meldung ist leider keine zehn Tage alt.

Der Unionsbundestagsabgeordnete Norbert Geis sprach in Bezug auf Homosexuelle wiederholt von der „Perversion der Sexualität“ und sieht in der Homosexualität eine Sünde. Kritik im eigenen Lager der CDU: bis auf wenige Ausnahmen Fehl- anzeige.

(Florian Wahl)

Stefan Mappus hat den Christopher Street Day als abstoßend bezeichnet und den damaligen Sozialminister Renner öffentlich kritisiert, weil dieser die Schirmherrschaft übernommen hatte. Meine Damen und Herren, das finde ich, vorsichtig ausgedrückt, erschreckend.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Gleichzeitig, liebe Kolleginnen und Kollegen, gibt es im Land eine ganz alltägliche Homophobie, die leider noch weit verbreitet ist. Solange die Worte „schwul“ oder „lesbisch“ immer noch als Schimpfworte verwendet werden, und das nicht nur auf dem Fußballplatz oder in der Eckkneipe oder auf dem Schulhof, sollten alle demokratischen Parteien klar und deutlich Stellung beziehen. Homophobie ist ein Angriff auf unsere Grundwerte, auf die Verfassung und auf die durch die Verfassung geschützte Würde des Menschen.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Diese Grundwerte müssen wir durchsetzen. Wir dürfen nicht müde werden, sie immer wieder zu zitieren, sie zu verteidigen und zu achten, egal, ob in der Regierung oder in der Opposition, egal, ob im Bund oder im Land. Deswegen ist es richtig, dass das heute auch hier ein Thema ist, Herr Kunzmann.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Der grün-roten Landesregierung geht es darum, endlich gleiche Rechte und gleiche Lebensbedingungen für alle Menschen in Baden-Württemberg zu schaffen. Es geht schlicht darum, Lesben, Schwule und Transgender auch finanziell nicht länger zu diskriminieren.

Ich möchte mich daher, liebe Kolleginnen und Kollegen, nicht mit Ihren rückwärtsgewandten Beschlüssen auf dem CDU-Parteitag auseinandersetzen. Die Zeiten, in denen wir uns an Ihnen abarbeiten mussten, sind glücklicherweise seit anderthalb Jahren vorbei.

(Zuruf des Abg. Matthias Präfrock CDU)

Vielmehr möchte ich darstellen, was wir seitdem gemacht haben. Wir haben im Beamtenrecht die Gleichstellung von homosexuellen Paaren bei der Besoldung und Versorgung durchgesetzt,

(Abg. Thaddäus Kunzmann CDU: Und wir haben Sie unterstützt!)

und zwar rückwirkend bis 2006.

(Abg. Thaddäus Kunzmann und Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Wir haben Sie unterstützt!)

Herr Kunzmann, das ist sehr wohl ein Landesthema.

(Beifall der Abg. Andrea Lindlohr GRÜNE – Zurufe von der CDU)

Wir haben dafür gesorgt, dass Lesben und Schwule genauso feierlich auf dem Standesamt heiraten können wie heterosexuelle Paare und dies nicht länger in der Kfz-Zulassungsstelle tun müssen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der Grünen – Zurufe von der CDU, u. a.: Das ist doch Quatsch!)

Wir erstellen auch, Herr Kunzmann, unter Federführung der Sozialministerin Katrin Altpeter einen Aktionsplan für Toleranz und Gleichstellung, um die Akzeptanz sexueller Vielfalt zu stärken und dazu beizutragen, dass weitere Vorurteile abgebaut werden. Dieser Toleranzplan ist ein Meilenstein. Es ist das erste Mal in der Geschichte des Landes, dass die Regierung ein ressortübergreifendes Konzept für Toleranz und Gleichstellung vorlegt und dieses gemeinsam mit den zivilgesellschaftlichen Partnern umsetzen wird.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Ich möchte an dieser Stelle zum Schluss kommen. Wir haben uns in den letzten eineinhalb Jahren teilweise aus dem kulturellen Mittelalter herausbewegt. Hier ist ein guter Ort, dass wir das heute noch einmal zur Sprache gebracht haben. Solange Sie nicht mit auf den Zug steigen, wissen die Menschen, wo Toleranz und kulturelle Vielfalt zu suchen sind, wo die Mehrheiten sind. Die sitzen hier.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Präsident Guido Wolf: Für die Fraktion der FDP/DVP spricht der Kollege Haußmann.

Abg. Jochen Haußmann FDP/DVP: Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich muss gleich vorwegnehmen: Ich war beim CDU-Parteitag nicht dabei

(Abg. Thaddäus Kunzmann CDU: Wie die meisten da drüben! – Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Schade!)

und habe mir auch nicht alle Beschlüsse genau angeschaut. Dem Vernehmen nach soll es aber auch bei den Grünen schon Parteitage gegeben haben, bei denen man nicht immer einig war; ich denke z. B. an das Thema Alkoholverbot. Es kann also durchaus interessant sein, das bei anderen Parteitagen anzuhören.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Und das aus Ihrem Munde!)

Dieses Thema ist ein Beispiel, bei dem Sie merken, dass es ganz gut ist, dass die FDP sozusagen in der Mitte sitzt, um auch bei diesem Thema Brücken zu bauen.

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Wo sind denn die Brücken in Berlin, Herr Kollege?)

– Darauf komme ich gleich, Herr Kollege Sckerl. Vielen Dank, dass Sie mir das nächste Stichwort liefern.

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Da sind wir auf Ihre Erfolge in der Bundesregierung gespannt!)

Die FDP im Bund und im Land hat sich gegen jegliche Form der Diskriminierung gleichgeschlechtlicher Lebenspartnerschaften ausgesprochen. Bestandteil im Koalitionsvertrag auf Bundesebene – hier gibt es viele Passagen – ist auch der Abbau von Benachteiligungen.

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Seit mehreren Legislaturperioden!)

(Jochen Haußmann)

Wenn man jetzt einmal hineinschaut, Herr Kollege Sckerl, muss man schon ein bisschen Futter beibringen. Die Koalition in Berlin hat Lebenspartnerschaften bei der Erbschaftsteuer, bei der Grunderwerbsteuer und beim BAföG gleichgestellt.

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Nur auf höchst-richterliche Rechtsprechung hin!)

Die CDU/CSU-FDP-Koalition in Berlin hat Lebenspartnerschaften beim Beamtenrecht, beim Richterrecht und beim Soldatenrecht gleichgestellt. Der FDP-Außenminister hat sich in der Außenpolitik intensiv für die Einhaltung der Menschenrechte auch für Homosexuelle eingesetzt. Im Bereich der Entwicklungshilfe hat man Staaten Entwicklungshilfegelder gekürzt oder gesperrt, die Strafen gegenüber Homosexuellen verschärft haben.

Ferner wurde – das war ebenfalls Bestandteil des Koalitionsvertrags – die Bundesstiftung Magnus Hirschfeld, die durch Bildung und Forschung einen wichtigen Beitrag leistet, um der Diskriminierung Homosexueller entgegenzuwirken, mit 10 Millionen € Stiftungskapital ausgestattet.

In Vorbereitung ist jetzt die Änderung des Transsexuellengesetzes, das über 30 Jahre alt ist und das inzwischen medizinisch-wissenschaftlich nicht mehr aktuell und entsprechend zu überarbeiten ist.

Auf der Homepage des Lesben- und Schwulenverbands in Deutschland – im August habe ich diese Homepage zuletzt besucht – wird anerkannt, dass die Gleichstellung Homosexueller in Deutschland in Ordnung ist. Eine Ausnahme hiervon bilden die Themen Ehegattensplitting und Adoptionsrecht. Das sind die beiden Punkte, die Frau Kollegin Lösch erwähnt hatte.

Ich habe Verständnis, wenn die CDU derzeit sagt: „Wir wollen die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts im nächsten Jahr zum Thema Ehegattensplitting für eingetragene Lebenspartnerschaften abwarten.“ Das Ehegattensplitting ist ein komplexes Thema. Schon 1998 hatte das Bundesverfassungsgericht – das können Sie übrigens auf der Homepage der Friedrich-Ebert-Stiftung, sicherlich keine ausgewiesene liberale Stiftung, nachlesen – geschrieben, dass das Ehegattensplitting aufgrund ungleicher Verteilungswirkungen und der Anknüpfung an die Ehe nicht als Familienförderung zu rechtfertigen ist. Das war 1998. Meines Wissens haben von 1998 bis 2005 nicht CDU und FDP regiert, sondern das war eine Koalition aus SPD und Grünen. Sieben Jahre lang ist bei diesem Thema nichts passiert.

(Vereinzelt Beifall – Zurufe von der CDU: Hört, hört!)

Man muss einfach noch einmal feststellen: Das ist ein komplexes Thema. Als das Ehegattensplitting vor etwa 50 Jahren eingeführt wurde, war dies durchaus sinnvoll; das ist gar keine Frage. Wenn wir uns aber einmal die Statistiken daraufhin anschauen, wie sich die Familien zusammensetzen, sehen wir, dass dieses Instrument nicht geeignet ist, Familien mit Kindern zu fördern. Aber auch ein Familiensplitting wäre nicht das einzig glückselig machende Instrument; denn das Familiensplitting würde dazu führen, dass Eltern mit höheren Ein-

kommen besser gefördert würden als Familien, in denen nicht so viel verdient wird.

(Beifall des Abg. Thomas Poreski GRÜNE)

Deswegen bedarf es einer Kombination aus Familiensplitting und direkter Familienförderung. Da dies alles nicht so einfach ist, ist es, glaube ich, wichtig, dass das Bundesverfassungsgericht auch hier eine entsprechende Position zum Ausdruck bringt. Denn wir müssen heute den Fokus sicherlich weniger auf die Frage richten, ob es sich jeweils um ein Zusammenleben gleichgeschlechtlicher oder gemischtgeschlechtlicher Partner handelt, sondern wir müssen gerade im Hinblick auf die demografische Entwicklung den Fokus auf Familien mit Kindern richten. Das sollte meines Erachtens im Vordergrund stehen.

Bei der Diskussion vermisste ich immer wieder einmal – deshalb wollen wir von der FDP hier auch Brücken bauen –, dass wir neben der Novellierung des Ehegattensplittings auch den Fokus auf eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf legen. Denn nur, wenn wir die Förderung so ausgestalten, dass Frauen verstärkt berufstätig sind, ermöglichen wir ökonomische Sicherheit sowie eine längerfristige verlässliche Absicherung. Das lässt sich nur mit einer entsprechenden Erwerbstätigkeit erreichen. Hierzu gibt es eine Vielfalt von Aktivitäten, die ich hier gar nicht im Einzelnen ausführen will. Aber ich glaube, die FDP wird dabei sehr gebraucht werden, um die Brücken zu bauen. Das tun wir auch im Landtag sehr gern.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Präsident Guido Wolf: Für die Landesregierung spricht der Minister für Finanzen und Wirtschaft Dr. Schmid.

Minister für Finanzen und Wirtschaft Dr. Nils Schmid: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Wissenschaft widmet sich schon seit Jahrzehnten der Frage, ob Zeitreisen möglich sind. Die CDU ist da schon viel weiter. Sie braucht nicht einmal, wie Marty McFly, einen DeLorean, um in die Vergangenheit zu reisen. Nein, wo andere Zeitmaschinen brauchen, braucht die CDU Parteitage. Denn sie hat in den letzten Wochen bewiesen, dass sie Beschluss für Beschluss in die Fünfzigerjahre zurückkehrt. Das Motto scheint zu lauten: Außen Mutti, innen Mief.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD – Abg. Thaddäus Kunzmann CDU: Das Ministeramt verlangt mehr Niveau!)

Das Frauenbild, das Gesellschaftsbild der CDU beruht auf dem Bild der Frau als Heimchen am Herd. Deshalb wird das Betreuungsgeld als „Herdprämie“ genau dieses Gesellschaftsbild zementieren.

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Immer die alten Kamellen! Das ist auch von vorgestern!)

Im Steuerrecht folgen Sie der gesellschaftlichen Entwicklung nicht, nein. Beim Ehegattensplitting, bei der Frage der Familienförderung über das Steuerrecht ist für Sie immer noch der Trauschein das Entscheidende und nicht die Frage, ob Kinder da sind. Auf Ihrem Bundesparteitag haben Sie erneut be-

(Minister Dr. Nils Schmid)

geschlossen, dass Schwule und Lesben im Steuerrecht weiterhin diskriminiert werden.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD
– Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Das stimmt! Genau so ist es! – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/
DVP: Schwacher Beifall bei der SPD!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, dass solche Debatten auf Bundesparteitag der CDU, im Bundestag und, wie gestern, auch im Vermittlungsausschuss des Bundesrats immer noch geführt werden müssen, ist kein Zeichen von Konservatismus – es ist nicht einmal konservativ –, sondern es ist katastrophal. Es ist eine Schande für eine moderne Gesellschaft im Jahr 2012.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD
– Abg. Klaus Herrmann CDU: Schwacher Beifall!)

Folge dieser Debatten ist nicht nur, dass eine große Volkspartei bei Wahlen eine Großstadt nach der anderen verliert – das könnte uns ja egal sein –,

(Abg. Thaddäus Kunzmann CDU: Damit habt ihr ja Erfahrung! – Abg. Klaus Herrmann CDU: Ihr habt da viel mehr Erfahrung als die CDU! 15 % in Stuttgart!)

sondern Sie setzen damit den Zusammenhalt der Gesellschaft aufs Spiel. Sie riskieren, dass die gesellschaftlichen Gruppen weiterhin auseinanderdividiert werden, dass Minderheiten ausgegrenzt werden. Wir, die Landesregierung von Baden-Württemberg, wollen das gesellschaftliche Miteinander nicht aufs Spiel setzen, wir wollen die Gesellschaft nicht weiter auseinanderreiben, sondern wir wollen dieses Miteinander befördern. Darum geht es, auch in der heutigen Debatte.

Deshalb ist für die Landesregierung klar: Gleichstellung ist ein Bürgerrecht. Für uns gibt es keine Liebe erster oder zweiter Klasse. Für uns ist eine homosexuelle Partnerschaft auch nicht ein Lebensentwurf oder gar ein bloßer Lifestyle. Nein, es ist gelebtes Leben von Menschen in diesem Land. Deshalb wollen wir auch im Einkommensteuerrecht Schluss mit der Diskriminierung machen.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Wir haben direkt nach dem Wechsel begonnen, hier im Land zu handeln. Wir haben die Standesämter für eingetragene Lebenspartnerschaften von Homosexuellen geöffnet. Damit haben wir mit der entwürdigenden Praxis von Schwarz-Gelb, dass sich Liebende auf einer Kfz-Zulassungsstelle das Jawort geben müssen, endlich Schluss gemacht.

(Abg. Klaus Herrmann CDU: Die beiden wollten das!
– Abg. Matthias Pröfrock CDU: So ein Quark! – Gegenruf des Abg. Claus Schmiedel SPD: Das ist kein Quark! Tatsache!)

Wir haben unter Federführung des Sozialministeriums einen Aktionsplan für Toleranz und Gleichstellung in Arbeit, mit dem wir Vorurteile gegenüber Lesben, Schwulen, Bisexuellen, Intersexuellen und Transgendern abbauen wollen. Wir wollen Baden-Württemberg zu einem Vorreiter in Sachen Offenheit gerade auch gegenüber diesen Menschen machen.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Dieser Aktionsplan wird zusammen mit einem Beirat erarbeitet. Über 40 Vereine und Initiativen aus Baden-Württemberg sind beteiligt, weil wir von Anfang an in allen Feldern des Zusammenlebens, angefangen in der schulischen Bildung, in der Arbeitswelt und natürlich auch im öffentlichen Dienst, dafür werben wollen, das Füreinander-Eintreten hochzuhalten, egal, welchen Geschlechts die einander Liebenden sind. Es ist ein wichtiges Signal, dass wir in Baden-Württemberg mit dieser Regierung die gesellschaftliche Modernisierung des Landes voranbringen.

Wir haben außerdem im Besoldungsrecht den Familienzuschlag für verpartnerte Beamtinnen und Beamte eingeführt und endlich umgesetzt. Wir wollen auch im Einkommensteuerrecht die Diskriminierung von Homosexuellen endlich beenden. Das heißt, die Gleichstellung von eingetragenen Lebenspartnerschaften mit der Ehe im Steuerrecht ist unser Ziel.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, es ist nicht nur eine Frage der grundrechtlichen Gleichstellung nach der Verfassung. Es ist auch eine logische Folge aus dem zivilrechtlichen Entstehen von Lebenspartnern füreinander. Dort sind sie gleichgestellt, dort werden wechselseitige Unterhaltsansprüche festgehalten. Welche Rechtfertigungsgründe für eine steuerliche Ungleichbehandlung kann es denn dann noch geben? Für uns ist klar: Wer gleiche Pflichten hat, dem kann man auch die gleichen Rechte nicht länger verwehren.

All jenen, die sich jetzt um den besonderen Schutz der Ehe Sorgen machen, kann ich nur zurufen: Keine Ehe in diesem Land wird durch diese Gleichstellung auch nur im Geringssten tangiert. Deshalb will ich sagen: Jawohl, wir richten uns an der Verfassung aus. Das ist die Richtschnur, die wir haben. Sie spricht eine deutliche Sprache; sie verlangt diese Gleichstellung auch im Einkommensteuerrecht.

Deshalb sage ich Ihnen, liebe Kollegen von der CDU: Hören Sie damit auf, Politik auf dem Rücken von Minderheiten zu betreiben. Beenden Sie Ihren Irrweg zurück in den gesellschaftlichen Mief der Fünfzigerjahre, und folgen Sie vielleicht Ihrem Landesvorsitzenden Thomas Strobl, der zumindest in diesem Punkt Erkenntnisfähigkeit gezeigt hat.

Wenn Sie jetzt, lieber Kollege Kunzmann, bejubeln, auf einem CDU-Bundesparteitag sei 90 Minuten lang über das Thema diskutiert worden,

(Abg. Edith Sitzmann GRÜNE: Toll!)

dann muss ich fragen: Ist es jetzt der Maßstab für offene Debatten bei der CDU, dass man 90 Minuten offen über ein Thema diskutiert?

(Heiterkeit der Abg. Manfred Lucha GRÜNE und Florian Wahl SPD)

Danach sagte Herr Strobl, die Debatte sei ein Wert an sich gewesen, die Partei habe sich bei diesem Thema geöffnet. Wie lange sollen wir denn warten, bis die CDU bei diesem Thema endlich handelt, meine sehr verehrten Damen und Herren?

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Zuruf der Abg. Brigitte Lösch GRÜNE)

(Minister Dr. Nils Schmid)

Wo war denn Herr Strobl gestern bei der Sitzung des Vermittlungsausschusses, als es – auch auf Antrag des Landes Baden-Württemberg; denn wir, die Landesregierung, engagieren uns auch in der Bundespolitik für die Gleichstellung der gleichgeschlechtlichen Lebenspartnerschaften – zum Schwur kam? Wo war Herr Strobl als Vorsitzender der CDU Baden-Württemberg, als es darum ging, dieses wichtige Anliegen im Steuerrecht endlich zu einem Ergebnis zu bringen? Nichts war von ihm zu sehen. Die CDU Baden-Württemberg und ihr Vorsitzender Thomas Strobl haben sich in diesem Punkt überhaupt nicht engagiert. Damit ist erneut eine Chance verpasst worden, diese Gleichstellung endlich voranzubringen.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen)

Deshalb sage ich Ihnen, sehr verehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen von der CDU: Diese Landesregierung ist angetreten, um Vielfalt in der Gesellschaft nicht als Gefahr, sondern als Chance zu sehen. Ich fordere Sie auf: Sehen auch Sie Vielfalt in der Gesellschaft nicht weiter als Bedrohung, sondern als Chance für solidarisches Miteinander.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Zuruf von der SPD: Sehr gut!)

Präsident Guido Wolf: Für die Fraktion GRÜNE spricht nochmals die Kollegin Lösch.

Abg. Brigitte Lösch GRÜNE: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Kunzmann, es wird Sie nicht wundern, dass ich von Ihrem Wortbeitrag doch enttäuscht bin. – Wo ist er denn?

(Abg. Thaddäus Kunzmann CDU: Hier! – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Dort drüben!)

– Ach da. – Sie sprachen davon, dass die 90-Minuten-Debatte eine Sternstunde des Parteitags gewesen sei. Ich möchte gern auf das hinweisen, was ein CDU-Mitglied, Herr Ronny Pohle, nach dieser Debatte gesagt und getan hat. Was er getan hat, war: Er ist aus der CDU ausgetreten.

(Zuruf von den Grünen: Aha!)

Geschrieben hat er – ich zitiere –:

Ausschlaggebend für meinen Parteiaustritt ist die deutliche Mehrheit gegen die Gleichstellung der Homo-Ehe. ... Immer und immer wieder muss die CDU in Sachen Gleichstellung vom Bundesverfassungsgericht gemäßregelt werden. Ihrem Anspruch, Volkspartei zu sein, muss die Union erst einmal gerecht werden. Ich kann in dieser Atmosphäre nicht ruhigen Gewissens auf die Straße gehen und für die CDU werben.

Das ist auf jeden Fall keine Einzelmeinung.

(Abg. Thaddäus Kunzmann CDU: Dann sagen Sie eine zweite Meinung! – Abg. Klaus Herrmann CDU: Eine deutliche Minderheit!)

– Ja, gut, Herr Kollege Kunzmann.

Zu den Ausführungen, die Kollege Haußmann zum Thema Bundesverfassungsgericht gemacht hat, frage ich: Ist es rich-

tig, seitens der Politik zu sagen, man solle abwarten, bis das Bundesverfassungsgericht ein Urteil fällt?

(Abg. Thaddäus Kunzmann CDU: Haben wir gar nicht gesagt!)

Ist es nicht eher so, dass wir unsere politischen Entscheidungen unabhängig von Bundesverfassungsgerichtsurteilen fällen müssen, weil es anderenfalls eine Bankrotterklärung der Politik ist? Ich finde es sehr bedauerlich, dass auch die CDU so reagiert, zu sagen: „Jetzt warten wir erst einmal ab, wie das Bundesverfassungsgericht entscheidet, und dann nehmen wir dieses Thema wieder auf.“

(Abg. Thaddäus Kunzmann CDU: Habe ich das gesagt? – Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Kein Mensch hat das gesagt! Das habt ihr unterstellt!)

Aktive Politik sieht anders aus.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Frau Kollegin Gurr-Hirsch, es ist gut, dass Sie sich zu Wort melden; denn zu Ihnen wollte ich jetzt gerade auch noch kommen.

(Zuruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

Sie haben sich nach dem Bundesparteitag kritisch in der Öffentlichkeit geäußert. Sie sagten, Sie seien sehr enttäuscht über die auf dem Bundesparteitag zur Frauenquote gefassten Beschlüsse. Das finde ich sehr bemerkenswert. Respekt!

Aber in Ihren Ausführungen, Herr Kunzmann, habe ich eine Positionierung der CDU-Landtagsfraktion zu gleichgeschlechtlichen Lebenspartnerschaften vermisst. Herr Hauk hat gesagt, die CDU-Landtagsfraktion werde sich intensiv damit auseinandersetzen und dann zu einer Lösung kommen. Ich habe in all den Ausführungen noch keine Positionierung der CDU-Landtagsfraktion gehört. Ich habe auch niemanden von der CDU-Landtagsfraktion nach dem Bundesparteitag sagen hören, er finde das Ergebnis schade oder sei beschämt über das Ergebnis des Bundesparteitags.

(Abg. Thaddäus Kunzmann CDU: Das muss man doch auch nicht! – Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Man muss doch nicht beschämt sein!)

– Nein, aber irgendeine Reaktion muss es doch geben. Entweder findet man es gut, oder man findet es schlecht. Aber irgendeine Position muss man als politische Fraktion doch haben, sehr geehrte Damen und Herren.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Uns hat niemand danach gefragt!)

Es reicht auch nicht aus, ein Papier, eine Hochglanzbroschüre zu präsentieren mit dem Titel: „Gleichstellung fängt in den Köpfen der Menschen an“. Das habe ich auf Ihrer Homepage gesehen. Als ich das sah, dachte ich: Da hätten Sie doch die Gelegenheit gehabt, auch das Thema „Gleichgeschlechtliche Lebenspartnerschaften“ und das Thema Homosexualität aufzugreifen. Doch auch da haben Sie sich weggeduckt.

Deshalb fordere ich Sie auf, das Thema ernst zu nehmen und bei Ihrer Gleichstellungsdebatte nicht immer die homosexu-

(Brigitte Lösch)

ellen Menschen zu vergessen. Wenn Sie mit Ihrer Politik wieder an moderne Gesellschaftspolitik anknüpfen möchten, dann geht es nicht mehr, dass Sie das Thema „Homosexuelle Menschen“ einfach außen vor lassen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Präsident Guido Wolf: Für die CDU-Fraktion spricht Kollege Kunzmann.

Abg. Thaddäus Kunzmann CDU: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich will ganz offen sein: Als ich hier in den Landtag gekommen bin, habe ich eigentlich gedacht: Wenn ein Minister ans Rednerpult tritt, dann findet sich auch ein bisschen Ausdruck von Niveau in seiner Rede, zumindest auf der Argumentationsschiene.

(Abg. Karl Klein CDU: Das war früher! – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Das war früher einmal!)

Heute wurde ich eines Besseren belehrt.

Wenn Sie die politische Debattenkultur in diesem Land verbessern wollen, dann führen Sie nicht solche Debatten wie heute, und dann halten Sie nicht solche Reden wie heute, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU – Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Wer im Glashaus sitzt!)

Die CDU-Fraktion hat in ihrer großen Mehrheit alle Beschlüsse des Landtags zur Gleichstellung von Homosexuellen in der Landesverwaltung unterstützt. Das möchte ich auch noch einmal erwähnen. Mit großer Mehrheit wurden alle Beschlüsse, die Sie, Herr Minister Schmid, gerade erwähnt haben, von der CDU-Fraktion unterstützt.

Aber es ist eine ganz persönliche Entscheidung eines CDU-Mitglieds und auch eines Fraktionsmitglieds, eines Landtagsmitglieds. Wir sind frei gewählte Abgeordnete. Jeder hat seinen eigenen Kopf.

(Abg. Florian Wahl SPD: Ja, dann sagen Sie Ihre Meinung! – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Keine Kaderpartei!)

Gestern hat der Ministerpräsident gesagt, er wolle nicht als rund geschliffener Kieselstein aus der Politik ausscheiden. Das gilt für uns genauso,

(Lachen bei Abgeordneten der Grünen und der SPD)

und genau so handeln wir auch. Jeder von uns hat seine persönliche Meinung und Haltung zu diesem Thema.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Wir lassen uns diese persönliche Haltung nicht von Ihnen nehmen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Ihre persönliche Meinung ist noch unbekannt! So ist es! – Abg. Claus Schmiedel SPD: Was haben Sie denn für eine Meinung? Heraus mit der Meinung!)

Im Übrigen habe ich festgestellt, dass Herr Kollege Wahl den Beschluss des Bundesparteitags der CDU als „rückwärtsgewandt“ und „kulturelles Mittelalter“ bezeichnet hat. In dem Beschluss wird der Schwerpunkt auf die Einführung des Familiensplittings gelegt, also auf die steuerliche Besserstellung von Familien mit Kindern. Ich stelle also fest, dass zumindest für den Kollegen Wahl die steuerliche Besserstellung von Familien mit Kindern rückwärtsgewandt und „kulturelles Mittelalter“ ist.

Meine Damen und Herren, es ist richtig: Unsere Haltung unterscheidet sich in dieser Frage fundamental von Ihrer.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Präsident Guido Wolf: Für die SPD-Fraktion spricht der Kollege Wahl.

Abg. Florian Wahl SPD: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Kunzmann, jetzt hatten Sie fast zehn Minuten Zeit, uns Ihre Meinung zu sagen. Sie sagen: „Jeder hat eine eigene Meinung.“ Nur: Die Meinung, die Sie haben, verstecken Sie. Stattdessen fangen Sie an, mit der Frage des Niveaus auf den Herrn Finanzminister loszugehen. Ganz ehrlich: Von jemandem, der seinen gesamten Wahlkreis voll mit Stefan Mappus plakatiert hat,

(Abg. Thaddäus Kunzmann CDU: Und gegen Kretschmann gewonnen hat!)

welcher den CSD als abstoßend bezeichnet hat, müssen wir uns in Fragen des Niveaus letztlich überhaupt nichts sagen lassen.

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Zuruf des Abg. Klaus Herrmann CDU)

Es freut mich, wenn Sie von dem CDU-Bundesparteitag berichten und sagen, Sie seien von der Debatte berührt gewesen. Das ist alles ganz wunderbar. Ich muss sagen: Auch jeder Ortsverband, von dem Sie als Delegierter berichten, würde sich über eine solche Darstellung des Verlaufs freuen.

Aber was uns sehr interessiert, ist: Wie steht die CDU-Landtagsfraktion dazu? Was ist Ihre inhaltliche Position? Im Sommer haben Sie gesagt, Sie würden sich damit auseinandersetzen. Wo stehen Sie denn jetzt? Sie haben wieder zehn Minuten lang nichts dazu gesagt.

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Das Thema wurde in der Schublade versteckt!)

Da hilft auch das Angebot von Herrn Haußmann nichts, er würde gern eine Brücke bauen. Ehre gebührt jedem, der das machen möchte. Aber wir wissen überhaupt nicht, wohin diese Brücke führen soll, weil es keine Positionierung gibt.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Abg. Sascha Binder SPD: Richtig!)

Man muss auch noch einmal zur FDP sagen: Da verhalten Sie sich auch nicht eindeutig. Wenn Ihr ehemaliger Parteivorsitzender Westerwelle gesagt hat, der Beschluss der CDU sei ein Bruch des Koalitionsvertrags, können wir dem nur zustimmen. Wenn aber Dirk Niebel als Entwicklungsminister Gelder zur Heilung von Homosexualität bereitstellt, dann verste-

(Florian Wahl)

hen wir auf jeden Fall Entwicklungspolitik in einem etwas anderen Kontext.

Deswegen bitten wir Sie von der CDU an dieser Stelle: Gehen Sie noch in sich, kommen Sie auf die Höhe der Zeit. Dann werden wir vielleicht auch irgendwann inhaltlich zusammenarbeiten können, damit es an dieser Stelle auch auf Bundesebene besser wird.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Präsident Guido Wolf: Für die Fraktion der FDP/DVP spricht Herr Kollege Haußmann.

Abg. Jochen Haußmann FDP/DVP: Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich will nur noch auf einige wenige Punkte eingehen und das Stichwort des Kollegen Wahl historisch vielleicht etwas abmildern. Die Aussage „... ein Rückfall ins kulturelle Mittelalter“ ist vielleicht doch ein Stück zu weit gegriffen. Das Thema Ehegattensplitting ist jetzt über 50 Jahre alt.

(Abg. Thaddäus Kunzmann CDU: „Spätes Mittelalter“? „Frühe Neuzeit“? Wäre das besser?)

Zu der Zeit, als es eingeführt wurde, hatte das Ehegattensplitting, glaube ich, aufgrund der historischen Entwicklung bei uns auch wirklich seine Berechtigung. Anfang des 20. Jahrhunderts lebten in fast 80 % der Haushalte drei oder mehr Personen. Inzwischen, Anfang des 21. Jahrhunderts, ist das in weniger als 30 % der Haushalte der Fall. Insofern können wir schon sagen, dass wir hier eine Brücke bauen.

Von der SPD und den Grünen wird immer wieder vom reinen Familiensplitting gesprochen. Ich habe meine Zweifel, dass wir alle miteinander immer genau wissen, was das eigentlich ist. Einerseits gibt es das Ehegattensplitting. Es macht steuerlich große Unterschiede, ob der eine Partner arbeitet und der andere nicht oder ob im Verhältnis 70 : 30 gearbeitet wird. Zum anderen stellen die Lohnsteuerklassen eine gewisse Thematik dar. Die Lohnsteuerklasse V habe ich schon immer für problematisch gehalten.

Wir wollen Familien mit Kindern, auch wenn das Einkommen der Familien vielleicht gar nicht so hoch ist, fördern. Das Problem hierbei wird aber durch ein reines Familiensplitting allein nicht gelöst.

Wir sind uns, glaube ich, einig, dass wir über alle Fraktionen hinweg Akzeptanz hinsichtlich der gleichgeschlechtlichen Lebenspartnerschaften haben. Jetzt geht es tatsächlich um den Prozess: Wie kann man das Ehegattensplitting novellieren?

Ich sage noch einmal: Sie hatten auch sieben Jahre Gelegenheit dazu.

(Abg. Andrea Lindlohr GRÜNE: Das ist damals im Bundesrat an der CDU gescheitert, Kollege Haußmann! Im Bundesrat hat es die CDU blockiert!)

Das ist ein komplexes Thema. Insofern, glaube ich, ist es wichtig, dass man das entsprechend sauber aufgreift. Da kann die Aussage des Bundesverfassungsgerichts schon ein Weg-

weiser, ein Meilenstein sein, damit wir das auch richtig umsetzen. Das sollte unser Ziel sein.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Präsident Guido Wolf: Mir liegen keine Wortmeldungen mehr vor. Damit ist diese Aktuelle Debatte beendet.

Ich rufe **Punkt 3** der Tagesordnung auf:

Fortsetzung der Zweiten Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Gesetz über die Feststellung des Staatshaushaltsplans von Baden-Württemberg für die Haushaltsjahre 2013/14 (Staatshaushaltsgesetz 2013/14 – StHG 2013/14)

Wir kommen zunächst zum **Buchstaben a:**

Einzelplan 08: Ministerium für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz

Beschlussesempfehlung und Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft – Drucksache 15/2608

Berichterstatter: Abg. Dr. Markus Rösler

Meine Damen und Herren, das Präsidium hat für die Beratung des Einzelplans 08 – Ministerium für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz – eine Redezeit von zehn Minuten je Fraktion festgesetzt, wobei gestaffelte Redezeiten gelten.

Wünscht der Berichterstatter das Wort? –

(Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE: Nein!)

Das ist nicht der Fall.

In der Allgemeinen Aussprache erteile ich Herrn Kollegen Locherer für die CDU-Fraktion das Wort.

(Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE: Paul, guten Morgen!)

Abg. Paul Locherer CDU: Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren! Das Thema „Ländlicher Raum“ und – ich sage es gleich dazu – das Thema Landwirtschaft haben in Baden-Württemberg traditionell eine sehr große Bedeutung.

Wohin sich der ländliche Raum und damit das Land Baden-Württemberg weiterentwickeln, ist ungewiss. Zunächst einmal liegt uns seit Kurzem die IREUS-Studie der Universität Stuttgart vor. Diese Studie gibt klare Hinweise darauf, dass wir bei den Wirtschaftsdaten im ländlichen Raum top dastehen: niedrige Arbeitslosigkeit usw. Aber die demografische Entwicklung muss uns angesichts der niedrigen Geburtenzahlen und, im Saldo, einer Abwanderung aus dem ländlichen Raum in die Ballungsräume Sorgen machen. Deshalb ist es so wichtig, meine Damen und Herren, dass wir die Wirtschaftsstärke des ländlichen Raums weiterhin politisch begleiten.

Bekanntlich kommen 10 % der Wirtschaftsleistung in Baden-Württemberg aus der Landwirtschaft. In vielen Regionen sind

(Paul Locherer)

es weit mehr als 10 %, wenn ich an Räume wie Oberschwaben, Hohenlohe oder an den Weinbau im Bereich Baden oder Nordwürttemberg denke.

Die Entwicklung ist auch deshalb ungewiss, weil manche politischen Repräsentanten dies verkennen. Ich gehe hier nicht noch einmal auf den berühmt-berüchtigten Spruch von Herrn Finanzminister Dr. Schmid

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Der wird ihn noch lange begleiten!)

in seiner Stellungnahme zum ländlichen Raum und zur Landwirtschaft im Sommer dieses Jahres ein, sondern zitiere, lieber Herr Dr. Schmid, einen anderen Spruch von Ihnen – ganz aktuell in der „Abgeordnetenbibel“ nachzulesen – aus den Sprüchen Salomos:

Wer weise ist, der höre zu und wachse an Weisheit.

(Minister Dr. Nils Schmid: Genau!)

Bitte hören Sie zu:

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

Die Balance macht's. Dass Baden-Württemberg so erfolgreich ist, liegt an den Menschen, die, in den Ballungsräumen genauso wie in den ländlichen Räumen, mit Fleiß, Innovation und Tatkraft tagtäglich an ihrem Arbeitsplatz und in der Gesellschaft ihren Beitrag zum Wohlergehen dieses Landes leisten.

(Zuruf des Abg. Manfred Lucha GRÜNE)

Deshalb muss es angezeigt sein und angezeigt bleiben, dass die Balance und die Vielfalt auch im Haushalt des Landes entsprechend abgebildet werden.

Lassen Sie mich zunächst zu einzelnen Kapiteln des Einzelplans 08 kommen, bei denen wir, die CDU-Landtagsfraktion, ausdrücklich mitmachen, die wir mittragen.

Zusätzliche Mittel für Konversionsgemeinden: von der CDU lernen, lieber Herr Kollege Dr. Rösler. Zum Haushalt 2012 haben wir genau diesen Antrag gestellt.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Sehr richtig!)

Damals haben Sie ihn abgelehnt, jetzt stimmen Sie zu. Herzlichen Glückwunsch an Grün und Rot, dass sie von der CDU lernen. Von ihr kann man immer lernen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

Das Gleiche gilt für die Energieberatung in der Landwirtschaft. Wir stehen mitten in der Energiewende, auch in der Landwirtschaft. Der hierzu eingebrachte Antrag deckt sich mit dem Antrag, den wir zum Haushalt 2012 eingebracht haben und der von Ihnen seinerzeit abgelehnt wurde. Diesem Begehren stimmen wir zu.

Wir sind auch froh darüber, dass Sie das Schulfruchtprogramm und das Schulmilchprogramm fortführen. Da darf ich einen ausdrücklichen Dank an die Kollegin Friedlinde Gurr-Hirsch

sagen. Sie ist die Erfinderin dieses Schulfruchtprogramms in Baden-Württemberg. Herzlichen Dank! Dieser Regierung fehlt eine Friedlinde Gurr-Hirsch, wenn es um Ernährungsbildung und Ernährungserziehung in diesem Land geht.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP)

Wir stimmen ausdrücklich – das werden wir nachher entsprechend dokumentieren – den Mittelausstattungen und den Mittelerrhöhungen für die Anstalten und Einrichtungen des Landes zu: in der Rinderhaltung, in der Schweinehaltung, im Wein- und Obstbau – ganz wichtige Wirtschaftszweige –, im Veterinärwesen, in der Ernährungsberatung und in der Lebensmittelüberwachung. Das sind wertvollste Dienste, meine Damen und Herren. Wir unterstützen und begrüßen ausdrücklich auch die Mittelverstärkung für das Haupt- und Landgestüt in Marbach.

Meine Damen und Herren, wenn Porsche, Bosch und Mercedes-Benz zu den internationalen Aushängeschildern des Landes Baden-Württemberg gehören, dann gehört auch Marbach mit dazu. Ein Kompliment für die Arbeit im Landgestüt.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP sowie des Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE – Abg. Karl Zimmermann CDU: Sehr gut!)

Lassen Sie mich an dieser Stelle – ich denke, Sie sind alle damit einverstanden – einen ausdrücklichen Dank an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Landesanstalten aussprechen. Sie leisten einen hervorragenden Dienst, der sich übrigens auch in den Ergebnissen im Lehr- und Forschungsbereich widerspiegelt, die sich international sehen lassen können. Ein Kompliment an alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

Nun möchte ich einige Punkte kritisch ansprechen. Zunächst einmal gehe ich auf die Verhandlungen zur Gemeinsamen Agrarpolitik der Europäischen Union ein. Wir stehen mitten in harten Verhandlungen. Sehr geehrter Herr Minister Bonde, Sie haben gestern bei der Agrarministerkonferenz das Budget angesprochen. Sie haben recht, wenn Sie zusammen mit Bundeslandwirtschaftsministerin Aigner ein ausreichendes Budget auch von der Bundesregierung einfordern. Umso unverständlicher ist nun, dass gerade Herr Europaminister Friedrich Ihnen permanent in den Rücken fällt und eine Kürzung dieser Mittel fordert. Das ist nicht zu verstehen, meine Damen und Herren.

(Zuruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

Wenn die Geberseite weniger Geld geben will, kann man das verstehen. Aber wenn die Nehmerseite sagt: „Ich möchte weniger haben“, ist das völlig unverständlich. Ich muss ein solches Agieren noch einmal deutlich zurückweisen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP – Abg. Karl Rombach CDU: Bravo!)

Herr Minister Bonde, ich fordere Sie auf, auch das Kleingedruckte im Greening-Prozess genauer anzuschauen. Wenn es

(Paul Locherer)

darum geht, Flächen aus der Bewirtschaftung herauszunehmen, sie umzuwandeln, müssen wir schon auffassen, was mit dem Flächendruck passiert, insbesondere bei den kleinen landwirtschaftlichen Betrieben.

Wissen Sie: Ein Landwirt in Mecklenburg-Vorpommern kann 7 % oder, wie von Ihnen gefordert, sogar 10 % seiner Flächen aus der Produktion herausnehmen. Er hat die Möglichkeit.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Sehr richtig!)

Aber der kleine Landwirt hat sie nicht. Deshalb müssen wir uns nochmals dringend darüber unterhalten, wie wir das gestalten und wie die bisherigen hervorragenden Agrarumweltprogramme, die die Landwirtschaft hier umsetzt, mit bewertet werden. Wenn wir das beim Greening on top neu aufsetzen, wird das nicht gehen und wird das die kleinbäuerliche Landwirtschaft schädigen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Ich spreche die Investitionsförderung in der Landwirtschaft an. Die Investitionsförderung wird im Vergleich zum Haushalt 2010 halbiert. Das ist uns völlig unverständlich. Man muss fairerweise sagen, dass auch der Bund gekürzt hat. Man muss fairerweise sagen – da kennen Sie mich –, dass auch die Investitionsprogramme ausgelaufen sind.

(Zuruf des Abg. Martin Hahn GRÜNE)

Trotzdem wäre es angezeigt, dass das Land in dieser besonderen Situation zusätzliche Landesmittel gibt, wie wir das in der Vergangenheit gemacht haben.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Klaus Burger CDU: Bravo!)

Denn es muss auch gegenüber den Bürgern, der Wirtschaft und der Landwirtschaft der Wahlspruch gelten: „Wer bestellt, bezahlt.“ Sie bestellen beim Tierschutz. Die Landwirte müssen daher ihre Ställe mehr und mehr umbauen, erweitern usw., aber erhalten hierfür weniger Geld. Sie planen in der Landesbauordnung eine Veränderung der brandschutzrechtlichen Vorschriften – recht so, gut so. Aber, meine Damen und Herren, das alles kostet viel Geld.

(Zuruf des Abg. Georg Nelius SPD)

Wir müssen bereit sein, auch durch Landesmittel entsprechende Hilfen in der Investitionsförderung zur Umsetzung zusätzlicher und kostenintensiver Auflagen zu geben.

(Zuruf des Abg. Georg Nelius SPD)

Der Hinweis war übrigens richtig: Auf die Zahlen, den Ausgleich komme ich nachher noch zu sprechen. Das Geld müssen wir dann aus anderen Haushaltstiteln holen.

Entwicklungsprogramm Ländlicher Raum: Es freut uns, dass sich das Volumen kaum verändert. Das stärkt die Infrastruktur in den Gemeinden im ländlichen Raum, auch der kleinteiligen Wirtschaft im ländlichen Raum. Aber wir haben zum Einzelplan 12 – Allgemeine Finanzverwaltung –, der jetzt nicht Teil der Debatte über den Einzelplan 08 ist, den Antrag gestellt, für die von der Konversion betroffenen Gemeinden

die Finanzbasis breiter aufzustellen, nämlich diesen Gemeinden über eine Vorwegentnahme im Finanzausgleichsgesetz und über den Ausgleichstock zu helfen.

Ein weiterer Bereich sind die Schlecker-Läden. Meine Damen und Herren, schon im Frühjahr dieses Jahres und im Jahr 2011 haben wir entsprechende Anfragen gestellt und gefordert, die Gemeinden, die ihre Schlecker-Läden verlieren, nicht im Stich zu lassen. Lieber Herr Finanzminister, da sollte schon ein bisschen mehr kommen als heiße Luft. Da sollte konkret Hilfe kommen. Herr Minister Bonde, Sie haben in der letzten Debatte über den ländlichen Raum angesprochen, dass Ihnen da schon Anträge auf dem Tisch liegen. Die wollen wir sehen. Da wollen wir sehen,

(Zuruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

dass Sie und wie Sie die Gemeinden unterstützen.

Ich bin beim Kollegen Filius, der ebenfalls eine Initiative gestartet hat. Aber ich muss schon sagen: Die ganzen Initiatoren inklusive ver.di werden von Ihnen kläglich im Stich gelassen. So geht es nicht. Da müssen wir etwas tun.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP – Abg. Andrea Lindlohr GRÜNE: Wie viel Geld wollen Sie denn einsetzen?)

Die Dorfläden sind ein zentrales Element der Infrastruktur in unseren Dörfern.

Ein weiterer Punkt ist die Flurneuordnung. Bei der Flurneuordnung fehlen in diesem Haushalt im Vergleich zu den vorangegangenen Haushalten 60 Stellen. Wir haben das kürzlich auch beim Verband der Teilnehmergeinschaften parteiübergreifend miteinander diskutiert. Es kam gut an, dass wir bestätigt haben: Die Flurneuordnung ist ein wesentliches Element der Gestaltung der ländlichen Räume,

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Sehr richtig!)

auch im kommunalen Bereich. Sie fordern hier eine weitere Ökologisierung und einen aufwendigen Wegebau, stellen aber immer weniger Stellen und weniger Geld zur Verfügung. Da geht die Schere viel zu weit auseinander. Das ist wiederum eine Benachteiligung des ländlichen Raums, meine Damen und Herren.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Zuruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

Um es ausdrücklich zu sagen – das gilt für den Bereich Naturschutz und Landschaftspflege, insbesondere auch in Bezug auf die von Ihnen, Herr Minister Bonde, geplanten Landschaftserhaltungsverbände –: Wir sind nicht dagegen, dass man diese Mittel aufstockt. Aber auch hier muss die Balance zwischen den landwirtschaftlichen Interessen sowie den Interessen des Naturschutzes und des Landschaftsschutzes gewahrt sein.

(Zuruf des Abg. Manfred Lucha GRÜNE)

– Lieber Kollege Lucha, Sie müssen da jetzt keinen Einwurf machen, denn wir in Oberschwaben geben mit dem PLENUM-

(Paul Locherer)

Prozess ein Beispiel, dass wir das können. Das sollte auch landesweit möglich sein.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP – Zuruf des Abg. Manfred Lucha GRÜNE)

Deshalb, meine Damen und Herren: Stocken Sie hier nicht einseitig auf – aufstocken ja, aber in anderen Kapiteln dann nicht abbauen.

Ein weiterer Punkt – Herr Minister Bonde, da haben Sie gestern eine deutliche Ansage und Quittung bekommen – ist das Ungleichgewicht im Bereich Forst. Sie fordern mehr und mehr und schaffen damit mehr und mehr Aufgaben für die Forstleute – Windkraftnutzung im Wald, Zertifizierung im Staatswald, FSC-Siegel, verstärkte Umsetzung von Natura 2000, Klimawandel usw. Das fordern Sie alles, und als Gegenleistung reduzieren Sie das Personal und nehmen Mittel aus dem Forstbereich weg.

(Abg. Dr. Patrick Rapp CDU: So ein Schmarren!)

Nicht von ungefähr kommt es zu diesem Protest an Ihre Adresse, und zwar sehr breit aufgestellt.

(Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE: Wer hat denn das 1 480-Stellen-Abbauprogramm aufgelegt? Waren das Sie, oder waren das wir?)

Strengen Sie sich an, und schauen Sie, dass Sie da wieder mehr Mittel und mehr Stellen zur Verfügung stellen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP – Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE: Wer hat das Programm denn aufgelegt?)

Ein weiterer Punkt: Nationalpark Nordschwarzwald. – Jetzt bitte, Kollege Dr. Rösler, zuhören.

(Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE: Ich habe die ganze Zeit zugehört!)

Jetzt nochmals zum Mitschreiben: Die CDU-Landtagsfraktion steht weiteren Großschutzgebieten offen gegenüber – klare Ansage, dreifaches Ausrufezeichen!

(Heiterkeit bei der CDU – Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE: Wo bleibt der Beifall? – Beifall des Abg. Thomas Blenke CDU)

Aber wir wollen eine umfassende Bürgerinformation, ein Anhören und Erhören nicht nur von Befürwortern, meine Damen und Herren, sondern auch von Gegnern,

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Sehr richtig!)

keine Basta-Politik, sondern Beteiligung und Zustimmung vor Ort. Dort, wo die Musik spielt, müssen die Leute gehört werden, und nicht irgendwo „jwd“.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Sehr richtig!)

Die Kollegin Sitzmann – sie ist jetzt leider nicht hier – hat recht, wenn sie, wie gestern in der Plenardebatte, ausführt, dass dann Bürgerbeteiligung richtig gemacht ist, wenn dem Bürger – man höre und staune – Alternativen aufgezeigt werden. Meine Damen und Herren, genau das brauchen wir: einen Dialogprozess mit offenem Ergebnis im Nordschwarzwald, nicht mehr und nicht weniger.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

Übrigens fordern wir das auch, wenn es darum geht, das Landesjagdrecht zu verändern, das Fischereirecht zu verändern, oder wenn wir uns über die Einführung eines Verbandsklagerechts unterhalten. Sie sollen, bitte schön, alle hören und nicht nur einseitig und nur dort, wo es Ihnen möglicherweise passt.

(Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE: Das machen wir! – Abg. Thomas Blenke CDU: Das ist das selektive Gehörtwerden!)

Im Haushalt finden wir einen offengelegten Posten von 200 000 € für den Nationalpark Nordschwarzwald. Herr Schmiedel hat formuliert – ich nehme an, die Zahl stimmt; er kann ja gut rechnen, mit und ohne Taschenrechner –,

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Er ist aber nicht hier!)

dass wir da insgesamt 80 Millionen € brauchen. Meine Damen und Herren, ohne Moos nichts los. Auf der einen Seite sollen wir ausgeglichene Haushalte ohne Neuverschuldung darstellen, auf der anderen Seite machen wir neue Baustellen auf.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Sehr richtig!)

Dies gilt übrigens auch bezüglich der Finanzierung des hervorragend laufenden Biosphärengebiets Schwäbische Alb. Zudem wollen Sie auch noch ein Biosphärengebiet Südschwarzwald. Ich bin einmal gespannt, wie da die Schere zwischen diesen zusätzlichen Anforderungen an den Haushalt und dem Vorsatz, keine neuen Schulden machen zu wollen, wieder zusammeneht.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE: Sind Sie jetzt dafür?)

Tourismusförderung: Wir loben ausdrücklich – Fairness gehört zum politischen Spiel dazu –, dass Sie hier aufstocken. Das ist löblich, und das werden wir auch entsprechend würdigen. Allerdings ist nicht zu verstehen, dass dann Verkehrsminister Hermann sagt, es gebe keine Unterstützung mehr für die Regionalflughäfen. Sie wollen internationale Gäste in den Nordschwarzwald locken. Die Flughäfen machen Sie aber dann zu.

(Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE: Das war aber schon 2012!)

Sollen die Gäste dann mit dem Fahrrad aus Übersee in den Nordschwarzwald kommen?

(Zuruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

(Paul Locherer)

Und im Übrigen bezeichnet der Minister den ländlichen Raum, wenn es um Verkehrserschließung geht – meine Damen und Herren, das müssen Sie sich einmal auf der Zunge zergehen lassen –, als „Pampa“. Mein lieber Scholli! So geht man mit unserem ländlichen Raum, mit unserem Land nicht um, wie er das praktiziert.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Es lebt sich gut in der Pampa! – Abg. Thomas Blenke CDU: Ich bin ein stolzer Vertreter der Pampa!)

Meine Damen und Herren, zu guter Letzt: Wir stimmen den Mitteln für die Landesanstalten zu. Das habe ich zum Ausdruck gebracht. Wir lehnen aber den Haushalt insgesamt ab. Wir unterstellen Ihnen in vielen Bereichen eben keinen Weitblick, sondern einen Tunnelblick für Ihre Lieblingskinder, und das lehnen wir ab.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Sehr gut! – Zuruf des Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Für die Fraktion GRÜNE erteile ich Herrn Kollegen Dr. Rösler das Wort.

(Abg. Dr. Patrick Rapp CDU: Jetzt pass mal auf!)

Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE: Werte Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Einen Tunnelblick, Kollege Locherer, haben in diesen Tagen, glaube ich, andere Leute als wir Grünen.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen – Abg. Thomas Blenke CDU: Was für ein Gag! Zwei Grüne haben ihn verstanden!)

– Ja, damit haben Sie eher ein Problem als wir.

(Abg. Klaus Herrmann CDU: Wir haben kein Problem!)

Aber jetzt zum Haushalt des Ministeriums für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz. Grundsätzlich ist festzustellen: Dieser Haushalt hat ein Volumen von jährlich rund 800 Millionen €. Das entspricht – als Größenordnung – 2 % des Landeshaushalts.

Was ich jetzt im ersten Haushalt, den wir wirklich komplett eigenständig überarbeitet haben – beim Haushalt 2012 gab es sowohl auf der einen als auch auf der anderen Seite doch noch eine Menge an Vorlauf aus der vorherigen Legislaturperiode –,

(Abg. Thomas Blenke CDU: Wie z. B. die Schuldenfreiheit!)

erkennen kann, sind die „langen Linien“. Ich erkenne erstens, dass wir im Einzelplan 08 zur Konsolidierung des Haushalts beitragen – ökonomische Aspekte –, und ich erkenne zweitens, dass wir gleichzeitig zur ökologischen Modernisierung und zur Zukunftssicherung sowohl in der Landwirtschaft als

auch in den anderen Branchen – Tourismus und Naturschutz – beitragen.

(Abg. Dr. Patrick Rapp CDU: Und beim Forst?)

Wir haben auch schon damit begonnen, die ökonomischen und ökologischen Versäumnisse der Vorgängerregierung aufzuarbeiten.

(Zuruf des Abg. Dr. Patrick Rapp CDU)

Ich komme noch konkret darauf zu sprechen, wie ich das begründe.

Wenn ich mir allerdings den Haushalt anschau – wir reden ja über den Haushalt; auf den einen oder anderen Inhalt, den Sie, Kollege Locherer, angesprochen haben, komme ich auch noch zu sprechen – und mir vergegenwärtige, was da eigentlich die Aufgabe der Opposition wäre, nämlich zu sagen: „Wir wollen etwas anderes haben“, dann wird es, um ehrlich zu sein, ziemlich dünn.

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Das war ja in 58 Jahren alles in unserer Verantwortung!)

– Ach so, aha. Darauf kann ich insbesondere bei den Forststellen zurückkommen. Dann schiebe ich das gleich einmal ein, Frau Kollegin Gurr-Hirsch. Wer hat denn das 1 480-Stellen-Einsparprogramm gemacht? Wer hat es denn beschlossen?

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Abg. Alfred Winkler SPD: Ja!)

Wer hat beschlossen, auf diesem Weg die Stellen im Forst zu kürzen? Wer war denn das? Sie oder wir?

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Abg. Alfred Winkler SPD: Das zweite Sparprogramm! – Abg. Klaus Herrmann CDU: Und wer hat die Neuverschuldung auf null gebracht?)

– Wer hat die Neuverschuldung, Kollege Herrmann – –

(Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Herr Abgeordneter – –

Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE: Ja, ich lasse selbstverständlich gern die Zwischenfrage des Kollegen Rapp zu, wenn ich den Satz zu Ende gesprochen habe.

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Herzlichen Dank.

(Vereinzelt Heiterkeit)

Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE: Kollege Herrmann, wer hat denn die Neuverschuldung ständig nach oben getrieben,

(Abg. Klaus Herrmann CDU: Auf null gebracht!)

sodass wir jetzt – diese Diskussion führen wir ja im Finanzausschuss – 1,9 Milliarden € pro Jahr an Zinszahlungen leisten müssen und dadurch gewürgt und stranguliert werden? Das ist doch das Problem.

(Vereinzelt Beifall bei den Grünen und der SPD – Zurufe von der CDU)

(Dr. Markus Rösler)

– Da muss man gar nicht abwinken, Kollege Zimmermann. Das ist die Realität.

Bitte, Kollege Rapp.

(Zurufe von der CDU)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Kollege Dr. Rapp hat das Wort.

Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE: Ich bin ganz Ohr, Kollege Rapp.

Abg. Dr. Patrick Rapp CDU: Kollege Rösler, vielen Dank für das Zulassen der Frage.

(Vereinzelt Heiterkeit)

Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE: Ich kann sie auch gern stellen.

Abg. Dr. Patrick Rapp CDU: Vielleicht können Sie auch sofort die Antwort geben, dann brauche ich nicht zu fragen.

(Vereinzelt Heiterkeit)

Sie haben gerade das Stellenabbauprogramm erwähnt und mit dem Finger auf uns gezeigt. Bis dahin war es richtig. Sind Sie in der Lage, zu reflektieren, dass sich seither die Rahmenbedingungen enorm geändert haben?

(Abg. Alfred Winkler SPD: Wieso? Wachsen die Bäume heute schneller?)

Das hat Kollege Locherer vorhin angesprochen. Ich verweise auf die FSC-Zertifizierung und die Windkraftgewinnung mit zusätzlichen Anforderungen an den Forst, die es notwendig machen, umzudenken.

Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE: Sie haben völlig recht. Genau deswegen haben wir bereits gehandelt. Wenn Sie, Kollege Rapp, den Haushaltsplan lesen, stellen Sie fest, dass wir im Hinblick auf das Thema „Windkraft und Forst“ vier zusätzliche Stellen im Forstbereich eingestellt haben. Sie können auch feststellen, dass wir zwei zusätzliche Stellen speziell im Forst für die Umsetzung von Natura 2000 eingestellt haben. Sie werden auch wissen, dass wir beschlossen haben, dass in den Regierungspräsidien die Möglichkeit besteht, dort, wo zwingender Nachholbedarf vorliegt – sowohl bei Spezialtunnelbauern, um auf das schöne Thema Tunnel zu kommen,

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Maulwurf!)

als auch im Bereich des Naturschutzes oder des Forstes –, nachzubesetzen, wenn qualifizierte Leute in den Ruhestand gehen, die nicht anderweitig ersetzt werden können. Das sind allein drei Beispiele dafür, dass wir gehandelt haben, um genau in diesem Bereich Abhilfe zu schaffen.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Fehler der Polizeireform!)

Nun zurück zu den Anträgen. Was ich als Haushaltspolitiker feststellen muss – ich bin ja auch Berichterstatter für den Haushalt des MLR – und was mich schon ein bisschen enttäuscht, ist, dass die Kollegen von der FDP/DVP – vielleicht

liegt es daran, dass sie nur zu siebt sind – keinen einzigen Antrag hierzu gestellt haben.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Wir sind viel zu klug, um alles von euch ablehnen zu lassen! Effizienz der Arbeitszeit!)

Das ist schon ein bisschen dünn, muss ich sagen.

Aber jetzt kommen wir zur CDU. Da muss man sagen: Dort sind die Kollegen Köberle, ehemaliger Minister, Hauk, ehemaliger Minister, und Stächele, ehemaliger Minister. Sie haben also drei ehemalige Minister zu diesem Fachbereich in Ihren Reihen. Zudem haben Sie eine ehemalige Staatssekretärin aus diesem Ressort in Ihren Reihen. Dort ist also die geballte Kompetenz vorhanden,

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP – Zurufe von der CDU: Richtig! – Jawohl! – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Das fehlt euch! – Abg. Karl Zimmermann CDU: Das ist bei den Grünen anders!)

sollte man annehmen. – Sie klatschen ja immer noch, nachdem ich gesagt habe: „sollte man annehmen“. Dass dem nicht so ist, kann ich feststellen, wenn ich die beiden Anträge hierzu anschau.

(Zuruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

Mit Verlaub, geschätzter – ich betone das – Kollege Locherer: Das ist Dünnbrettbohrerei, was Sie da gebracht haben.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD – Zuruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

In dem einen Antrag wird deutlich, dass Sie schon nicht begreifen, dass die von Ihnen gewünschte Gegenfinanzierung im Naturschutz erfolgt, während auf der anderen Seite GAK-Mittel, also Bundesgelder, eingestellt sind.

(Abg. Paul Locherer CDU: Eigene Mittel!)

So kann man gar nicht gegenfinanzieren. Diesen Antrag müssten Sie anders stellen.

(Abg. Paul Locherer CDU: Eigene Mittel!)

Das Nächste ist – das ist besonders gravierend und zieht sich nicht nur durch den Einzelplan 08, sondern komplett durch alle Einzelpläne –: Man hat den Eindruck, Sie schreiben Entschließungsanträge. Der Kollege Schmiedel – das ist der mit dem Taschenrechner – hat schon gestern gesagt, Sie fordern im Prinzip von unserer Regierung, dass diese Ihr Geschäft macht. Es werden von Ihnen von vorn bis hinten Entschließungsanträge gestellt, in denen gefordert wird, die Landesregierung möge ein Konzept vorlegen.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Wer sonst?)

Ich erwarte doch, dass es in der Politik um einen Wettbewerb der Ideen geht. Wo sind denn Ihre Ideen?

(Abg. Paul Locherer CDU: Haben wir doch! – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Lest halt die Anträge!)

(Dr. Markus Rösler)

Ihre Ideen bestehen darin, dass Sie uns auffordern, Ihnen Ihre Konzepte zu schreiben. Das ist echt Dünnbrettbohrerei.

(Vereinzelt Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Karl Zimmermann CDU: Da applaudiert nicht einmal diese Seite! – Abg. Winfried Mack CDU: So ein Schwachsinn!)

Dann soll die Gegenfinanzierung aus Sachmitteln des Naturschutzes erfolgen. Das ist überscharf. Auf der einen Seite lässt der Fraktionsvorsitzende Hauk, der ehemalige Minister in diesem Ressort, mitteilen – ich zitiere aus der entsprechenden Internetseite der CDU-Landtagsfraktion –, dass er Schwarzmilane in die Freiheit entlässt. Dass er Schwarzmilane und nicht Rotmilane entlässt, das sei ihm noch zugestanden.

(Zuruf von der CDU: Ach! – Abg. Thomas Blenke CDU: Da fehlt ein Tusch!)

Aber interessant ist, dass die Einrichtung in Mössingen, in der er diese Aktion gemacht hat, Sachmittel aus dem Haushalt des Landes, und zwar aus Kapitel 0829 – Naturschutz und Landschaftspflege –, erhält. Das heißt, auf der einen Seite loben Sie die Einrichtungen und die Projekte, denen die Sachmittel des Landes zufließen, auf der anderen Seite fordern Sie in dem Antrag, dort zu streichen oder einen geringeren Aufwuchs vorzunehmen. Das passt einfach nicht zusammen.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Versteckte Beifälle!)

Wenn Sie darüber hinaus – völlig zu Recht, Kollege Locherer – darauf hinweisen, dass wir beim Thema Biosphärengebiet sowohl im Süden als auch auf der Schwäbischen Alb einen Bedarf haben, bedeutet das: Da gibt es einen gerechtfertigten Mehrbedarf. Auf der einen Seite monieren Sie, dass es einen gerechtfertigten Mehrbedarf gibt, aber auf der anderen Seite ist Ihr Vorschlag – noch nicht einmal mit Zahlen unterlegt –, man solle im Naturschutz bitte mehr streichen. Das passt gar nicht zusammen.

Wenn ich mir den Vorschlag zu dem Bereich Forst anschau, muss ich als Finanzpolitiker ebenfalls sagen: Da fehlen wieder die Zahlen. Ich hätte gern gehabt, dass Sie – der Ministerpräsident hat das zu Beginn der Debatte angemahnt – Anträge schreiben, in denen Zahlen stehen.

(Abg. Dr. Patrick Rapp CDU: Können wir uns über euren Haushalt unterhalten?)

Dann würde deutlich werden, dass Sie in diesem Fall eine Höherschuldung einfordern. Das ist nämlich das, was dabei herauskommt.

(Abg. Klaus Herrmann CDU: Wir machen das, was wir für richtig halten!)

– In diesem Fall wäre es aber klüger gewesen, Kollege Herrmann, dem Ministerpräsidenten zu folgen. Das wäre sowieso manchmal klüger.

(Zuruf von der CDU: Hier nicht!)

Ich stelle einfach fest, dass Sie keine Anträge mit Zahlen schreiben. Es fehlt die Qualität bei Ihrer Arbeit an den Haus-

haltsplänen und in der Haushaltsberatung. Das ist ein Schwachpunkt. Davon bin ich enttäuscht.

Wir haben – ich komme jetzt auf das, was wir umgesetzt haben – in kurzer Zeit Stellen eingespart. Wir haben die k.w.-Vermerke vollzogen. Vorher waren – der Kollege Rau ist jetzt nicht mehr hier – im Einzelplan 08 noch 3 135 Stellen etatisiert. – Kollege Rau, da sitzen Sie ja doch; Sie haben den Platz gewechselt.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Er saß schon immer da!)

– Vorher saß er dort drüben.

Wir haben die Zahl der Stellen von 3 135 auf 3 092 verringert. Das heißt, es gibt hier einen Abbaupfad, auf dem sich das MLR müht. Natürlich wird jeder, der betroffen ist – Herr Kollege Locherer, da haben Sie recht –, das nicht toll finden. Aber wir haben die Pflicht – der Landesrechnungshof lobt uns da ausdrücklich –, auch Stellen abzubauen, z. B. bei der Tabakförderung. Sie haben die Tabakförderung über Jahre weiterbetrieben, auf der anderen Seite über Nichtraucherschutz geredet. Wir handeln jetzt. Wir werden diese Verträge beenden. Diese Stellen – der Rechnungshof hat das gelobt – werden abgebaut. Wir tragen dazu bei, dass der Haushalt des Landes konsolidiert wird.

(Beifall bei den Grünen)

Der inhaltliche Punkt an der ganzen Geschichte ist: Natürlich sind wir mit der FSC-Zertifizierung, mit der Windkraft im Wald, mit dem Ökolandbau, mit Maßnahmen, die Sie gelobt haben, viele Punkte in den eineinhalb Jahren – länger sind wir noch nicht an der Regierung – bereits angegangen. Das finde ich höchst erfreulich.

Ich muss auf einen Punkt eingehen, Herr Kollege Locherer, bei dem ich ein bisschen enttäuscht bin, und zwar von Ihrer Fraktion in Gänze. Das betrifft das Thema Rundfunkrat. Heute ist die Stellungnahme zu dem von der Fraktion der CDU eingebrachten Antrag Drucksache 15/2643 – Vertretung der Bauernverbände im Rundfunkrat des SWR erhalten – eingegangen. Wenn wir ein Interesse daran haben, dass der ländliche Raum breit aufgestellt wird, wenn wir ein Interesse daran haben, dass auch Frauen im ländlichen Raum beteiligt werden, Kollegin Gurr-Hirsch, dass die Landfrauen mit dabei sind und einen Sitz im Rundfunkrat erhalten,

(Abg. Paul Locherer CDU: Beide!)

dann stellen Sie nicht den Antrag, dass es zwei Sitze geben solle, sondern stellen Sie den Antrag – –

(Zuruf des Abg. Paul Locherer CDU)

– Dann müssen Sie den Antrag anders formulieren, Kollege Locherer. Dann haben Sie da, mit Verlaub, nicht aufgepasst. Ihr Antrag lautet nämlich – das können Sie selbst nachlesen –, dass nur der Bauernverband einen Sitz erhält. Unser Vorschlag lautet: Bauernverband und Landfrauen erhalten zusammen einen Sitz. Sie sagen: „Bitte kegelt die Landfrauen raus.“ Das ist die Politik der CDU im ländlichen Raum. So sieht es nämlich aus.

(Beifall bei den Grünen – Zurufe von der CDU – Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Herr Kollege Dr. Rösler, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abg. Locherer?

Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE: Gleich. Nur noch ein Punkt.

Beim Thema Nationalpark bin ich ebenfalls enttäuscht, Kollege Locherer. Wir haben beim Nationalpark – Sie wissen, dass ich hier seit Jahrzehnten international tätig bin – einen für ganz Europa vorbildlichen Beteiligungsprozess. Bei keinem anderen Nationalpark ist während seiner Entstehungsgeschichte ein so umfangreicher Beteiligungsprozess durchgeführt worden.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Es ist auch keiner so unnötig! – Abg. Dr. Patrick Rapp CDU schüttelt den Kopf.)

– Sosehr der Kollege Rapp auch den Kopf nach links und nach rechts wiegt, sage ich: Das findet unter Beteiligung der Gegner und Kritiker statt, und zwar unter intensiver Beteiligung. Darauf sind wir stolz. Wir sind stolz darauf, wie gut wir hier die Leute beteiligen.

(Abg. Thomas Blenke CDU: Heißt das auch, dass Sie ergebnisoffen vorgehen?)

Wenn Sie dies in Abrede stellen, geht das einfach an der Realität vorbei.

Jetzt habe ich noch eine Redezeit von zwei Minuten. Diese Zeit möchte ich gern für die zweite Runde übrig behalten.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Ob es nötig ist oder nicht! – Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Herr Kollege Dr. Rösler, die neue Geschäftsordnung sieht vor, dass die Redezeit während der Zwischenfragen angehalten wird. Das sollte sich allmählich herumgesprochen haben.

Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE: Das ist ja gut. – Bitte.

Abg. Paul Locherer CDU: Lieber Herr Kollege Dr. Rösler, ist Ihnen bekannt, dass die Landfrauen zu großen Teilen in den bäuerlichen Verbänden mit organisiert sind?

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Nein! Nicht bekannt!)

Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE: Selbstverständlich ist mir das bekannt. Aber die Landfrauen sind auch eine eigenständige Organisation mit 85 000 Mitgliedern.

(Beifall bei den Grünen – Zuruf des Abg. Paul Locherer CDU)

Wir wünschen, dass diese eigenständige Position der Landfrauen zum Ausdruck kommt, die in dem einen oder anderen Punkt vielleicht auch einmal eine andere ist als die Position des Landesbauernverbands. Denn dessen Äußerungen – gerade die Äußerungen seiner Spitzenvertreter – sind, um es einmal diplomatisch zu formulieren, sowieso manchmal etwas schwierig, zumindest was den württembergischen Teil des Landes betrifft.

(Zurufe von der CDU)

Deswegen ist es besser, wenn die Landfrauen hier eigenständig, mit eigener Stimme und einer eigenen Interessenvertretung, beteiligt sind. Ich würde mir insbesondere von Ihnen, Frau Kollegin Gurr-Hirsch, wünschen,

(Unruhe – Zuruf: Pst!)

dass Sie sich innerhalb Ihrer Fraktion dafür einsetzen, dass die Landfrauen da nicht über den Löffel barbiert werden. So weit zu dieser Frage.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen – Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Gestatten Sie eine weitere Zwischenfrage, eine Zwischenfrage des Abg. Glück?

Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE: Selbstverständlich, gern.

Abg. Andreas Glück FDP/DVP: Werter Kollege Dr. Rösler, danke, dass Sie die Frage zulassen.

Sie haben vorhin gerade noch einmal das Biosphärengebiet angesprochen und auf die angeblich so vorbildliche Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger beim Thema Nationalpark hingewiesen. Wie Sie wissen, wohne ich in diesem Biosphärengebiet Schwäbische Alb. Geben Sie mir recht, dass der Erfolg dieses Biosphärengebiets vor allem darauf fußt, dass wirklich jede einzelne Kommune, die daran beteiligt ist, mit sehr großem Erfolg vorgeht und dort eine sehr große, positive Aufbruchstimmung herrschte? Geben Sie mir darüber hinaus auch darin recht, dass diese positive, allgemeine Aufbruchstimmung beim Thema Nationalpark nun nicht zu verspüren ist?

Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE: Zum Thema Biosphärengebiet: Bevor der damalige Regierungschef Oettinger im Jahr 2005 in seiner Regierungserklärung von diesem Pult aus gesagt hat, dass er, 14 Jahre nachdem die Idee entstanden war, dies zum Leuchtturmprojekt der Landesregierung machen wolle, gab es schon einen langen Prozess im Vorfeld. Dieser Vorprozess war wichtig, Kollege Glück. Dieser Vorprozess bestand aus gewissen Vorarbeiten, die in den Neunzigerjahren vorgenommen wurden. Ich mag da vielleicht befangen sein.

Daneben gab es etwas Zweites, nämlich das Projekt des Landes, das PLENUM-Projekt.

(Abg. Dr. Patrick Rapp CDU: Und das fehlt beim Nationalpark!)

Das war ein gutes Projekt, unterstützt durch Mittel des MLR, und es hat dazu beigetragen, dass hier Akzeptanz und Kooperationsbereitschaft entstanden.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Das ist der Unterschied zum Nationalpark!)

Als Drittes kam übrigens noch – das wird manchmal gern verschwiegen – das Projekt „Regionen aktiv“ hinzu, das Bundesministerin Künast auf den Weg gebracht hatte. Dieses Projekt hat dazu beigetragen, dass die Akteure gemeinsam an einen Tisch kamen.

Genau das machen wir jetzt, und zwar ohne Bundesmittel und ausschließlich mit Landesmitteln. Wir sorgen dafür, dass die

(Dr. Markus Rösler)

Akteure an einen Tisch kommen. Deswegen gibt es die sieben regionalen Arbeitskreise, in denen unterschiedliche Parteien – Kritiker und Befürworter – zusammensitzen. In diesen regionalen Arbeitskreisen fand ein ähnlicher Prozess statt.

Erst vor wenigen Wochen – genauer gesagt: erst vor einer Woche – haben die regionalen Arbeitskreise ihre Ergebnisse dargelegt. Darin sind viele gute Anregungen enthalten. Selbstverständlich werden diese Anregungen in den weiteren Diskussionsprozess mit einfließen.

Deswegen ist im Augenblick auch zu erkennen, Kollege Glück, dass offensichtlich – ich verweise hier auf die gestern veröffentlichten Ergebnisse der forsa-Umfrage – 65 % der Befragten im Land und auch 65 % der Befragten im Regierungsbezirk Karlsruhe, also der Raumschaft, die hauptsächlich betroffen ist, für einen Nationalpark sind.

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: 500 Menschen sind befragt worden! Nur 500! – Zuruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

Uns freut das, und wir arbeiten weiter hieran. Insofern ist Ihr Hinweis richtig, dass es wichtig ist, die Kommunen mitzunehmen.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Wir arbeiten daran, dass dieser Prozess läuft und dass er weiter befördert wird. Wir freuen uns über jede Beteiligung der Kommunen, und wir freuen uns, am Rande bemerkt, auch über alle CDU-Bürgermeister vor Ort – es gibt ja einige CDU-Bürgermeister und auch einige ehemalige CDU-Bürgermeister, die so denken –, die bereits jetzt, sehr früh, öffentlich gesagt haben, dass sie in einem Nationalpark mehr Vorteile als Nachteile sehen und deshalb für diesen Nationalpark sind. Das freut uns. Ich gehe fest davon aus, dass die Anzahl der Bürgermeister, die dieser Auffassung sind, insbesondere nach der Veröffentlichung des Gutachtens nach Ostern und dessen Diskussion deutlich steigen wird. Wir werden alles dafür tun – deswegen ist Ihr Hinweis ganz recht –, dass die Beteiligung weiter intensiv voranschreitet.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Herr Kollege Dr. Rösler, gestatten Sie eine letzte Zwischenfrage, und zwar des Herrn Abg. Blenke?

Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE: Aber selbstverständlich, gern.

(Zurufe)

Auch Herrn Blenke. Wir hören ja immer zu. Ich habe noch nie eine Zwischenfrage abgelehnt.

(Abg. Paul Locherer CDU: Das ist wahr! Das stimmt!)

Abg. Thomas Blenke CDU: Danke schön, Herr Dr. Rösler. – Sie loben die angebliche Bürgerbeteiligung in Sachen Nationalpark Nordschwarzwald. Bei den Menschen vor Ort entsteht aber zunehmend der Eindruck, sie dürfen vielleicht reden, vielleicht hört man ihnen auch zu, aber die Landesregierung ist bereits vollständig festgelegt.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Sehr richtig!)

Deswegen meine Frage an Sie: Wenn Sie jetzt Bürgerbeteiligung machen – das heißt, dass sich Menschen äußern dürfen, dass Sie ihnen zuhören –, sind dann die Landesregierung und die sie tragenden Fraktionen in der Entscheidung, ob ein Nationalpark eingerichtet wird oder nicht, noch ergebnisoffen? Sind Sie ergebnisoffen, ja oder nein?

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Genau! – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Jetzt tut er sich schwer!)

Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE: Erstens: Ja.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Zweitens: Nein! – Vereinzelt Heiterkeit)

Zweitens: Die Argumente gegen einen Nationalpark müssen so gravierend sein, dass sie uns überzeugen.

(Abg. Karl Zimmermann CDU: Ach so!)

Das ist doch logisch. Das wäre bei Ihnen genauso, wenn Sie hier stehen würden, dass Sie sagten: Die Argumente, die dem, was Sie favorisieren –

(Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU)

Ich sage frank und frei: Klar, ich favorisiere einen Nationalpark. Sie würden auch gestehen, dass die Argumente, die dann kommen und die einen von der eigenen Favorisierung umlenken sollen, überzeugend sein müssen. Darauf warte ich im Rahmen des Gutachtens. Dann werden wir sehen.

(Abg. Thomas Blenke CDU: Der Ministerpräsident hat sich gestern ein bisschen anders geäußert!)

– Inhaltlich gleich.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Herzlichen Dank. – Für die SPD-Fraktion erteile ich Herrn Kollegen Winkler das Wort.

Abg. Alfred Winkler SPD: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Bei Einzelplan 08 gilt es, zu entscheiden und zu bestimmen, was mit der Mittelausstattung, die wir für diesen Einzelplan beschließen, im ganzen Land und im ländlichen Raum, in der Landwirtschaft und in vielen anderen Bereichen in den nächsten zwei Jahren umgesetzt werden kann.

Der rote Faden dafür lautet: Was gut war, bleibt gut. In der Vergangenheit wurde vieles richtig gemacht. Das Richtige werden wir weiterführen.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Genau!)

Was schlecht war, das werden wir besser machen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der Grünen – Zuruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

Der Haushalt des Ministeriums für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz ist mit 187 Millionen € an Zuschüssen von EU und Bund der Einzelhaushalt, der mit den meisten Zuflüssen von außen rechnet. Es ist ein Haushalt mit einem Volumen

(Alfred Winkler)

von insgesamt rund 800 Millionen €, von denen ein nicht unwesentlicher Teil für die Einkommenssicherung im Bereich der Landwirtschaft bestimmt ist. Da sind wir auch von dem abhängig, was in der nächsten Zeit auf EU-Ebene entschieden wird. Umso schwieriger ist es, dass z. B. das MEKA-Programm für 2013 noch 103 Millionen € und für 2014 nur noch 95 Millionen € als Volumen aufweist. Wir können da nicht mehr ausgeben, als wir einnehmen und als wir bekommen.

Aber dieser Haushalt umfasst weit mehr als Landwirtschaft. In diesem Haushalt sind die Mittel für Verbraucherschutz, für Naturschutz, für den Tourismus, für die Entwicklung ländlicher Räume im weiteren Sinn, für die Wald- und Forstwirtschaft und für den Tierschutz enthalten. Das ist ein gewaltiges Aufgabengebiet mit 0,8 Milliarden € an Ausgaben bei 204 Millionen € an Einnahmen.

Aber wir bewegen auch einiges. Insgesamt werden aus diesem Haushalt 4 200 Personalstellen finanziert. Die Mitarbeiter aller Landeseinrichtungen und die Bediensteten machen gute Arbeit. An dieser Stelle bietet sich auch die Gelegenheit, für diese Arbeit zu danken.

(Beifall bei der SPD sowie Abgeordneten der CDU und der Grünen)

Ein wesentlicher Bestandteil ist die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“. Das sind Investitionsbeihilfen beim Thema „Agrarförderprogramm des Bundes“. Hier werden allein 60 Millionen € im Jahr 2013 und 51 Millionen € im Jahr 2014 vom Bund bereitgestellt. Dazu gibt es einen Landesanteil von 40 %. Das sind nochmals zusätzlich 40 Millionen € und 34 Millionen €.

Dazu gehört auch der Bereich Flurbereinigung. Das ist beileibe kein Thema allein der Landwirtschaft, sondern auch ein Thema der Landwirtschaft. Die Flurbereinigung bewältigt Infrastrukturmaßnahmen wie die neue Messe, wie neue Bahngleise zwischen Karlsruhe und Basel oder z. B. aus meinem Bereich die A 98.

Kollege Locherer hat vorhin auf den Mangel in der Flurbereinigung hingewiesen. Ich darf zurückgeben, lieber Kollege Locherer: Im Jahr 2006 habe ich an dieser Stelle beklagt, dass das Land einen Stapel von nicht abgeschlossenen Maßnahmen mit zehn Jahren Bearbeitungsdauer vor sich herträgt. Das war auch früher schon so.

(Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Herr Kollege, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Dr. Bullinger?

Abg. Alfred Winkler SPD: Selbstverständlich.

Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Lieber Kollege Winkler, ich habe eine Bitte und eine Frage: Ist es nicht besser, endlich einmal auf die Verwendung des Begriffs „Flurbereinigung“ zu verzichten? Eine Flurbereinigung fand in den Siebzigerjahren statt. Wir machen eine Flurneuordnung mit Gott sei Dank sehr vielen naturverträglichen und vielen angelegten Biotopen. Das Wort „Flurbereinigung“ ist, glaube ich, heute nicht mehr angebracht.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP und der CDU)

Abg. Alfred Winkler SPD: Ganz richtig, Kollege Dr. Bullinger. Das war ein verbaler Fehlgriff von mir. Die Flurneuordnung – so wird sie auch umgesetzt –

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Ja! Sehr schön!)

dient in der Zukunft auch verstärkt der Neuordnung von Natur- und Landschaftsschutzmaßnahmen,

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Richtig!)

viel mehr, als sie bisher dafür eingerichtet worden ist. Das ist auch eine Entwicklung, die zukünftig zusätzlich auf die Flurneuordnung zukommt. Danke für den Hinweis.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der Grünen sowie des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

Wir verbessern mit diesem Haushalt weiter die Breitbandversorgung. Wir lassen den ländlichen Raum nicht hängen. Wir koppeln die Wirtschaft und die Unternehmen in den ländlichen Räumen nicht vom technischen Standard ab. Deswegen sind in diesem Haushalt 17,5 Millionen € für die Breitbandinitiative eingestellt. Ich erinnere daran, dass vor sechs Jahren ein der CDU angehörender Landwirtschaftsminister noch gesagt hat, diese Breitbandversorgung sei eine technische Aufgabe, eine unternehmerische Aufgabe, die sich rechnen und privat bewältigt werden müsse; das liege nicht in der Verantwortung des Landes. Es ist mittlerweile in der Verantwortung des Landes.

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: 31 Millionen € Sonderprogramm!)

– Das kam dann zwei Jahre später.

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Da waren wir an der Spitze, lieber Alfred!)

– Mit einer gewissen Denkzeit kam das später.

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Die war ganz kurz!)

Mittlerweile sind wir da ganz gut aufgestellt. Das ist so.

Ich komme zu einem Thema, das für uns wichtig ist und das alle im ländlichen Raum kennen. Es geht um das Thema Konversion im ländlichen Raum. Die Bundeswehr geht, und was bleibt? Das sind 31 betroffene Standorte. Die Kommunen hängen zum Teil in der Luft, weil ganze Strukturen wegbrechen. Aber wir haben hier gut verstanden. Obwohl in erster Linie der Bund zuständig ist, werden wir 80 % der Förderkosten aus unserem Haushalt bezahlen. Wir haben hierfür insgesamt 1,5 Millionen € eingestellt. Diese Mittel haben wir im Entwicklungsprogramm Ländlicher Raum, im ELR, zur Verfügung. Wir bügeln hier etwas aus, bei dem der Bund in der Pflicht wäre.

(Abg. Karl Klein CDU: Nein, nein!)

Das ist eigentlich ein Mangel; denn der Ersatz des Wegfalls und die Konversionsnachfolgen wären eigentlich keine Landesangelegenheiten.

(Abg. Karl Klein CDU: Doch! – Zuruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

(Alfred Winkler)

Ein weiteres Thema ist der Verbraucherschutz. Uns ist überhaupt nicht gleichgültig, was auf den Teller kommt. Die Menschen im Land erwarten zu Recht qualitativ hochwertige, gesunde Lebensmittel aus einer tiergerechten Haltung. Aber die jüngsten Lebensmittelskandale haben gezeigt, wie wichtig Lebensmittelüberwachung im Zeitalter globalisierter Warenströme ist. Deswegen haben wir auch hier verstanden. Im Jahr 2012 haben wir zehn Stellen für Amtstierärzte und vier Stellen für Futtermittelkontrolleure geschaffen. Der Bereich der Lebensmittelkontrolleure wurde um 22 Stellen aufgestockt.

Es liegt zwei, drei Jahre zurück, da hat die damalige Landesregierung sehr wohl dargestellt, wie der Bedarf sein müsste und eben nicht war. Wir haben sehr intensiv damit begonnen, diesen Nachholbedarf aufzuholen. Diesen Kurs setzen wir auch in den Haushaltsjahren 2013 und 2014 fort. Wir setzen 1,1 Millionen € ein, um weitere 44 Lebensmittelkontrolleure beschäftigen zu können.

Es ist ein Problem, dass wir unseren guten Namen bei der Produktion der gesunden Lebensmittel in unserem Land nicht verlieren möchten. Aber es ist ein noch wichtigeres Problem, dass die Lebensmittelskandale zuerst die Landwirtschaft treffen, weil sie dann, wenn ein solcher Skandal durch das Land läuft, nichts mehr absetzen kann. Sie treffen auch die Lebensmittel verarbeitenden Betriebe. Das ist gleichzeitig Schutz für den Verbraucher und für den Produzenten. Die Existenz des Produzenten ist stark von der Qualität und von der Sicherheit der Lebensmittel abhängig.

Ein weiterer Bereich in diesem Ressort ist der Tourismus. Wir haben in Baden-Württemberg eine gute Tourismusbranche. 2011 konnte Baden-Württemberg mit Steigerungsraten von über 8 % das erfolgreichste Tourismusjahr in seiner Geschichte schreiben. Der positive Trend setzt sich in diesem Jahr fort. Das ist wichtig. Baden-Württemberg als Bäderland, als Tourismusland will diesen Sektor nicht verlieren. Er ist ein wichtiger Arbeitsmarktsektor und ein wichtiger Umsatzsektor. 280 000 standortgebundene Arbeitsplätze, die nicht in die Zweite und die Dritte Welt verlagert werden können, sind uns wichtig und sind uns viel wert. Der Wirtschaftsstrukturwandel im Tourismus ist auch im Gange. Deswegen ist die Unterstützung im Tourismus unverzichtbar.

Wir haben das verstanden. Der Tourismus wird mit 12 Millionen € zur Förderung der Infrastruktur in den Kommunen sowie mit 6,5 Millionen € für die Landesgartenschau gefördert. Diese Investitionen sind gut, und sie lösen ein Mehrfaches an weiteren, nachfolgenden Investitionen aus.

Es ist klar: Wir stehen im Konkurrenzkampf mit anderen Reisezielen in Deutschland, mit anderen Ländern, mit den unmittelbaren Nachbarländern. Aber unsere Möglichkeiten im Tourismus sind groß, und sie werden auch durch weitere Großschutzgebiete erweitert. Ich denke an das Biosphärengebiet Schwäbische Alb, an die Tourismusregionen Schwarzwald und Bodensee. „Das Beste liegt im Südwesten“, hat einmal der SWR als griffigen Slogan zitiert. Das ist so. Deswegen sollen Zertifizierungsverfahren die Tourismusqualität weiter steigern. Gütesiegel sind Marketinginstrumente im Wettbewerb um umweltbewusste Touristen und Gäste aus der ganzen Welt.

Der Bereich Naturschutz liegt uns am Herzen. Zum Naturschutz gab es hier im Land schöne Analysen und ausführliche

Papiere. Aber wir machen endlich Schluss mit den Papieren und Ernst mit einer ordentlichen Personal- und Mittelausstattung.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Das ist auch dringend nötig, um den Stau bei der Umsetzung von Natura 2000 abzubauen, um z. B. das Biosphärengebiet Schwäbische Alb so auszustatten, dass es den Aufgaben gerecht werden kann, aber auch um – das ist angesprochen worden – Großschutzgebiete – ich denke an den Nationalpark Nordschwarzwald – einzurichten.

Immerhin hat die CDU-Fraktion vorhin erklärt, sie sei dafür offen. Das ist ja auch ein gutes Zeichen. Das nehmen wir gern und dankbar an. Wir brauchen diese Offenheit nicht nur vor Ort. Wir brauchen die Offenheit in unserer Gesellschaft für das Thema Nationalpark – auch ein Instrument, mit dem Tourismus entwickelt werden kann.

Der Kollege Glück hat vorhin gesagt, dass sich das Biosphärengebiet Schwäbische Alb dank der Initiative der Gemeinden so gut und erfolgreich entwickelt hat. Ich bin überzeugt, dass diese Chancen in den Gemeinden des Nordschwarzwalds genauso gesehen werden wie in dem geplanten oder vielleicht umsetzbaren Biosphärengebiet Südschwarzwald. Diese Gemeinden und deren Bürgermeister sehen sehr wohl, wo etwas anders läuft, wie es läuft und wie es gut läuft.

(Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Herr Kollege, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Glück?

Abg. Alfred Winkler SPD: Gern.

Abg. Andreas Glück FDP/DVP: Sehr geehrter Kollege Winkler, Ihr Wort in Gottes Ohr. Aber sind Sie sich dessen bewusst, dass Proteste, wie sie momentan gegen den Nationalpark stattfinden, nie gegen das Biosphärengebiet Schwäbische Alb stattgefunden haben?

Abg. Alfred Winkler SPD: Das ist bekannt, lieber Kollege Glück.

(Zuruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

Es gibt aber beides. Es gibt Proteste der Gegner und Aktionen der Befürworter. Deswegen ist das eine oder das andere nicht allein entscheidend. Wir werden nach Vorlage des hierzu in Auftrag gegebenen Gutachtens – es ist vorhin ausführlich vom Kollegen Rösler angesprochen worden – intensiv darüber reden. Aber vorausgehen muss die Information der beteiligten Gemeinden, der Bevölkerung und der Gesellschaftsschichten. Sie müssen zuerst gut informiert werden. Dazu gehört eben auch der Vergleich mit den erfolgreichen ähnlichen Einrichtungen im ganzen Land. Wenn man gut informiert ist, kann man ein eigenes Urteil bilden. Aber das Urteil vor der Information ist kein gutes Urteil.

(Beifall bei der SPD und den Grünen sowie Abgeordneten der CDU – Zuruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

Wir sind deswegen froh, dass wir die Mittel im Naturschutzhaushalt von 30 Millionen € – sie stehen noch nicht lange im

(Alfred Winkler)

Haushalt – bis 2014 auf 48 Millionen € aufstocken können. Damit haben wir Mittel, um die erweiterten und zusätzlichen Aufgaben bewältigen zu können. Das ist die Voraussetzung dafür – klar –, aber die haben wir erfüllt.

Ein weiteres Thema, das wir hier mittlerweile Gott sei Dank mit mehr Einigkeit abarbeiten können, ist das Thema Gentechnik. Auch wenn das nichts kostet und im Haushalt nicht direkt wirksam wird, ist das trotzdem ein Thema, das uns in Baden-Württemberg bewegt und an dem wir sozusagen hängen. Wir hängen nämlich an dem Vorhaben, dass sich die Gentechnik bei uns nicht etabliert, um den Ruf und den Namen „Qualitativ hochwertige Lebensmittel aus Baden-Württemberg“ nicht zu gefährden.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Zum Schluss, meine Damen und Herren, möchte ich noch sagen, dass wir verstanden haben: Was gut war, das bleibt gut. Was nicht gut war, das machen wir besser.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Für die Fraktion der FDP/DVP erteile ich Herrn Kollegen Dr. Bullinger das Wort.

Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Frau Präsidentin, werte Kolleginnen und Kollegen!

Sehet die Vögel unter dem Himmel an: Sie säen nicht, sie ernten nicht, sie sammeln nicht in die Scheunen; und euer himmlischer Vater nährt sie doch.

(Zuruf der Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU)

Seid ihr denn nicht viel mehr denn sie?

(Abg. Werner Raab CDU: Sehr gut! Man muss auch bibelfest sein! – Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Mit diesem Satz tue ich mich immer schwer!)

Matthäus 6, 26 und Lukas 12, 24.

Meine Damen und Herren, warum sage ich das am Anfang? Ich spreche das deshalb am Anfang an, weil wir, wenn wir über den ländlichen Raum, über Agrarpolitik sprechen, auch über die sprechen müssen, die heute hier noch nicht angesprochen wurden. Ich schließe mich nicht nur dem Dank an alle an, die sich am Naturschutz beteiligen, vor allem an die, die in den Behörden, in den Amtsstuben sehr gute Arbeit leisten, sondern ich spreche hier auch einmal die an, denen wir unsere Kulturlandschaft zu verdanken haben. Diese sind hier noch nicht genannt worden. Ich bedanke mich – ich glaube, auch in Ihrem Namen – bei den Bäuerinnen und Bauern, die unsere Kulturlandschaft erhalten,

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU sowie des Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE – Abg. Karl Rombach CDU: Sehr gut!)

die tagtäglich früh aufstehen, die sich bücken, die unsere Streuobstwiesen erhalten, die auch dann, wenn ihr Einkommen nicht hoch ist, nicht sagen: „Wir legen die Arbeit nieder.“ Bei diesen möchte ich mich – ich glaube, auch in Ihrem Namen, meine Damen und Herren – bedanken; denn das sind die Wichtigsten, nämlich die Handwerker im ländlichen Raum, und nicht die „Mundwerker“ von irgendwelchen Verbänden.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Zurufe von der CDU: Sehr gut! – So ist es!)

Zunächst: Das, was Paul Locherer gesagt hat, kann ich ohne irgendwelche Änderungen unterschreiben. Auch dem, was du, lieber Alfred, in aller Sachlichkeit angesprochen hast, kann ich fast ausnahmslos zustimmen. Ich möchte aber eines, lieber Alfred, korrigieren. In einem Punkt hast du, glaube ich, einen kleinen Fehler gemacht. Und zwar: Die Dinge, die gut sind, sind nicht neu – ELR, Städtebauförderung, Wissenschaft, Forschung, Wirtschaftspolitik für den ländlichen Raum.

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: MEKA! – Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE: FSC ist neu! Nationalpark ist neu!)

Das, was die Landesregierung neu macht, ist in der Regel nicht gut: Neuverschuldung, Einstellung der Förderung der Gewerbeschauen, Erhöhung der Grunderwerbsteuer, Zerstörung der Bildungslandschaft,

(Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE: He, he, he! – Unruhe)

Schuldenmacherei, Personalpolitik. Diese Maßnahmen sind falsch bzw. diese Punkte hast du, glaube ich, einfach vergessen. Ich gehe davon aus, du stimmst mir zu.

(Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE: Halt, halt, halt! – Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Herr Kollege Dr. Bullinger, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Dr. Rösler?

Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Ja, aber am Ende.

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Wir behandeln die Frage dann kurz vor dem Ende Ihrer Redezeit.

Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Ich habe gelegentlich, Herr Minister, den Eindruck, dass der Arbeitsstil zwischenzeitlich etwas anders ist.

(Abg. Andreas Deuschle CDU: Ich auch! – Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE: Besser! Besser!)

Wenn ich mir beispielsweise die Novellierung des Landesjagdgesetzes anschau – wobei ich gar keinen Bedarf für eine Novellierung sehe, meine Damen und Herren –, dann stelle ich fest, dass das nach dem Muster geht:

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Das ist der Fehler! – Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE: Letztes Jahrtausend! – Unruhe)

Die Fachbeamten erstellen einen durchaus brauchbaren Entwurf.

(Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE: Breite Beteiligung!)

Die Zentralstelle, NABU und BUND korrigieren ihn. Danach gibt es eine Scheinanhörung.

(Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE: Das ist jetzt wirklich unter aller Kanone!)

(Dr. Friedrich Bullinger)

Dann wird die Anhörung womöglich noch so gestaltet, dass einzelne Verbände mit 300 Mitgliedern mehr Gewicht haben als die, die die ganze Jagd in Baden-Württemberg sehr naturverträglich machen, nämlich die 30 000 Jägerinnen und Jäger, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU)

Bedauerlicherweise ist heute – ich möchte weniger wiederholen als vielmehr auch noch andere Gedanken einbringen – die Vollerwerbslandwirtschaft nicht angesprochen worden. Da geht es um diejenigen, die von der Landwirtschaft leben müssen, die schauen müssen, wie sie betriebswirtschaftlich durchkommen, egal, ob in der Milchwirtschaft, bei der Schweineproduktion, beim Getreide oder bei den Sonderkulturen. Auch diese – sie wurden bisher nicht angesprochen – müssen wir in dem Rahmen, den wir vorgegeben haben, begleiten. Da wäre es für viele hier im Haus sehr lehrreich gewesen, wenn sie einmal zu dem Junglandwirte-Kongress nach Denkendorf gegangen wären

(Abg. Thomas Reusch-Frey SPD: Da war ich doch!
– Vereinzelt Heiterkeit)

– ich habe gesagt: hier im Haus –, so wie der Kollege Reusch-Frey und ich es getan haben.

(Unruhe – Zuruf: Zuhören!)

Wir sind schon fair hier. Es wäre vor allem wichtig, auch einmal zu wissen: Es geht nicht nur um Nischen, es geht nicht nur um Teilaspekte im Ernährungsbereich, sondern es geht auch um Ernährungssicherung. Es geht darum, dass wir im Land Baden-Württemberg 10,8 Millionen Bürgerinnen und Bürger haben, die mit guten Nahrungsmitteln versorgt werden wollen und versorgt werden. Das heißt für mich auch, dass diese Leistung entsprechend honoriert werden muss.

Ich möchte heute nicht über die Themen Gentechnik, GAP, demografischer Wandel und Naturschutz sprechen. Darüber haben wir in den letzten drei Monaten in diesem Haus sehr gut diskutiert. Meine Damen und Herren, mir geht es um den ländlichen Raum als Ganzes. Da ist für mich wichtig, dass wir eine Politik für den ländlichen Raum machen, um der demografischen Entwicklung und dem Trend der Urbanisierung – zurück zur Stadt – gegenzusteuern. Wir müssen solche Rahmenbedingungen schaffen, dass die jungen Menschen nach dem Studium wieder zurückkommen, dass sie im ländlichen Raum Arbeitsplätze vorfinden. Das ist Wirtschaftspolitik. Agrarpolitik ist nicht Bauernpolitik, sondern ist Politik für den ländlichen Raum. Das ist Wirtschafts-, Gesellschafts- und Naturschutzpolitik. Daran müssen wir arbeiten.

(Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE: Das machen wir doch!)

– Aber bloß, wie.

(Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE: Gut!)

Meine Damen und Herren, zur Situation im Land: Ich glaube, es ist auch wichtig, zu sehen, dass es nicht überall so toll ist. Es gibt Einbrüche beim Einkommen, vor allem auch im Obstbau. Das heißt, hier müssen wir sehen, wie wir die Rahmenbedingungen entsprechend gestalten können. Wir müssen

auch schauen, wie wir den Absatz entsprechend fördern können, damit die Produkte vor Ort gekauft werden.

Herr Minister Bonde, ich glaube, es ist schon wichtig, dass man bei den Vollerwerbslandwirten sieht, dass sie als Unternehmer etwas unternehmen wollen, dass sie etwas erwirtschaften wollen, und dass man im Naturschutz nicht immer mehr draufsattelt. Wer als Bauer ordentlich und nachhaltig wirtschaftet, macht automatisch das, was die Natur auch braucht, nämlich nachhaltige Landwirtschaft. Natürlich gibt es überall – wie auch in der Politik, wie auch bei Ihnen von den Grünen – Ausnahmen.

Ich will noch eines sagen, meine Damen und Herren: Es wäre auch wichtig, Herr Bonde, dass Sie jetzt vor allem mit dem Landesbauernverband – das sind die Vertreter der Bäuerinnen und Bauern – und zusammen mit der Kanzlerin in Richtung Brüssel agieren und nicht den Eindruck erwecken, man würde hier in Stuttgart etwas entscheiden können. Man muss vielmehr an den Hintergrund denken, dass diese Förderung von 2013/2014 bis 2018/2020 in Europa entsprechendes Gewicht behält, dass wir die gute Agrarpolitik, die wir bisher im Land gemacht haben, auch weiterhin machen können und dazu den erforderlichen finanziellen Rahmen bekommen. Die große Agrarpolitik ist für uns und unser Land eine Nummer zu groß.

Ferner ist wichtig, in der Milchmarktpolitik ehrlich zu bleiben. Die Entscheidungen sind gefallen, Herr Bonde. Deshalb kann man jetzt nicht populistisch sagen, man könnte hier faire Preise verlangen. Was sind eigentlich faire Preise, Herr Minister?

(Zuruf des Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE)

Für wen sind die denn fair? Das hätte ich ganz gern einmal gewusst. Die Antwort sind Sie uns bisher schuldig geblieben.

Meine Damen und Herren, die grün-rote Landesregierung ist beim schnellen Versprechen hervorragend. Man kann sich den Koalitionsvertrag anschauen, man kann sich das vergegenwärtigen, was Sie überall erzählen. Wenn man aber die Realität anschaut, stellt man fest: Forst und Naturschutz gegen Stellenabbau. Wenn zwischen NABU, Schwarzwaldverein und den Forstbetriebsgemeinschaften eine Allianz besteht, sollte man nicht an einer Stelle, an der man dringend Beratung braucht, an einer Stelle, bei der es um Ökonomie und Ökologie geht, abbauen. Ich höre immer nur Ökologie, Ökologie, Ökologie.

(Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE: Warum habt ihr denn das so beschlossen?)

Wir brauchen Ökologie und Ökonomie. Beides muss man zusammenbringen. Von Ihnen höre ich immer nur Ökologie und nicht Ökonomie. Nur mit beidem geht es, und das ist auch bei der Personalpolitik der Fall.

Wie wollen Sie denn die Staatseinnahmen aus dem Staatswald erhöhen, wenn Sie die Beratung abbauen, wenn Sie Täler gar zuwachsen lassen, so wie es der Finanz- und Wirtschaftsminister will? Dadurch kann man natürlich Personal sparen. Das ist aber auch nicht im Sinne der Energiepolitik. Auch das ist ein Punkt: Unsere Landwirte sind nicht nur für den Nahrungsbereich,

(Zuruf des Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE)

(Dr. Friedrich Bullinger)

für die Kulturlandschaft wichtig, sondern sie sind auch für die Energiewende wichtig. Das gilt etwa für das Holz. Da haben wir viele freie Möglichkeiten, zu puschen, nicht um Energiewälder anzubauen, sondern um eine nachhaltige Waldwirtschaft, wie sie jetzt ist, zu organisieren, damit man den tollen Stoff Holz stofflich und energetisch besser verwertet. Da hat man noch Möglichkeiten. Da können Sie, Herr Minister, mehr tun, als Sie bisher tun.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP und der CDU – Zuruf von der CDU: Sehr gut!)

Ein Wort zum Thema Gastronomie. Wir haben schon gehört, dass die Gastronomie, die Beherbergungswirtschaft ein wichtiger Faktor ist: 280 000 Arbeitsplätze, nicht verlagerbar, Ausbildungsplätze. Das sind unsere Gastronomen, das sind unsere Beherbergungsbetriebe. Da ist es wichtig, dass man in diesem Bereich – – Jetzt komme ich einfach einmal darauf zu sprechen: Ich finde den Gourmetgipfel, den Sie veranstaltet haben, toll. Das war nett. Das ist ein Aushängeschild.

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Das haben wir auch schon gemacht!)

Diese Gastronomie ist für das Image des Landes Gold wert, sie ist sehr wichtig. Aber ich sage Ihnen auch klar und deutlich: Diese Gastronomie können sich nicht 10,8 Millionen Bürgerinnen und Bürger leisten. Deshalb müssen wir vor allem im Landgasthofbereich mehr tun. Wir müssen in diesem Bereich mehr tun, indem wir auch die Gastronomie und speziell die Landgasthöfe flächendeckend fördern. Das ist ein Punkt, der bisher eindeutig zu kurz gekommen ist, meine Damen und Herren.

(Abg. Thomas Reusch-Frey SPD: Wie wollen Sie die fördern?)

– Durch andere Rahmenbedingungen im Gewerbebereich, dadurch, dass man den Verkehr nicht schleifen lässt und auch Gelder für den ÖPNV bereitstellt. Da gehört alles zusammen. Da können Sie nicht einen Einzelpunkt herausnehmen, sondern muss man das Ganze sehen. Das brauche ich Ihnen als staatlich geprüftem Landwirt und als Pfarrer nicht zu erklären. Entschuldigung, wenn ich so deutlich werde.

Ein weiterer Punkt: Wichtig ist für mich auch der Verbraucherschutz. Im Verbraucherschutz sind wir, Herr Kollege Sakellariou, etwas weitergekommen, was die Verbraucherzentrale angeht.

(Unruhe)

Ich finde es gut, dass jetzt auch die Zusammenarbeit gestärkt wird – damit meine ich nicht die Zusammenarbeit in Form von Kumpanei –, indem Sie die Mittel entsprechend dem Beschluss des Landtags weiterreichen, sodass wir im Verbraucherschutz vorwärtskommen. Da spreche ich auch ein Lob aus: Die Veranstaltung im SpOrt Stuttgart wurde auch von anderen Bundesländern als sehr positiv angesehen. Da kann ich nur sagen: Gratulation, das war hervorragend.

(Zuruf des Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE)

Ich wünsche mir hinsichtlich des Verbraucherschutzes allerdings – das muss man klar sagen – in der Masse nicht nur ei-

nen i-Punkt, sondern insgesamt mehr Aktivität von Ihnen und nicht, wie es am Anfang war, dass Sie ein Jahr lang gar nichts dazu gesagt und dann seitens des Ministeriums einen Auszahlungsboykott gemacht haben. Das war nicht gut. Aber da sind wir auf einem guten Weg.

(Glocke der Präsidentin)

– „Kommen Sie nun zu Ende“, meinte die Frau Präsidentin.

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Genau.

(Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE: Sonst kann ich meine Zwischenfrage nicht mehr stellen! Sonst muss ich den Minister fragen!)

Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Ich möchte zum Abschluss nur noch eines sagen: Uns hilft es bei der Politik für den ländlichen Raum nicht, Einzelressorts zu sehen. Vielmehr müssen wir das Ganze sehen, ob das die Konversion betrifft, ob das die Wirtschaft betrifft. Der ländliche Raum ist eine Einheit. Wirtschaft, Naturschutz, Verbraucherschutz gehören zusammen. Da hilft es nichts, populistisch im Einzelnen tätig zu sein. Herr Minister, hier muss man sich auch vor Ort den Bauern stellen. Da muss man auch zu den Bauernveranstaltungen gehen und darf nicht nur auf anderen Spielwiesen unterwegs sein.

Meine Damen und Herren, für mich ist es ganz wichtig, Ihnen auch noch einmal klar zu sagen, dass ich bei Ihnen, Herr Minister Bonde, eine Gemeinsamkeit mit dem Spruch sehe: „Eine Kapuze macht noch lange keinen Mönch.“ Herr Minister, ein Trachtenjanker macht noch lange keinen fachkundigen, guten, erfolgreichen Landwirtschaftsminister.

(Heiterkeit und Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Zurufe von der SPD – Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Ganz zum Schluss bitte noch schnell die Zwischenfrage des Kollegen Dr. Rösler.

Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Vor der Frage nur noch der Hinweis, Herr Minister: Ich habe einen Trachtenanzug, ich bin gelernter Landwirt und habe zwei Studien abgeschlossen.

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Die Kleiderfrage können Sie später noch klären.

Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE: Zu meiner Zwischenfrage, Kollege Bullinger. Sie haben das Thema Grunderwerbsteuer angesprochen. Ich habe folgende Frage an Sie: Welche Alternative zur Erhöhung der Grunderwerbsteuer hätten Sie denn, um den Kommunen im nächsten Jahr 325 Millionen € und anschließend noch höhere Summen für die U-3-Betreuung, diese zwingend wichtige gesellschaftliche Aufgabe, zur Verfügung zu stellen? Frage Nummer 1.

Als Zweites, nur ganz kurz: Zum Jagdgesetz erfolgt eine breite Beteiligung. Erkundigen Sie sich. Ich hoffe, dann wissen Sie mehr dazu.

(Zuruf des Abg. Helmut Walter Rüeck CDU)

Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Zum Letzten darf ich sagen: Ich habe den Wunsch, dass die Verbände

(Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE: Alle!)

entsprechend gehört werden, und zwar in der Weise, dass Verbände mit 30 000 Mitgliedern mindestens das gleiche Gewicht haben wie Verbände mit 300 Mitgliedern. Das vielleicht einmal zum zweiten Punkt.

(Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE: Gut! Genau so!)

Zum ersten Punkt, was die Steuer angeht, darf ich Ihnen eines sagen: Ich gebe Ihnen einen Tipp, Herr Kollege.

(Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE: Das ist gut!)

Schauen Sie sich einmal an, wie oft die Mittel aus dieser Grunderwerbsteuererhöhung von Ihrer Fraktion ausgegeben wurden.

(Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE: Einmal!)

– Ach, von wegen.

(Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE: Einmal zweckgebunden an die Kommunen!)

– Wir sind hier beim ländlichen Raum. Da brauchen wir nicht weiter zu diskutieren.

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Herzlichen Dank, Herr Kollege. – Für die Landesregierung erteile ich Herrn Minister Bonde das Wort.

(Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE: Das ist gut so!)

Minister für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz Alexander Bonde: Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Etat des Ministeriums für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz macht 2 % des Landeshaushalts aus. Gleichzeitig verantworten wir wichtige Themenbereiche: Strukturpolitik für den ländlichen Raum, Landentwicklung, Flurneuordnung, Geodatenwesen, Vermessungswesen, Konversion der Bundeswehrstandorte, Breitbandinfrastruktur, regionale und Innovationsförderung in der Funktion des Ministeriums als EFRE-Verwaltungsbehörde, Verbraucherschutz inklusive wirtschaftlicher Verbraucherschutz, Lebensmittelsicherheit und -überwachung, Tiergesundheit, Tierschutz, Futtermittelkontrolle, Veterinärwesen, Ernährungswirtschaft, Landwirtschaft, Agrarumweltmaßnahmen, Weinbau, Landesgartenschauen, in der Funktion des Ministeriums als ELER-Verwaltungsbehörde auch die Regionalentwicklung über LEADER und das Programm „Innovative Maßnahmen für Frauen im Ländlichen Raum“, Forstpolitik, Holzwirtschaft, Jagd, Artenschutz, Naturschutz, Tourismus und Landschaftspflege – um nur einmal die größeren Bereiche unseres Hauses und der nachgelagerten Behörden aufzuzählen.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Fast alles!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, vorrangiges Ziel für uns ist, den ländlichen Raum mit einer aktiven Politik für ihn stark zu halten, hier die attraktiven Arbeits- und Wirtschaftsverhältnisse aufrechtzuerhalten sowie die Rechte der Verbraucherinnen und Verbraucher zu schützen, es ihnen zu ermögli-

chen, als mündige Marktteilnehmerinnen und -teilnehmer auf Augenhöhe mit der Wirtschaft zu handeln und zu agieren und gesicherte Rechte zu haben.

Ich freue mich sehr, dass uns der Haushalt 2013/2014 mit den zentralen Programmen genau für diese Aufgabenstellungen die notwendigen Finanzierungsmittel bereitstellt. Ich freue mich auch, dass die betreffende Sitzung im Ausschuss für Finanzen und Wirtschaft sehr erfolgreich war. Dass seitens der Opposition nicht ein einziger konkreter Änderungsantrag eingebracht wurde, bestätigt mich darin, dass es sich hier um einen guten Haushalt handeln muss.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Das wurde auch darin deutlich, dass die Opposition keine konkreten Umschichtungen beantragt hat.

Ich danke auch für das Lob, das an meine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter für die verschiedensten Bereiche ausgesprochen wurde – für die landwirtschaftlichen Anstalten, für den gesamten von uns verantworteten Bereich des Verbraucherschutzes, aber natürlich auch für die Verwaltung, die in unserem Zuständigkeitsbereich vielfach direkt mit Leistungsverwaltung, Abwicklung von Programmen mit schwierigen Rechtsfeldern beschäftigt ist. Ich danke für die breite Unterstützung, die die Arbeit hier im Haus gefunden hat, und werde das Lob auch gern so weitergeben, meine sehr verehrten Damen und Herren Abgeordneten.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und des Abg. Andreas Stoch SPD)

Sie haben seitens der Opposition eine Reihe von Themen angesprochen, auf die ich kurz noch einmal eingehen will. Ich höre mit einem gewissen Erstaunen, was im Forstbereich los sein soll. Was in der Juristerei gilt, dass nämlich ein Blick ins Gesetz die Rechtsfindung erleichtert, gilt auch in der Haushalterei. Ein Blick in den Haushalt erspart einem manche Debatte. Ein Blick in den Haushalt zeigt eines: Es gibt ein sogenanntes 1 480-Stellen-Einsparprogramm. Ich habe noch einmal herausgezogen, von wem und von wann das stammt.

(Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE: Das habe ich auch schon gesagt!)

Es gab am 27. November 2010 eine Pressemitteilung mit einem erstaunlich großen Kreis von Absendern – ich zitiere –:

Mappus, Hauk, Rülke, Goll, Homburger, Rau, Stächele:

(Staatssekretär Ingo Rust: Die apokalyptischen Reiter!)

Nach dem Doppelpunkt kommen lange Ausführungen, denen u. a. zu entnehmen ist, dass der damalige Ministerpräsident Stefan Mappus – nicht mehr hier, aber man riecht ihn förmlich noch –,

(Zurufe: He, he!)

der CDU-Fraktionsvorsitzende Peter Hauk, der FDP/DVP-Fraktionsvorsitzende Hans-Ulrich Rülke – alle noch hier –, der stellvertretende Ministerpräsident Professor Dr. Ulrich Goll – heute Abgeordneter –, die FDP-Landesvorsitzende, der Minister im Staatsministerium – damals Helmut Rau – und

(Minister Alexander Bonde)

der Finanzminister Willi Stächele dieses Paket vorgestellt haben. Sie haben u. a. herausgestellt, dass es notwendig sei, im Umfang von ca. 1 500 Stellen – das sind dann konkret die 1 480 Stellen – einzusparen.

Sie haben dann in dieser Meldung auch noch definiert, in welchen Personalkörpern des Landes das alles nicht passieren dürfe; das sind die sogenannten Schonbereiche. Dies führt dazu, dass die 1 480 Stellen in den kleinen Verwaltungen, vor allem im technischen Bereich, insbesondere im Umweltministerium und im Ministerium für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz, einzusparen sind. Das wurde von den damals Verantwortlichen konkretisiert. Daraus erwächst dann auch ein Anteil des Forsts an den Stelleneinsparungen.

Was hat Grün-Rot gemacht? Wir haben das 1 480-Stellen-Einsparprogramm – dankenswerterweise hat der Finanzminister dies zugelassen – gestreckt. Das schafft Luft beim Forst. Aber ich sage Ihnen auch: Ich bin mit dem, was wir da geerbt haben, nicht zufrieden. Selbstverständlich müssen wir da genau schauen.

Was heißt das jetzt konkret für den Haushalt 2013/2014? Es bedeutet den Abbau von drei Stellen im Jahr 2013 und vier Stellen im Jahr 2014. Gleichzeitig gehen für neue Schwerpunkte – FSC-Zertifizierung, Windkraft im Wald, Naturschutz im Wald und insbesondere FFH – sechs neue Stellen zu.

Insofern wundere ich mich schon über einzelne Äußerungen, insbesondere wenn sie aus dem Kreis derjenigen kommen, die diese ganze Geschichte im Jahr 2010 veranstaltet haben, meine sehr verehrten Damen und Herren aus der Opposition.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Dr. Patrick Rapp CDU meldet sich. – Glocke der Präsidentin)

Wenn Ihr Vorstoß eine Unterstützung ist, um diese für uns wichtige Verwaltung künftig zu stärken, dann freut mich das. Ich glaube auch, dass die Bedeutung des Forsts in der Breite oft unterschätzt wird und wir gut daran tun, das 1 480-Stellen-Einsparprogramm nach der Verabschiedung dieses Doppelhaushalts zu evaluieren, weil wir dann tatsächlich zu Einsparungen kommen, bei denen es schwerfällt, das bisherige Spektrum an Dienstleistungen von ForstBW und des Forsts insgesamt aufrechtzuerhalten.

(Abg. Paul Locherer CDU: Das ist ein Angebot!)

Ich würde mich freuen, wenn wir da gemeinsam vorankommen.

(Abg. Paul Locherer CDU: Das ist ein Angebot!)

Eines will ich auch sagen: Den von der CDU in den Ausschussberatungen eingebrachten Antrag, in dem gefordert wurde, das über die Forsteinnahmen zu realisieren, hat schon der Rechnungshof zurückgewiesen. Er passt natürlich auch nicht in die Systematik der Forststrukturen, die ich vorgefunden habe, mit einem Landesbetrieb, bei dem die Personalstellen nicht im Betrieb, sondern in den Stellenplänen von Ministerien und Regierungspräsidien und zum Teil von Landratsämtern etatisiert sind.

(Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Herr Minister – –

Minister für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz Alexander Bonde: Insofern glaube ich, dass wir diese Debatte gemeinsam weiterführen. Lassen wir einmal die Kritikspitzen heraus, bei denen mit falschen Zahlen operiert wird. Ich glaube, wenn wir da gemeinsam etwas hinbekommen, dann hilft dies dem Forst mehr als die vorhin gefallenen Ausdrücke wie „Kahlschlag“ und Ähnliches, mit denen die personelle Dimension etwas überzogen dargestellt wurde.

Der zweite Punkt, den Sie, Herr Abg. Locherer, in Ihrer Rede erwähnt haben, ist das Agrarinvestitionsförderungsprogramm, das AFP. Sie haben es gegen Ende Ihrer Rede noch ein Stückchen zurechtgerückt.

(Zuruf des Abg. Paul Locherer CDU)

Aber ich sage Ihnen schon offen: Die Kürzungen des Bundes bei der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ sind die alleinige Ursache dafür, dass weniger Mittel hierfür im Etat sind. Ich glaube, auch da sind wir an einem wichtigen Punkt. In vielen Bereichen meines Hauses, sowohl in der Strukturpolitik für den ländlichen Raum als auch in der Frage der notwendigen Unterstützung unserer Landwirte in vielfältigen Bereichen, von Agrarumweltmaßnahmen über Investitionen bis hin zur Landschaftspflegeleitlinie, sind wir davon abhängig, welche Beschlüsse auf anderen Ebenen fallen.

Gestern fand eine Sitzung des PLANAK statt, des Bund-Länder-Planungsgremiums für die Gemeinschaftsaufgabe. Ich bin froh, dass es da einen relativ breiten Konsens darüber gab, wie der Bund hier seine Mittel weiterentwickeln will. Ich hoffe allerdings auch, dass nach den letzten Kürzungsrunden, bei denen wir immer schlechte Erfahrungen gemacht haben, auch beim Bund Stabilität hineinkommt und die Rutschpartie nicht weitergeht. Denn nach wie vor gibt es eine völlig unsichere Situation beim EU-Haushalt, von dem über den ELER, also die zweite Säule, ganz zentrale Finanzierungsmechanismen abhängen. Nach wie vor sind wir – auch nach der gestrigen Sonderkonferenz der Agrarminister, zu der ich eingeladen habe, nachdem die Staats- und Regierungschefs bei ihrem Versuch gescheitert sind, den Haushalt aufzustellen – in sehr schweren Gewässern miteinander unterwegs. Ich glaube, dass wir da auch aufpassen müssen.

Sie haben recht, Herr Kollege Bullinger: Das alles sind Fragen, die nicht hier in Stuttgart entschieden werden. Ich teile Ihre Einschätzung, dass wir gut beraten sind, im Interesse der baden-württembergischen Landwirtschaft, aber auch des ländlichen Raums in Baden-Württemberg –

(Abg. Paul Locherer CDU: So ist es!)

wir reden da auch über LEADER und viele andere wichtige Regionalentwicklungsprogramme –

(Abg. Paul Locherer CDU: So ist es!)

gemeinsam Druck auf die Bundesregierung auszuüben. Sie wissen, dass die Verhandlungssituation der Kanzlerin dazu eine richtige Bedrohung für unsere ländlichen Räume ist.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Zuruf: Und die Äußerung von Herrn Minister Friedrich!)

(Minister Alexander Bonde)

Wir haben hier ein massives Interesse daran, aufzupassen, dass die deutsche Position nicht unter der Frage Nettozahler – als große Überschrift – im Kleinen geschwächt wird. Herr van Rompuy versucht, einzelne Länder herauszukaufen. Er hat Italien 1 Milliarde € im Vorwegabzug angeboten. Allein das kostet Deutschland 250 Millionen €, was man wissen muss. In der zweiten Säule gibt es ein 200-Millionen-€-Angebot für Österreich. Das ist genau die Art europäischer Basar, die uns nicht weiterbringt, die uns schadet, die aber auch von den Menschen nicht ernst genommen werden kann, weil es nicht mehr nach objektiven Kriterien geht. Die Frage der Agrarumweltmaßnahmen, die Frage der Unterstützung der Bauern für gesellschaftliche Leistungen und die Frage der Regionalentwicklungen werden von diesem Basar, der gerade in Brüssel herrscht, unterminiert. Den hat aber leider die Bundeskanzlerin eröffnet. Das ist das Problem der deutschen Position an dieser Stelle.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Es gibt eine Reihe von wichtigen Punkten, und zwar gerade in der Frage der Entwicklung des ländlichen Raums. Sie haben die IREUS-Studie erwähnt, mit der wir eine gemeindscharfe Analyse dessen haben, was die demografische Entwicklung in Baden-Württemberg bedeutet und an welchen Stellen sie das wirtschaftliche Erfolgsprojekt „Ländlicher Raum in Baden-Württemberg“ gefährdet.

Wir stehen hier nach wie vor hervorragend da. Aber ich glaube, es ist richtig, dass wir hier miteinander diskutieren müssen: Was heißt das an Weiterentwicklung von Strukturpolitik? Ich bin froh, dass das Entwicklungsprogramm Ländlicher Raum in diesem Haushalt weiterhin stark finanziert ist und wir die notwendigen Maßnahmen weiter finanzieren können, dass wir auch Fragen wie die Breitbandfinanzierung im Haushalt ordentlich abgedeckt haben. Es ist auch gelungen, gerade bei den Gemeinden, bei denen die Frage der Konversion von Bundeswehrstandorten zu einer richtigen strukturellen Herausforderung wird, die notwendigen Mittel zur Unterstützung von regionalen Entwicklungskonzepten, der sogenannten KEK, im Haushalt entsprechend mit abzubilden.

Dieser Haushalt zeigt: Die Strukturpolitik für den ländlichen Raum ist in guten Händen und wird gut finanziert.

Das Gleiche gilt auch für den Verbraucherschutz. Ich bin froh, dass es gelungen ist, über das FAG die Zahl der Lebensmittelprüferinnen und Lebensmittelprüfer aufzustocken, sodass wir im Laufe dieser Legislaturperiode wieder auf eine anständige Anzahl kommen werden, also dort hinkommen, wo wir standen,

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

bevor die letzte Verwaltungsreform den Wirtschaftskontrolldienst zerschlagen hat. Ich bin froh, dass wir im Bereich der Veterinäre, wo wie bei den Lebensmittelkontrolleurinnen und Lebensmittelkontrolleuren wichtige Arbeit geleistet wird, sicherstellen, dass man in Baden-Württemberg darauf vertrauen kann, dass eine sichere Kontrolle bei Lebensmitteln, aber auch bei Futtermitteln nach bestem Standard gewährleistet ist.

Dafür setzt dieser Haushalt neue, wichtige Akzente. Dafür will ich mich bei Ihnen, beim Landtag bedanken. Ich glaube, es ist ein wichtiges Signal sowohl an unsere Mitarbeiterinnen und

Mitarbeiter als auch an die Verbraucherinnen und Verbraucher, dass Verbraucherschutz im Land ernst genommen wird. Auch da kann man sagen: Ein wichtiger Politikbereich ist bei dieser Landesregierung in guten Händen.

Ich darf mich für diesen Haushalt bedanken. Damit können wir arbeiten. Ich wünsche mir bei den Punkten, bei denen wir sensible Debatten führen müssen, um Programme weiterzuentwickeln und anzupassen, eine sachgerechte Diskussion. Wenn der ländliche Raum eines nicht gebrauchen kann, dann sind es schrille Töne. Aber ich glaube, wir haben noch eine Reihe von Debatten vor uns, bei denen wir beweisen können, dass es um die Sache geht.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Für die CDU-Fraktion erteile ich Herrn Kollegen Locherer das Wort.

(Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE: Schnell! Noch 43 Sekunden!)

Abg. Paul Locherer CDU: Frau Präsidentin, meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Nur ganz kurz der Hinweis – das muss gesagt sein –: Diese erfolgreiche Politik für den ländlichen Raum und für die Landwirtschaft können wir nur aufgrund der guten Basis weiterbetreiben, die die CDU-geführten Regierungen gelegt haben.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

In den Programmen wurde das entsprechend dargestellt. Dass Sie das weiterführen, ist gut. Darüber sind wir uns auch einig.

(Unruhe)

Herr Minister Bonde, einen Hinweis und eine Antwort sind Sie seit Wochen schuldig.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Wir haben im Finanzausschuss angemahnt und mahnen jetzt auch in der Plenardebatte noch einmal eine Aussage zu dem Vorstoß an, etwas für die ehemaligen Schlecker-Läden zu tun. Dieser Vorstoß kommt von vielen Seiten. Da brauchen wir jetzt endlich einmal eine Antwort. Ducken Sie sich bitte nicht weg, wenn es brisant wird und wenn wir eine Lösung brauchen. Ich fordere Sie dringend auf, hier etwas zu tun.

Vielen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP meldet sich.)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Meine Damen und Herren, mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Falsch! Ich habe eine Frage!)

– Herr Kollege Dr. Bullinger, die Redezeit des Kollegen Locherer ist abgelaufen. Deshalb können Sie jetzt auch keine Zwischenfrage mehr stellen. Ihre Redezeit ist ebenfalls abge-

(Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch)

laufen; Sie haben bereits um zwei Minuten und zwölf Sekunden überzogen.

(Oh-Rufe – Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Und das hast du zugelassen? – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Vielen Dank!)

– Das habe ich zugelassen, genau.

Wir kommen daher nun zur **A b s t i m m u n g** über den Einzelplan 08 – Ministerium für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz. Abstimmungsgrundlage ist die Beschlussempfehlung des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft, Drucksache 15/2608. Die hierzu vorliegenden Entschließungsanträge werde ich bei den entsprechenden Kapiteln aufrufen und zur Abstimmung stellen.

Ich rufe Abschnitt I der Beschlussempfehlung auf und schlage vor, die Abstimmung über die Ziffern 1 bis 3 – Kapitel 0801 – Ministerium – bis Kapitel 0803 – Ländlicher Raum, Ernährung, Landwirtschaft und Tourismus – zusammenzufassen. – Sie sind damit einverstanden.

Kapitel 0801 bis Kapitel 0803

Wer den genannten drei Kapiteln zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich der Stimme? – Diesen Kapiteln ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe Abschnitt I Ziffer 4 der Beschlussempfehlung auf:

Kapitel 0804

Gemeinschaftsaufgabe Verbesserung der Agrarstruktur

Hierzu liegt Ziffer 1 des Entschließungsantrags der Fraktion der CDU, Drucksache 15/2708-1, vor. Wer dieser Ziffer 1 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Mehrheitlich abgelehnt.

Wir haben noch über das Kapitel 0804 abzustimmen. Wer stimmt dem Kapitel 0804 zu? – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich der Stimme? – Dem Kapitel 0804 ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe nun Abschnitt I Ziffer 5 der Beschlussempfehlung auf:

Kapitel 0806

Vermessung und Flurneuordnung

Wer stimmt Kapitel 0806 zu? – Wer stimmt dagegen? – Enthaltungen? – Dem Kapitel 0806 ist mehrheitlich zugestimmt.

Ich schlage weiter vor, die Abstimmung über die Ziffern 6 bis 16 von Abschnitt I der Beschlussempfehlung – Kapitel 0809 – Landwirtschaftsverwaltung – bis Kapitel 0827 – Chemische und Veterinäruntersuchungsämter – zusammenzufassen. – Sie sind damit einverstanden.

Kapitel 0809 bis Kapitel 0827

Wer diesen elf Kapiteln in der Fassung der Beschlussempfehlung zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer

stimmt dagegen? – Enthaltungen? – Den Kapiteln 0809 bis 0827 ist einstimmig zugestimmt.

(Zurufe von den Grünen und der SPD: Geht doch!)

Wir kommen nun zur Abstimmung über Abschnitt I Ziffer 17 der Beschlussempfehlung:

Kapitel 0829

Naturschutz und Landschaftspflege

Hierzu liegt Ziffer 2 des Entschließungsantrags der Fraktion der CDU, Drucksache 15/2708-1, vor. Wer dieser Ziffer 2 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Diese Ziffer 2 ist mehrheitlich abgelehnt.

Wir haben nun noch über das Kapitel 0829 abzustimmen. Wer stimmt diesem Kapitel zu? – Wer stimmt dagegen? – Enthaltungen? – Mehrheitlich zugestimmt.

Wir kommen nun zu Abschnitt I Ziffer 18 der Beschlussempfehlung:

Kapitel 0831

Allgemeine Bewilligungen der Landesforstverwaltung

Wer stimmt diesem Kapitel zu? – Wer stimmt dagegen? – Enthaltungen? – Kapitel 0831 ist mehrheitlich zugestimmt.

(Abg. Thomas Blenke CDU: Eine Enthaltung des Kollegen Dr. Bullinger von der FDP/DVP!)

Wir kommen nun zu Abschnitt I Ziffer 19 der Beschlussempfehlung:

Kapitel 0833

ForstBW

Hierzu liegt der Entschließungsantrag der Fraktion der CDU, Drucksache 15/2708-2, vor. Wer diesem Entschließungsantrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Der Entschließungsantrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Wir haben noch über Kapitel 0833 abzustimmen. Wer stimmt Kapitel 0833 zu? – Wer stimmt dagegen? – Enthaltungen? – Damit ist dem Kapitel 0833 mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe Abschnitt I Ziffer 20 der Beschlussempfehlung auf:

Kapitel 0835

Forstliche Versuchs- und Forschungsanstalt

Wer stimmt Kapitel 0835 zu? – Wer stimmt dagegen? –

(Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE: Also wie? Im Ausschuss habt ihr dafür gestimmt! Ihr müsst noch ein bisschen üben!)

Enthaltungen? – Dem Kapitel 0835 ist mehrheitlich zugestimmt.

Wir haben noch über Abschnitt II der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft, Drucksache

(Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch)

15/2608, abzustimmen. Hier empfiehlt Ihnen der Ausschuss für Finanzen und Wirtschaft, von der Mitteilung des Ministeriums für Finanzen und Wirtschaft, Drucksache 15/2630, soweit diese den Einzelplan 08 berührt, Kenntnis zu nehmen. – Sie stimmen zu. Herzlichen Dank.

Meine Damen und Herren, damit sind wir am Ende der Beratung des Einzelplans 08 – Ministerium für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz – angelangt.

(Unruhe)

– Ich darf noch einmal um Ruhe bitten.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, bevor wir in die Mittagspause eintreten, darf ich Sie noch auf Folgendes hinweisen: Gleich im Anschluss, in der Mittagspause der Plenarsitzung, findet die Eröffnung der Ausstellung „Typisch ‚Zigeuner‘? – Mythos und Wirklichkeiten“ des Verbands Deutscher Sinti und Roma statt. Die Ausstellung umfasst u. a. die historischen Hintergründe sowie die Darstellung der Einwanderung nach Europa, den Antiziganismus in den Wissenschaften, der Politik, den Medien, der Kultur und im Alltag sowie die Bildungssituation deutscher Sinti und Roma. Eine Begleitveranstaltung der Heinrich-Böll-Stiftung zu dieser Ausstellung findet heute Abend statt. Nach einer Führung durch die Ausstellung wird es eine Podiumsdiskussion geben. Zu beiden Veranstaltungen sind Sie herzlich eingeladen.

Wir treten nun in die Mittagspause ein. Wir setzen die Sitzung um 13:50 Uhr fort.

Herzlichen Dank.

(Unterbrechung der Sitzung: 12:51 Uhr)

*

(Wiederaufnahme der Sitzung: 13:52 Uhr)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir fahren in der Tagesordnung der 54. Plenarsitzung fort.

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 3 b** auf:

Einzelplan 09: Ministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie, Frauen und Senioren

Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft – Drucksache 15/2609

Berichterstatter: Abg. Hans-Peter Storz

Meine Damen und Herren, das Präsidium hat für die Beratung des Einzelplans 09 eine Redezeit von zehn Minuten je Fraktion festgelegt, wobei gestaffelte Redezeiten gelten.

Wünscht der Berichterstatter das Wort?

(Abg. Manfred Lucha GRÜNE meldet sich. – Abg. Bärbl Mielich GRÜNE: Frau Präsidentin! – Abg. Manfred Lucha GRÜNE: Frau Präsidentin, sollten wir nicht noch zehn Minuten warten?)

– Nein. Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir fahren in der Tagesordnung fort und gehen davon aus, dass die noch feh-

lenden Kolleginnen und Kollegen in den nächsten zwei bis drei

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Stunden!)

Minuten anwesend sein können.

Der Berichterstatter wünscht nicht das Wort.

Ich erteile in der Allgemeinen Aussprache Herrn Kollegen Klenk das Wort.

(Abg. Helmut Walter Rüeck CDU: Sehr guter Mann!)

Abg. Wilfried Klenk CDU: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich will jetzt keinen Kommentar über den Stellenwert der Sozialpolitik in diesem Hohen Haus abgeben.

(Abg. Bärbl Mielich GRÜNE: Aber echt!)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, sehr verehrte Frau Ministerin, wenn ich an die ersten Wochen oder auch an die ersten anderthalb Jahre der letzten Legislaturperiode zurückdenke, dann muss ich Ihnen sagen: Wir hatten damals ein Mammutprogramm vor uns liegen und hatten Bedenken, ob wir dies in den fünf Jahren überhaupt schaffen. Ich sage Ihnen: Bis auf wenige Vorhaben wurde alles zügig umgesetzt und auf den Weg gebracht. Ich will damit aber auch die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Sozialministeriums loben. Sie sind zügiges und effizientes Arbeiten gewohnt. Wenn es also derzeit stockt, dann liegt es mit Sicherheit nicht an den Beschäftigten im Ministerium.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Wir haben Ihnen im vergangenen Jahr noch einen sogenannten Welpenschutz eingeräumt. Doch damit ist jetzt Schluss. Legen Sie endlich los, und planen Sie nicht einfach unkonkret vor sich hin.

(Beifall des Abg. Helmut Walter Rüeck CDU)

Wir wollen endlich mehr konkrete Entwürfe und Taten sehen.

(Abg. Manfred Lucha GRÜNE: Abwarten!)

– Abwarten, ja. – Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Regierung verharrt im sozialpolitischen Stillstand. Die wesentlichen Dinge werden nicht in Angriff genommen, bzw. man orientiert sich nicht an den Fakten.

Frau Ministerin, allein mit ein bisschen Geld – hier und dort zu verteilen nach dem Motto „Geben ist seliger als Nehmen“ – ist noch keine vernünftige und insbesondere nachhaltige Politik gemacht.

Lassen Sie mich die wenigen Punkte Ihrer bisherigen Arbeit aufgreifen und Ihnen unsere Meinung bzw. auch Befürchtungen hierzu mitteilen.

Gespart wurde bei denen, die sich am wenigsten wehren können bzw. nicht organisiert sind, beispielsweise – dieses Thema können wir Ihnen einfach nicht ersparen – die Bezieher des Landeserziehungsgelds. Gerade das Landeserziehungsgeld ist – heute Morgen haben wir es in der Aktuellen Debatte vom Kollegen Kunzmann wieder gehört – ein Instrument, das den armen Familien und insbesondere den Alleinerziehenden

(Wilfried Klenk)

den zugutegekommen ist. So gern die Regierung dies tun würde: Die Schwellenhaushalte dürfen hier nicht vernachlässigt werden.

Laut der Stellungnahme Ihres Hauses zu einem Antrag von uns ist davon auszugehen, dass in den Jahren 2010 und 2011 etwa 50 bis 60 % der Bezieher von Landeserziehungsgeld keine Leistungen nach SGB II oder SGB XII bezogen haben. Das Landeserziehungsgeld war gerade für Familien mit geringem Einkommen außerhalb des Leistungsbezugs eine wichtige Unterstützung. Ein Teil von ihnen wird nun künftig nicht umhinkommen, Sozialleistungen zu beantragen.

Die Behauptung der Landesregierung, das Landeserziehungsgeld sei kein Mittel zur Armutsbekämpfung, ist nichts als ein schlechter Rechtfertigungsversuch. Denn vor der Streichung war noch geplant, das Landeserziehungsgeld für die Bezieher von Hartz-IV-Leistungen zu erhalten. Das heißt, für diese Gruppe war es nach Ihren eigenen Aussagen doch ein wirksames Mittel.

(Abg. Werner Raab CDU: So ist es!)

Diese Argumentation, meine Damen und Herren, bedeutet einfach, dass in den Augen der Landesregierung nur die Familien, die durch den Bezug von Hartz-IV-Leistungen ihre Armut quasi nachgewiesen haben, eine Unterstützung verdienen, die jungen Familien, die ein geringes Einkommen beziehen und die Mittel ebenso dringend brauchen, jedoch nicht.

Nun wurde das Landeserziehungsgeld aufgrund einer bloßen Annahme gestrichen. Eine endgültige Entscheidung über die Abrechnung wurde nicht abgewartet, sodass nun im Ergebnis niemand mehr Unterstützung erhält, obwohl die SPD in ihrem Wahlprogramm noch Folgendes vertrat:

Wir werden Kinder- und Familienarmut in Baden-Württemberg bekämpfen. Auf uns ist Verlass: Wir werden das Landeserziehungsgeld als wichtige Leistung/Unterstützung für einkommensschwache Familien verteidigen.

Auch der so oft betonte Ausgleich für den Wegfall ist nicht erkennbar. Als Kompensation soll u. a. das Programm STÄRKE dienen und daher in vollem Umfang erhalten bleiben. Nur: Mit der Kompensation kann es nicht so weit her sein, da sich die Haushaltsansätze hier nicht verändert haben.

Bezeichnend ist auch, dass in der Stellungnahme der Landesregierung vom November 2012 neben dem Programm STÄRKE auf die Erhöhung der Mittel für Schulsozialarbeit sowie auf den ausstehenden Armuts- und Reichtumsbericht und das Landesarbeitsmarktprogramm verwiesen wird. Keine der aufgezählten Maßnahmen ist eine direkte finanzielle Unterstützung bedürftiger Familien. Vielmehr handelt es sich um künftige Projekte und Modellversuche – ein schwacher Ersatz für ein seit Jahrzehnten etabliertes, gutes Programm.

Wir stellen deshalb heute nochmals den Antrag, das Landeserziehungsgeld in seiner bisherigen Form fortzuführen.

Frau Ministerin, ich vermute, Ihr Zwischenruf wird nicht Eingang ins Protokoll gefunden haben, weil es nicht zulässig ist, dass Regierungsmitglieder in einer Plenardebatte einen Zwischenruf machen.

(Abg. Klaus Herrmann CDU: Aber als Abgeordnete!)

Aber wenn ich es richtig gehört habe – ein paar Kollegen haben es mir bestätigt –, haben Sie das getan. Heute früh in der Aktuellen Debatte hat Herr Kollege Kunzmann die rhetorische Frage gestellt, ob es denn falsch sei, wenn man Familien besserstelle. Mir wurde gesagt, Sie hätten daraufhin einen Zwischenruf mit dem Wort „Ja“ gemacht. Darüber sollten Sie nachdenken. Wenn das tatsächlich so war, sollten Sie das nachher in Ihrem Beitrag dementieren.

Kommen wir zu einem anderen Punkt, zum Landesprogramm „Gute und sichere Arbeit“. Man kann schon über den Begriff streiten. Kernstück des Landesprogramms ist der sogenannte Passiv-Aktiv-Transfer. Das ist auch ein bundespolitisches Thema. Dieses Element ist bisher im SGB II gesetzlich noch nicht vorgesehen. Daher kann dies nur als Modellprojekt durchgeführt werden, was durch den Einsatz von Landesmitteln ermöglicht wird. Dargestellt haben Sie es als ein Modell, bei welchem die Leistungen für den Regelbedarf und die Kosten der Unterkunft in Arbeitsentgelte umgewandelt werden. Dies ist so pauschal nicht korrekt, denn diese Leistungen dürfen tatsächlich nicht bezahlt werden, wenn jemand beschäftigt ist.

Ziel ist die Entwicklung eines sozialen Arbeitsmarkts, um arbeitsmarktfernen, langzeitarbeitslosen Menschen mit multiplen Vermittlungshemmnissen eine sozialversicherungspflichtige Beschäftigung zu ermöglichen. Dieses Ziel ist nicht grundsätzlich zu beanstanden und wird auch unterstützt. Das haben wir im letzten Jahr schon gesagt. Nur stellt sich die Frage, ob das tatsächlich der richtige Weg ist und nicht nur ein Prestigeobjekt.

Denn ein Punkt dieses Programms darf nicht ignoriert werden: Das Gehalt wird zu 100 % durch öffentliche Leistungen gedeckt, nämlich zum einen durch den von der individuellen Minderleistung abhängigen Zuschuss des Jobcenters zur Beschäftigung nach § 16 SGB II, der bis zu 75 % des Entgelts ausmachen kann, und zum anderen durch einen Zuschuss von Stadt- oder Landkreisen anstelle der ersparten kommunalen Aufwendungen für Unterkunft und Heizung von monatlich 400 € pro Teilnehmer. Zusätzlich werden die Kosten für die Betreuungskraft übernommen.

Da Langzeitarbeitslose mit Vermittlungshemmnissen die Zielgruppe sein sollen, dürften die Mittel wohl auch ausgeschöpft werden. Für die an dem Programm teilnehmenden Arbeitgeber besteht somit keinerlei Risiko. Die Frage ist nur, ob diese auch bereit sind – das ist eigentlich unser gemeinsames Ziel –, diese Personen weiterzubeschäftigen, wenn das Geld nicht mehr fließt.

(Abg. Werner Raab CDU: So ist es!)

Denn es ist unwahrscheinlich, dass die Hemmnisse, vor allem die oftmals vorliegenden gesundheitlichen Einschränkungen, verschwinden. Zudem dürften die Arbeitgeber, die auf jemanden angewiesen sind, der im wahrsten Sinn des Wortes „anpacken“ kann, nicht von diesem Modell profitieren. Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage, ob hier nicht von den Betroffenen zu viel verlangt wird bzw. ob die wirklich schweren Fälle überhaupt vermittelt werden können.

Ein weiterer Punkt ist, dass hier sehr viel Geld ausgegeben wird. Dabei hätten die betreffenden Personen möglicherweise auch mit den vorhandenen Instrumenten eingegliedert werden können.

(Wilfried Klenk)

Zum Zeitpunkt Ihrer Pressekonferenz, am 19. November 2012 – das ist noch nicht so lange her –, waren erst vier Arbeitsverträge unter Dach und Fach, was für ein Programm, das bereits seit geraumer Zeit angekündigt ist, nicht wirklich überzeugend ist. Im Ergebnis, meine sehr verehrten Damen und Herren, bleibt die Evaluation abzuwarten.

Nächster Punkt: Armuts- und Reichtumsbericht. In Ihrem Koalitionsvertrag heißt es:

In Baden-Württemberg werden wir eine Armuts- und Reichtumsberichterstattung einführen mit einem besonderen Fokus auf das Thema Kinderarmut. Dieser Bericht wird zugleich konkrete Handlungsempfehlungen für die Bekämpfung und Vermeidung von Kinderarmut geben.

Unabhängig davon, dass die Landesregierung durch die Streichung des Landeserziehungsgelds selbst einen Beitrag zur Kinderarmut geleistet hat,

(Abg. Werner Raab CDU: Ja!)

ist festzuhalten, dass in diesem Bereich im Übrigen immer noch nichts geschehen ist. Von Ihnen, Frau Ministerin, wurde in der Sitzung des Finanzausschusses gesagt, dass mit der Arbeit im Sommer dieses Jahres begonnen worden sei und sich ein Beirat gegründet habe. Die Beteiligten hätten sich dafür entschieden, zunächst das Thema Kinderarmut anzugehen und während der Erstellung des Berichts erste Maßnahmen zu ergreifen, über die der Beirat allerdings noch zu entscheiden habe. Das ist doch verblüffend, wenn man bedenkt, dass die Kinderarmut bereits im Koalitionsvertrag als Kernthema benannt worden ist.

Folglich sind in den fast zwei Jahren seit dem Regierungswechsel noch keine Maßnahmen ergriffen worden. Vielmehr wurden die Mittel schlichtweg geparkt, bis endlich konkrete Projekte anstehen. Der Bericht soll zudem erst 2015 vorgestellt werden.

(Abg. Werner Raab CDU: Was bringt er dann?)

Stichwort Inklusion. Zu diesem Thema heißt es in Ihrem Koalitionsvertrag:

Die von der UN-Behindertenrechtskonvention geforderte Inklusion, also die volle Teilhabe von Menschen mit Behinderungen in allen Lebensbereichen, ist ein vorrangiges Ziel der neuen Landesregierung.

Auch dieses Ziel war offensichtlich nicht wichtig genug. Bis auf die Einsetzung eines Behindertenbeauftragten – der ist übrigens in Ordnung – ist auch hier noch nichts geschehen. Auf die Nachfrage in der Sitzung des Finanzausschusses, was mit den eingestellten Mitteln denn konkret geplant sei, erwiderten Sie, Frau Ministerin, dass mit den neu eingestellten Mitteln noch keine konkreten Projekte verbunden seien. Es bedürfe eines Einstiegs in die Inklusion.

(Zurufe der Abg. Werner Raab CDU und Manfred Lucha GRÜNE)

Auch hier sei man noch in der Planungsphase und müsse erst entscheiden, welche der eingereichten Projektvorschläge gefördert werden sollen. Priorisierung, meine sehr verehrten Damen und Herren, sieht in unseren Augen anders aus.

Nächster Punkt – man könnte auch „Baustelle“ sagen –: „Zukunftsplan Jugend“. Auch unter diesem Punkt ist festzustellen, dass konkrete Projekte in der Finanzausschusssitzung nicht benannt werden konnten, sondern nur auf die Expertise von Dr. Rauschenbach und den anderen an der Erarbeitung des Zukunftsplans Beteiligten verwiesen wurde. Dieser Stillstand wurde auch von der Vertreterin des Landesjugendrings kritisiert. Sie führte aus – ich zitiere mit Erlaubnis der Präsidentin –:

Die Erarbeitung des neuen „Zukunftsplans Jugend“ steckt heute noch mitten im Prozess. Erst eine der fünf Arbeitsgruppen hat ihre Arbeitsphase beendet. Die Richtungsentscheidungen und Priorisierungen in der Lenkungsgruppe stehen erst Anfang Dezember an.

Dr. Rauschenbach wurde noch von Ihrer Amtsvorgängerin, Frau Ministerin, beauftragt.

(Ministerin Katrin Altpeter: Was?)

– Ja. Fragen Sie bei ihr einmal nach. Die Expertise ist seit 2010 bekannt; da waren Sie noch gar nicht in der Regierung. Der Stillstand ist somit, wie vom Landesjugendring kritisiert, nicht nachvollziehbar, da die Fakten bekannt sein dürften. Bis Ende des Jahres – ich gehe davon aus: 2012 – soll nach Ihrer Aussage eine Kabinettsvorlage erstellt werden, und dann sollen die Förderungen ausformuliert werden. Das Ende des Jahres steht kurz bevor, Frau Ministerin. Sie haben ab heute noch 18 Tage Zeit. Man darf gespannt sein, ob sich die Ankündigungen bewahrheiten.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und des Abg. Jochen Haußmann FDP/DVP)

Krankenhausförderung: Die Förderung wurde zwar erhöht, aber sie ist längst nicht so hoch ausgefallen, wie sie in Anbetracht Ihrer vollmundigen früheren Ankündigungen hätte erfolgen müssen.

(Zuruf von der SPD: Deutlich mehr!)

– Da muss man bloß noch fragen, woher die Mittel kommen; Umschichtungen sind auch ein Thema.

Die Liste der Projekte, für die zwar Mittel eingestellt wurden, aber über die hinaus nichts passiert ist, ließe sich unendlich fortführen. Konkrete Maßnahmen wurden bisher, wie dargestellt, nur selten ergriffen.

Im Ergebnis lässt sich somit festhalten, dass die Regierung, haushaltstechnisch gesehen, viel Geld zur Verfügung stellt, dieses jedoch nicht bei den Menschen, die es tatsächlich brauchen, ankommt, da man nicht genau weiß, wofür das Geld überhaupt ausgegeben werden soll. Vernünftiges Haushalten, vernünftige Politik, meine Damen und Herren, sieht anders aus.

Frau Ministerin, geben Sie Gas.

Danke schön.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Für die Fraktion GRÜNE erteile ich das Wort dem Kollegen Lucha.

Abg. Manfred Lucha GRÜNE: Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich muss erst einmal ein bisschen durchschnaufen. Ich bin fast ein bisschen fassungslos, Herr Klenk. Aber eigentlich bin ich nicht fassungslos.

(Zuruf: So sieht die Wahrheit aus! – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Ein Viertele getrunken, oder was?)

Ich weiß nicht, ob Sie schon einmal das Buch von Paul Watzlawick „Wie wirklich ist die Wirklichkeit?“ gelesen haben. Da hat er gesagt: Ich fürchte, nicht sehr. Jeder macht sich seine eigene Wahrheit.

Aber nun zu den Fakten. Ich glaube, Sie haben ein Problem: Ihr ehemaliges Mitglied der CDU-Fraktion, der Vorsitzende der Liga der freien Wohlfahrtspflege, Herr Heinz, erklärt in einem offiziellen Schreiben: „Noch nie war es so sichtbar, dass es eine neue Politik gibt, die die Wohlfahrtspflege gehört hat.“ Als wir Ihre unsägliche Kürzung bei den Sozialpsychiatrischen Diensten rückgängig gemacht haben, war das ein deutliches Wort, war das eine klare Politik.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Zuruf des Abg. Werner Raab CDU)

Im Gegensatz zu Ihnen – Herr Kollege, hören Sie zu; nachher können wir ja miteinander reden – haben wir einen politischen, einen gesellschaftspolitischen und einen strukturellen Kompass.

(Lachen bei Abgeordneten der CDU – Abg. Werner Raab CDU: Oi!)

Er besteht darin, dass wir in der Koalition Leitideen haben. Diese ergeben sich aus einem Menschen- und Gesellschaftsbild, das Emanzipation, Selbstbestimmung, umfassende Teilhabe,

(Abg. Werner Raab CDU: Was ist daran neu? – Zuruf des Abg. Dieter Hillebrand CDU)

die Bereitstellung guter öffentlicher Institutionen zur Folge hat, um eine gute Sozialpolitik für die Menschen, die Frauen und Männer in der Gesellschaft, zu machen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD – Abg. Werner Raab CDU: Sprechblasen!)

Dabei, meine Damen und Herren, achten wir auch auf die jeweilige Zuständigkeit der staatlichen Ebene und betätigen uns auf den Feldern, auf denen wir die Verantwortung haben. Ich werde es Ihnen nachher erklären, Herr Raab.

(Abg. Thaddäus Kunzmann CDU: Landeserziehungsgeld!)

– Bleiben Sie ruhig, bleiben Sie sitzen, entspannen Sie sich. „Zulose“ würde man in Oberschwaben sagen. Sie merken, ich habe seit dem letzten Jahr Schwäbisch gelernt.

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Das klingt aber nicht so! – Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU)

Uns geht es um Teilhabechancen, Teilhabegerechtigkeit, infrastrukturelle Bedingungen. Das beginnt mit dem Bereitstel-

len von Bildungs- und Aufstiegschancen. Wir wollen allen ein selbstbestimmtes Leben ermöglichen, damit eine echte Teilhabe in der Gesellschaft möglich ist.

(Zuruf des Abg. Dieter Hillebrand CDU)

Begonnen haben wir damit sehr frühzeitig, sehr konzentriert. Jeder schwarze Bürgermeister in diesem Land sagt hundertmal Danke für den Ausbau der frühkindlichen Bildung und der Kinderbetreuung,

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD – Zurufe der Abg. Dieter Hillebrand und Werner Raab CDU)

für die Wiedereinführung der Schulsozialarbeit, für das Programm für gute Bildung und den Ausbau der Gemeinschaftsschule. Genau das ist ein Punkt, dass wir Leute, die bisher bei der Teilhabe Nachteile hatten – –

(Abg. Werner Raab CDU: Wir sind bei der Sozialpolitik! – Abg. Dieter Hillebrand CDU: Wo sind wir denn jetzt?)

– Das ist ein etwas umfassenderer Gedanke. Herr Kollege Hillebrand, Sie als ehemaliger Staatssekretär sollten wissen, dass Sozialpolitik ein Querschnittsthema ist.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD – Zuruf des Abg. Dieter Hillebrand CDU)

Wir wollen Teilhabe durch gute Arbeit. Wir brauchen einen inklusiven und einen sozialen Arbeitsmarkt. Wir müssen genau durch den Transferprozess hin zu guter und sicherer Arbeit – Passiv-Aktiv-Transfer – Arbeit unterstützen und nicht Arbeitslosigkeit.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD – Zuruf des Abg. Werner Raab CDU)

Wir korrigieren damit – da komme ich zu den Ebenen, zu der Frage, wer wofür Verantwortung zu übernehmen hat – den Kahlschlag der sogenannten Instrumentenreform Ihrer Bundesregierung,

(Abg. Werner Raab CDU: Oh lieber Heiland!)

die diese Mittel für diejenigen, die am weitesten weg vom Arbeitsmarkt sind, drastisch gekürzt hat – „Friss, Vogel, oder stirb“. Sie sagen: „Ihr habt gar keine Erfolge.“ Das Geld habt ihr zuvor weggenommen. Das war also mehr als zynisch, Herr Klenk.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD – Abg. Werner Raab CDU: 18 000 arbeitslose Schwerbehinderte sind immer noch da!)

Jetzt sind wir wirklich am entscheidenden Punkt. Ich hatte schon heute Morgen das Gefühl, Herr Kunzmann konnte nicht über die offene Gesellschaft reden.

(Abg. Dieter Hillebrand CDU: Gute Rede!)

Ihr besteht im Moment ohnehin nur aus drei „traumatisierten“ Schlagworten: Das ist der Nationalpark im Nordschwarzwald, das ist der „Bildungsabbruch“, und das ist das Landeserzie-

(Manfred Lucha)

hungsgeld. Mehr als diese drei Punkte habt ihr von der CDU nicht.

(Abg. Werner Raab CDU: Was ist da traumatisiert? – Zurufe der Abg. Thaddäus Kunzmann und Friedlinde Gurr-Hirsch CDU)

Darüber könnt ihr nur jammern.

(Abg. Thaddäus Kunzmann CDU: Dafür sollten Sie sich schämen! – Gegenrufe von den Grünen – Unruhe)

– Wenn sich jemand bei diesem Thema nicht schämen muss, dann bin ich das.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD)

Jetzt sage ich Ihnen einmal etwas: Wofür ist das Land zuständig? Das Land ist in der gesellschaftlichen, staatlichen Ordnung für die Bereitstellung von Infrastruktur zuständig. Im guten alten Sozialarbeiterdeutsch heißt das auch „Hilfe zur Selbsthilfe“. Wofür ist der Bund zuständig? Der Bund ist für materielle Hilfen, für Sicherungen zuständig. Was machen Sie im Bund? Sie kürzen diese Sicherungen, oder – wie geschehen – Ihr neues Mitglied im Bundesvorstand diffamiert die Grünen, nachdem diese einen echten Armutsbekämpfungsbeschluss gefasst haben, nämlich das Arbeitslosengeld II als Existenzminimum auf 420 € und die Kindergrundsicherung auf 300 € zu erhöhen. Weil wir tatsächlich Armutsbekämpfung erzielen, werden wir von Ihrem Herrn Vorsitzenden als „Melonenpartei“ beschimpft, weil er meint,

(Abg. Alexander Salomon GRÜNE: Unglaublich!)

wir seien außen grün und innen rot. Ich weiß: Die Melone ist übrigens eine wohlschmeckende Frucht. Schwarz sind dagegen meist kaputte Grombiera.

(Heiterkeit und Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Insofern gebe ich Ihnen zu bedenken – genau das ist der Denkfehler –: Das Landeserziehungsgeld ist eine kurzfristige Mittelvergabe gewesen,

(Abg. Werner Raab CDU: Das sagen Sie einmal denen, die es nicht mehr kriegen!)

die nicht zur Armutsbekämpfung taugt. Armutsbekämpfung ist auf Langfristigkeit angelegt, hat langfristige Veränderungen des Lebensalltags, der Bildungschancen und der Gewohnheiten zur Folge. Und da machen wir umfassende Angebote. Das kann ich Ihnen nachher noch erklären.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Ihre Krokodilstränen – – Übrigens, das mit der Armutsbekämpfung höre ich eigentlich erst jetzt, seitdem wir einen Armuts- und Reichtumsbericht fordern. Vorher war doch Ihr Erziehungsgeld nichts anderes als eine späte Reminiszenz an eine §-218-Debatte, die Sie nicht gewinnen konnten, und spiegelte immer noch den Verlust angesichts der Tatsache, dass wir eine andere gesellschaftliche Wirklichkeit haben.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Herr Klenk, Sie können sich doch noch daran erinnern, dass Sie bei der Liga gesagt haben: „Ja, Verbände, ihr habt ja gar

nicht geschimpft, als das Landeserziehungsgeld gekürzt und umgewandelt wurde.“ Da haben die Verbände gesagt: „Ja, wohl, weil es richtig ist, weil wir Infrastruktur brauchen.“ Das war die Antwort.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD – Zuruf des Abg. Thaddäus Kunzmann CDU)

Jetzt sage ich Ihnen einmal, was wir praktisch gemacht haben. Lieber Herr Klenk, 367 Millionen € für die Krankenhausinvestitionen. Sie können sich all die Balkendiagramme anschauen: Noch nie gab ein Land so viel Geld in die Krankenhausinvestitionsförderung wie Baden-Württemberg mit dieser Koalition – noch nie.

(Beifall bei den Grünen und des Abg. Wolfgang Drexler SPD)

Das machen wir 2013 und 2014. Und was habt ihr gemacht? Im letzten Jahr haben wir schon gesagt, dass wir endlich einmal den Orientierungswert erhöhen müssen. Wir haben eine Bundesratsinitiative gemacht, wir haben mit der BWKG und mit dem Landkreistag gemeinsam gesprochen. – Wo ist Herr Pauli? Er war doch als Doppelagent dabei. Schade, dass er nicht dort sitzt, sonst würde er uns recht geben.

Wo wart ihr bei unserer Bundesratsinitiative? Weggeduckt habt ihr euch. Und wo ist die FDP mit dem Bahr? 27,5 Milliarden € Überschüsse bei den Krankenkassen – und keinen Euro für unsere Krankenhäuser. Das ist Ihre Sozial- und Gesundheitspolitik.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD – Zuruf des Abg. Karl Zimmermann CDU – Unruhe)

– Jetzt müsst ihr einmal ruhig sein. Ich bin jetzt am Mikrofon. Ich darf schwätzen, und ihr dürft zuhören.

(Heiterkeit und Beifall bei Abgeordneten der Grünen)

Nun sage ich euch etwas: Ich habe mir die Rede vom letzten Jahr noch einmal genau angeschaut, logisch.

(Abg. Dr. Bernhard Lasotta CDU: Sie brauchen gar kein Mikro!)

– Ja, das brauche ich nicht. Ist ja gut, oder? – Zu Ihnen hätte ich auch noch etwas zu sagen. Das, was Sie gestern zu den Themen Erziehungsgeld und Migrationsfamilien gesagt haben, das war sozialpolitisch derart falsch ausgesteuert, da erschreckt man geradezu, welches Gesellschaftsbild Sie haben.

Aber jetzt will ich euch noch etwas sagen: Anfang dieses Jahres gab es eine Anhörung zum Psychisch-Kranken-Hilfe-Gesetz, bei dem im Grundsatz „ambulant vor stationär“ gelten soll. Es haben tatsächlich 400 Leute daran teilgenommen. Das Sozialministerium hat in einer extrem gut und breit angelegten Anhörungsphase mit über hundert Persönlichkeiten, Betroffenen, Verbänden von psychisch Kranken ein Eckpunktepapier für ein Psychisch-Kranken-Hilfe-Gesetz auf den Weg gebracht, das Vorbildcharakter für die Weiterentwicklung der Behindertenhilfe im Ganzen hat. Vielleicht wissen Sie ja – nein, Sie werden es nicht wissen,

(Abg. Wilfried Klenk CDU: Also, keine Unterstellungen! Nicht persönlich werden!)

(Manfred Lucha)

weil Sie dafür bisher nichts getan haben –, dass wir die Eingliederungshilfe im ASMK-Prozess verändern werden, Herr Kollege – auf der Ebene der Sozialministerkonferenz, wo Ihre ehemalige Regierung gar nicht mehr anwesend war. Das ist der Punkt. Wir werden jetzt die Eingliederungshilfe in einem Bundesgesetz verankern. Da haben wir mit den Ansätzen für den gemeindepsychiatrischen Verbund 4 Millionen € für die Stabilisierung der Sozialpsychiatrischen Dienste im Haushalt. Für 2014 haben wir sogar 1 Million € für die Wirkungen dieses Gesetzes, damit wir Verbundstrukturen unterstützen – Kooperation statt Konkurrenz, Vermeidung von Doppelstrukturen – und eben kein Geld verpulvern, sondern es sinnvoll einsetzen.

Das ist grün-rote Sozialpolitik. Die Organisation durch das Sozialministerium ist super. Da muss ich einmal allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern „Chapeau!“ sagen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD
– Zuruf: Sehr gut!)

Das ist auch für uns der Kompass bei den Gesundheitskonferenzen. Wir übernehmen Verantwortung. – Wo ist jetzt Paul Locherer? Als wir in Isny und Leutkirch die Kliniken haben schließen müssen, wäre er am liebsten im Keller verschwunden, weil sich die Fehlentwicklungen und Fehlinvestitionen Ihrer Politik heute in der Wirklichkeit der Krankenhauslandschaft niederschlagen.

(Abg. Winfried Mack CDU: Was ist denn das für ein Prolet da vorn? – Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Diabolisch ist das!)

Wir korrigieren dies; wir stellen uns hin, wir gehen in die Fläche, und ihr könnt nur schimpfen – das ist der Unterschied zwischen euch und uns.

(Lebhafter Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: So etwas Diabolisches! – Abg. Felix Schreiner CDU: Peinlich!)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Das Wort für die SPD-Fraktion erteile ich Herrn Kollegen Hinderer.

(Zuruf: Es kann nur aufwärtsgehen! – Abg. Karl Zimmermann CDU: Django Asül!)

Abg. Rainer Hinderer SPD: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren! Ich knüpfe dort an, wo Kollege Lucha aufgehört hat,

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Geht das überhaupt? – Abg. Werner Raab CDU: Hoffentlich in einem anderen Stil!)

weil mir das wichtig ist, nämlich beim Dank, dem Dank an das super Ministerium. Namens der SPD-Fraktion danke ich ganz herzlich unserer Sozialministerin und allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in ihrem Haus. Die Mannschaft und Frauschaft im Haus machen eine wirklich klasse Arbeit, und zwar nicht nur bei der Erstellung des Sozialhaushalts. Sehr gute Arbeit wird auch geleistet, um den sozialen Herausforderungen in unserem Land zu begegnen.

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Zuruf des Abg. Werner Raab CDU)

Da wird engagiert gearbeitet. Herr Klenk, Sie haben „zügig“ gesagt. Was Sie dann gesagt haben, war eher entgleisend. Engagiert wird gearbeitet bei der Pflege unserer sozialen Landschaft.

(Zuruf des Abg. Werner Raab CDU)

Engagiert wird gearbeitet bei der positiven Gestaltung des demografischen Wandels und auch, wenn es um die Gesundheitsversorgung der Menschen in unserem Land geht, um nur ein paar wenige ganz große Themen zu benennen.

Die Herausforderungen sind groß, meine Damen und Herren. Denn – Sie alle wissen es – die soziale Schere öffnet sich.

Von Muhammad Yunus stammt das Zitat – Frau Präsidentin, Sie erlauben, dass ich es vortrage –:

Wenn wir wollen, können wir Armut in die Museen verbannen.

(Zuruf des Abg. Matthias Präfrock CDU)

Der Friedensnobelpreisträger des Jahres 2006 ist der Überzeugung, dass die Überwindung von Armut möglich ist, wenn dies politisch gewollt ist – in den Entwicklungsländern und dann doch erst recht bei uns.

Wir können dieses Zitat natürlich auch anders interpretieren. Wir können Fragen der sozialen Not, Fragen der geminderten Chancen, Fragen von Behinderung und Krankheit auch in dem Sinn in die Museen verbannen, dass wir sie einfach aus dem Blickfeld drängen – vom Spielfeld unserer Wohlstandsgesellschaft ins Abseits. Aber wir Sozialdemokraten wissen wohl, dass an den Rändern unserer Gesellschaft arme Menschen leben und die soziale Spaltung unserer Gesellschaft fortschreitet. Sie, Herr Klenk und meine Damen und Herren von der Opposition, wissen das eigentlich auch.

Wir Sozialpolitiker haben im Ausschuss in der Regel gut zusammengearbeitet, auch bei der Erstellung und Beratung des Einzelplans des Sozialministeriums. Für vieles haben wir sogar einvernehmlich Lösungen gefunden.

(Abg. Werner Raab CDU: Ah! Jetzt!)

Dafür danken wir.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der Grünen
– Zuruf des Abg. Werner Raab CDU)

Verwunderlich ist dann aber schon, was Sie hier ausführen und was Ihre Freunde im Bund so treiben. Dabei meine ich z. B. den Umgang mit dem Armuts- und Reichtumsbericht. Im 4. Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung steht, das Privatvermögen in Deutschland sei sehr ungleich verteilt,

(Zuruf des Abg. Dr. Reinhard Löffler CDU)

und die Spreizung von Einkommen habe in den letzten Jahren deutlich zugenommen. Das passt Ihnen aber nicht.

(Abg. Werner Raab CDU: Doch!)

Denn daraus könnte ein politischer Handlungsdruck für Frau Merkel und Herrn Rösler entstehen.

(Abg. Werner Raab CDU: Also bitte!)

(Rainer Hinderer)

Wenn so mit den Ergebnissen eines Armuts- und Reichtumsberichts umgegangen wird, bestärkt uns das nur in unserem Vorhaben, einen eigenen, landesspezifischen Armuts- und Reichtumsbericht zu erstellen.

(Beifall bei der SPD – Abg. Dr. Friedrich Bullinger
FDP/DVP: Wie war das mit den Gewerkschaftsmil-
lionären?)

– Oh, Herr Bullinger. – Die 500 000 €, die wir für den Armuts- und Reichtumsbericht in den Haushalt einstellen, sind keinesfalls nur für die Datenerhebung und Berichterstattung. Mit dem Expertenbeirat, den Sie diskreditiert haben, der aber gute Arbeit leistet, werden wir Maßnahmen und Projekte entwickeln, die tatsächlich zur Armutsbekämpfung taugen.

(Abg. Werner Raab CDU: Ankündigungen!)

Die Regierung tut etwas, und die Regierungsfractionen tun auch etwas, was konkret zur Armutsbekämpfung beiträgt. Wir beantragen – –

(Glocke der Präsidentin – Abg. Dr. Bernhard Lasotta CDU: Die Redezeit ist um, oder?)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Herr Kollege, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abg. Kunzmann?

Abg. Rainer Hinderer SPD: Im Anschluss.

(Abg. Dr. Bernhard Lasotta CDU: Lebendige Debat-
tenkultur!)

Wir beantragen z. B. die Förderung von Maßnahmen für Personen mit besonderen Schwierigkeiten mit je 700 000 € in den beiden kommenden Haushaltsjahren. Damit können Investitionen in Einrichtungen der Gefährdetenhilfe vorgenommen werden. Die Situation von wohnungslosen Menschen wird verbessert. Auch da haben Sie uns einen enormen Sanierungstau hinterlassen: 53 Projekte stehen auf der Warteliste.

Einen weiteren Schwerpunkt zur Bekämpfung von sozialer Not und Armut setzen wir bei der Verbesserung der Situation von gewaltbedrohten Frauen und Kindern mit einem Aktionsplan gegen Gewalt und zur Förderung von Frauen- und Kinderschutzhäusern.

Mit dem Landesarbeitsmarktprogramm und unserem Konzept „Gute und sichere Arbeit“ fördern wir – das ist bereits angesprochen worden – Menschen, die von Langzeitarbeitslosigkeit bedroht und vom Arbeitsmarkt ausgegrenzt sind. Das Programm greift, was man schon nach den ersten Monaten feststellen kann.

Das Modellprojekt „Sozialer Arbeitsmarkt/Passiv-Aktiv-Transfer“ startet nach intensiver Vorberatung derzeit in 40 von 44 Stadt- und Landkreisen.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Über 560 langzeitarbeitslose Menschen erhalten zukünftig einen sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplatz statt passiver Transferleistungen.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Über die Programmbausteine „Assistierte Ausbildung“ und „Nachhaltige Integration von Langzeitarbeitslosen“ erhalten

rund 8 000 Teilnehmerinnen und Teilnehmer an 100 Standorten in den kommenden zwei Jahren eine Förderung. So werden u. a. junge, alleinerziehende Mütter ausgebildet. Sie können dabei Kind und Berufsausbildung in Einklang bringen. Deshalb ist dieses Programm ein Erfolg und eine echte Steilvorlage für eine sozialdemokratische Bundesregierung im nächsten Jahr.

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Dann müsst ihr aber mit der Linken zusammengehen! Sonst klappt es nicht!)

Herr Klenk, Sie haben das Landeserziehungsgeld erwähnt. Eines vorweg – das können Sie mir glauben oder auch nicht –: Mir als Sozialpolitiker ist die Entscheidung zur Einstellung des Landeserziehungsgelds schmerzlich.

(Zuruf von der CDU: Endlich einmal einer!)

Ich weiß, dass das Geld dort ankommt, wo es gebraucht wird. Deshalb habe ich persönlich den Beschluss nur schwer verdaut.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Dr. Bernhard Lasotta CDU: Da klatscht ihr von den Grünen nicht!)

Wenn man dann aber die politische Entscheidungsfindung – das gehört zum Regierungshandeln sicher dazu – vom Bauch in den Kopf verlagert, kann man über eine Tatsache einfach nicht hinwegsehen: Das Risiko der Anrechenbarkeit auf SGB-II-Leistungen ist Fakt. Schließlich rechnet der Bund sowohl das Bundesbetreuungsgeld als auch das Bundeselterngeld auf Hartz IV an. Warum soll dann ausgerechnet das Landeserziehungsgeld, das in einer ähnlichen Lebenssituation ausbezahlt wird, anrechnungsfrei bleiben?

(Zuruf von der SPD: Sehr plausibel!)

Diese Frage kann niemand beantworten. Was wir sicher nicht tun werden, ist, mit Landesmitteln den Bundeshaushalt zu sanieren.

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Dafür gibt es den Finanzausgleich!)

Nicht von der Hand zu weisen ist auch die Tatsache, dass das Landeserziehungsgeld – Kollege Lucha hat darauf hingewiesen – zwar eine individuell wirksame Hilfe für die betroffenen Personengruppen ist, dass es aber auch eine Transferleistung ist, die an den benachteiligten Strukturen überhaupt nichts ändert. Die Zuständigkeit für direkte Transferleistungen liegt beim Bund.

Zu 100 % strukturverbessernd ist dagegen unser Pakt mit den Kommunen für Familien mit Kindern. Wir halten unser Versprechen gegenüber den Städten und Gemeinden. So wird z. B. der Ausbau der Schulsozialarbeit fortgesetzt. Die Erfolgsmeldung lautet hier: Seit 2010 ist ein Ausbau um 300 Stellen auf momentan fast 1 000 Vollzeitstellen in der Schulsozialarbeit erfolgt. Das ist ein Erfolg. Deshalb stocken wir das Programm 2014 auf 25 Millionen € auf.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

(Rainer Hinderer)

Wir halten Wort, weil wir der Meinung sind, dass Schulsozialarbeit zum festen Angebot unserer Schulen gehört und hier deshalb das Land gemeinsam mit den Trägern der Jugendhilfe in der Verantwortung steht. Meine Damen und Herren von der CDU, dass Sie diese Aufstockung mit der Begründung ablehnen, Schulsozialarbeit sei nicht Aufgabe des Landes, spricht für sich.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der Grünen)

Nochmals kurz zurück zum Erziehungsgeld. Herr Klenk, meine Damen und Herren von der CDU, Sie fordern die Beibehaltung der Mittel in Höhe von rund 30 Millionen € für den Doppelhaushalt. Als Hauptdeckungsvorschlag fällt Ihnen nichts Besseres als die Zustimmung zum Steuerabkommen mit der Schweiz ein – ein Steuerabkommen, das Steuerhinterzieher besserstellt als Steuerzahler, die solidarisch sind,

(Abg. Winfried Mack CDU: Das stimmt doch überhaupt nicht! – Zuruf des Abg. Paul Locherer CDU)

Steuerzahler, die auch unseren Sozialstaat am Laufen halten. Das ist ein starkes Stück.

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Abg. Paul Locherer CDU: Ihr schützt sie jetzt, indem ihr nicht zustimmt!)

Das ist ein Schutzabkommen für Steuerhinterzieher zur Finanzierung sozialer Vorhaben. Da hat der Vermittlungsausschuss gestern ganz richtig entschieden

(Abg. Dr. Bernhard Lasotta CDU: Ihr macht gar nichts! Das ist noch schlimmer!)

und hat dieses Gesetzesvorhaben abgelehnt.

(Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE: Jawohl! Blindgänger! – Gegenruf des Abg. Paul Locherer CDU: Das wird euch noch auf die Füße fallen, aber wie!)

Herr Haußmann, noch eine kurze Bemerkung zum Antrag der FDP/DVP: Sie wollen die pauschale Förderung der Verbände erhöhen. Das klingt natürlich sympathisch. Auch wir sind der Meinung, dass die Mittel bei den Sozialverbänden gut angelegt sind. Keine Frage: Da kann jeder sicherlich mehr brauchen und kann mit diesen Mitteln eine gute Arbeit machen. Wir lehnen die Pauschalförderung aber ab.

Gleichzeitig wissen wir jedoch das Geld, das zur Verfügung steht, sehr gezielt unterzubringen. Wir haben Fördermittel erhöht, z. B. für den Landesfamilienrat, für Pro Familia, für Familienpaten, für das Mütterforum. Auch die LAG Jugenarbeit bekommt zukünftig jährlich 50 000 €, ebenso wie die LAG Mädchenpolitik.

Mit unserem Koalitionspartner haben wir uns darauf verständigt, dass für politische Schwerpunkte ebenfalls zusätzliche Mittel zur Verfügung gestellt werden. Die Fachberatungsstellen für Opfer von Menschenhandel sind zu nennen, das freiwillige soziale Jahr wird auf hohem Niveau gehalten, Mittel für Suchtprävention und für die Altenhilfe werden zur Verfügung gestellt.

Dem Sozialministerium ist es gelungen – dafür sind wir, Frau Ministerin, sehr dankbar –, die Finanzierung einer ganzen Rei-

he von Maßnahmen, für die die Regierungsfractionen im letzten Jahr zusätzliche Mittel beantragt haben, im jetzt zu verabschiedenden Haushalt zu verstetigen. In einigen Fällen konnte der Ansatz sogar erhöht werden.

Wichtig ist uns ein erster großer Aufschlag, mit dem wir die Herkulesaufgabe „Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention“ angehen und das Thema Inklusion voranbringen wollen. Für entsprechende Vorhaben wird die Finanzierung um ansehnliche 2,1 Millionen € im Jahr 2013 und 4,8 Millionen € im Jahr 2014 aufgestockt.

Auf hohem Niveau halten wir die Gesundheitsversorgung und die Sozialpsychiatrischen Dienste.

Die Krankenhausförderung ist angesprochen worden. Sie können beklagen, dass die Mittel nicht ausreichen. Sicherlich sind auch im Krankenhausbereich mehr Mittel erforderlich. Aber Kollege Lucha hat richtigerweise darauf hingewiesen, dass noch nie so viel Geld in die Krankenhausinvestitionen geflossen ist. Wir halten nicht nur den erhöhten Ansatz von 2011/2012, sondern werden diesen Ansatz im Doppelhaushalt 2013/2014 noch einmal um je 25 Millionen € erhöhen.

Meine Damen und Herren, ich glaube, der Haushaltsplan 2013/2014 des Sozialministeriums kann sich sehen lassen. Selbstverständlich würden wir Sozialpolitiker gern noch einiges mehr von den Vorhaben, die wir im Koalitionsvertrag beschrieben haben, umsetzen und würden diese gern mit mehr Geld ausstatten oder sie in höherer Geschwindigkeit auf den Weg bringen. Leider setzt uns die Finanzlage Grenzen. Diese Grenzen müssen wir respektieren; denn ein solider Haushalt ist nun einmal Voraussetzung, um die sozialen Aufgaben der Zukunft bewältigen zu können.

Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Diabolisch!)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Bitte schön, Herr Abg. Kunzmann.

Abg. Thaddäus Kunzmann CDU: Herr Kollege Hinderer, ich habe zwei Fragen. Die erste Frage ist eine Frage zum Armuts- und Reichtumsbericht. Sie haben vorhin gesagt, mit der zusätzlichen Million sollten vor allem neue Projekte, Modellprojekte, gefördert werden. Ist dann die Aussage des Städtetags, die gestern die Mitgliedsstädte in einem Schreiben erreichte, falsch? Sie lautet wie folgt:

Für die Armuts- und Reichtumsberichterstattung hat das Land im Doppelhaushalt 2013/2014 je 500 000 € vorgesehen. Diese Mittel werden u. a. für die Durchführung von Veranstaltungen sowie für die Erstellung des Berichts verwendet. Sofern die Mittel nicht verbraucht werden,

– sofern die Mittel nicht verbraucht werden! –

können auch Modellprojekte erprobt werden.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Propaganda!)

Es geht also, wenn ich diese Aussage richtig interpretiere, mitnichten um die Erprobung von Modellprojekten, sondern es

(Thaddäus Kunzmann)

geht in erster Linie um die Durchführung von Veranstaltungen und um die Erstellung des Berichts – 1 Million €!

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: PR-Maßnahmen statt Menschen! Propaganda!)

Die zweite Frage: Sie haben erklärt – dazu hat auch Frau Ministerin Altpeter bereits wiederholt eine Aussage gemacht –, warum die Streichung des Landeserziehungsgelds erfolgt ist. Frage: Haben Sie eine definitive, abschließende Bewertung des Bundes, dass das Landeserziehungsgeld in der alten Form oder in der Form, wie Sie es geplant haben, auf Bundesleistungen angerechnet werden würde?

Wie bewerten Sie diese Aussage im Zusammenhang mit der Stellungnahme der Sozialministerin zum Antrag Drucksache 15/2474, in der es auch um das Landeserziehungsgeld geht? Dort heißt es:

Die Abschaffung des Landeserziehungsgeldes erfolgte vor dem in Ziffer 3 und 4 dargelegten Hintergrund im Rahmen der Gesamtkonzeption der Landesregierung zur strukturellen Konsolidierung des Haushaltes, ohne dass dies der ausschlaggebende Grund ... gewesen ist.

Also war die strukturelle Haushaltskonsolidierung ein wesentlicher Grund.

(Abg. Manfred Lucha GRÜNE: Das war jetzt aber --)

Abg. Rainer Hinderer SPD: Zunächst einmal: Es ist uns lieber, den Landeshaushalt strukturell zu konsolidieren, als den Bundeshaushalt zu unterstützen.

(Abg. Thaddäus Kunzmann CDU: Haben Sie eine abschließende Bewertung?)

Wir haben heftigsten Grund zu der Annahme, dass das Landeserziehungsgeld in der reformierten Form angerechnet wird.

(Abg. Thaddäus Kunzmann CDU: Und in der alten Form?)

Das Bundeserziehungsgeld wird angerechnet, das neue, unsägliche Betreuungsgeld wird angerechnet. Warum soll das Landeserziehungsgeld nicht angerechnet werden?

Leider haben wir keine abschließende Bewertung der Bundesregierung bekommen. Denn sie wird einen Teufel tun, uns diese zu geben, solange dieses Bundesbetreuungsgeld derart kritisch diskutiert wird, wie es derzeit der Fall ist, und solange Bayern immer noch unterwegs ist und dieses Betreuungsgeld partout durchsetzen will.

Wenn im nächsten Jahr ein Regierungswechsel stattgefunden hat – das hat uns Kanzlerkandidat Peer Steinbrück neulich deutlich gesagt –, soll dies als eine der ersten Maßnahmen wieder abgeschafft werden. Das ist auch richtig so.

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Zuruf des Abg. Felix Schreiner CDU)

Zu Ihrer Frage nach der Bewertung des Städtetags zum Armuts- und Reichtumsbericht und der Verwendung der 1 Million €: Da gibt es zunächst einmal eine Einschätzung des Städtetags, die wir respektieren. Wir sind ja Partner unserer kom-

munalen Landesverbände und werden alles, was wir tun, auch mit ihnen intensiv diskutieren.

Herr Kunzmann, es ist doch selbstverständlich, dass wir zunächst einmal einen Teil – vielleicht einen größeren Teil – dieses Geldes brauchen, um die Daten

(Zuruf des Abg. Thaddäus Kunzmann CDU)

zu erheben, um Analysen zu machen, und einen Teil auch, um Aufträge zu vergeben. Aber wir wollen dieses Geld auch in den folgenden Haushaltsjahren einstellen. Dann, wenn der Bericht auf dem Weg ist, werden natürlich Mittel freigestellt, um Modelle zu erproben, um Maßnahmen auf den Weg zu bringen. Das tun wir gemeinsam und dialogorientiert mit unseren Partnern wie den Verbänden der Wohlfahrtspflege und dem Beirat für den Armuts- und Reichtumsbericht.

(Glocke der Präsidentin)

– Meine Redezeit ist, glaube ich, um.

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Ja.

Abg. Rainer Hinderer SPD: Das tut mir leid.

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Sie haben Ihre Redezeit leider schon um eineinhalb Minuten überzogen. Daher lasse ich keine weitere Zwischenfrage zu.

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Die Präsidentin hat viel Langmut! Ich nehme das auch mal in Anspruch!)

– Heute schon.

Abg. Rainer Hinderer SPD: Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Für die Fraktion der FDP/DVP erteile ich Herrn Kollegen Haußmann das Wort.

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Herr Haußmann, Sie bekommen auch Verlängerung! – Gegenruf der Abg. Beate Böhlen GRÜNE: Nein, das hat schon Herr Dr. Bullinger aufgebraucht! – Gegenruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

Abg. Jochen Haußmann FDP/DVP: Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Euphorie der Wahlprogramme und des Koalitionsvertrags sind im zweiten Jahr nach dem Regierungswechsel verfliegen.

(Abg. Thomas Poreski GRÜNE: Ihre Euphorie!)

Ich darf einfach mit Erlaubnis der Präsidentin aus dem Vorwort der Ministerin im Bericht des Sozialministeriums zum Staatshaushaltsplan zitieren. Im letzten Absatz heißt es:

Gerne hätten wir in den letzten Monaten noch mehr von unseren Ideen, wie sie z. B. in der Koalitionsvereinbarung beschrieben sind, umgesetzt. Leider hat uns aber die Finanzlage hier engere Grenzen gesetzt als erwartet.

(Zuruf von der CDU: Von der Wirklichkeit eingeholt!)

(Jochen Haußmann)

Da frage ich mich dann immer: Mit welchen Steuereinnahmen hatten Sie denn tatsächlich gerechnet?

(Zuruf von der CDU: Noch mehr! – Abg. Charlotte Schneidewind-Hartnagel GRÜNE: Mit weniger Schulden!)

Aus diesem Grunde werden wir auch in Zukunft nicht alles realisieren können, was wir für Baden-Württemberg und seine Bürgerinnen und Bürger gerne verwirklichen möchten und was sich die Bürgerinnen und Bürger wünschen. Zu einer guten Sozialpolitik

– hören Sie gut zu –

gehört nämlich auch eine ausgeglichene Haushaltsbilanz.

(Abg. Beate Böhlen GRÜNE und Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Ja!)

Je weniger Schulden wir den künftigen Generationen hinterlassen, desto größer ist ihr Handlungs- und Gestaltungsspielraum.

(Abg. Andreas Stoch SPD: Hätten Sie sich auch mal daran gehalten! – Abg. Alexander Salomon GRÜNE: Nie verstanden in der Vergangenheit!)

Auch das gehört zur sozialen Verantwortung.

Lieber Herr Kollege Lucha, Sie haben den Kompass beschrieben. So einen Kompass muss man auch unter dem 360-Grad-Winkel betrachten – ein Kreis hat 360 Grad. Dazu gehört eben auch Folgendes: Wenn Sie jetzt im Doppelhaushalt 3,3 Milliarden € neue Schulden machen, dann machen Sie eben – wenn ich das interpretiere, was hier steht – keine gute Sozialpolitik.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Abg. Manfred Lucha GRÜNE: Solide, Herr Kollege!)

Wann, wenn nicht jetzt – angesichts von Steuereinnahmen auf Rekordniveau; die Steuereinnahmen werden gegenüber dem Jahr 2010 in den beiden kommenden Jahren um 5,4 bzw. 6,5 Milliarden € steigen –, könnten die versprochenen deutlichen Steigerungen im Bereich der Krankenhausfinanzierung eingeplant werden? In diesem Zusammenhang möchte ich schon noch einmal an die Wahlprogramme und auch an den Koalitionsvertrag erinnern. Eine Regierungsfraktion hat im Wahlprogramm von einer Verdopplung gesprochen, die andere Regierungsfraktion im Wahlprogramm von 600 Millionen €. Im Koalitionsvertrag waren Sie schon etwas bescheidener. Wenn man in den Haushaltsplan schaut, dann findet man statt der 600 Millionen € nun 382 Millionen €.

(Abg. Manfred Lucha GRÜNE: So ist das Leben!)

Wir hätten sicherlich auch nicht mehr gemacht; das ist keine Frage.

(Zuruf des Abg. Florian Wahl SPD)

Aber wir haben es auch nicht angekündigt. Wenn Sie das im Verhältnis zu den Einnahmen sehen

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Versprochen, gebrochen!)

und man das in Relation zueinander setzt, müssten die Ansätze deutlich höher liegen.

In der letzten Wahlperiode – das will ich ergänzend auch noch sagen – war man bei den Erhöhungswünschen viel mutiger. Zum Haushaltsplan 2009 beantragten die Grünen mit einem Änderungsantrag zur nachhaltigen Krankenhausfinanzierung, die Zuschüsse für Investitionen an kommunale und sonstige öffentliche Krankenhäuser um 70 Millionen € auf 288 Millionen € zu erhöhen.

(Abg. Manfred Lucha GRÜNE: Und jetzt haben wir 367 Millionen €!)

– Das betraf nur die öffentlichen Krankenhäuser; Entschuldigung. – 288 Millionen €. Sie haben jetzt für 2013 256 Millionen € in den Haushalt eingestellt. Vielleicht hätten Sie noch einmal den Antrag aus dem Jahr 2009 heranziehen sollen. Obwohl die Steuersituation jetzt völlig anders ist, als sie damals war, sind es jetzt 256 Millionen €.

Das Landeserziehungsgeld wurde schon mehrfach angesprochen. Dazu haben die Fraktionen, die die alte Landesregierung getragen haben, unterschiedliche Auffassungen. Aber interessant ist, dass Sie jetzt Tabula rasa machen und ein Volumen von 38 Millionen € im Jahr 2012 jetzt sozusagen auf null abwickeln. Die Versprechungen der SPD, zugunsten von Hartz-IV-Empfängern andere Schwellenhaushalte quasi „über die Klinge springen zu lassen“, sind unter fadenscheinigen Begründungen nicht aufgegangen. Die Grünen haben damit ihr Wahlprogrammziel umgesetzt. Die Finanzmittel für das frühere Landeserziehungsgeld sind jedoch aus Sicht der FDP/DVP-Landtagsfraktion im System Familie zu belassen und insbesondere in Betreuungs- und Bildungsangebote zu investieren. Das war schon immer Standpunkt unserer Politik.

(Abg. Manfred Lucha GRÜNE: Das haben wir vorher schon gemacht!)

Das Volumen des Sozialhaushalts steigt von 2012 auf 2013 um 7 % auf 1,3 Milliarden € an. In den Haushaltsberatungen wurden dann noch einmal sozusagen die Spenderhosen aus dem Schrank geholt und wurden weitere 4,2 Millionen € zusätzlich im Doppelhaushalt veranschlagt.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Das war eher ein Bikini! Das waren keine Spenderhosen!)

Jetzt gibt es Positionen, die wir durchaus unterstützen, beispielsweise die Aufstockung der Beträge für das freiwillige soziale Jahr wegen des doppelten Abiturjahrgangs oder beispielsweise auch die mit einem interfraktionellen Antrag begehrte Aufstockung des „Fonds für Opfer von Menschenhandel und Beratungsstellen“ sowie der Mittel zur Kofinanzierung des Bundesmodellprojekts „Unterstützung des Ausstiegs aus der Prostitution“. Wir hätten das Ganze allerdings im Rahmen des vorliegenden Haushalts gemacht und nicht zusätzliche Mittel beantragt.

Wir lehnen dagegen einen landeseigenen Armuts- und Reichtumsbericht für 1 Million € in den beiden Jahren ab. Wir haben nämlich kein Erkenntnisproblem. Schon am 4. Februar 2010 hatte die damalige Sozialministerin Dr. Monika Stolz erklärt, dass es nicht nachvollziehbar sei, warum SPD und Grüne einen Armutsbericht einfordern, obwohl bekannt ist, wo

(Jochen Haußmann)

die Armutsrisiken liegen. Statt also einen Armuts- und Reichtumsbericht aufzustellen, hatte die Landesregierung im Jahr 2010 im Rahmen des Europäischen Jahres zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung ein deutliches Zeichen gesetzt und über 1,5 Millionen € in den beiden Jahren 2010 und 2011 in konkrete Maßnahmen investiert. Wir brauchen Qualifizierung und die Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Dort wäre diese Million besser aufgehoben.

Im letzten Jahr hat die Landesregierung das Landesprogramm „Gute und sichere Arbeit“ in großem Stil angekündigt. Die Umsetzung ist aber stark ins Stocken geraten. Wir haben damals bereits diese Grundstruktur infrage gestellt, vom Land aus einen zweiten Arbeitsmarkt zu gründen, und haben unsere massiven Bedenken bezüglich der rechtlichen Ausgestaltung im Februar hier geäußert. Wir haben recht behalten. Jetzt hat man nachgebessert; das haben wir auch bereits grundsätzlich begrüßt. Wir sind aber nach wie vor der Auffassung, dass die Arbeitsmarktpolitik vom Bund aus geregelt wird, solange die Verantwortlichkeiten so sind wie derzeit. Über eine entsprechende Subsidiarität kann man sicherlich reden, aber im Moment sind die Zuständigkeiten so verteilt.

Das Sozialministerium ist auch für Familienpolitik zuständig. Ich zitiere nochmals aus dem Vorwort des Berichts zum Staatshaushaltsplan:

Die Belange von Kindern und Jugendlichen sind ein zentrales Feld der Landespolitik.

Da gibt es dann gute und auch schlechte Nachrichten. Gut ist zweifellos die Finanzierung der Schulsozialarbeit. Da freuen sich die Kommunen, auch wenn man mit Blick auf den Haushalt wieder sieht, dass wir dadurch die Neuverschuldung natürlich nicht abbauen. Aber die Kommunen freuen sich mit Sicherheit.

Gestatten Sie mir, aus meinem Wahlkreis, dem Rems-Murr-Kreis, der Ministerin ganz persönlich Dank zu sagen für das Engagement bei der Einführung der stationären Plätze in der Kinder- und Jugendpsychiatrie. Dafür einen ganz herzlichen Dank von meiner Seite aus.

(Beifall bei der FDP/DVP sowie Abgeordneten der Grünen und der SPD – Zuruf des Abg. Manfred Lucha GRÜNE)

Kinderschutz ist für die FDP als die Partei der Bürgerrechte ein unverzichtbarer Bestandteil unserer Arbeit. Unverständlich ist für uns, dass unsere Initiative im Bereich flächendeckender Kinderschutzambulanzen nicht aufgegriffen wurde.

Jetzt schauen wir doch einmal, wie es dort aussieht, wo das Land selbst ganz unmittelbar gestalten kann. Wie geht das Land mit den jungen Beamtenfamilien in Baden-Württemberg um? Ein Blick in das Haushaltsbegleitgesetz genügt: Jungen Beamtenfamilien werden die Nettogehälter um bis zu 300 € monatlich gekürzt. Das ist die Kürzung der Beihilfe, das ist die Verteuerung der Krankenversicherung, das ist eine achtprozentige Reduzierung der Eingangsbesoldung und die Erhöhung der Kostendämpfungspauschale.

(Zuruf des Abg. Jürgen Filius GRÜNE)

Wenn Sie mich fragen, ist das nicht gerade eine vorbildliche Sozialpolitik.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Sehr richtig!)

So sieht offensichtlich grün-rote Familienpolitik im eigenen Umfeld aus. Ich glaube, im Hinblick auf den Fachkräftemangel würden private Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber sich sehr gut überlegen, ob sie solche unverschämten Einschnitte in das Gehalt vornehmen. Offensichtlich ist im selbst erklärten Musterland für gute Arbeit – so steht es im Koalitionsvertrag – im eigenen Verantwortungsbereich alles möglich.

Lassen Sie mich noch kurz zu vier Herausforderungen im Bereich der Sozialpolitik kommen, die in den nächsten Jahren stärker in den Fokus zu nehmen sind.

Erstens das vielfältige Engagement der älteren Generation. In der letzten Woche hatten wir den Seniorentag hier im Landtag. Da wurde auch in den Arbeitsgruppen noch einmal herausgestellt: Wir werden einen sehr starken Anstieg der Zahl pflegebedürftiger Menschen haben, von 246 000 im Jahr 2009 auf über 350 000 im Jahr 2030.

Zweitens wird das Thema Ärztemangel, insbesondere im ländlichen Raum, ein zentrales Thema der Sozialpolitik werden.

(Zuruf des Abg. Manfred Lucha GRÜNE)

Neben unterstützenden Programmen müssen wir alles daran setzen, auch die Freiberuflichkeit der niedergelassenen Ärzte zu erhalten. Die Diskussionen um die Bürgerversicherung sind dabei aus Sicht der FDP der völlig falsche Weg. Eine Einheitsbürgerversicherung ist blanke Symbolpolitik; damit wäre man in Wahrheit auf dem Holzweg.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Zuruf des Abg. Manfred Lucha GRÜNE)

Drittens müssen wir das Gesundheitsbewusstsein stärken. Es sei nur das Beispiel Diabetes genannt, oft verursacht durch Übergewicht und mangelnde Bewegung.

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Genau! – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Ernährung und Sport!)

Insbesondere im ländlichen Raum brauchen wir eine Weiterentwicklung der Versorgungsstrukturen.

Viertens und letztens bedarf im Sinne der Inklusion und der Teilhabe behinderter Menschen die Begleitung der Komplexeinrichtungen mit ihren rund 7 500 Plätzen unserer aktiven Unterstützung. Für den Neubau und die Sanierung der Bestandsgebäude wird das Land in den nächsten Jahren einen dreistelligen Millionenbetrag zur Verfügung stellen müssen.

Ich komme zum Schluss: Sozialpolitik heißt immer auch Investitionen in die Infrastruktur, und Sozialpolitik heißt vor allem auch vorbildliches Engagement von Hunderttausenden von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. Sozialpolitik bedeutet zudem Mut zur Eigeninitiative und Eigenverantwortung und somit Selbstbestimmung.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Sehr richtig!)

(Jochen Haußmann)

Wir dürfen nicht dahin kommen, dass der Sozialstaat seine Bürger so fest umarmt, dass diese schon gar nicht mehr frei atmen können.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Sondern selbst etwas tun können! Genau!)

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Für die Landesregierung erteile ich Frau Ministerin Altpeter das Wort.

Ministerin für Arbeit und Sozialordnung, Familie, Frauen und Senioren Katrin Altpeter: Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine sehr geehrten Damen und Herren! Wenn wir heute über den Haushalt des Sozialressorts reden, dann wissen wir, dass die Sozialpolitik immer den Menschen als Ganzes, den Menschen in allen Lebensphasen betrifft. Natürlich ist es die Aufgabe der Sozialpolitik und der Sozialpolitiker, vor allem die Schwächsten der Gesellschaft im Blick zu haben. Das schließt, bedingt durch den demografischen Wandel und den medizinischen Fortschritt, immer mehr auch die Auseinandersetzung mit Themen wie „Gesundheit im Alter“, Behinderung oder Pflege ein.

Ich darf vorab sagen: Wir stellen uns diesem Handlungsbedarf vollumfänglich. Wer behauptet, im Sozialbereich sei in den letzten anderthalb Jahren nichts geschehen, der hat diese Zeit offensichtlich im Koma, vielleicht auch in Timbuktu oder sonst wo, verbracht.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Vereinzelt Heiterkeit)

Deshalb gestatten Sie mir, ganz konkret zu sagen: Der Sozialhaushalt des Landes muss auch in Zeiten der Haushaltskonsolidierung gestärkt werden. Ich darf mich an dieser Stelle ausdrücklich für die große Unterstützung der beiden Regierungsfractionen in diesem Haus bedanken.

Ich sehe kein Handlungsfeld im Geschäftsbereich meines Hauses, in dem es politisch sinnvoll wäre, Leistungen zurückzuführen. Auch Sie, meine Damen und Herren von der Opposition, haben keine Einsparungen im Sozialhaushalt vorgeschlagen. Im Gegenteil: Sie haben sogar gefordert, das Landeserziehungsgeld in seiner alten Form weiterhin zu gewähren. Das hätten wir auch gern getan und hätten dabei die Leistung auf die besonders Bedürftigen konzentriert.

(Abg. Thaddäus Kunzmann CDU meldet sich.)

Allerdings hat uns die Bundesregierung, die bekanntermaßen schwarz-gelb ist, leider einen Strich durch die Rechnung gemacht. Es ist fast schon dreist, wenn der Bund zuerst ankündigt, 18 Millionen € Landesgelder einzukassieren, um dann gegenüber der Presse zu behaupten, dass sich das Land bei der Anrechnungsfrage so leicht beeindrucken lasse.

Unabhängig davon muss auch berücksichtigt werden, dass beim Betreuungsgeld die Anrechnung mittlerweile die gesetzliche Regel ist, was der Bund ja eigentlich wissen sollte. Wären wir Ihrem Vorschlag, das Landeserziehungsgeld weiterhin zu gewähren, gefolgt, hätten wir daher nur den Bund ent-

lastet und hätten nicht den Bedürftigen etwas zukommen lassen.

Wir sparen aber nicht nur ein, sondern wir nutzen die frei werdenden Mittel auch, um damit Leistungen für Bedürftige zu stärken. Das Land investiert in den Ausbau sozialer Infrastrukturen, um Armut erfolgreich und nachhaltig zu bekämpfen. Für Transferleistungen – ich denke, auch das müsste bekannt sein – ist der Bund und nicht das Land Baden-Württemberg zuständig.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Frau Ministerin – –

Ministerin für Arbeit und Sozialordnung, Familie, Frauen und Senioren Katrin Altpeter: Sehr geehrter Herr Kunzmann, bevor Sie jetzt Ihre bekannte Zwischenfrage stellen und ich Ihnen zum fünften Mal erkläre, wie es sich mit der Anrechnung des Landeserziehungsgelds verhält,

(Abg. Manfred Lucha GRÜNE: Genau!)

lassen Sie mich bitte sagen: Es ist nicht weiter verwunderlich, dass Sie neulich in der Fragestunde im Plenum gar nicht mehr so erpicht darauf waren, Näheres aus den anderen Ländern zum Landeserziehungsgeld zu erfahren. Ich darf Ihnen heute sagen, dass die Landesregierung in Thüringen, getragen von einer Großen Koalition, heute angekündigt hat, das dortige Landeserziehungsgeld zu streichen, sobald das Betreuungsgeld kommt.

Zu anders lautenden Bemerkungen, die Sie hier immer unter die Leute bringen, ist anzumerken, dass am 31. Mai dieses Jahres die Landesregierung in Thüringen mitgeteilt hat, dass sie sich darin einig sei, das Landeserziehungsgeld auslaufen zu lassen, wenn das Betreuungsgeld kommt. Eine Doppelförderung werde es nicht geben, so äußerten sich gleichlautend die Sozialministerin Heike Taubert, SPD, und der Finanzminister Dr. Wolfgang Voß, CDU. Zusätzlich hat auch der Chef der Thüringer CDU-Landtagsfraktion, Mohring, bestätigt, dass es auf längere Sicht, das heißt nach Einführung des Betreuungsgelds, keine Doppelförderung geben werde. Es ist mir daher nach wie vor nicht ersichtlich, weshalb weiterhin das Gegenteil behauptet wird.

Ich finde, nach unseren langen Debatten darüber ist es nun eine gute Zeit für Sie, sich der Realität zu stellen, der Wahrheit ins Auge zu blicken und damit auch zu sehen, dass Ihre Bundesregierung eben doch anrechnet und eine Leistung wie das Landeserziehungsgeld, wenn wir es weiterlaufen lassen würden, dem Bund in den Rachen geworfen wäre und nicht den Menschen und den Familien im Land zugutekommen würde.

(Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Frau Ministerin, trotz Ihrer Ausführungen hat der Kollege Kunzmann eine weitere Zwischenfrage.

Abg. Thaddäus Kunzmann CDU: Vielen Dank, Frau Ministerin. Sie haben sich zu Thüringen geäußert. Wie verhält sich denn Bayern in der Frage des Landeserziehungsgelds? Wird das Landeserziehungsgeld seitens des Bundes dort auch angerechnet, oder wie ist da Ihr derzeitiger Kenntnisstand?

(Unruhe)

Ministerin für Arbeit und Sozialordnung, Familie, Frauen und Senioren Katrin Altpeter: Außer Thüringen haben noch der Freistaat Bayern und das Land Sachsen ein Landeserziehungsgeld. Aus Sachsen ist bereits angekündigt, dass sie es mit der Einführung des künftigen Betreuungsgelds wegfällen lassen werden. Ich gehe davon aus, dass das auch in Bayern der Fall sein wird, weil – mit Verlaub – selbst der Freistaat Bayern bei allem, was man weiß, nicht so blöd sein wird, dem Bund Geld in den Rachen zu werfen, das er eigentlich im Land unter die Menschen bringen will.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, für alle, die möglicherweise manches nicht mitbekommen haben,

(Lachen der Abg. Sabine Kurtz CDU)

möchte ich nun gern auf die sozialpolitischen Schwerpunkte des Landeshaushalts für die kommenden zwei Jahre eingehen.

Ein Schwerpunktbereich ist die Bekämpfung von Armut und die Förderung der Teilhabe von Benachteiligten. Das ist bei allen ein großes Oberziel, das über dem Sozialbereich und über den sozialpolitischen Maßnahmen, wie sie im Koalitionsvertrag festgelegt sind, als das generelle Ziel steht. Denn auch im reichen Baden-Württemberg gibt es viel zu viele ausgegrenzte Menschen, Menschen, die am Rande der Gesellschaft leben. Gerade hat eine Studie ergeben, dass die Armutsgefährdungsquote in Stuttgart in den letzten sechs Jahren von 13 auf 15 % angestiegen ist.

In diesem Zusammenhang ist natürlich die Landesregierung besonders gefordert, hier etwas zu tun, um Armutsgefährdung abzubauen und um Armut zu bekämpfen.

Wir haben daher als ersten Schritt beschlossen, eine Armuts- und Reichtumsberichterstattung aufzubauen. Wenn Sie von den Mitteln sprechen, die wir in diesem Bereich zur Verfügung gestellt haben, dann lassen Sie mich an dieser Stelle deutlich sagen, dass es nicht darum geht, für teures Geld lediglich einen Armutsbericht zu erstellen, sondern dass es uns darum geht, schon während der Erstellung des Berichts entsprechende Maßnahmen zu ergreifen. Wir haben uns vorgenommen, mit dem ersten Armuts- und Reichtumsbericht des Landes das Schwerpunkthema Kinderarmut aufzugreifen. Wir werden politische Handlungsgrundlagen zur Armutsprävention und zur Bekämpfung von Armut, insbesondere zur Bekämpfung von Kinderarmut, schaffen.

Die Landesregierung hat seit Regierungsantritt schon eine ganze Reihe von Maßnahmen für eine nachhaltige Politik zur Armutsprävention und zur Armutsüberwindung auf den Weg gebracht. Ich darf an erster Stelle die Investitionsförderung in der Wohnungslosenhilfe nennen, die wir erhöht haben. Denn in der Wohnungslosenhilfe wird die Not am deutlichsten sichtbar; in diesem Bereich ist sie am größten. Wir werden uns auch weiterhin für bessere Angebote für wohnungslose Menschen einsetzen.

Wir werden das Programm STÄRKE in vollem Umfang, also mit rund 4 Millionen €, erhalten und es in seiner Ausrichtung auf jene Familien konzentrieren, die auf niedrigschwellige Unterstützungsangebote angewiesen sind. Dabei wird auf der Grundlage der laufenden Evaluation vor allem auch über-

prüft werden, ob und gegebenenfalls wie dieses Ziel auch mit dem System der Bildungsgutscheine erreichbar ist.

Ich darf auch an den Pakt für Familien zwischen der Landesregierung und den kommunalen Landesverbänden zur Verbesserung der Kleinkindbetreuung erinnern. Auch dies – –

(Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Sehr geehrte Frau Ministerin, gestatten Sie eine Kurzintervention des Herrn Abg. Kunzmann?

(Oh-Rufe von den Grünen und der SPD)

Ministerin für Arbeit und Sozialordnung, Familie, Frauen und Senioren Katrin Altpeter: Das Thema Landeserziehungsgeld ist doch schon vorbei.

(Beifall des Abg. Florian Wahl SPD – Abg. Thaddäus Kunzmann CDU: Ich hätte trotzdem gern eine! – Abg. Manfred Lucha GRÜNE: Kurzintervention! Jetzt kann er auch noch einen Vortrag halten!)

Bitte schön, Herr Kunzmann.

Abg. Thaddäus Kunzmann CDU: Verehrte Frau Ministerin, Sie haben vorhin gesagt: „Sachsen schafft das Landeserziehungsgeld ab.“ Es hat wenige Sekunden der Recherche bedurft, um auf eine Meldung vom gestrigen Mittwoch mit der Überschrift „Sachsen zahlt weiter Landeserziehungsgeld“ zu stoßen. In der Meldung heißt es:

Trotz der beschlossenen bundesweiten Einführung des Betreuungsgeldes zum 1. August 2013 hält Sachsen an seinem Landeserziehungsgeld fest. Die Leistung habe sich bewährt, sagte Sozialministerin Christine Clauß (CDU) am Mittwoch bei einer Haushaltsdebatte im Dresdner Landtag. Das Erziehungsgeld sei zu einem Markenzeichen sächsischer Politik für Familien gerade mit kleinem Portemonnaie geworden.

(Abg. Felix Schreiner CDU: Aha! – Zuruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

Frau Ministerin, auf welche Quelle bezieht sich Ihre Auskunft?

(Zurufe von den Grünen und der SPD)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Eine Kurzintervention ist keine Frage.

Abg. Thaddäus Kunzmann CDU: Vielen Dank.

Ministerin für Arbeit und Sozialordnung, Familie, Frauen und Senioren Katrin Altpeter: Ich denke, wir werden bei unserer Quellenrecherche der Wahrheit sicher nahekommen. Aber, sehr geehrter Herr Abg. Kunzmann, wenn das stimmt, was Sie soeben zitiert haben, dann hat das Land Sachsen offensichtlich zu viel Geld und stellt es dem Bund gern zur Verfügung. Wir in Baden-Württemberg halten unser Geld zusammen und wollen, dass es den Menschen bei uns im Land zugutekommt.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Felix Schreiner CDU: Das merkt man bei dem Haushalt! – Zurufe der Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP und Heribert Rech CDU – Gegenruf des Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE)

(Ministerin Katrin Altpeter)

Ich darf auf den Pakt für Familien zwischen der Landesregierung und den kommunalen Landesverbänden zur Verbesserung der Kleinkindbetreuung zurückkommen. Denn auch dies ist ein wichtiger Beitrag zur Armutsprävention und Armutsüberwindung. Die Verbesserung der Erwerbs- und der Einkommenschancen der Eltern ist ein zentraler Beitrag zur Bekämpfung von Kinderarmut. Schließlich wissen wir alle – bei allen Meinungsunterschieden –, dass das Armutsrisiko eng mit der Frage der Arbeitsmarktbeitrags gekoppelt ist. Damit ist Arbeitslosigkeit einer der Hauptgründe für Armutsgefährdung in unserem Land.

Deshalb setzen wir hier vor allem mit dem Programm „Gute und sichere Arbeit“ verstärkt an. Denn gerade dieses Modellprojekt ist ein Beleg für die aktive Arbeitsmarktpolitik in Baden-Württemberg. Wir wollen mit diesem Programm Lücken im bestehenden Fördersystem schließen und zeigen, wie arbeitsmarktpolitische Instrumente weiterentwickelt werden können. Insbesondere unser Modellprojekt „Sozialer Arbeitsmarkt/Passiv-Aktiv-Transfer“ erntet in der Fachöffentlichkeit und auf Bundesebene derzeit große Aufmerksamkeit.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD)

Das Landesprogramm „Gute und sichere Arbeit“ besteht aus fünf Bausteinen, von denen wir zwei, nämlich die assistierte Ausbildung und die Teilzeitausbildung sowie die nachhaltige Integration von Langzeitarbeitslosen, mit Mitteln aus dem Europäischen Sozialfonds finanzieren können. Dadurch ist es möglich, die Landesmittel konzentriert für die drei weiteren Bausteine des Landesprogramms einzusetzen. So finanzieren wir über den Baustein Beratung zwölf unabhängige Arbeitslosenberatungszentren mit jeweils bis zu 50 000 €. In einem weiteren Baustein nehmen wir uns des Themas „Arbeit und Gesundheit“ an, das zunehmend Gewicht erhält.

Lassen Sie mich einige Worte zum Herzstück des Programms sagen. Mit dem vor wenigen Wochen gestarteten Modellprojekt „Sozialer Arbeitsmarkt/Passiv-Aktiv-Transfer“ nehmen wir bundesweit eine aktive, eine viel beachtete Vorreiterrolle ein. Unser Ziel ist es, mit diesem Baustein Arbeit statt Arbeitslosigkeit zu finanzieren.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD)

Wenn Sie von der Opposition beklagen, dass es am Tag der Pressekonferenz zum Passiv-Aktiv-Transfer erst vier geförderte Arbeitsplätze gegeben habe,

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Vier ganze?)

dann kann ich Ihnen sagen, dass diese Pressekonferenz nur wenige Tage nach Beendigung der Ausschreibung stattfand und dass wir einen regen Zulauf haben. Damit hätten wir – das sei an dieser Stelle auch gesagt – viel früher beginnen können und wollen, wenn nicht das von Ihnen geführte Bundesarbeitsministerium so lange blockiert hätte und versucht hätte zu verhindern, dass wir dieses Modellprojekt in Baden-Württemberg starten.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Manfred Lucha GRÜNE: Da sitzen die Neinsager!)

Da die Aktivierung von passiven Leistungen, meine sehr geehrten Damen und Herren – vor allem Regelbedarf, Kosten

der Unterkunft und der Heizung –, derzeit bundesgesetzlich nicht möglich ist, haben wir uns dazu entschlossen, dies jetzt in einem Modellversuch zu simulieren. Wir haben dafür derzeit etwa 4 Millionen € pro Jahr an Landesmitteln eingesetzt. Aus diesem Grund ist das Modellprojekt auch auf 570 geförderte Arbeitsverhältnisse beschränkt. Ich bin aber guter Hoffnung, dass wir durch die Evaluation und durch die wissenschaftliche Begleitung beweisen können, dass sich dieses Modell lohnt und dass wir es auf das gesamte Bundesgebiet übertragen können. Denn das ist ein qualitativer Mehrwert zum bisherigen Leitbild des allgemeinen Arbeitsmarkts. Ich möchte Sie alle auffordern: Lassen Sie uns gemeinsam dafür arbeiten, Arbeit zu finanzieren und nicht Arbeitslosigkeit.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich komme zu einem weiteren Schwerpunkt, zu dem Sie wohlweislich nichts gesagt haben. Die Landesregierung ist zum 1. Januar 2012 wieder in die Förderung der Schulsozialarbeit eingestiegen. Wie sich nach Ablauf der ersten Antragsfrist im Juni 2012 gezeigt hat, ist der Ansturm auf das Förderprogramm außerordentlich hoch. Die Anzahl der Vollzeitstellen in Baden-Württemberg ist sprunghaft angestiegen, und sie wird weiter wachsen. Unsere mit dem Wiedereinstieg verbundenen Erwartungen haben sich damit bereits heute voll erfüllt.

Für das Schuljahr 2013/2014 rechnen wir nochmals mit einer Erhöhung der förderungsfähigen Vollzeitstellen von derzeit rund 1 050 im laufenden Schuljahr auf rund 1 500 Vollzeitstellen. Wir erhöhen aufgrund der großen Nachfrage die Landesmittel von derzeit 15 Millionen € jährlich im Jahr 2014 auf 25 Millionen €, um die Drittelfinanzierung der Schulsozialarbeit durch das Land zu gewährleisten. Ich finde es sehr erfreulich, dass wir durch die Erhöhung der Landesmittel in Zukunft voraussichtlich alle förderungsfähigen Anträge bewilligen können.

Die Landesregierung ist damit auf einem guten Weg, das im Koalitionsvertrag festgelegte Ziel des flächendeckenden Ausbaus der Schulsozialarbeit zu erreichen.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, gestatten Sie mir einige Worte zum „Zukunftsplan Jugend“. Denn ich darf unumwunden zugeben, dass es mich bei dem, was ich da an Falschaussagen und komischen Interpretationen gehört habe, fast von der Bank gehauen hätte. Deswegen ist es gut, jetzt die Dinge richtigzustellen.

(Abg. Winfried Mack CDU: Da bin ich gespannt!)

Erstens: Am 24. Juli 2012 hat der Ministerrat die strukturelle und inhaltliche Stärkung und Weiterentwicklung der Kinder- und Jugendarbeit und der Jugendsozialarbeit durch einen „Zukunftsplan Jugend“ beschlossen. Wir konnten uns dabei – jetzt hören Sie bitte gut zu, Herr Klenk –

(Abg. Wilfried Klenk CDU: Ja!)

auf eine Expertise von Professor Rauschenbach beziehen, der diese in der Tat für die Vorgängerregierung erstellt hat, in der er konstatiert hat, dass dringender Handlungsbedarf bezüglich des Umbaus der Jugendarbeit im Land besteht. Diese Expertise lag schon lange in meinem Haus.

(Ministerin Katrin Altpeter)

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Was ist da jetzt so aufregend?)

Geschehen ist nichts – null Komma null!

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Ich persönlich habe in der Folge Professor Rauschenbach und sein Team, die diese Expertise erstellt hatten, beauftragt, die Umsetzung des „Zukunftsplans Jugend“ in Baden-Württemberg zu begleiten, und zwar genau in der Form, dass diejenigen, die die entsprechenden Kapitel in dem ersten Text geschrieben haben, nun die Umsetzung auch selbst begleiten, zusammen mit den Partnern aus der Jugendarbeit und der Jugendsozialarbeit. Dieser Prozess steht kurz vor seinem Abschluss.

Zur Umsetzung des „Zukunftsplans Jugend“ und damit zur Stärkung und Weiterentwicklung der Kinder- und Jugendarbeit und der Jugendsozialarbeit in Baden-Württemberg stellt das Land im Jahr 2013 zusätzliche Mittel in Höhe von 1 Million € und ab dem Jahr 2014 Mittel in Höhe von 3 Millionen € zur Verfügung, um die Jugendarbeit zukunftssicher zu machen und ihr eine Perspektive zu geben. Auch damit sind wir auf gutem Weg, das im Koalitionsvertrag festgesetzte Ziel einer strukturellen und inhaltlichen Stärkung und Weiterentwicklung der Kinder- und Jugendarbeit und der Jugendsozialarbeit im Land zu erreichen.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention zählt derzeit zu den großen Herausforderungen der Sozialpolitik in Baden-Württemberg. Die Landesregierung wird sich dieser Herausforderung stellen. Aber eines ist auch ganz klar: Inklusion ist nicht zum Nulltarif zu haben.

(Abg. Manfred Lucha GRÜNE: Ganz genau!)

Inklusion ist ein langer Prozess, an dessen Anfang wir uns befinden. Daher wollen wir neben den bestehenden Investitionsförderungen für Einrichtungen in der Behindertenhilfe im nächsten Jahr über 2 Millionen € und 2014 fast 5 Millionen € für die Inklusion der Menschen mit Behinderung in die Gesellschaft aufwenden.

Mit diesem Geld – danach haben Sie gefragt – werden wir die Umsetzung des novellierten Landes-Behindertengleichstellungsgesetzes finanzieren. Wir werden mit diesem Geld Öffentlichkeitsarbeit für Inklusion finanzieren, aber auch wegweisende Projekte und Forschungsvorhaben fördern.

(Abg. Karl Klein CDU: Aber alles auf Pump!)

Zwei Beispiele darf ich Ihnen an dieser Stelle nennen. Das Projekt Inklusionsinitiative 2012 des Kreisjugendrings Rems-Murr ist eines der geförderten Projekte. Im Rahmen dieses Projekts sollen die Pilotversion eines Inklusionsindex, der ja auch von den Betroffenenvertretungen gefordert wird, für die Jugendarbeit entwickelt sowie ein Fortbildungs- und ein Vortragskonzept für Akteure der Jugendarbeit erstellt werden.

Weiter soll das Projekt „Kunst als Brücke“ des Kulturnetzwerks Blaues Haus gefördert werden, durch das Menschen

mit Behinderung ermutigt werden sollen, mit ihren kreativen Arbeiten an die Öffentlichkeit zu treten. Im Rahmen dieses Projekts soll ein Kunstpreis für Menschen mit Handicap verliehen werden.

Mit diesen und weiteren Projekten geben wir der Umsetzung der Inklusion in Baden-Württemberg einen Schub. Denn Inklusion muss vor Ort bei den Menschen ankommen und kann nicht von oben verordnet werden, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall bei den Grünen und der SPD sowie der Abg. Dr. Marianne Engeser CDU – Abg. Manfred Lucha GRÜNE: Super!)

Gestatten Sie mir in diesem Zusammenhang noch ein Wort zur Krankenhausförderung. Ich finde es schon erstaunlich und eigentlich auch ziemlich befremdlich,

(Abg. Jochen Haußmann FDP/DVP: Wir auch!)

wie man sich hier hinstellen und beklagen kann, die grün-rote Landesregierung würde zu wenig Mittel für die Investitionen in die Krankenhäuser bereitstellen. Wie kann man so etwas machen, nachdem man uns – offensichtlich haben Sie das ebenfalls vergessen – über 1 Milliarde € Förderstau bei den Investitionen für die Krankenhäuser hinterlassen hat?

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Ich beschäftige mich schon von Berufs wegen relativ viel mit Demenz. Aber manchmal muss ich mich einfach immer noch wundern.

(Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Frau Ministerin, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Haußmann?

Ministerin für Arbeit und Sozialordnung, Familie, Frauen und Senioren Katrin Altpeter: Ja.

Abg. Jochen Haußmann FDP/DVP: Das ist einfach der Vorteil der heimatlichen Verbundenheit.

Sehr geehrte Frau Ministerin, würden Sie mir zustimmen, dass gemessen an den Wahlprogrammen von SPD und Grünen – der jetzigen Regierungskoalition – ursprünglich mehr als das geplant war, was Sie im Koalitionsvertrag geschrieben haben, und mehr als das, was Sie jetzt tatsächlich beschrieben haben?

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Da war ja noch kein Kassensturz! – Abg. Edith Sitzmann GRÜNE: Wir sind erst eineinhalb Jahre an der Regierung! – Zuruf des Abg. Alfred Winkler SPD)

Würden Sie mir da zustimmen?

Ministerin für Arbeit und Sozialordnung, Familie, Frauen und Senioren Katrin Altpeter: Ich stimme Ihnen dahin gehend zu, soweit es möglich ist, unser erklärtes Ziel ist, den Investitionsstau während dieser Legislaturperiode sukzessive abzubauen und eine Neuausrichtung der Krankenhausstruktur im Land voranzutreiben.

(Zuruf: Fangt mal an!)

(Ministerin Katrin Altpeter)

Wir haben uns mit den Mittelserhöhungen für die Krankenhausfinanzierung im Vierten Nachtragshaushalt 2011 sowie im Haushalt 2012 bereits zu unserer Verantwortung für die Kliniken im Land bekannt. Wir werden auch 2013 und 2014 die Erhöhungen fortschreiben und weiterhin an der dualen Krankenhausfinanzierung festhalten. Die Botschaft ist klar: Das Land bleibt für die Krankenhäuser ein verlässlicher Partner. So können Krankenhäuser auch in Zukunft mit einer zeitnahen Förderung ihrer dringlichen Baumaßnahmen rechnen.

Die Kliniken im Land – so viel auch noch zu Ihrer Frage – werden mit dem Landeshaushalt 2013/2014 nochmals jeweils 20 Millionen € mehr als 2012 über das Krankenhausprogramm erhalten, das heißt, insgesamt 60 Millionen € mehr, als ursprünglich vorgesehen waren.

Natürlich wollen wir damit auch eine bessere Infrastruktur der Krankenhäuser und ein Ausgerichtetsein auf den Wettbewerb erreichen. Baden-Württemberg steht hier gar nicht schlecht da, denn mittelfristig wird sich durch die Investitionen nicht zuletzt auch die Wirtschaftlichkeit und die Qualität der Kliniken im Land entsprechend verbessern.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich darf weitere sozialpolitische Akzente dieses Haushalts ansprechen. Da ist zum einen die Pflegepolitik. Im Oktober hat das Sozialministerium die Informations- und Werbekampagne „Vom Fach – Für Menschen. Pflege- und Sozialberufe in Baden-Württemberg“ gestartet. Diese Kampagne, deren Kern ein Internetauftritt ist, soll die gesamte Legislaturperiode laufen und einen wichtigen Beitrag zur Deckung des Fachkräftebedarfs in der Pflege liefern.

Weiter hat der Ministerrat am 23. Oktober dem „Zukunftsplan Gesundheit“ mit den Eckpunkten zum Gesundheitsdialog Baden-Württemberg zugestimmt. Der Gesundheitsdialog soll auf allen Ebenen – von der Landesgesundheitskonferenz über Gesundheitsdialoge bis zur kommunalen Ebene – zu verschiedenen Themen gestartet und entwickelt werden, denn wir wollen mit diesem Gesundheitsdialog das baden-württembergische Gesundheitswesen gemeinsam mit den Partnern im Gesundheitswesen und unter der Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger zukunftsfähig machen.

Weitere Schritte zur Umsetzung des Koalitionsvertrags sind auf den Weg gebracht:

Der Landesarbeitskreis Psychiatrie hat Eckpunkte für ein Psychisch-Kranken-Hilfe-Gesetz verabschiedet, welche nach Freigabe durch das Kabinett Grundlage für die Erstellung eines entsprechenden Gesetzentwurfs sein werden. Durch die Erhöhung der Mittel für die Förderung der Sozialpsychiatrischen Dienste wird die Umsetzung der Grundversorgungspflicht erheblich gestärkt. Diese Stärkung ist natürlich auch für die Umsetzung dieses Gesetzes von ganz wesentlicher Bedeutung.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Des Weiteren sind wir gerade dabei, einen Aktionsplan für Toleranz und Gleichstellung zu erstellen. Angesichts der Debatte von heute Morgen scheint es mir auch dringend notwendig, dass wir diesen Aktionsplan für Toleranz und Gleichstellung so bald wie möglich umsetzen, um strukturelle Nachteile und die Diskriminierung von Lesben, Schwulen, Bisexuellen, Trans-

sexuellen, Transgendern und Intersexuellen nachhaltig abzubauen.

Ich lade Sie von der CDU-Fraktion gern ein – jeden natürlich mit seiner persönlichen Meinung –, sich am Diskussionsprozess zu beteiligen.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD
– Unruhe)

Ebenso setzen wir – sind Sie vielleicht einmal ein bisschen ruhig? – einen Aktionsplan gegen Opfer von Gewalt und Menschenhandel um. Denn die Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen in jeglicher Form – sei es häusliche Gewalt, sei es Zwangsprostitution, sei es Menschenhandel oder die Verstümmelung weiblicher Genitalien – ist eine wichtige Verpflichtung für uns. Die betroffenen Frauen und Kinder brauchen unsere Unterstützung. Damit diese Hilfe und Betreuung schnell und niedrigschwellig gewährleistet werden können, ist die Schaffung bzw. Erhaltung einer bedarfsgerechten und zukunftsweisenden Hilfeinfrastruktur erforderlich.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, erstmals seit Jahren können wir den Verbänden mehr Förderung zukommen lassen. In den von mir genannten Handlungsfeldern sind zahlreiche weitere Verbände wie z. B. der Kinderschutzbund, Pro Familia, der Verband alleinerziehender Mütter und Väter, die Aidshilfe oder der Landesfamilienrat außerordentlich engagiert tätig. Ohne deren Engagement wäre ein Großteil der Angebote im Land nicht denkbar. Hohes ehrenamtliches Engagement verbindet sich da mit hauptamtlicher Kompetenz. Das gibt es natürlich nicht zum Nulltarif. Deshalb haben wir die von der Vorgängerregierung viele Jahre lang unterlassene Anpassung an gestiegene Löhne und Kosten endlich realisieren können.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich denke, ich konnte deutlich machen, dass nach der Aufbauarbeit in den Jahren 2013 und 2014 die Phase des Ausbaus und der Vertiefung in der Sozialpolitik kommen muss. Sie sehen heute, dass der notwendige Politikwechsel im Sozialbereich im Land auf einem guten Weg ist – auch wenn manch einer dies vielleicht etwas verschlafen hat.

Klar ist: Weitere Schritte müssen folgen, wenn wir mit den künftigen Herausforderungen der Gesellschaft Schritt halten und zugleich die Basis für eine konkurrenzfähige, aber soziale Marktwirtschaft mit einem menschlichen Antlitz legen wollen.

Ich darf mich an dieser Stelle bei den Sozialpolitikerinnen und Sozialpolitikern der Koalitionsfraktionen ganz herzlich bedanken, die diesen Politikwechsel in der Sozialpolitik im Land nachhaltig unterstützen und mittragen. Ich darf mich an dieser Stelle aber auch ganz herzlich bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Sozialministeriums bedanken, die mit vollem Engagement ebenfalls an diesem Politikwechsel mitarbeiten. Ich bin mir sicher, wir sind auf einem guten Weg in ein sozialeres, in ein gerechteres Baden-Württemberg.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Manfred Lucha GRÜNE: Super! Sehr gut!)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, die Ministerin hat die vorgegebene Redezeit von 50 % der Gesamtredezeit der Fraktionen überschritten. Deshalb besteht nun nach § 83 a Absatz 1 der Geschäftsordnung für die Fraktionen die Möglichkeit, ebenfalls eine verlängerte Redezeit in Anspruch zu nehmen, sofern dies gewünscht ist.

(Zurufe, u. a. Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Das muss man nicht! – Abg. Manfred Lucha GRÜNE meldet sich. – Abg. Volker Schebesta CDU: Das ist schon eine Leistung!)

Kollege Lucha hat noch Redezeit aus der ersten Runde.

(Zurufe, u. a. Abg. Winfried Mack CDU: Nein!)

– Kollege Lucha darf reden, natürlich. Die verbleibende Redezeit beträgt eine Minute und 45 Sekunden.

(Beifall des Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE)

Abg. Manfred Lucha GRÜNE: Noch einmal: Ich hebe die Redezeit doch nicht ganz umsonst auf, oder? – Jetzt einmal ganz im Ernst: Liebe CDUlerinnen und CDUler,

(Heiterkeit bei der SPD)

machen Sie Schluss damit, Ihren sozialpolitischen Fokus nur darauf zu richten, hier redundantes Gesäusel und Genörgel zur Streichung des Landeserziehungsgelds vorzubringen.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Setzen Sie mit uns die gute Praxis fort, die Projekte zu unterstützen, die auch im Ausschuss Ihre Zustimmung fanden,

(Abg. Thaddäus Kunzmann CDU: Praxis der Diffamierung! – Zuruf von der SPD: Aha!)

wie z. B. den Aktionsplan „Sichere und natürliche Geburt“, bei dem wir in einer wunderbaren Zusammenarbeit mit den Kassen, mit Verbänden darauf hinweisen, dass der Automatismus zum Kaiserschnitt ein absolut falscher Weg ist. Hier haben wir Einigkeit; hier können auch Sie in Ihrer Multiplikatorenfunktion etwas tun. Hierfür haben wir in diesen Haushalt Geld eingestellt.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen – Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Spontangeburt!)

Dann auch noch eine kleine Handreichung: Aufgrund der Erfahrungen unserer Besuche in der Fläche fördern wir in den nächsten beiden Jahren alternative, selbstbestimmte Projekte von älteren Menschen zu neuen Wohnformen. Das ist ein Ergebnis aus dem Beteiligungsprozess für das neue Einrichtungs- und Dienstegesetz, das wir noch längst nicht auf den Markt geschleudert haben. Wir haben am Seniorenfachtag vielmehr noch einmal deutliche Rückmeldungen und Bestärkung dazu bekommen, so ein Gesetz zu machen. Wir hören zu, wir verändern, und wir steuern nach.

Bei einem waren Sie doch auch froh – da können Sie einmal sehen, wie wir auch über den eigenen Schatten springen –: Wir geben Donum Vitae Geld für die strukturelle Förderung ihrer Beratungsstellen. Sie wissen, was „Donum Vitae“ ist.

Das kommt nicht ganz automatisch aus unserem sozialen Nahbereich, aber wir sehen die Arbeit als genauso wichtig an. Sie bekommen Geld von uns. Das hat es bei Ihnen nicht gegeben. Also machen Sie mit, und jammern Sie nicht mehr.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Zurufe, u. a. des Abg. Thaddäus Kunzmann CDU)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Liebe Kolleginnen und Kollegen, es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

Deshalb kommen wir jetzt zur **A b s t i m m u n g** über den Einzelplan 09 – Ministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie, Frauen und Senioren.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

– Ich bitte um Ruhe.

Abstimmungsgrundlage ist die Beschlussempfehlung des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft, Drucksache 15/2609. Den vorliegenden Änderungsantrag werde ich bei dem betreffenden Kapitel aufrufen und zur Abstimmung stellen.

Ich rufe Abschnitt I der Beschlussempfehlung auf und schlage vor, die Abstimmung über die Ziffern 1 bis 8 – Kapitel 0901 – Ministerium – bis Kapitel 0918 – Jugendhilfe – zusammen vorzunehmen. Sind Sie damit einverstanden? – Das ist der Fall.

Kapitel 0901 bis Kapitel 0918

Wer den acht Kapiteln 0901 bis 0918 gemäß den Ziffern 1 bis 8 von Abschnitt I der Beschlussempfehlung zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer stimmt dagegen? – Enthaltungen? – Damit ist den Kapiteln 0901 bis 0918 mehrheitlich zugestimmt.

(Zuruf des Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE)

Ich rufe Abschnitt I Ziffer 9 der Beschlussempfehlung auf:

Kapitel 0919

Familienhilfe

und dazu den Änderungsantrag der Fraktion der CDU, Drucksache 15/2709. Wer diesem Änderungsantrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit ist der Änderungsantrag mehrheitlich abgelehnt.

Wir haben noch über das Kapitel 0919 abzustimmen. Wer stimmt dem Kapitel 0919 zu? – Wer stimmt dagegen? – Enthaltungen? – Damit ist dem Kapitel 0919 mehrheitlich zugestimmt.

Ich schlage Ihnen vor, die Abstimmung über die Ziffern 10 bis 13 von Abschnitt I der Beschlussempfehlung – Kapitel 0920 – Altenhilfe – bis Kapitel 0930 – Zentren für Psychiatrie und Psychisch-Kranken-Hilfe-Gesetz – zusammenzufassen. Sind Sie damit einverstanden? – Das ist der Fall.

Kapitel 0920 bis Kapitel 0930

Wer den vier Kapiteln 0920 bis 0930 in der Fassung der Ziffern 10 bis 13 von Abschnitt I der Beschlussempfehlung zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen?

(Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch)

– Enthaltungen? – Damit ist den Kapiteln 0920 bis 0930 mehrheitlich zugestimmt.

Wir haben noch über Abschnitt II der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft, Drucksache 15/2609, abzustimmen. Hier empfiehlt Ihnen der Ausschuss für Finanzen und Wirtschaft Kenntnisnahme. – Sie stimmen zu.

Meine Damen und Herren, damit sind wir am Ende der Beratung des Einzelplans 09 – Ministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie, Frauen und Senioren.

(Beifall des Abg. Manfred Lucha GRÜNE – Unruhe)

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 3 c** auf:

Einzelplan 10: Ministerium für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft

Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft – Drucksache 15/2610

Berichterstatter für die Bereiche Umwelt und Klima: Abg. Martin Hahn

Berichterstatter für den Bereich Energiewirtschaft: Abg. Winfried Mack

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Meine Damen und Herren, das Präsidium hat für die Beratung des Einzelplans 10 – Ministerium für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft – eine Redezeit von zehn Minuten je Fraktion festgelegt, wobei gestaffelte Redezeiten gelten.

Wünschen die Berichterstatter das Wort? – Das ist nicht der Fall.

Dann erteile ich in der Allgemeinen Aussprache Herrn Kollegen Lusche das Wort.

Abg. Ulrich Lusche CDU: Frau Präsidentin, Kolleginnen und Kollegen! Herr Minister, Umweltpolitik einmal wieder zu einer dankbaren Tageszeit. Es wird mir vermutlich nicht gelingen, Frau Boser, Ihren Geschwindigkeitsrekord von heute Morgen einzustellen,

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Also, Uli, los!)

aber ich will mich insofern etwas an Ihnen orientieren, als ich jetzt entgegen meiner Vorbereitung keine Lesung veranstalte, sondern versuche, mich auf einige wesentliche Punkte zu konzentrieren.

Herr Minister, wir haben vor einigen Wochen das Jubiläum des 25-jährigen Bestehens des Umweltministeriums begangen. Das war ein würdiger, ein guter Anlass. So viel Lob sei möglich und gestattet.

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Das war unser Ministerium!)

Ebenso gut waren Ihre Ausführungen in diesem Zusammenhang, soweit Sie deutlich gemacht haben, dass dieses Ministerium im Jahr 1987 von der CDU gegründet worden ist und dass dank der Arbeit dieses Ministeriums in den letzten 25

Jahren die Umweltstandards in Baden-Württemberg auf einem sehr hohen Niveau angelangt sind.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Wenn ich z. B. in Ihre Pressemitteilungen schaue und lese, dass das Programm „Klimaschutz-Plus“ beispielhaft, bundesweit einzigartig und vorbildlich ist, dann ist das nur einer von vielen Belegen dafür, dass die CDU schon vor 2011 gute Umweltpolitik gemacht hat. Ich sage es einmal so: Wenn Sie sich in diese gute Tradition stellen, dann sind wir durchaus mit dabei.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Deswegen gehen wir auch differenziert an Ihren Einzelplan 10 heran und nicht mit Globalkritik. Wir haben festgestellt, dass Sie etwa im Bereich des Klimaschutzes die Mittel aufstocken. Im Ergebnis haben Sie eigentlich das aufgegriffen, was wir in den letzten Haushaltsberatungen mit unseren Anträgen gefordert haben. Insofern können wir sagen: richtig. Insofern können wir – wenn immer wieder der Vorwurf gemacht wird, wir würden keine konstruktive Oppositionsarbeit betreiben – auch sagen: Das ist ein schönes Beispiel dafür, wie mit den konstruktiven Anträgen der CDU konstruktive Regierungspolitik gemacht werden kann.

(Beifall bei der CDU)

Leider hält sich das bei Ihnen aber nicht durchgängig.

(Staatssekretär Jürgen Walter: Das ist bei der CDU nie durchgängig!)

Wir brauchen nicht jeden Punkt der Ausschussberatung hier im Plenum noch einmal im Einzelnen nachzuvollziehen, sondern ich denke, es ist an diesem Punkt schon noch einmal wichtig, ins Grundsätzliche zu gehen. Sie wissen, Herr Minister: Ich persönlich habe großen Respekt vor Ihrer Fachlichkeit. Deswegen würden Sie von mir auch nie hören, dass Sie, wie man das auf Neudeutsch nennt, ein Low Performer wären.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der Grünen)

Was uns allerdings etwas Sorge macht, ist, dass Sie ein Slow Performer sind, in Teilen leider sogar ein „Very slow Performer“.

(Beifall des Abg. Volker Schebesta CDU – Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: Besser als Low Performer!)

Konkrete Beispiele: Nehmen wir einmal das Landesplanungsgesetz. Wir hatten nach einem sehr langen Gesetzgebungsprozess dann irgendwann Ihren Vorschlag auf dem Tisch. Das Ganze dauerte so lange und kam so spät, dass darin so kurze Umsetzungsfristen für die Betroffenen, für die Kommunen enthalten sind, dass wir uns nach wie vor Sorgen machen, wozu das ab dem 1. Januar nächsten Jahres führen wird. Denn es ist bekanntlich sehr viel Geld unterwegs. Gerade diejenigen, die wünschen, dass auch die Windkraftnutzung an Land in angemessener und vernünftiger Art und Weise stattfindet, müssen mit Sorge betrachten, dass es, wenn ein Risiko besteht, hier zu ungeordneten Verhältnissen kommen kann.

(Ulrich Lusche)

Wir haben zuletzt noch einmal Fragen zum Thema Rückstellmöglichkeiten von Anträgen und Ähnliches gestellt. Da ist leider sehr viel Kanzleitrost gekommen. Sie sind da sehr selbstbewusst. Ich kann nur sagen: Ich hoffe, es geht gut.

Zweiter Punkt: Sie sind ja sehr bescheiden. Sie wollen nicht mehr und nicht weniger, als – ich zitiere aus dem Bericht zum Haushalt – „Baden-Württemberg zur führenden Energie- und Klimaschutzregion zu machen“. Wenn man sich einmal die Zeithorizonte für die Energiewende anschaut, dann dürfte auf der Hand liegen, dass es dafür einer gewissen zeitlichen Dynamik bedarf.

Jetzt ist ein Schlüsselement Ihrer Politik das Klimaschutzgesetz. Dazu haben Sie uns im Herbst einen Entwurf vorgelegt, aber dieser Entwurf – das zeigt schon der erste Blick, und das hat auch seine Gründe in der Frage, wie viele Kompetenzen Sie, das Land, denn überhaupt haben, um ein derartiges Gesetz zu machen – ist überhaupt nicht beurteilbar, ohne dass Ihr integriertes Energie- und Klimaschutzkonzept vorliegt.

(Abg. Daniel Renkonen GRÜNE: Kommt noch!)

Das ist jetzt wiederum angekündigt, und zwar für nächste Woche. Wir sind gespannt, was da kommt, und wir sind leider erst dann in der Lage, darüber zu reden.

(Abg. Alfred Winkler SPD: Genauigkeit vor Schnelligkeit!)

Nächstes Thema: Netze. Da ist man jetzt seit fast zwei Jahren unterwegs. Was ist Ende November eingerichtet worden? Eine Plattform, eine Smart-Grid-Plattform. Da fragt sich der geneigte Betrachter angesichts der zeitlichen Zwänge schon: Warum hat man denn so viel Zeit gebraucht, um – nach einem so langen Zeitraum – erst jetzt eine solche Plattform einzurichten?

(Abg. Alfred Winkler SPD: Die Betreibergesellschaft! Was machen denn Sie?)

Da bin ich jetzt bei dem Punkt unseres Entschließungsantrags. Sie haben auch in der Ausschussberatung nicht darlegen können, warum Sie in diesem Umfang Mittel für Öffentlichkeitsarbeit in diesem Kapitel vorsehen.

Jetzt habe ich Ihnen vorhin gesagt: Ich habe großes Verständnis. Das war beim Jubiläum nett mit Joschka und Winfried, damals in Wiesbaden. Das war wirklich humorig. Aber das ist nicht – sagen wir einmal: in Serie – die eigentliche Aufgabe eines Ministeriums. Wir bleiben dabei, dass die Dimensionierung Ihrer Mittel für die Öffentlichkeitsarbeit einfach überzogen ist.

(Zuruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

Lieber Markus Rösler, zu dem Vorwurf „Warum bringt ihr keine Zahlen?“: Wir haben als Opposition einen ganz einfachen Ansatz: Ihr sollt mit dem Geld auskommen, das euch zur Verfügung steht.

(Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE: Machen wir ja! – Staatssekretär Jürgen Walter: Machen wir doch!)

Deswegen der Entschließungsantrag.

(Beifall bei der CDU – Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE: Aber in manchen steht drin, dass man Geld ausgeben soll! – Staatssekretär Jürgen Walter: Aus Nullen werden keine Einsen!)

Zustimmen können wir beim Bereich Wasser und Boden. Da finden wir es wichtig und richtig, dass insbesondere die Investitionen in den Hochwasserschutz verstetigt und auch erhöht werden. Wir finden es wichtig und richtig, dass der Landtag da auch ein einheitliches Signal gibt.

Sorge macht mir – das wissen Sie –, dass Sie im KIF die Mittel für die Altlastensanierung von 20 auf 14 Millionen € zurückführen. Man begründet das damit, es gebe ja schließlich keine Großprojekte. Wenn man weiß – das ist übrigens auch eine der Leistungen der baden-württembergischen Umweltpolitik –, dass man die Kartierung der altlastenverdächtigen Flächen energisch vorangetrieben hat und dass man da so gut ist wie kaum ein anderes Bundesland, und gleichzeitig weiß, wie das in der Praxis läuft, dass nämlich die Frage „Mache ich eine orientierende Untersuchung, mache ich eine Detailuntersuchung, oder mache ich vielleicht auch nur eine historische Erkundung?“ davon abhängt, ob kommunale Mittel zur Verfügung stehen oder nicht, dann muss man auch unabhängig von Großprojekten bei dem, was da noch zu tun ist, die Sorge haben, dass da in den nächsten Jahren nicht sehr viel passiert. Wir werden das sehr genau beobachten.

Gleiches Thema: die IED-Richtlinie, also diese Richtlinie der EU, die vorsieht, dass die Überwachung von sehr vielen Industrieanlagen sehr viel häufiger und intensiver stattfinden muss. Übrigens fand ich das auch nicht besonders gut: Als ich das per Antrag abgefragt habe, hieß es: Wir wissen noch nicht so genau, was wir machen wollen. Eine Woche später war dann in der Zeitung von 80 Stellen die Rede.

(Staatssekretär Jürgen Walter: Da kam die Anfrage zu früh!)

Das ist auch die Größenordnung, die im jetzigen Haushalt vorgesehen ist. Ich habe Sie dazu noch einmal angeschrieben. Ich möchte von Ihnen schon genau erklärt haben, ob es möglich ist – es gibt entsprechende Vorschläge aus Bayern –, die gleiche Qualität auch mit weniger Stellen hinzubekommen. Sie müssen erklären, warum Sie, auch aus Sicht der betroffenen Unternehmen, derartig zulangen und das Ganze noch gebührenfinanziert ist. Auch aus unserer Sicht müssen die Unternehmen gerade im Zusammenhang mit der Energiewende einiges tragen. Aber deswegen sollte man die Belastungen, die man ihnen auferlegt, auf das wirklich erforderliche Maß reduzieren.

Nächster Punkt: Kernenergieüberwachung. Auch dazu ist nicht wirklich klar geworden, warum Sie bei den Einnahmen aus Gebühren Überschüsse von jährlich 3,6 Millionen € einstellen. Das ist mir auch nach Ihrer Erläuterung im Ausschuss nach wie vor nicht klar. Insofern können wir auch in diesem Punkt nicht mitgehen.

In summa: Es geht nicht, über die Gebührenfinanzierung Stellen zu schaffen, um sich auf diese Art und Weise Kredite zu verschaffen.

Insgesamt gilt also auch für diesen Einzelplan 10 trotz der für sich genommen erfreulichen Erhöhung der Zuführung, etwa

(Ulrich Lusche)

im Bereich Klimaschutz, dass er Teil eines unsolide finanzierten Gesamthaushalts ist.

(Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE: Unglaublich!)

Deswegen stimmen wir auch diesem Einzelplan trotz inhaltlicher Zustimmung in einzelnen Bereichen insgesamt nicht zu.

Ich nehme an – deswegen spare ich mir etwas Redezeit auf –, dass wir auf die Themen Energiepolitik, erneuerbare Energien usw. noch zu sprechen kommen. Aber es ist schon sehr bedauerlich – davon nehme ich durchaus den Bund nicht aus –, dass der Berg wieder gekreißt hat und es im Vermittlungsausschuss gestern wieder nicht gelungen ist, die dringend notwendige Unterstützung der Gebäudesanierung, das Investitions- und Förderprogramm für Handwerk und Mittelstand, durchzubekommen. Das ist – nach diesem Zeitraum – ein Armutzeugnis. So kann die Energiewende sicherlich nicht gelingen.

(Beifall bei der CDU – Abg. Winfried Mack CDU:
So ist es! – Staatssekretär Jürgen Walter: Ja wer regiert denn in Berlin?)

Im Bedarfsfall sage ich in der nächsten Runde mehr dazu.

(Beifall bei der CDU)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Für die Fraktion GRÜNE erteile ich Herrn Kollegen Renkonen das Wort.

Abg. Daniel Renkonen GRÜNE: Sehr geehrte Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Zuhörer! Herr Kollege Lusche, ich hätte mir schon gewünscht, von Ihnen ein paar konkretere Vorschläge zu hören, wie Sie die Energiewende in Baden-Württemberg gestalten wollen.

(Staatssekretär Jürgen Walter: Der Lusche hat nur herumgestülzt! – Abg. Peter Hauk CDU: Die Vorschläge liegen schriftlich vor!)

Stattdessen kommt der mickrige Antrag heraus, mehr Geld zur Erarbeitung eines Konzepts für Öffentlichkeitsarbeit bereitzustellen. Das ist ja wohl ein bisschen wenig, wenn man die Energiewende in diesem Land gestalten will.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD
– Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE: Sehr gut!)

Sie haben es angedeutet: Mit diesem Haushalt setzen wir von Grün-Rot in der Energie- und Klimapolitik Maßstäbe. Über 160 Millionen € werden für die Energiewende und den Klimaschutz bereitgestellt, ein Betrag, der so hoch ist wie nie zuvor. Baden-Württemberg soll zum Technologievorreiter für erneuerbare Energien werden. In Kürze wird unsere Regierung einen Entwurf für ein Energie- und Klimaschutzkonzept mit über 100 Einzelmaßnahmen vorlegen, und damit werden wir Antworten auf das geben, was Sie gerade gefragt haben.

(Abg. Peter Hauk CDU: Da sind wir gespannt! Das kündigen Sie jetzt seit anderthalb Jahren an!)

– Sie werden es schon Anfang nächster Woche sehen, Herr Hauk. Wir sind dann gespannt auf Ihren konstruktiven Beitrag und Ihre Vorschläge, was Sie besser machen wollen.

(Abg. Peter Hauk CDU: Die liegen schon lange vor!
Schriftlich!)

Wir werden im Bereich Energie, im Bereich Verkehr, im Bereich „Ländlicher Raum“ Querschnittsaufgaben wahrnehmen und zahllose Vorschläge unterbreiten, wie wir den CO₂-Ausstoß in Baden-Württemberg reduzieren können,

(Zuruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

um damit bis zum Jahr 2020 den Anteil der erneuerbaren Energien auf 38 % zu führen. Bisher gibt es dazu keine Strategie; es gab keine Strategie der damaligen Regierung.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Das Besondere an diesem Energie- und Klimaschutzkonzept ist die Öffentlichkeitsarbeit, die wir hier leisten, und vor allem auch die Bürgerbeteiligung. Wir werden in allen Regierungsbezirken in Baden-Württemberg nicht nur die Fach- und Umweltverbände anhören, sondern auch die Bürgerinnen und Bürger, damit sie sich fachlich zum Thema Energiewende einbringen können.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Sie sollten auch mal die Unternehmen anhören!)

Das ist eine Bürgerbeteiligung in Baden-Württemberg, die ihresgleichen sucht. Ich finde, das ist auch schon ein Kompliment an das Ministerium wert.

Wir werden selbstverständlich die Anregungen, die Kritikpunkte aus der Bürgerschaft zu diesem Energie- und Klimaschutzkonzept ernst nehmen. Aber, meine Damen und Herren, lassen Sie mich ein paar Sätze zu den Konzepten sagen, die wir selbst entwickeln:

Wir werden in diesem Haushaltsplan 2,6 Millionen € für rund 30 regionale Kompetenzstellen einsetzen, die insbesondere für kleine und mittlere Unternehmen bei Maßnahmen für mehr Energieeffizienz und zur besseren Nutzung der Abwärme zur Verfügung stehen. Die Kompetenzstellen sollen auch die Bürgerinnen und Bürger informieren. Das heißt, wir wollen Klimaschutz vor Ort praktizieren und nicht in Berlin oder in Doha auf irgendwelchen Konferenzen, bei denen nichts herauskommt.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD
– Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Oder Brasilien!)

Es ist unbestritten, dass wir unsere Klimaschutzziele nur mit einer Steigerung der Energieeffizienz in unseren Unternehmen und Privathaushalten erreichen werden. Wegen der großen Nachfrage bei den Förderprogrammen der L-Bank in diesem Jahr werden die Grünen zusammen mit der SPD rund 5 Millionen € für zinsverbilligte Darlehen für die Sanierung von Betriebsgebäuden oder Altbauten zur Verfügung stellen. Das zeigt, wie ernst wir dieses Thema nehmen.

Die Akzeptanz in Wirtschaft und Bevölkerung bestätigt uns, dass die Regierung mit ihrer Förderpolitik auf dem richtigen Weg ist. Wir schütten das Geld nicht mit der Gießkanne aus, sondern kurbeln damit landesweit Investitionen im Handwerk

(Daniel Renkonen)

an. Damit sichern wir die Arbeitsplätze von heute und die Ausbildungsplätze von morgen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Unsere Kinder und Jugendlichen sind unsere Zukunft, auch in der Energiepolitik. Daher wollen wir sie frühzeitig über den so wichtigen sparsamen Umgang mit Elektrogeräten informieren – eine Initiative, die übrigens die CDU gestartet hat und jetzt gar nicht unterstützt hat, was uns sehr wundert.

(Zuruf des Abg. Alexander Salomon GRÜNE)

Die Schüler können wertvolle Multiplikatoren für ihre Eltern sein. Die erfolgreichen Kampagnen der Energieagenturen – Stand-by bei Elektrogeräten – in Schulen und Kindergärten haben eine so große Nachfrage erzeugt, dass viele Anträge bisher abgelehnt werden mussten. Daher werden wir über eine halbe Million Euro in diesem Haushalt zusätzlich zur Verfügung stellen, um in Kindergärten und Schulen, gerade bei den Kleinen, anzufangen, nämlich beim Thema „Wie gehe ich richtig mit Elektrogeräten um?“. Ich denke, das ist eine vorbildliche Initiative.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD
– Zuruf des Abg. Ulrich Lusche CDU)

Wenn wir dann hören, das sei Spielerei, das sei eine Schaulustinitiative, müssen wir wirklich den Kopf schütteln. Denn wir wollen eine gezielte Projektförderung in den Energie- und Klimaagenturen in Baden-Württemberg und keine Pauschalförderungen, wie das von CDU und FDP/DVP vorgesehen war. Es war von Anfang an klar, dass die Energieagenturen nur durch eine Anschubfinanzierung unterstützt werden sollen.

(Abg. Ulrich Lusche CDU: Das könnt ihr bei der Schulsozialarbeit auch so machen! – Zuruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

Jetzt zum Thema „Klimaschutz-Plus“ – für Kommunen ein riesiger Erfolgsschlag. Wir haben Investitionen in mehrfacher Millionenhöhe erreicht, und wir werden dieses Förderprogramm auch weiterhin zur Sanierung von Gebäuden und Hallen aufsetzen. Mit einer Aufstockung um 3 Millionen € werden wir in diesem Jahr insgesamt 18 Millionen € allein für „Klimaschutz-Plus“ bereitstellen, was zu einer Reduzierung von 47 000 t CO₂ landesweit führt.

(Abg. Ulrich Lusche CDU: Hervorragendes Programm!)

– Da ist es unbestritten; deswegen führen wir es auch weiter. Deshalb wundern wir uns, dass Sie dem Haushalt nicht zustimmen wollen. Das haben Sie selbst ins Leben gerufen, und jetzt lehnen Sie es ab. Das ist genau diese Fundamentalopposition, die nicht der Sache dient.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD
– Zuruf des Abg. Karl Klein CDU)

Erstmals unterstützen wir in diesem Haushalt auch die Betreiber kleiner Wasserkraftanlagen, um den Ausbau dieser umweltfreundlichen Technologie ergänzend zum Erneuerbare-Energien-Gesetz finanziell mit 3 Millionen € zu fördern. Das

Geld soll den gewaltigen Investitionsstau, den es beim Zubau gibt, abbauen und die Anlagen wirtschaftlicher machen. Denn uns ist vollkommen klar: Wir setzen nicht nur auf Sonne und Wind, sondern auf einen Energiemix. Dazu gehört in Baden-Württemberg auch die Kleine Wasserkraft.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der CDU
– Zuruf: Sehr gut!)

Unsere Fraktion legt bei der Förderung aber viel Wert darauf, dass die Anlagen für Fische und andere Wasserlebewesen durchlässig bleiben.

(Abg. Ulrich Lusche CDU: Das geht auch gar nicht anders!)

Stichwort Gewässerschutz: Bei der Umsetzung der europäischen Wasserrahmenrichtlinie hat unsere Regierung bereits dafür gesorgt, dass mithilfe von über 500 einzelnen Maßnahmen bereits auf einer Gewässerlänge von 87 km die Durchlässigkeit für Wasserlebewesen erhöht worden ist. Damit haben wir bereits ein Drittel der erforderlichen Maßnahmenprogramme im Rahmen der Wasserrahmenrichtlinie Baden-Württemberg umgesetzt.

(Abg. Ulrich Lusche CDU: Alles unsere Vorarbeit!)

All diese Punkte zeigen, dass wir die Energiewende zu einem Bürgerprojekt in Baden-Württemberg machen. Ich kann nur sagen: Machen Sie mit.

Danke.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Für die SPD-Fraktion erteile ich das Wort Herrn Kollegen Stober.

Abg. Johannes Stober SPD: Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Haushalt für das Umweltressort zeigt, dass man trotz Konsolidierung die notwendigen Schwerpunkte setzen kann.

Der Hochwasserschutz ist ein besonders deutliches Beispiel dafür. Wir sind sehr froh, dass mit der grün-roten Landesregierung endlich jemand das notwendige Geld hierfür in die Hand nimmt, um substanzielle Fortschritte in diesem Bereich zu erreichen. Wir stellen im Vergleich zur mittelfristigen Finanzplanung, die wir von der Vorgängerregierung hier vorgefunden haben, sowohl im Jahr 2013 als auch im Jahr 2014 jeweils 29 Millionen € mehr zur Verfügung. Das zeigt, dass hier wirklich Duftmarken gesetzt werden.

Herr Kollege Lusche, Sie haben vorhin von einer Verstärkung gesprochen. Ich glaube, um eine Verstärkung geht es hier nicht. Es geht um eine deutliche Erhöhung. Sie ist auch dringend notwendig, um den massiven Investitionsstau, der sich hier nicht nur über Jahre, sondern über mehrere Jahrzehnte hinweg aufgebaut hat, endlich zu beseitigen. Das ist eine richtige und ganz wichtige Duftmarke, die in diesem Umwelthaushalt gesetzt wird.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD
– Abg. Ulrich Lusche CDU: Sie führen ausgelaufene Programme weiter!)

(Johannes Stober)

Dabei geht es aber nicht nur um das Integrierte Rheinprogramm, sondern auch um die dringend notwendige Sanierung und Ertüchtigung vieler Dämme an unseren Flüssen.

Dass eine extreme Flutkatastrophe eine reale Gefahr ist, konnten wir seinerzeit an der Elbe in Sachsen verfolgen. In Baden-Württemberg standen wir manchmal knapp vor einer solchen Katastrophe. Ganz abgesehen von dem enormen menschlichen Leid, das eine Hochwasserkatastrophe mit sich bringen würde, würde der drohende gesamtwirtschaftliche Schaden in etwa bei 7,5 Milliarden € liegen.

Dies zeigt doch, dass die Investitionen in den Hochwasserschutz selbst finanziell notwendig sind und dass es in der Vergangenheit grob fahrlässig war,

(Abg. Ulrich Lusche CDU: Ach was!)

die erforderlichen Maßnahmen an dieser Stelle in dieser Art und Weise zu verschleppen.

(Zurufe der Abg. Karl Klein und Ulrich Lusche CDU)

Ich erinnere daran, dass nach den internationalen Verträgen die gesamten Maßnahmen des IRP bereits im Jahr 1992 hätten umgesetzt werden sollen. Heute haben wir das Jahr 2012. In Frankreich sind inzwischen alle Rückhaltebecken gebaut.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Ihr wart mit in der Großen Koalition!)

– Ich glaube, die Verantwortung der FDP/DVP ist hier ein deutliches Stück größer, als es die der SPD in diesen vier Jahren war.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Spöri hat gar nichts gemacht!)

Bei Ihren Zwischenrufen, Herr Bullinger, kann man nur sagen: Es kommt etwas der Neid hervor, dass diese Regierungskoalition neben den Sanierungen im Bereich Landesstraßen und im Bereich Gebäude diese große Investitionsaufgabe in dieser Art und Weise annimmt.

(Beifall des Abg. Gernot Gruber SPD – Zurufe der Abg. Karl-Wolfgang Jägel CDU und Andreas Glück FDP/DVP)

– Auch dieser Zwischenruf zeigt ganz eindeutig und sehr deutlich, dass Sie mit diesem Haushalt, wie er hier vorgelegt wird, eigentlich sehr zufrieden sind und dass auch Sie merken, dass Grün und Rot zusammen die notwendigen Investitionsmittel in den Haushalt einstellen. Die Mittel für den Hochwasserschutz werden fast verdoppelt.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Bei uns gab es viel mehr Mittel für den Straßenbau als zu der Zeit, als die SPD regiert hat!)

– Ich rede jetzt über den Umwelthaushalt. Der Verkehrshaushalt steht als nächster Punkt auf der Tagesordnung.

(Zuruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

Deswegen kann ich noch einmal ganz klar und deutlich sagen: Baden-Württemberg hat hier massiv aufzuholen. Alle anderen Länder – Frankreich, Rheinland-Pfalz – sind fertig, oder

es sind zumindest alle Maßnahmen im Bau. In Baden-Württemberg haben wir gerade 40 % umgesetzt. Zum Glück sind im Augenblick viele Dinge am Laufen. Wir hoffen, dass im Jahr 2013 auch mehrere Baubeginne folgen und im Jahr 2014 z. B. der Polder Rheinschanzinsel fertiggestellt ist.

(Abg. Ulrich Lusche CDU meldet sich.)

Das zeigt sehr deutlich, dass man das angehen muss. Wir werden das aktiv angehen. Das ist der richtige Weg.

Ich bin jetzt natürlich auch auf die Zwischenfrage des Kollegen Lusche gespannt.

(Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Genau. Sie gestatten also die Zwischenfrage des Kollegen Lusche.

Abg. Johannes Stober SPD: Ich würde davon ausgehen, dass er diese Auffassung teilt.

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Kollege Lusche, bitte.

(Staatssekretär Jürgen Walter: Jetzt hat er doch gerade erst eine Rede gehalten!)

Abg. Ulrich Lusche CDU: Sie sollen ja nicht umsonst gekommen sein, Herr Staatssekretär.

(Zuruf des Staatssekretärs Jürgen Walter)

Lieber Herr Kollege Stober, ich nehme an, Sie haben gerade gehört, dass wir in diesem Bereich Zustimmung signalisiert haben.

Abg. Johannes Stober SPD: Ja.

Abg. Ulrich Lusche CDU: Aber würden Sie mir zustimmen, dass in Baden-Württemberg gerade im Hochwasserschutz auch von der Vorgängerregierung in den letzten Jahren einiges auf den Weg gebracht worden ist?

(Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE: Aber zu wenig!)

Zweitens: Würden Sie mir, wenn wir das mit anderen Großprojekten vergleichen, zustimmen, dass es zum Teil auch Sinn macht, sich im Verfahren um Akzeptanz zu bemühen – das kann dann etwas Zeit benötigen –, wenn man nachher das Projekt, weil man vorher die Akzeptanz geschaffen hat, besser und schneller umsetzen kann?

Abg. Johannes Stober SPD: Herr Kollege Lusche, vielen Dank für Ihre Frage. Ich gebe Ihnen zwei Antworten. Man muss sich den Einzelfall anschauen, aber im Grundsatz ist es sicher richtig, im Zuge der Politik des Gehörtwerdens und der Akzeptanz möglicherweise auch einmal ein Verfahren länger laufen zu lassen, um an dieser Stelle Gerichtsverfahren hinterran zu vermeiden.

(Abg. Ulrich Lusche CDU: Deswegen kann man nicht pauschal von Verzögerung sprechen!)

– Ich glaube auch nicht, dass ich es pauschal gesagt habe, meine aber, dass man es sehr deutlich machen kann: Es geht jetzt nicht nur um das IRP, sondern es geht auch um die Masse an Dämmen in unserem Land, die einer Sanierung bedür-

(Johannes Stober)

fen. Auch da gilt das Baurecht, und dort wurde kein Geld rein-gesteckt. Vor diesem Hintergrund kann ich beim IRP Ihre Anmerkungen zwar in hohem Maß verstehen, aber für die Dämme, die in diesem Land nicht mehr funktionstüchtig waren und bei denen es schon lange eine lange Liste gab, war es eine ziemliche – wie haben Sie es vorhin so schön genannt? – Slow Performance, die die alte Landesregierung hier an den Tag gelegt hat.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD und den Grünen)

Wir werden uns das nicht zum Vorbild machen, sondern haben entsprechend zugelegt.

Zum Umweltaushalt möchte ich noch zwei, drei Punkte kurz anmerken. Ich denke, der Bereich Wasser und Boden – Hochwasserschutz – ist der zentralste. Ich freue mich auch über die Zustimmung der CDU-Fraktion.

Ein weiterer Bereich, an den wir noch einmal herangehen mussten, ist insbesondere der Bereich der Marktüberwachung, weil in diesem Bereich auch in der Vergangenheit die LUBW bei der Produkt- und Geräteüberwachung nicht alle Untersuchungen durchführen konnte, die sie hätte durchführen müssen. Deswegen ist es auch hier richtig, dass wir 1,5 Millionen € zusätzlich zur Verfügung stellen, zum Ausbau des Pegelmessnetzes plus 1,3 Millionen €, zur Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie – der Kollege Renkonen hat es schon angesprochen – noch einmal plus 1,7 Millionen € und plus 400 000 € zur dauerhaften Sicherung der Ufer- und Flachwasserzonen am Bodensee. Ich glaube, das zeigt sehr deutlich, dass diese Landesregierung das Thema Umweltpolitik sehr ernst nimmt.

Der andere große Bereich – dazu hat mein Kollege Daniel Renkonen schon einiges gesagt – ist die Energiepolitik. Meist kommt hier der Vorwurf vom Kollegen Nemeth – heute kam er nicht vom Kollegen Nemeth, der leider erkrankt ist und dem ich von hier aus gute Besserung wünschen möchte, sondern von Ihnen –,

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Das macht der Kollege Glück!)

wir würden hier in Baden-Württemberg so wenige Gesetze machen. Tatsache ist aber, dass das hier im Unterschied zur Schul- oder zur Hochschulpolitik Bundessache ist. Wenn Ihnen hier zu wenige oder zu schlechte Gesetze erlassen werden, dann empfehle ich Ihnen schlicht und einfach, einmal den Dialog mit Herrn Rösler, mit Herrn Altmaier oder auch mit Frau Merkel zu führen,

(Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE: Ja, bitte!)

die hier im Augenblick schwere Slow Performer sind. Wir würden uns durchaus wünschen, dass da in der Energiepolitik manches viel aktiver angegangen wird, damit wir weiterhin weltweit ein führendes Land auch bei den Verhandlungen über das Kioto-Nachfolgeabkommen sind.

Deswegen glaube ich, dass hier die Aufgaben vor allem auf Bundesebene liegen. Ich finde aber auch, dass wir hier klar und deutlich sagen müssen, dass diese Landesregierung viel dafür getan hat, dass auf der Bundesebene in den letzten Jahren überhaupt so viel vorangegangen ist. Ich nehme als Bei-

spiel das Atomausstiegsgesetz, ich nehme als Beispiel die Debatte um die Endlagersuche.

(Abg. Ulrich Lusche CDU: Das sind erst anderthalb Jahre!)

– Ja, aber wir haben in anderthalb Jahren viel erreicht.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der Grünen
– Zuruf des Abg. Manfred Lucha GRÜNE)

Man kann sich darüber streiten, ob anderthalb der Singular oder der Plural ist, Herr Kollege Lusche. Aber ich glaube, wir wissen beide, wie lange diese Regierung im Amt ist. Ich bin überzeugt, dass sie noch viele, viele Jahre im Amt sein wird. Daher werde ich da mit dem Plural keine Probleme haben, und Sie werden das auch akzeptieren müssen. Aber ich glaube, an dieser Stelle ist sehr, sehr viel angeschoben worden.

Ich erinnere auch an die Diskussion über das Endlagersuchgesetz, bei der auch der entscheidende Vorstoß, um diese Blockade zu überwinden, aus Baden-Württemberg kam. Ich erinnere an den Vorstoß – leider war dies in dieser Woche im Vermittlungsausschuss nicht erfolgreich – zur steuerlichen Absetzbarkeit von Maßnahmen zur energetischen Gebäudesanierung. Da waren wir uns hier ja einig und hatten auch auf Ihren Antrag hin sogar einen einstimmigen Beschluss im Umweltausschuss. Da gibt es einen ganz großen Einsatz.

Ich nehme als anderes Beispiel, bei dem die Landesregierung von Baden-Württemberg ebenfalls vorangegangen ist, das Thema Kapazitätsmärkte, die Schaffung der notwendigen flexiblen Kapazitäten, um die Schwankungen ausgleichen zu können, die sich letztlich vermehrt aus den erneuerbaren, volatilen Energiequellen ergeben. Ich kann gleichzeitig sagen, dass wir hier im Land Baden-Württemberg die notwendigen Dinge in die Wege geleitet haben.

Ich bin auch im Zusammenhang mit dem Landesplanungsgesetz über den Begriff „Slow Performance“ wieder sehr erstaunt, Herr Kollege Lusche. Ich weiß nicht, wer da noch „slower“ sein wollte als Sie. Wir haben letztlich einen Kompromiss gefunden, der besagt hat: Die Regionalpläne werden zum 1. Januar des kommenden Jahres außer Kraft gesetzt. Ich erinnere mich daran, dass immer wieder Anträge der CDU kamen, diesen Termin doch viel, viel weiter nach hinten zu schieben. Ich glaube, wir haben einen guten Kompromiss gefunden, und wir haben auch mit dem Klimaschutzgesetz und mit dem integrierten Energie- und Klimaschutzkonzept, das bekanntlich in der nächsten Woche im Entwurf vom Herrn Minister vorgestellt werden wird, guten Grund, sagen zu können, dass wir hier in Baden-Württemberg unsere Hausaufgaben machen.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Über die Details der Maßnahmen im Energiebereich, die wir über den Landeshaushalt in Angriff nehmen, hat der Kollege Renkonen ja schon einiges gesagt.

Ich möchte zum Schluss noch auf Ihren Entschließungsantrag eingehen, Herr Kollege Lusche. Ich bin darüber schon ziemlich verwundert, weil ich eigentlich immer der Auffassung war, dass die Energiewende nur mit den Bürgerinnen und Bürgern funktionieren kann und nicht ohne sie. Wir brauchen die Bürgerinnen und Bürger an zwei Stellen. Zum einen sind sie

(Johannes Stober)

Trägerinnen und Träger der Energiewende. Denn wir wollen, dass sie Fotovoltaikanlagen auf ihr Dach setzen, wir wollen, dass sie sich an Windkraftanlagen beteiligen, und wir wollen, dass sie in die energetische Sanierung ihrer Gebäude investieren. Deswegen ist es auch wichtig, dass der Umweltminister eine Kampagne zu den Heizungspumpen startet. Da steht gar kein Förderprogramm dahinter. Dafür wollen wir gar kein Geld geben, weil es sich von allein amortisiert. Aber wir müssen die Leute erreichen. Deswegen wird zusammen mit dem Baden-Württembergischen Handwerkstag eine Kampagne gestartet, um das zu erreichen.

Informationspolitik ist das A und O zum Gelingen der Energiewende, auch um die Akzeptanz der Menschen in diesem Land zu erreichen. Deswegen wird es auch eine breite Bürgerbeteiligung im Rahmen des integrierten Energie- und Klimaschutzkonzepts geben. Ich glaube, das ist der richtige Weg, um die Leute in diesem Land mitzunehmen. Als ein Beispiel, bei dem wir das sehr vorbildlich gemacht haben, erinnere ich – Frau Kollegin Bauer befindet sich gerade hier – an den Politikaward für die Einbeziehung der Betroffenen in die Gesetzgebung zur Verfassten Studierendenschaft in einer sehr modernen Form. Dort wurden dann die Anregungen aufgenommen und eingearbeitet. Ich bin überzeugt, dass dies beim IEKK noch ein Stück besser wird und wir das noch einmal toppen können.

Deswegen bin ich schon sehr erstaunt, dass Sie gerade im Bereich der Öffentlichkeitsarbeit Kritik üben. Wenn es einzelne Veranstaltungen zu kritisieren gibt, dann kann man das direkt ansprechen und konkretisieren und vielleicht auch einmal hinterfragen. Aber ich glaube, das A und O für eine gelungene Energiewende sind eine gelungene Öffentlichkeitsarbeit und Informationskampagnen in diesem Bereich. Dies packen wir an, genauso wie viele andere Maßnahmen im Umweltbereich.

Deswegen glaube ich, dass wir hier eine hervorragende Politik machen und Baden-Württemberg stolz auf diese Landesregierung sein kann, insbesondere auf ihre Umwelt- und Energiepolitik.

Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD und den Grünen – Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Das ist ja Wahnsinn, wie die sich loben! Da wird es einem ja ganz anders!)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Für die Fraktion der FDP/DVP erteile ich Herrn Kollegen Glück das Wort.

(Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE: Das ist der mit dem roten Kopf! – Gegenruf: Nein, das ist der, der den anderen einen roten Kopf macht!)

Abg. Andreas Glück FDP/DVP: Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Schaut man sich den Einzelplan 10 an, findet man ein Volumen von 409 Millionen € im Jahr 2013 und 424 Millionen € im Jahr 2014. Betrachtet man den Bericht des Ministeriums für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft zum Staatshaushaltsplan 2013/2014, stellt man fest: Der Energiebereich kommt schlecht weg. Gerade einmal zwölf von 128 Seiten beschäftigen sich mit dem Thema Energie.

(Zuruf des Abg. Alexander Salomon GRÜNE)

Von den im Jahr 2013 bereitgestellten 409 Millionen € sind gerade einmal 18,9 Millionen € in Kapitel 1009 – Energiewirtschaft – veranschlagt. Somit werden nicht einmal 5 % der Gesamtausgaben in diesem Einzelplan für Energie eingesetzt. Kaum zu glauben, sind wir doch in Zeiten der Energiewende.

(Abg. Andrea Lindlohr GRÜNE: Wollen Sie mehr ausgeben? Wollen Sie mehr Schulden machen?)

– Sie müssen ein klein wenig geduldig sein. Ich werde Ihnen gleich ein paar Sparvorschläge machen.

(Abg. Andrea Lindlohr GRÜNE: Mehr Schulden machen?)

– Keine Sorge, Frau Lindlohr. Hören Sie nachher genauso gut zu.

Über eine Ausgabenhöhe von 18,9 Millionen € lacht jedes mittlere Stadtwerk.

(Beifall des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP
– Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Sehr gut!
– Abg. Andrea Lindlohr GRÜNE: Ein Stadtwerk!)

Sie fragen: „Woher soll man das Geld nehmen?“

(Abg. Andrea Lindlohr GRÜNE: Nein! Das habe ich nicht gesagt!)

Sie fragen, woher man das Geld nehmen soll. Ich kann Ihnen an dieser Stelle nur sagen: Gestern haben Sie im Vermittlungsausschuss – das ist völlig unglaublich – etwas platzen lassen, was eine richtig gute und große Sache gewesen wäre.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Sehr richtig!)

Ich meine die steuerliche Absetzbarkeit von Maßnahmen zur energetischen Sanierung. Da sage ich ganz ehrlich: Herr Untersteller, im vergangenen Jahr hatten Sie gesagt, Sie würden das ablehnen, weil Einzelmaßnahmen nicht absetzbar wären. Damals gab ich Ihnen recht. Jetzt hätte man die Möglichkeit gehabt, auch Einzelmaßnahmen abzusetzen, und Sie stimmen trotzdem nicht zu. Da hätten Sie richtig etwas reißen können. Das wäre nicht nur die Verteilung von ein paar homöopathischen Tröpfchen gewesen, sondern da hätte man richtig klotzen können.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: So ist es! Verweigerung!)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, bei jedem angeblich noch so kleinen Punkt im Haushalt, z. B. der Altlastensanierung im Umfang von 12,3 Millionen € oder der Förderung der Anlagen zur Trinkwasserversorgung im Umfang von 13 Millionen € – verstehen Sie mich da nicht falsch; ich finde das ja nicht schlecht, und deswegen werden wir nachher auch dem Kapitel 1005 zustimmen –, wird mehr ausgegeben als für den kompletten Bereich der Energieeffizienz.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Sehr richtig!)

Da stelle ich einfach die Frage: Stimmt denn da zu Zeiten der Energiewende das Verhältnis?

(Andreas Glück)

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU
– Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Nein!)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wenn man mitgestalten will, muss man Geld in die Hand nehmen. Wenn man Kapitel 1005 aufschlägt, in dem 196 Millionen € für 2013 veranschlagt sind, weiß man, von welchen Summen man spricht, wenn man gestalten möchte.

Im Grunde genommen müssten Sie sich den Vorwurf gefallen lassen: Es ist das alte Umweltministerium geblieben, von dem man den Bereich Verkehr abgezwickelt und dem man eine homöopathische Menge Energiepolitik dazugegeben hat.

(Beifall des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP
– Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Richtig!)

Sie fragen: Wie soll man das finanzieren? Frau Lindlohr, nun zu Ihnen. Sie sagen, das Land hätte kein Geld.

(Abg. Andrea Lindlohr GRÜNE: Herr Kollege, das habe ich nicht gesagt! Ich habe gefragt, ob Sie mehr Geld wollen!)

– Jetzt seien Sie doch einmal ruhig. Hören Sie doch einmal zu. Es würde Ihnen guttun. Sie dürfen bestimmt auch einmal wieder hier vorn sprechen. Aber jetzt hören Sie bitte einmal zu; es dient Ihrem Verständnis.

(Abg. Andrea Lindlohr GRÜNE: Herr Kollege, das habe ich nicht gesagt!)

Sie haben das Steuerabkommen mit der Schweiz abgelehnt, was heute bereits mehrfach erwähnt wurde.

(Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE: Das ist unseriös ohne Ende!)

Sie haben die Studiengebühren abgeschafft. Sie haben den G-9-Test wieder eingeführt, statt die beruflichen Gymnasien fortzuführen. Die Polizeireform ist unglaublich teuer. Der „goldene Zügel“ bei der Gemeinschaftsschule ist teuer.

(Zuruf des Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE)

200 Beamtenstellen haben Sie geschaffen. Wir haben Ihnen sogar gestern die Abschaffung eines ganzen Ministeriums vorgeschlagen. Aber Sie wollen das alles nicht hören. Möglicherweise haben Sie sogar das Recht dazu, einfach zu sagen: „Das wollen wir nicht; wir können unseren Beitrag zur Energiewende nicht leisten.“ Aber dann seien Sie bitte so ehrlich – Herr Stober, das gilt auch für Sie – und sagen: „Wir können unseren Teil nicht beitragen; wir verlassen uns auf den Bund, auf die Bürgerinnen und Bürger und auf die Unternehmen, weil wir es uns nicht leisten können.“

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU – Zuruf von den Grünen: Wo ist der Einsparvorschlag? – Zuruf des Abg. Johannes Stober SPD)

Wenn Sie das aber tun, dürfen Sie nicht durch die Lande ziehen und so tun, als ob Sie die energiepolitische Weisheit mit Löffeln in sich hineingestopft hätten. Das kann in diesem Zusammenhang nicht sein.

Jetzt werden Sie vielleicht antworten: Auch wenn wir uns das finanziell nicht leisten können, werden wir trotzdem konzeptionell unseren Beitrag leisten können.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Pressemitteilungen!)

Sie sagen immer, Sie hätten so tolle Konzepte, und prangern im Bund an, es sei schlimm, dass dort zwei Ministerien für die Energiepolitik zuständig seien.

(Zuruf des Abg. Johannes Stober SPD)

Ich sage Ihnen ganz ehrlich: Wer im Glashaus sitzt, sollte nicht anfangen, mit Steinen zu werfen. In Baden-Württemberg sind sage und schreibe drei Ministerien für die Energiepolitik zuständig.

(Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE: Wessen Erbe ist denn das?)

Das ist nämlich das Ministerium für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft, das ist das MLR, wenn es um Biomasse geht, und das ist das MVI, wenn es um das Landesplanungsgesetz geht. Meine sehr geehrten Damen und Herren, dem Vorwurf in Richtung Berlin, zwei Ministerien für Energiepolitik seien zu viel, kann ich nur entgegnen: Drei sind es dann aber auf jeden Fall auch.

(Beifall des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP
– Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Vier!)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, Sie reden über Windkraft. Zurück zu Ihrem Konzept: Sie wollen 10 % des Stroms aus Windenergie gewinnen. Es ist gut, im Jahr 2020 eine Leistung von 8 TWh zu erreichen. Wir müssen aber 40 TWh ersetzen, wenn wir aus der Kernenergie aussteigen. Das ist also ein Fünftel des Problems, das Sie angehen. Dabei haben Sie noch nicht einmal die Speicherfrage gelöst.

(Abg. Muhterem Aras GRÜNE: Haben Sie die gelöst?)

Also: Wie sollen wir denn den Rest des Problems lösen? Sagen Sie das. Aber Sie sagen leider nicht, wie Sie das vorhaben.

Wenn Sie fragen, warum bei Windenergie nicht schon vorher etwas gemacht wurde, dann kann ich Ihnen nur sagen: Es war ein FDP/DVP-Minister in Baden-Württemberg, der bundesweit den ersten Windatlas herausgegeben hat.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Muhterem Aras GRÜNE: Wie hieß der noch einmal?)

– Pfister. Sie sollten sich den Namen merken. – Sie bummeln die ganze Zeit in der Gegend herum und merken gar nicht, wie die Zeit davonrast.

(Zuruf der Abg. Beate Böhlen GRÜNE)

Hätten Sie im Jahr 2011 angefangen, Windkraftanlagen zu bauen, dann hätten Sie zum Erreichen des Ziels – gehen wir einmal davon aus, dass wir dazu 1 200 Anlagen brauchen –,

(Zuruf von den Grünen: Sie haben 15 Jahre mitregiert!)

alle 3,3 Tage eine Windkraftanlage bauen müssen.

(Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE: Wer hat denn verzögert?)

(Andreas Glück)

Aber Sie haben Zeit verbummelt.

(Abg. Andrea Lindlohr GRÜNE meldet sich. – Glocke der Präsidentin)

– Nein, ich lasse momentan keine Fragen zu.

Wenn Sie jetzt 2013 anfangen, müssten Sie zum Erreichen des Ziels alle 2,1 Tage eine Windkraftanlage fertigstellen. Auch dann wäre die Speicherfrage noch immer nicht geklärt. Aber wenn das Ziel nicht umsetzbar ist, haben Sie schon einen Schuldigen: Sie haben das an die kommunale Ebene gegeben. Sollten 10 % nicht erreichbar sein, sind halt die Kommunen schuld.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Die Bösen!)

Da haben Sie es sich – das ist meine Meinung – ein bisschen einfach gemacht.

(Zuruf der Abg. Beate Böhlen GRÜNE)

Sie bummeln nicht nur, Sie klatschen auch in anderen Bereichen erneuerbare Energien ab. Ich nenne die Oberflächengeothermie. Gemäß einer PM von letzter Woche müsse man hier abwarten. Auch Tiefengeothermie wird als gefährlich charakterisiert und wird völlig totgeschrieben, obwohl Experten sagen, 10 % Stromgewinnung durch Tiefengeothermie seien in Baden-Württemberg möglich. Sprechen Sie doch einmal mit dem Landesforschungszentrum für Geothermie in Karlsruhe.

Oder nehmen Sie das Beispiel Holz. Sie sagen, bezüglich der Energiegewinnung aus Holz wollten Sie einen Anteil von 10 % aus Totholz haben; womöglich wollten Sie sogar eine Kaskadenlösung haben. Dann aber ist es wiederum Ihre Parteibasis, die sich darüber beschwert, wenn die eingesetzten Holzbretter gestrichen sind, wenn man sie als Gebrauchsholz verbrennt.

Oder nehmen Sie die Wasserkraft. Auch da ist es Ihre Basis, die vor Ort dagegen ist und von „Fischhäckselanlagen“ spricht.

(Staatssekretär Jürgen Walter: Die FDP hat ja keine Basis mehr!)

Oder nehmen Sie als Beispiel die Biomasse. Sie sind es, die ein Grünlandumbruchverbot erlassen.

(Zuruf des Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE)

Zum Thema Einsparung sage ich Ihnen: Da hätten Sie gestern eine historische Chance gehabt, die Sie aber einfach nicht wahrgenommen haben.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, betrachten wir das Reden der Landesregierung und schauen wir, was davon im Haushalt übrig bleibt, so stellen wir fest:

(Abg. Alexander Salomon GRÜNE: Dass alle begeistert sind!)

Zwischen Wort und Tat liegt das Meer.

Vielen herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Für die Landesregierung erteile ich das Wort Herrn Minister Untersteller.

(Zurufe: Jetzt kommt's! – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Aber nicht so lange wie der Justizminister!)

Minister für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft Franz Untersteller: Frau Präsidentin, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich stelle fest: Große Kritik in der Sache – in der Sache! – gab es an unserem Haushalt zunächst einmal nicht.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Insbesondere in den letzten zehn Minuten habe ich, Herr Kollege Glück, mitbekommen: Was Polemik betrifft, treten Sie wirklich in die Fußstapfen Ihres Fraktionsvorsitzenden. Aber dazu komme ich gleich noch.

(Abg. Andreas Glück FDP/DVP: Das habe ich im Ausschuss von Ihnen gelernt!)

Auf dessen gestrige Ausführungen werde ich gleich noch eingehen. Von wegen „tote Hose“ in der Energiepolitik! Dies hat sich auch durch Ihre Ausführungen gezogen. Wir kommen aber gleich noch dazu.

Zunächst einmal ein paar grundsätzliche Bemerkungen, Herr Kollege Lusche, zu Ihnen: Was leisten wir mit dem von uns eingebrachten Haushaltsentwurf? Das sind aus meiner Sicht drei wesentliche Dinge: Erstens leisten wir einen Beitrag zur Erhaltung der Vermögenswerte dieses Landes. Ich komme gleich noch darauf zu sprechen, Stichwort Hochwasserschutz. Zweitens leisten wir einen wichtigen Beitrag zum Ausbau klimafreundlicher und ressourceneffizienter Technologien. Das ist eine Notwendigkeit und zugleich eine Riesenchance für die wirtschaftliche Entwicklung, für die Beschäftigung und für die Lebensqualität in Baden-Württemberg. Schließlich leisten wir drittens einen wichtigen Beitrag, um Baden-Württemberg zu einer der führenden Energie- und Klimaregionen zu machen, zu einer Region, in der Technologien, durch die die Energiewende vorangetrieben wird, entwickelt werden und in der die Energiewende durch das, was auf Landesebene möglich ist, in den kommenden Jahren Stück für Stück umgesetzt wird.

Vier Kernfragen haben uns bei der Aufstellung des Haushalts des Umweltministeriums geleitet.

Erstens: Wie gestalten wir gute Umweltpolitik in Zeiten knapper Kassen und gleichzeitig auch in Zeiten, in denen wachsende Anforderungen auf uns zukommen, insbesondere vonseiten der EU? Sie haben das Thema IED-Richtlinie angesprochen. Herr Kollege Renkonen – oder war es Herr Kollege Stober? – hat das Thema Marktüberwachung angesprochen. Man könnte daneben auch die Wasserrahmenrichtlinie erwähnen.

Zweitens: Wie können wir die Gefahrenabwehr, insbesondere im Hochwasserschutz, stärken?

Drittens: Was müssen wir tun, um die Energiewende hier im Land, aber auch – mit Unterstützung von uns – im Bund zum Erfolg zu führen?

Schließlich viertens die Frage: Wie können wir Ressourceneffizienz zu einem neuen Markenzeichen des Landes Baden-Württemberg machen?

(Minister Franz Untersteller)

Lassen Sie mich zunächst ein paar Bemerkungen zu dem Themenfeld „Gute Umweltpolitik in Zeiten knapper Kassen“ machen. Ich möchte hierzu zwei Beispiele anführen.

Beginnen wir einmal mit dem Themenfeld IED-Richtlinie. Das, was wir da machen – Sie haben es selbst angesprochen –, ist kein Wunschkatalog. Vielmehr müssen wir die IED-Richtlinie umsetzen. Damit wird uns auferlegt, dass wir zukünftig bestimmte Anlagen den Anforderungen dieser Richtlinie zu unterwerfen haben. Wenn Sie sich in den letzten Monaten damit befasst haben, wissen Sie, dass es Überlegungen gab, die darauf abzielten, die Zahl der Anlagen, die diesen Vorgaben zu unterwerfen sind, wesentlich zu vergrößern, als es Modalitäten vorgesehen hätten, für die ich mich eingesetzt habe. Ich habe mich für eine 1:1-Umsetzung eingesetzt, und zwar aus guten Gründen. Eine solche 1:1-Umsetzung bedeutet, dass die Zahl der Anlagen von 750 auf über 900 ansteigt.

Zweitens: Zukünftig – auch das wissen Sie – unterliegen diese Anlagen umfassenderen Überwachungsanforderungen. Es gibt umfassende Berichtspflichten, und es gibt eine ganze Reihe von anderen Punkten, auf die ich jetzt aus Zeitgründen nicht eingehen will.

Wir haben uns frühzeitig überlegt: Was folgt daraus? Wie können wir es umsetzen? Noch einmal: Wir unterliegen Berichtspflichten. Die entsprechenden Berichte müssen wir auch an die Öffentlichkeit geben. Sie müssen zukünftig im Internet dargestellt werden. Daher ist es auch hier kein Wunschkatalog. Vielmehr muss man sich sehr genau überlegen, wie man den Anforderungen nachkommt.

Wir kamen zu dem Ergebnis, dass wir zur Umsetzung dessen in den kommenden Jahren 80 Stellen im Vollzug benötigen. Diese 80 Stellen – Sie haben sie vorhin auch angesprochen – haben wir eingehend auch mit den IHKs, mit dem LVI und den anderen Betroffenen durchdiskutiert. Ich habe nicht gehört, dass wir da mit weniger auskämen. Noch einmal: Das ist das Minimum dessen, was wir brauchen, um den Vollzugsanforderungen gerecht zu werden.

Wenn wir das gemacht hätten, was das BMU ursprünglich von uns gefordert hat, dann hätten wir über 120 Stellen benötigt. Aber für die 1:1-Umsetzung brauchen wir die 80 Stellen.

Was heißt das für mich in Zeiten knapper Kassen? Ich habe dann nicht zum Finanzminister bzw. zum Ministerpräsidenten gesagt: „Ich brauche die entsprechenden Mittel.“ Denn in einer Situation, in der es um Haushaltskonsolidierung und um gute Umweltpolitik geht, geht es für mich darum, zu schauen, wie wir so etwas finanzieren können, ohne zusätzliche Steuermittel in Anspruch zu nehmen.

Deshalb haben wir uns für eine Gebührenlösung entschieden. Warum? Ich finde, es kann nicht sein, dass jeder von uns hier und jede Bürgerin und jeder Bürger für die immissionsschutzrechtliche Überwachung ihrer Feuerungsanlagen, ihrer Heizungsanlagen zu Hause Jahr für Jahr an Schornsteinfeger Gebühren zahlen müssen, dass Jahr für Jahr diejenigen, die Öltanks im Garten haben, für deren Überwachung Gebühren zahlen müssen – nur um diese Beispiele zu nennen – und gleichzeitig die Betreiber von Überwachungsbedürftigen Anlagen im industriellen Bereich das Ganze kostenlos bekommen. Das geht zukünftig nicht mehr. Deswegen habe ich mich

für eine Gebührenlösung entschieden. Ich glaube, dass das eine vernünftige Lösung ist.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Zweites Thema: Für die Marktüberwachung hat mein Haus organisatorische und strukturelle Vorschläge erarbeitet, die durch eine Bündelung der Marktüberwachungsaufgaben zu Synergieeffekten führen können und damit eine möglichst effektive und kostengünstige Aufgabenerledigung erlauben.

Derzeit haben wir die Situation, dass dafür sowohl die unteren Verwaltungsbehörden als auch die vier Regierungspräsidien zuständig sind. Ich bin der Meinung, dass es sinnvoll ist – auch unter Kostengesichtspunkten, auch um das Ganze effizienter zu machen; gleichzeitig haben wir bei der Marktüberwachung aber auch gestiegene Anforderungen –, die Marktüberwachung zukünftig in einem RP zu bündeln. Diesen Vorschlag werden wir auch umsetzen.

Übrigens: Von einer verbesserten Marktüberwachung profitieren nicht nur die Verbraucherinnen und Verbraucher, sondern es profitieren auch die Unternehmen, die Produkte „Made in Baden-Württemberg“ – um es einmal so deutlich zu sagen – herstellen. Denn das Problem, vor dem wir heute stehen, ist, dass wir vielfach aufgrund des reduzierten Personals in den letzten Jahren gar nicht in der Lage waren, bei den ganzen Produkten, die mittlerweile in die Märkte hineinkommen – aus Fernost und was weiß ich woher –, hier die Einhaltung der technischen Anforderungen, der Sicherheitsanforderungen, der Umweltauflagen im notwendigen Maß zu überwachen.

Wenn wir dann gleichzeitig sehen, dass viele Unternehmen in unserem Land sehr viel investieren, um diesen Anforderungen gerecht zu werden, dann ist es, denke ich, auch im Interesse unseres Wirtschaftsstandorts, dass wir hier mehr tun und diese Marktüberwachung zukünftig stärken. Ich bin insbesondere den beiden Koalitionsfraktionen – mit denen haben wir das im Vorfeld besprochen – sehr dankbar dafür, dass wir hier mehr Mittel bereitgestellt bekommen und zukünftig auch mehr Stellen haben werden, insbesondere bei der LUBW auch die notwendigen Fachleute haben, um dem Thema Marktüberwachung zukünftig einen größeren Stellenwert beizumessen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Zweiter Schwerpunkt: Investitionen in die Gefahrenabwehr und den Erhalt der Substanz hier im Land. Die Mittel für den Erhalt, Ausbau und Neubau von Hochwasserschutzanlagen sind, wie ich finde, gut angelegtes Geld, nicht nur für unsere Gesellschaft, sondern auch für die zukünftigen Gesellschaften, für unsere Kinder und Kindeskiner. Für die Jahre 2013 und 2014 konnten jeweils 15 Millionen € mehr an Landesmitteln sowie jeweils rund 13,7 Millionen € aus der Sanierungsrücklage zur Verfügung gestellt werden.

Jetzt kommen wir einmal zu dem, was in den letzten Jahren geschehen ist. Sie haben es vorhin auch noch einmal angesprochen und geäußert, es habe auch eine Zeit vor uns gegeben, in der sich auch andere Landesregierungen diesem Thema gewidmet hätten. Ich will Ihnen einmal deutlich machen, wie das ausgesehen hat.

(Der Redner hält ein Schaubild hoch.)

(Minister Franz Untersteller)

Sie sehen hier auf dieser Grafik die Höhe der Mittel, die für Gewässerökologie, Hochwasserschutzmaßnahmen und Deichsanierung – das sind die blauen Balken – sowie das IRP-Programm – das ist der untere Balken – in den Jahren 2003 bis 2012 zur Verfügung gestellt wurden und in den nächsten Jahren zur Verfügung gestellt werden. Was stellen Sie fest? Hier gibt es einen Knick nach oben. Bis hierhin hatten wir eine CDU-FDP/DVP-Landesregierung. Sie sehen insbesondere an den blauen Balken, dass die Mittel für die Deichsanierung drastisch zusammengeschmolzen sind und wir nur noch zu einem Bruchteil in der Lage waren, die Substanz, die wir in Baden-Württemberg hatten, zu erhalten.

Was machen wir? Wir steigern ab dem Jahr 2012 die Mittel für das IRP, für die Deichsanierung und für die Gewässerökologie um mehr als das Doppelte. Dafür, dass dies möglich ist, bin ich sehr dankbar. Ich finde, Sie sollten dies auch einmal zur Kenntnis nehmen und hier auch einmal ein paar lobende Worte finden,

(Staatssekretär Ingo Rust: Ja!)

statt zu sagen: „Wir haben auch schon viel gemacht.“ Diese Grafik hier zeigt genau das Gegenteil.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Zuruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP – Abg. Alfred Winkler SPD: Die CDU lässt die Leute untergehen! – Gegenruf von den Grünen: Ja, absaufen!)

Ich nenne ein paar konkrete Zahlen: Sie haben im Jahr 2005 für die Bereiche, die ich gerade angesprochen habe, 23 Millionen € zur Verfügung gestellt. Im Jahr 2006 ging das Volumen kurzfristig hoch auf 29 Millionen €. 2007 waren es 25 Millionen €, 2008 waren es 25 Millionen €, 2009 waren es 25 Millionen €, 2010 waren es 26,4 Millionen €, 2011 waren es 25,6 Millionen €, 2012 waren es 38,3 Millionen €, 2013 sind es 47,3 Millionen €, und im Jahr 2014 sind es 47,7 Millionen €. Das sind die Realitäten, mit denen Sie sich einmal auseinandersetzen müssen.

Ich bin sehr dankbar dafür, dass wir in den kommenden Jahren diesen enormen Investitionsstau, den wir gerade bei der Deichsanierung vorliegen haben, aufarbeiten können. Wir haben eine Studie vorliegen, aus der klar hervorgeht, dass Sie in den letzten Jahren vor unserer Regierungsübernahme viel zu wenig in den Substanzerhalt der Deichanlagen investiert haben. Das ist doch kein Wunschkonzert. Wenn da etwas passiert, steht die Landesregierung und stehe insbesondere ich in der Haftung. Es gab, von Ihnen verantwortet, in der Vergangenheit hier Versäumnisse. Das sollten Sie auch einmal einräumen.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Abg. Andreas Glück FDP/DVP: Wir stimmen doch jetzt dem Kapitel 1005 zu!)

Kommen wir zum Thema „Energiepolitik und Klimaschutz“. Gestern – ich habe es heute Morgen noch einmal nachgelesen – durfte ich mir ja anhören, dass beim Thema Klimaschutz und beim Thema Energiewende in Baden-Württemberg – Zitat des Vorsitzenden der Fraktion der FDP/DVP – „tote Hose“ herrsche. So steht es heute nachzulesen.

(Abg. Alfred Winkler SPD: Das war nicht ernst gemeint!)

Der Kollege Hauk, Fraktionsvorsitzender der CDU, hat dargelegt, dass wir mit dem Ansatz Kapazitätsmarkt in die Planwirtschaft gingen.

(Abg. Alfred Winkler SPD: Das war nur Spaß!)

Ich erwähne das, um nur ein paar Dinge zu nennen. Herr Kollege Glück, bei den Ausführungen, die Sie vorhin gemacht haben, müssten Sie sich als FDP-Mitglied einmal ein bisschen überlegen, was für ein Staatsverständnis Sie eigentlich haben.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen)

Wer soll denn die Energiewende umsetzen, wenn nicht die Energieversorgungsunternehmen, wenn nicht die Stadtwerke, wenn nicht die EnBW, wenn nicht die Energiegenossenschaften, wenn nicht alle anderen Beteiligten? Aufgabe des Staates ist es, die Rahmenbedingungen zu setzen, entweder ordnungsrechtlich, über Förderprogramme oder über Beratung und Information. Es ist die Aufgabe einer Landesregierung, in diesen Bereichen anzusetzen.

Nehmen wir einmal die konkreten Zahlen. Wie haben sich denn die Zahlen im Bereich der Energie entwickelt? Nehmen wir einmal das Jahr 2010: Die Mittel dafür im damaligen Wirtschaftsministerium plus die Mittel für Energieeffizienz im damaligen Umweltministerium betragen zusammengenommen 8,8 Millionen €. Vierter Nachtrag 2011: Da betragen die Mittel dafür im damaligen Wirtschaftsministerium plus die zusätzlichen Mittel im UM für Energieeffizienz zusammengenommen 13,5 Millionen €. Dieser Nachtrag wurde von uns gemacht. 2012: 21,6 Millionen €. 2013: 22,4 Millionen €. 2014: 28,3 Millionen €. Das heißt, wir stellen in zwei Jahren zweieinhalbmal so viel Mittel für den Klimaschutz und die Energiewende zur Verfügung wie Sie in der Zeit davor. Angesichts dessen rate ich Ihnen einmal, hier ein bisschen bescheidener aufzutreten, Herr Kollege Glück, als Sie es gemacht haben.

(Beifall bei den Grünen und der SPD – Zuruf des Abg. Andreas Glück FDP/DVP)

Kommen wir einmal zu dem Vorwurf „tote Hose“. Nehmen wir uns einmal ein paar Punkte vor. Wir haben im Frühjahr dieses Jahres zwei neue Förderprogramme im Bereich Energieeffizienz bei den Gebäuden und bei den KMUs aufgelegt. Nach sechs Monaten habe ich mit dem Vorstandsvorsitzenden der L-Bank, Herrn Brand, eine Pressekonferenz gemacht. Ergebnis: Innerhalb von sechs Monaten hat die L-Bank über 8 000 Anträge bewilligt – bei einem Programm, das auf dem KfW-Programm aufsetzt und die Zinsen noch weiter herunderdrückt. Es wurden 8 000 Anträge mit einem Darlehensvolumen von insgesamt 400 Millionen € bewilligt. Wir haben für dieses Programm 2,5 Millionen € bereitgestellt, die L-Bank damals noch einmal – wenn ich es recht im Kopf habe – 14 Millionen €. Für den Bereich KMUs wurden von uns 2,5 Millionen € bereitgestellt. Da wurde in einer Laufzeit von sechs Monaten ein Darlehensvolumen von 200 Millionen € bewilligt.

Jetzt frage ich Sie: Was wollen Sie denn noch mehr, als dass wir innerhalb von sechs Monaten mit einem Einsatz von 5 Millionen € Darlehen im Umfang von 600 Millionen € bewilligen? Das bedeutet regionale Wertschöpfung, das trägt zur Reduzierung der Energiekosten in den Unternehmen und bei

(Minister Franz Untersteller)

den privaten Haushalten bei, das führt zu Beschäftigung für das Handwerk – um nur einmal ein paar Punkte zu nennen. Auch das sollten Sie einmal anerkennen, statt hier herumzupolemisieren, bei uns wäre „tote Hose“ bei der Energiewende.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Nehmen Sie einen anderen Punkt. Herr Kollege Lusche, ich habe nie Probleme damit gehabt – auch nicht zu meinen Oppositionszeiten; das unterscheidet mich nicht von Ihnen persönlich, aber von manchen Ihrer Kollegen –, einmal Dinge zu loben, die die Regierung macht.

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Das haben Sie gemacht! Stimmt!)

Das Erneuerbare-Wärme-Gesetz will ich nur als Beispiel erwähnen. Ich habe mich da immer konstruktiv verhalten.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Im Gegensatz zur SPD!)

Ich rate den beiden Oppositionsfraktionen, sich selbst auf einen solchen konstruktiven Kurs in der Oppositionsarbeit zu begeben. Das machen Sie derzeit nicht. Sie betreiben vielmehr seit Monaten eine Art von Fundamentalopposition, bei der ich mich frage: Wen wollen Sie denn damit beeindruckten?

Lassen Sie mich einen weiteren Punkt nennen. Nehmen wir die regionalen Energieagenturen, die von den Vorgängerlandesregierungen schon eingerichtet wurden. Wir stellen zusätzliche Projektmittel in den kommenden Jahren zur Verfügung, damit die regionalen Energieagenturen ihre Arbeit noch besser bewerkstelligen können. Das kann man doch einfach auch einmal konstatieren, statt sich hinzustellen und zu sagen: „Er macht sie kaputt, weil er keine Dauerfinanzierung der regionalen Energieagenturen macht.“ Das werde ich nicht tun, so wenig wie es meine Amtsvorgängerin getan hat, sondern wir machen das über die Projektmittel. Darüber werden wir die regionalen Energieagenturen stärken.

Anderes Beispiel – von wegen „tote Hose“ –: In Baden-Württemberg gibt es mittlerweile über 100 Energiegenossenschaften mit über 16 000 Mitgliedern. Tag für Tag werden es mehr. Ich hatte kürzlich einen Kongress mit denen, bei dem deutlich wurde: Überall im Land sind Projekte in der Überlegung. Geld ist da für Projekte. Überall sind Bürgerinnen und Bürger bereit, sich für die Energiewende zu engagieren. Was machen wir, um das voranzubringen? Wir haben einen Leitfaden aufgelegt, in dem wir beraten, welche Rechtsformen für solches bürgerschaftliches Engagement möglich sind, auf was man achten soll. Wir führen gemeinsam mit der LUBW Workshops und Veranstaltungen durch, bei denen wir Bürgerinnen und Bürger auf dem Weg zu Energiegenossenschaften und anderen Beteiligungsformen beraten. So viel zum Vorwurf „tote Hose“, Herr Kollege Glück.

Weiteres Beispiel: Nehmen wir insgesamt das Thema „Erneuerbare Energien“. Ende 2011 waren wir bei einem Anteil der erneuerbaren Energien an der Stromversorgung von 19,9 %. Herr Kollege Lusche, Sie wissen, CDU und FDP/DVP hatten das Ziel, einen Anteil von 20 % bis zum Jahr 2020 zu erreichen. Gehen Sie einmal davon aus, dass die 0,1 Prozentpunkte, die noch gefehlt haben, in diesem Jahr dazugekommen

sind. Das heißt, dieses Ziel wurde acht Jahre früher erreicht. Daran kann man sehen – das ist jetzt gar kein Vorwurf an Sie –, dass man das Potenzial der erneuerbaren Energien auch unterschätzen kann. Niemand von uns, mich eingeschlossen, hätte gedacht, dass manches in diesem Bereich so vorangehen wird, wie es in den letzten Jahren geschehen ist.

Lassen Sie mich ein ganz konkretes Beispiel zur Windenergie bringen. Ihre Kritik am Vorgehen beim Landesplanungsgesetz finde ich schon kindisch; es tut mir leid. Was haben wir gemacht? Wir haben die Kritik der Gemeinden aufgenommen und haben die Übergangsfrist noch einmal um vier Monate verlängert, sodass die kommunale Seite insgesamt mehr als ein Jahr – mehr als ein Jahr! – Zeit hatte, sich auf den neuen Rechtsrahmen, der zum 1. Januar 2013 in Kraft tritt, einzustellen. Sie wissen so gut wie ich, dass man dann noch über das Baurecht – wenn ich es recht im Kopf habe, ist das § 15 des Bundesbaugesetzbuchs – die Möglichkeit hat, dies noch einmal um bis zu einem Jahr aufzuschieben, wenn jemand die entsprechenden Regelungen in Anspruch nimmt: § 35 des Baugesetzbuchs, privilegierte Anlage im Außenbereich.

Wie sieht denn konkret die Situation im Moment aus? Ich habe mir eine Liste geben lassen. Demnach sind in der Zeit zwischen dem 1. Januar und dem 31. November 2012 im Bereich der EnBW Regional AG – ich schätze, die EnBW Regional AG betreibt etwa zwei Drittel der Netze in Baden-Württemberg; es gibt noch andere Netzbetreiber, aber die EnBW Regional AG ist der größte – Anfragen für den Anschluss von Windkraftanlagen im Umfang von 1 020 MW gestellt worden.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD – Zuruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

Allein im November dieses Jahres gab es Anfragen für Anlagen im Umfang von insgesamt über 113 MW. Jetzt muss man mir nicht erklären, dass diese Vorhaben nicht alle realisiert werden.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Karitativ sind sie aber auch nicht!)

Aber eines ist doch klar: Aus diesen Zahlen ist ablesbar, dass unsere Maßnahmen – Änderung des Landesplanungsgesetzes, Windkrafteinsatz, Kompetenzzentren und all die anderen Maßnahmen – greifen werden und dass wir im kommenden Jahr und insbesondere im Jahr 2014 erleben werden, dass es in Baden-Württemberg – endlich! – mit dem Ausbau der Windenergie vorangeht. Also auch da alles andere als „tote Hose“.

Kommen wir zu einem weiteren Beispiel. Sie haben das Programm „Klimaschutz-Plus“ angesprochen. Das ist ein gutes Programm – selbstverständlich. Ich habe vor Kurzem eine Presseerklärung herausgegeben, in der ich auf die letzten zehn Jahre zurückgeblickt und aufgezeigt habe, was da passiert ist. Das haben wir zu unseren Oppositionszeiten auch nie kritisiert, im Gegensatz dazu, wie viele Ihrer Kollegen an unsere Vorhaben herangehen. Was machen wir? Wir stärken dieses Programm in den nächsten beiden Jahren noch einmal mit zusätzlichen Mitteln. Was machen wir damit? Mit diesen Mitteln werden wir neben KWK-Anlagen mit weniger als 20 MW verstärkt den Ausbau der Nahwärmenetze, die Nutzung von Abwärme sowie die Markteinführung hocheffizienter Lüf-

(Minister Franz Untersteller)

tungstechnologien mit einer Wärmerückgewinnung von bis zu 80 % fördern.

Zum Wettbewerb „Klimaneutrale Kommune“: Ich habe dazu eine zweite Ausschreibung veranlasst. Wir stellen hierfür zusätzlich 3 Millionen € zur Verfügung.

Im Januar – auch das als weiterer Punkt zu dem Vorwurf „tote Hose“ – legen wir den „Potenzialatlas Erneuerbare Energien für Baden-Württemberg“ vor, sodass zukünftig im Internet alle Bürgerinnen und Bürger, alle Kommunen sehen können, wie groß das Potenzial der Windenergie, wie groß das Potenzial im Solarbereich auf den jeweiligen Gemarkungen ist, und zwar für jede Kommune einzeln dargestellt. Diesen Potenzialatlas werden wir in den kommenden Jahren Stück für Stück ausbauen.

Das ist ein umfangreiches Projekt, das wir gemeinsam mit der LUBW entwickelt haben. Angesichts solcher Projekte kann man sich doch nicht hier hinstellen und – so wie gestern der Fraktionsvorsitzende der FDP/DVP – von „toter Hose“ bei der Energiewende reden.

(Zurufe)

Oder nehmen Sie – um ein ordnungsrechtliches Thema zu nennen – das Klimaschutzgesetz. Was haben wir gemacht? Mit diesem Klimaschutzgesetz setzen wir einen Rahmen, mit dem wir Ziele vorgeben. Am kommenden Montag stelle ich das integrierte Energie- und Klimaschutzkonzept vor, das – im Entwurf – einen Katalog von insgesamt 110 Maßnahmen für die einzelnen Sektoren enthält. Das kann sich im Zuge des Beteiligungsmodells, das der Kollege Renkonen vorhin vorgestellt hat, noch verändern. Ich hoffe übrigens, dass es sich noch verändert. Unsere Gesellschaft hat erhebliche Kompetenzen, sodass wir glauben, dass noch die eine oder andere Idee eingebracht wird. Wir werden diese dann auch aufnehmen. Wir werden hier einen breiten, auch einen neuen Ansatz finden – das werden Sie am Montag sehen –, um Bürgerinnen und Bürger, aber auch Verbände einzubinden. Daraus erhoffe ich mir doch einiges.

Jetzt frage ich: Bedeutet das „tote Hose“ bei der Energiewende? Ich rate Ihnen dringend dazu, dass Sie einfach einmal wieder zu einer konstruktiven Auseinandersetzung zurückfinden, zu dem zurückkehren, um das es wirklich geht, nämlich zu einer Suche nach den besten Ideen zur Umsetzung der Energiewende. Wenn es um die besten Ideen geht, Herr Kollege Glück, muss ich sagen: Außer Totschlagargumenten habe ich von Ihnen noch nicht so arg viel dazu gehört. Dass man sich nicht schämt, sich in dieser Art und Weise hier hinzustellen und sich nur polemisch zu äußern!

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Tut mir leid, dafür habe ich nun wirklich überhaupt kein Verständnis.

(Zuruf des Abg. Thomas Blenke CDU)

Abschließend zum Thema Energiewende: Ein bekannter Politiker, der mittlerweile schon in die Geschichtsbücher Eingang gefunden hat, hat einmal gesagt:

Die Hunde bellen, die Karawane zieht weiter.

Das werden wir bei der Energiewende in Baden-Württemberg auch so handhaben, wenn Sie sich weiterhin so gerieren, wie Sie sich in den letzten Monaten, wenn es in der Debatte um die Energiewende ging, geriert haben.

Meine Damen und Herren, noch ein paar Bemerkungen zum Thema „Umwelttechnik und Ressourceneffizienz“. Aus meiner Sicht – ich habe es bereits eingangs gesagt – ist es eine Riesenchance für uns in Baden-Württemberg, hier Umwelttechnik voranzutreiben. Das wollen wir in den kommenden Jahren auch verstärkt tun.

Sie kennen die noch von der Vorgängerlandesregierung in Auftrag gegebene McKinsey-Studie, aus der hervorging, dass wir in Baden-Württemberg zusätzliches Wachstumspotenzial im Bereich der Umwelttechnik haben. Das Potenzial liegt bei 30 bis 45 Milliarden € bis zum Jahr 2020. Das ist eine einmalige Chance für Baden-Württemberg, die es zu nutzen gilt. Mit der Gründung des Technologie- und Innovationszentrums Umwelttechnik und Ressourceneffizienz Baden-Württemberg, abgekürzt Umwelttechnik BW, haben wir einen wichtigen Schritt zur Förderung und Unterstützung der Umwelttechnik gemacht.

Wenn ich im Rahmen der Haushaltsberatungen Äußerungen der Opposition höre, wonach der vorgesehene Zuschuss in Höhe von jeweils 200 000 € für 2013 und 2014 zum Aufbau und Betrieb eines Netzwerks Umwelttechnik im Rahmen der EU-Donauraumstrategie unnötig und verzichtbar sei, so kann ich das in keiner Weise nachvollziehen, und zwar in mehrfacher Hinsicht nicht. Warum nicht? Es geht doch darum, dass wir im Rahmen der Donauraumstrategie die Chance haben, diejenigen Länder, die der EU beitreten – nehmen wir einmal Kroatien –, zu unterstützen, in den kommenden Jahren an die Standards der EU heranzukommen.

Gleichzeitig ist es eine Riesenchance für baden-württembergische Unternehmen, im Bereich Abwassertechnologie, im Bereich Luftreinhaltung, im Bereich Abfall, im Bereich erneuerbare Energien solche Länder zu unterstützen und in den kommenden Jahren wiederum Wertschöpfung zu generieren. Es geht darum, mit diesem Umwelttechniknetzwerk die Akteure, die es in den unterschiedlichen Ländern gibt, mit den Akteuren bei uns zu vernetzen. Diese 200 000 €, die wir hier anlegen und die ich dankenswerterweise von den zwei Regierungsfractionen genehmigt bekomme, sind, wie ich finde, sehr gut angelegtes Geld, übrigens auch im Sinne des Wirtschaftsstandorts Baden-Württemberg.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Lassen Sie mich zum Abschluss, Herr Kollege Lusche, noch kurz auf den Entschließungsantrag Ihrer Fraktion eingehen. Verkürzt gesagt: Ihre Behauptung ist, wir würden wahnsinnig viel Geld in die Öffentlichkeitsarbeit stecken – ich spitze es einmal zu –, ansonsten sei da nicht arg viel los. Schauen wir uns einmal die Titel an, die Sie – auch im Ausschuss – angesprochen haben. Ich rate dazu, einmal ein wenig näher hinzuschauen. Was verbirgt sich eigentlich hinter diesen Titeln, wenn es da etwa heißt: „Kosten für Sachverständige, Gutachten, Dienstleistungen Dritter und dergleichen“? Da geht es nicht nur um Öffentlichkeitsarbeit des Ministeriums. Es geht auch um Themen wie die Energiestatistik, für die wir Daten zuliefern. Es geht um den Dienstleistungsvertrag mit der Kli-

(Minister Franz Untersteller)

maschutz- und Energieagentur in Karlsruhe. Es geht um die Vorbereitung von Programmen und Projekten. Es geht um die Aufbereitung und Weitervermittlung von Projekten. Es geht um die Evaluierung von Programmen und die Erstellung von Bilanzen. Es geht um Kosten für Sachverständige, aber auch um Gutachten im Vorfeld konkreter Projekte – zusätzlich zur Öffentlichkeitsarbeit.

Wenn Sie die Posten, die ich eben genannt habe, insgesamt anschauen, werden Sie feststellen: Gemessen an den Gesamtausgaben des Kapitels 1009 machen die gesamten sächlichen Verwaltungsausgaben im Jahr 2012 25,9 %, im Jahr 2013 23,9 % und im Jahr 2014 20,3 % aus. Sprich: Wir schmelzen ab. Es ist also nicht so, dass wir, wie Sie es in Ihrem Antrag suggerieren, hier zulegen würden. Fakt ist: Der Anteil der investiven Mittel für Förderprogramme, für Beratung usw. macht 80 % aus, während der Anteil dessen, was hier drinsteckt, also die sächlichen Verwaltungsausgaben, gerade noch 20 % ausmacht.

Ich gebe Ihnen mit, zu überlegen, ob es sinnvoll ist, in dieser Art und Weise einen solchen Antrag zu stellen. Andererseits war ich dankbar, denn das war der einzige Antrag, den Sie zu diesem Einzelplan gestellt haben. Das zeigt im Kern, dass Sie nicht arg unzufrieden sind mit den Haushaltsansätzen, die wir hier haben.

Ich vermute auch, wie ich Sie kenne, Herr Kollege Lusche, dass Sie sich heimlich daheim gesagt haben: Wenn wir damals solche Ansätze im Bereich Hochwasserschutz, im Bereich Marktüberwachung, im Bereich Energiewende gehabt hätten, hätten wir uns „von und zu“ schreiben können.

(Abg. Winfried Mack CDU: Wir hatten aber eine Nullneuerschuldung! Ihr verschuldet euch über beide Ohren! Deshalb ist das, was Sie machen, nicht nachhaltig!)

Überlegen Sie sich, ob Sie nicht doch unserem Etatentwurf zustimmen wollen.

Ich möchte mich abschließend bei den Koalitionsfraktionen für die Unterstützung bei der Aufstellung dieses Haushaltsplans ganz herzlich bedanken. Ich möchte mich aber auch bei dem Kollegen Dr. Schmid für die Zusammenarbeit im Vorfeld der Aufstellung dieses Haushaltsplans ganz herzlich bedanken. Denn im Finanzministerium habe ich gerade für diese Themen, die ich jetzt angesprochen habe – den Hochwasserschutz und die Sanierungsmaßnahmen –, aber auch für das Thema Energiewende viel Verständnis gefunden. Ich bin sehr dankbar, dass es gelungen ist, auch in Zeiten der Konsolidierung des Haushalts – das ist ja das Kunststück – diese Mittel für unser Haus zu bekommen.

(Zuruf des Abg. Karl Klein CDU)

Herzlichen Dank.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Für die CDU-Fraktion erteile ich Herrn Abg. Lusche das Wort.

Abg. Ulrich Lusche CDU: Es war doch ganz gut, dass ich mir noch ein bisschen Zeit aufgespart habe.

Ich habe mich noch nie als bellenden Hund gesehen, Herr Minister. Aber ich würde natürlich nie im Traum wagen, die Regierungsfractionen als Kamelkarawane zu betrachten.

(Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE: Wadenbeißer!)

Das würde ich mich in keinem Fall trauen.

(Heiterkeit des Abg. Winfried Mack CDU)

Zu einigen Punkten. Der Kollege Schmiedel, der gerade gekommen ist, hat im Zusammenhang mit den Einschreibgebühren an den Universitäten gesagt – Thema Haushaltskonsolidierung, Einnahmen –: „Auch Kleinvieh macht Mist.“ Um genau das geht es. Es geht nicht darum – das wissen auch Sie ganz genau –, Ihrem Haus, Ihnen abzusprechen, dass Sie Öffentlichkeitsarbeit für die Energiewende machen. Aber darauf kommen wir nicht allein und nicht von selbst, sondern man bekommt eben aus verschiedenen Richtungen mit, dass sich so mancher inzwischen sagt: „Wir würden uns gern einmal um das eine oder andere in der Sache kümmern, statt jede Woche irgendeinen Kongress oder irgendeine Veranstaltung besuchen zu müssen, weil das nun einmal zu unseren Aufgaben z. B. als Verband gehört.“ Da drängt sich schon ein bisschen der Verdacht auf,

(Zuruf des Abg. Hans-Ulrich Sckerl GRÜNE)

dass es hier weniger um sachliche Informationen im engeren Sinn, sondern mehr um eine Werbeveranstaltung geht. Deswegen bleiben wir auch bei diesem Antrag.

Ansonsten habe ich überhaupt kein Problem damit, zu sagen: Jawohl, ein Lob für das Thema Hochwasserschutz. Wir stimmen zu.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen und der SPD sowie des Abg. Thomas Blenke CDU)

Thema IED-Richtlinie: Sie wissen auch, dass die Unternehmen akzeptiert haben, dass sie zur Gebührenfinanzierung herangezogen werden. Aber die Frage ist die nach der Dimension, Herr Minister. Sie haben gesagt: „900 Unternehmen, 80 Stellen“. Die Frage, die hier im Raum steht, ist: Bedarf es wirklich dieser Stellen in diesem Umfang und damit auch Gebühren in dieser Höhe? Das ist der Punkt. Sie wissen ganz genau, dass die betroffenen Unternehmen damit eben nicht einverstanden sind.

(Zuruf des Abg. Wolfgang Raufelder GRÜNE)

Dann zum Thema „Mittelansätze für die Energiewende“. Ich finde es ein bisschen schwierig – um es vornehm zu formulieren –, wenn man Ansätze und Positionen aus der Zeit vor Fukushima, vor dieser Energiewende heranzieht und sie dann mit Ansätzen und Positionen in der Zeit danach vergleicht.

Ich habe Ihnen schon vorhin gesagt, dass wir in der letzten Haushaltsberatung selbst – etwa bei „Klimaschutz-Plus“ – – Mittelserhöhungen beantragt haben. Warum? Weil es seitdem eben diese Energiewende gibt.

(Zuruf der Abg. Andrea Lindlohr GRÜNE)

(Ulrich Lusche)

Kommen Sie mir also nicht damit, dass Unterschiede zwischen Zahlen vor Fukushima und Zahlen nach Fukushima als Ausweis einer ganz anderen Position geeignet wären.

(Staatssekretär Jürgen Walter: Warum habt ihr Fukushima überhaupt gebraucht?)

Insofern kann ich im Hinblick auf unseren Entschließungsantrag nur noch einmal sagen: Es geht auch darum, Zeichen zu setzen. Gerade wenn man schuldenfinanziert – das ist auch in Ihrem Haushalt der Fall – an bestimmter Stelle richtige Maßnahmen vornimmt, muss man eben an jedem Punkt schauen: Muss ich an anderer Stelle tatsächlich das ausgeben, was ich da ausbebe? Das tun Sie im Bereich der Öffentlichkeitsarbeit aus unserer Sicht nicht. Deswegen bleiben wir bei unserem Antrag, und u. a. deswegen werden wir auch Ihren Haushalt – als Teil eines insgesamt problematischen Haushalts – ablehnen.

Leider haben Sie relativ wenig bzw. nichts zum Thema Altlastensanierung gesagt. Aber das können wir an anderer Stelle weiterverfolgen. Insofern will ich es an dieser Stelle einmal dabei bewenden lassen.

Kollege Stober, mir ist auch bekannt, dass wesentliche Teile der Umweltpolitik unter Bundes- und Europakompetenzen fallen. Es geht aber darum, dass man, wenn man bestimmte Dinge wie das Klimaschutzgesetz und die integrierte Klimaschutzkonzeption vollmundig als Großprojekte verkauft und verbal den Eindruck erweckt, man würde auf diesem Weg Baden-Württemberg vom Kopf auf die Füße stellen und voranschreiten, wenigstens in diesem Bereich, für den man das ankündigt, auch zeitlich angemessen in die Pötte kommt. An diesem Punkt ist, finde ich, nach anderthalb Jahren überschaubar viel geschehen. Aber wir werden uns das in der nächsten Woche gern konstruktiv anschauen, wie wir das auch in der Vergangenheit immer getan haben.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Für die Fraktion GRÜNE erteile ich Herrn Abg. Renkonen das Wort.

Abg. Daniel Renkonen GRÜNE: Ich frage mich nur, wer eigentlich jahrzehntelang auf die Atomkraft gesetzt hat – trotz aller Mahnungen. Das sollte man hier vielleicht auch einmal sagen.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Ulrich Lusche CDU:
Das ist nicht zu bestreiten! Das bestreiten wir auch nicht!)

Aber Sie vergessen schnell.

Jetzt zu Ihnen, Herr Glück. Herr Glück, Sie haben dem Landtag mit Ihren Aussagen heute wirklich kein Glück gebracht.

(Abg. Andreas Glück FDP/DVP: Dieses Wortspiel ist ja völlig neu!)

– Das ist völlig neu. Das habe ich jetzt noch einmal kreiert, weil es eben auch stimmt. Ist es nicht Ihre Fraktion gewesen, die den Finanzminister dafür kritisiert hat, dass er 3,3 Milliarden € neue Schulden macht? Und jetzt stellen Sie sich hier

her und sagen allen Ernstes, 18 Millionen € für die Verbesserung der Energieeffizienz seien zu wenig. Da lachen doch die Hühner. Da widersprechen Sie sich doch selbst.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD – Abg. Andreas Glück FDP/DVP: Wie viele Möglichkeiten zur Einsparung habe ich Ihnen genannt? – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Hühner können nicht lachen!)

Das ist doch einfach nicht glaubwürdig, vor allem deshalb nicht, weil auf Bundesebene die FDP den Wirtschaftsminister stellt. Wenn beim Netzausbau nichts vorankommt – von 800 km Netzausbau, der erforderlich ist, sind bundesweit 150 km realisiert –, muss man doch fragen: Was passiert denn in der Bundesregierung, und was passiert mit dem Erneuerbare-Energien-Gesetz, das für uns in Baden-Württemberg von großer Bedeutung ist? Nichts! Es wird keine Reform angegangen. Stattdessen diskutiert man über die Quote. Wir diskutieren eher über die Frauenquote als über die Erneuerbare-Energien-Quote. Das sage ich Ihnen ganz ehrlich.

Sie sollten Ihre Hausaufgaben machen und das Erneuerbare-Energien-Gesetz reformieren sowie dafür sorgen, dass der Netzausbau vorankommt. Das erwarte ich von einer schwarz-gelben Regierung.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD – Staatssekretär Jürgen Walter: Von denen erwarte ich gar nichts!)

Zum Stichwort Emissionshandelsrichtlinie. Auch hier, Herr Kollege Lusche, ist die CDU wahrscheinlich ein bisschen kulant mit dem, was sie selbst im Bundestag verlangt hat. Der ehemalige Bundesminister Röttgen hat sich nämlich dafür eingesetzt, dass auch kleine, nicht überwachungsbedürftige Anlagen künftig unter diese Emissionshandelsrichtlinie fallen. Was hieße das? Wir müssten jetzt noch viel mehr Kontrolleure einstellen und viel mehr über Gebühren finanzieren.

Das vielleicht zum Thema CDU-Politik, die auch da äußerst widersprüchlich ist. Aber dann auf Landesebene den Umweltminister zu kritisieren, das passt doch nicht zusammen.

(Abg. Ulrich Lusche CDU: Ach was!)

In diesem Sinn will ich noch einmal sagen: Wir werden dem Haushaltsplan zustimmen,

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Das hätten wir gar nicht erwartet!)

und wir werden den Entschließungsantrag der CDU-Fraktion ablehnen. 2,5 Millionen € sind für die Öffentlichkeitsarbeit notwendig. Wir haben auch gesagt, warum: weil wir die Energiewende zu einem Bürgerprojekt machen wollen und weil dieses Bürgerprojekt natürlich auch gutachterlich evaluiert werden muss. Deshalb brauchen wir den Etat für die Öffentlichkeitsarbeit.

Vielen Dank.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Für die SPD-Fraktion erteile ich Herrn Abg. Stober das Wort.

Abg. Johannes Stober SPD: Sehr geehrter Herr Kollege Lusche, noch einmal zu zwei Punkten, die Sie angesprochen haben. Der eine ist die Energiewende. Die Energiewende hat nicht mit Fukushima begonnen.

(Beifall der Abg. Andrea Lindlohr GRÜNE)

Die Energiewende hat spätestens mit dem Erneuerbare-Energien-Gesetz von Rot-Grün 1999 begonnen.

(Abg. Peter Hauk CDU: Helmut Kohl! – Unruhe)

– Der hatte eine Idee, die in die Richtung ging, hat sie aber nicht in der Art und Weise umgesetzt.

(Abg. Peter Hauk CDU: Das Stromspeisungsgesetz gab es schon früher! 1992/1993!)

Ich sage einmal eines zum Erneuerbare-Energien-Gesetz, weil der Umweltausschuss gerade in Indien war und man das dort genau gesehen hat: Das, was wir mit dem EEG erreicht haben, das, was wir an Kostensenkungen im Bereich der Photovoltaik erreicht haben, erst das ermöglicht es Ländern wie Indien oder China, in dieser Art und Weise in diese Technologie einzusteigen und global auf erneuerbare Energien zu setzen.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen
– Abg. Peter Hauk CDU: Das war doch nie strittig!)

Deswegen ist das EEG von 1999 eigentlich der fundamentale Durchbruch, und zwar nicht nur für Deutschland, sondern auch für die ganze Welt.

Dass Sie seit Fukushima jetzt mit dabei sind, das freut uns ja. Aber das zeigt eines: Der Slow Performer ist nicht der Umweltminister, die Slow Performer, die jetzt zum Glück zum Teil auch in die Gänge kommen, auch wenn es beim Netzausbau usw. mit Herrn Rösler noch Probleme gibt, das sind Sie. Deswegen: Lassen Sie uns schneller vorangehen, als Sie es bei dem Thema Energiewende in den letzten Jahren und Jahrzehnten getan haben.

Danke schön.

(Beifall bei der SPD und den Grünen)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Das Wort für die FDP/DVP-Fraktion darf ich Herrn Abg. Glück erteilen.

Abg. Andreas Glück FDP/DVP: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Untersteller, dass Sie mir mangelndes Staatsverständnis vorwerfen, ist schon ein Witz. Aber eines habe ich auch noch verstanden: Wenn man die Energiewende betreiben will, dann kann man sie nicht einfach daherlabern,

(Zurufe von den Grünen: Oje!)

sondern dann muss man Mittel einsetzen und steuern.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Bärl Mielich GRÜNE: Was für eine kesse Lippe!)

Herr Renkonen, ich habe Ihnen vorhin – obwohl das nicht Inhalt des Haushaltsplans ist – verschiedene Einsparmöglichkeiten aufgezeigt.

(Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE: Unseriöse!)

Aber Sie hören nicht zu. Sie wollen das nicht hören.

Herr Minister, wenn es Ihnen so wichtig ist, ein Lob zu bekommen – dieses Lob haben Sie auch schon bekommen, als ich in der ersten Runde am Rednerpult war; er sollte zuhören, dann hört er sogar das Lob –: Dem Kapitel 1005 – das habe ich vorhin schon gesagt – werden wir zustimmen. Ein größeres Lob können Sie von der Opposition nicht erwarten, als dass wir einem Teil Ihres Haushaltsentwurfs zustimmen.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Warum Kapitel 1006 nicht?)

Ein darüber hinausgehendes Lob hätten Sie bekommen, wenn Sie gestern in Berlin dem Vorhaben zugestimmt hätten. Sie hätten auch ein Lob bekommen, wenn Sie nicht immer dann, wenn es um eine Novellierung des EEG geht, eine riesige Showveranstaltung in Berlin machen würden.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, es ist völlig klar: Mit dem EEG hat man in der Vergangenheit einen guten Job gemacht. Aber aus dem zarten Pflänzchen, wie man es geplant hatte, ist ein großer Baum geworden. Wir werden im nächsten Jahr eine EEG-Umlage von deutlich über 5 Cent pro Kilowattstunde haben. Das EEG ist so nicht mehr zeitgemäß, weil es ausschließlich auf die Stromproduktion abzielt,

(Zuruf des Staatssekretärs Jürgen Walter)

völlig egal, zu welchem Zeitpunkt und in welcher Höhe. Da müssen neue Konzepte her.

Zu Ihrer Forderung nach einem Kapazitätsmarkt: Es kann doch bitte nicht wahr sein, dass durch das EEG riesige Mengen Strom außerhalb des Marktes gehandelt werden, und als Folge dessen schaffen Sie eine Struktur, bei der noch mehr Strom außerhalb des Marktes gehandelt wird. Das ist Planwirtschaft. Wenn wir das als Opposition sagen, dann hat das nichts damit zu tun, dass wir uns schämen müssten.

(Abg. Jörg Fritz GRÜNE: Doch! Ganz bestimmt!)

Vielmehr haben wir geradezu die Pflicht, Ihnen zu sagen: Wir wollen diese Planwirtschaft nicht. Dazu sagen wir Nein.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP und der CDU – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Richtig!)

Dann gibt es sinnvolle Vorschläge wie z. B. eine Quotenregelung.

(Abg. Peter Hauk CDU zu den Grünen: EEG-Junkies!)

Warum kann der Staat nicht einfach das tun, was er tun sollte, nämlich Gesetze machen und Rahmenbedingungen schaffen? Er könnte demjenigen, der Strom verkauft, lediglich vorschreiben, wie hoch dabei der Anteil der erneuerbaren Energien sein muss, und damit fertig. Da werden Sie uns jetzt aber wieder vorwerfen: „Aber dann wird nur die günstigste erneuerbare Energie gefördert.“ An diesem Punkt sage ich: Ja, genau das ist sinnvoll,

(Beifall des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Sehr richtig!)

(Andreas Glück)

dass die günstigste erneuerbare Energie gefördert wird. Denn Strom darf auch in Zukunft nicht zur sozialen Frage werden.

Vielen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP und der CDU – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Ja-wohl!)

Stellv. Präsident Wolfgang Drexler: Liebe Kolleginnen und Kollegen, mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

Wir kommen deshalb zur **A b s t i m m u n g** über den Einzelplan 10 – Ministerium für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft. Abstimmungsgrundlage ist die Beschlussempfehlung des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft, Drucksache 15/2610. Den vorliegenden Entschließungsantrag werde ich bei dem betreffenden Kapitel aufrufen und zur Abstimmung stellen.

Ich rufe Abschnitt I der Beschlussempfehlung auf und schlage vor, die Abstimmung über die Ziffern 1 und 2 – Kapitel 1001 – Ministerium – und Kapitel 1002 – Allgemeine Bewilligungen – zusammen vorzunehmen. – Sie sind damit einverstanden.

(Zuruf: Ja!)

– Danke.

Kapitel 1001 und Kapitel 1002

Wer den Kapiteln 1001 und 1002 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist diesen Kapiteln mehrheitlich zugestimmt.

Wir kommen zur Abstimmung über Abschnitt I Ziffer 3 der Beschlussempfehlung:

Kapitel 1005

Wasser und Boden

(Zuruf: Wasser und Brot!)

– Nicht „Wasser und Brot“. „Wasser und Boden“ habe ich gesagt.

(Heiterkeit)

Wer stimmt Kapitel 1005 zu? – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Somit ist diesem Kapitel einstimmig zugestimmt.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Das wäre ein Haufen Wasser und Brot für manche!)

Ich schlage vor, die Abstimmung über die Ziffern 4 und 5 von Abschnitt I der Beschlussempfehlung – Kapitel 1006 – Immissionsschutz, Abfallwirtschaft, Marktüberwachung – und Kapitel 1007 – Grundsatz, Nachhaltigkeit, Klimaschutz, Umwelttechnik – zusammen vorzunehmen. – Sie sind damit einverstanden.

Kapitel 1006 und Kapitel 1007

Wer diesen beiden Kapiteln zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? –

(Zuruf von den Grünen: Gegen Wasser und Brot!)

Wer enthält sich? – Damit ist diesen Kapiteln mehrheitlich zugestimmt.

Wir kommen zur Abstimmung über Abschnitt I Ziffer 6 der Beschlussempfehlung:

Kapitel 1009

Energiewirtschaft

Dazu rufe ich den Entschließungsantrag der Fraktion der CDU, Drucksache 15/2710, auf. Wer diesem Entschließungsantrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist dieser Entschließungsantrag mehrheitlich abgelehnt.

Wir haben noch über das Kapitel 1009 abzustimmen. Wer dem Kapitel 1009 zustimmt, der möge bitte die Hand erheben. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist diesem Kapitel mehrheitlich zugestimmt.

Ich schlage vor, die Abstimmung über die Ziffern 7 und 8 von Abschnitt I der Beschlussempfehlung – Kapitel 1010 – Landesanstalt für Umwelt, Messungen und Naturschutz Baden-Württemberg – und Kapitel 1011 – Kernenergieüberwachung, Strahlenschutz – zusammenzufassen. – Sie sind damit einverstanden.

Kapitel 1010 und Kapitel 1011

Wer diesen beiden Kapiteln zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Mehrheitlich so zugestimmt.

Wir haben noch über den Abschnitt II der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft, Drucksache 15/2610, abzustimmen. Der Finanz- und Wirtschaftsausschuss empfiehlt Ihnen Kenntnisnahme. – Sie stimmen zu.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, damit sind wir am Ende der Beratung des Einzelplans 10 – Ministerium für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft.

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 3 d** auf:

Einzelplan 13: Ministerium für Verkehr und Infrastruktur

Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft – Drucksache 15/2613

Berichterstatter: Abg. Manfred Hollenbach

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das Präsidium hat für die Beratung des Einzelplans 13 eine Redezeit von zehn Minuten je Fraktion bei gestaffelten Redezeiten festgelegt.

Wünscht der Berichterstatter das Wort? – Das ist nicht der Fall.

Dann darf ich Frau Abg. Razavi für die CDU-Fraktion das Wort erteilen.

Abg. Nicole Razavi CDU: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Gestern war ein guter Tag für Baden-Württemberg,

(Lachen bei der SPD – Zuruf von der SPD: Jeder Tag ist ein guter Tag für Baden-Württemberg! – Unruhe)

(Nicole Razavi)

aber nicht, weil diese Regierung Stunde für Stunde die Verschuldung dieses Landes in nicht erahnte und nicht vorstellbare Dimensionen treibt.

(Zuruf von der SPD: Das glaubt Ihnen keiner! – Unruhe)

Es war ein guter Tag für dieses Land und ein schlechter Tag für die Gegner von Stuttgart 21,

(Beifall bei der CDU – Unruhe)

für unseren Verkehrsminister und für unseren Ministerpräsidenten, weil der gordische Knoten für das Bahnprojekt Stuttgart 21 durchschlagen wurde.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Kollegin Razavi, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abg. Lehmann?

Abg. Nicole Razavi CDU: Nein, noch nicht. Er soll lieber erst einmal zuhören, vielleicht erübrigt sich das dann.

(Zurufe von der SPD und den Grünen)

– Geht das eigentlich alles von meiner Zeit ab?

(Unruhe)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Wie ich vorhin schon ausgeführt habe: Gemäß der Geschäftsordnung – –

Abg. Nicole Razavi CDU: Nein, ich meine die Störungen. Ich darf jetzt einfach in Ruhe weitermachen.

Aus Ihrem Wunsch zu Weihnachten, dass Stuttgart 21 womöglich schon allein durch die Deutsche Bahn AG selbst gekippt werden würde, wird jetzt nichts. Bei allen Problemen und aller berechtigten Kritik: Wir sind der Deutschen Bahn AG dankbar dafür, dass sie klar zum Projekt und zu ihrer Verantwortung steht. Die Deutsche Bahn AG kommt damit auch den Forderungen der Landesregierung nach.

Deshalb wundern wir uns etwas. Jetzt wäre doch der richtige Augenblick für den Ministerpräsidenten, sich öffentlich richtig zu freuen.

(Abg. Peter Hauk CDU: Wo ist er eigentlich?)

Wir wundern uns auch, warum der Landesverkehrsminister stattdessen schon wieder alles anzweifelt, warum er jetzt schon orakelt, es käme zu höheren Fahrpreisen bei der Deutschen Bahn AG.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Weil er Stuttgart 21 nicht will! Ganz einfach!)

Da muss ich sagen, Herr Verkehrsminister: Hier ist der Wunsch der Vater des Gedankens.

Dabei stehen jetzt ganz allein Sie – das ist Ihr Problem – im Fokus. Sie haben jetzt die Verantwortung, Ihren Teil zur Umsetzung von Stuttgart 21 beizutragen. Jetzt ist Schluss mit Ablenkungsmanövern und Schuldzuweisungen. Jetzt müssen Sie Ihren Teil zum Gelingen beitragen. Herr Schmiedel, ich bin gespannt, wie Sie Ihre grünen Freunde endlich zur Raison bringen können.

(Lachen bei der SPD – Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Die liebe Edith!)

Wir sind gespannt, wie Sie das schaffen.

(Beifall bei der CDU)

Es ist Ihre Verantwortung, und daran werden wir Sie messen, oder, wie es die „Südwest Presse“ heute geschrieben hat: Sie sind von der normativen Kraft des Faktischen eingeholt. Diese zwingt weiter zur Kooperation mit der Bahn und verbietet weitere Konfrontationen.

Die normative Kraft des Faktischen holt Sie aber auch in allen anderen Bereichen der Verkehrspolitik ein. Alles sollte besser werden – Straße, Schiene, der ÖPNV, der Fußgänger- und Radverkehr. Es sollte mehr Umweltschutz und mehr Nachhaltigkeit kommen. Aber der Haushaltsentwurf beweist: Sie erreichen Ihre Ziele nicht. Das liegt aber nicht daran, dass Sie nicht könnten, sondern daran, dass Sie nicht wollen.

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Ja!)

Die Schuld dafür uns in die Schuhe zu schieben

(Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU: Das ist besonders schlicht!)

ist mittlerweile zu einem Kalauer geworden. Die alte Landesregierung hat in deutlich schlechteren Haushaltsjahren eine bessere Verkehrspolitik gemacht als Sie.

(Abg. Alexander Salomon GRÜNE: Das ist ein schlechter Scherz!)

Noch nie waren die Steuereinnahmen so hoch. Sie verschulden sich über beide Ohren, aber noch nie war die Verkehrspolitik, Herr Minister, so schlecht wie jetzt.

(Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE: So gut!)

Das liegt in Ihrer Verantwortung.

(Beifall bei der CDU)

Fatal ist: Sie richten Ihre Politik an Ihren grün-ideologischen Vorstellungen, wie Mobilität zu funktionieren hat, aus und eben nicht an den Anforderungen des Landes und an den Bedürfnissen der Menschen.

Der Grundstein für den Erfolg dieses Landes ist seine Vielfalt –

(Staatssekretär Jürgen Walter: Nicht die Einfalt!)

die Städte und die ländlichen Räume, die vielen starken Wirtschaftsstandorte mit ihren mittelständischen Betrieben, die Arbeitsplätze schaffen und erhalten. Wir sind auf eine gute Infrastruktur angewiesen,

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Sehr richtig!)

und zwar auf der Straße wie auf der Schiene. Daraus ergeben sich die Anforderungen an eine gute Verkehrspolitik:

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Ah! – Abg. Alexander Salomon GRÜNE: Gut erkannt!)

(Nicole Razavi)

Erstens: Mobilität für alle Menschen in allen Regionen, im Privat- und im Wirtschaftsverkehr,

(Zuruf: Richtig!)

zu einem bezahlbaren Preis. Zweitens: Schutz von Mensch und Umwelt; dabei geht es um die Themen von der Verkehrssicherheit bis hin zur Reduktion von Emissionen.

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Die CDU wird grüner!)

Diesen Anforderungen wird die Politik unseres Verkehrsministers und der Regierung leider nicht gerecht.

(Beifall bei der CDU)

Beispiel Nummer 1: Straßenbau. Auch wenn Sie es nicht wahrhaben wollen: Ohne Auto geht im Automobilland Baden-Württemberg nichts, und zwar als Fortbewegungsmittel und als Wirtschaftsfaktor.

(Zuruf: Geht da noch mehr?)

Das heißt, wir sind auf gute Straßen sowie auf deren Erhalt und Neubau angewiesen. Was tun Sie? Was den Bereich Erhalt angeht, zitiere ich den LVI:

Im Koalitionsvertrag kündigte die Landesregierung an, das Landesstraßennetz „in einen guten Zustand bringen und modernisieren“ zu wollen. Die dafür nach eigenen Angaben nötigen 100 Millionen € pro Jahr bringt sie aber nicht auf. Die lobenswerte Transparenz ist das eine – die fehlenden Mittel sind das andere.

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Wer hat denn das Geld ausgegeben? – Glocke der Präsidentin)

Auch in diesem Jahr kommen in diesem Bereich maximal 77 Millionen € an; der Zustand der Straßen wird sich weiter verschlechtern. Dabei hätten es eigentlich 153 Millionen € sein müssen, um Ihr eigenes Ziel zu erreichen. Fazit: Ziel verfehlt.

(Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Frau Kollegin Razavi, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Abg. Nicole Razavi CDU: Nein, jetzt gerade nicht.

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Sie gestatten keine Zwischenfrage.

Abg. Nicole Razavi CDU: Zum Thema „Aus- und Neubau“: Dank der SPD haben Sie den Titel für Aus- und Neubaumaßnahmen auf das Niveau angehoben, das wir von Ihnen letztes Jahr gefordert haben. Aber auch hier fehlen die notwendigen Mittel, um Ihrem eigenen Maßnahmenplan gerecht zu werden. Fazit: Ziel verfehlt.

Kommunaler Straßenbau: Die Umkehrung der Verteilung der GVFG-Mittel – 60 % Umweltverbund, 40 % Straßenbau – wird für die Kommunen im Land verheerende Folgen haben. Vor 2014 wird es keine neuen Straßen geben. Die Bürgermeister fragen sich mittlerweile, ob es wohl danach neue Straßen geben wird. Falls Sie uns jetzt wieder vorwerfen wollen, die

CDU hätte zu viel versprochen, dann erwarte ich von Ihnen, Herr Minister, heute und hier, dass Sie Straßen nennen, die man hier im Land nicht braucht und die überflüssig sind.

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Bermatingen! – Abg. Edith Sitzmann GRÜNE: B 3! – Unruhe)

Also auch hier: Ziel verfehlt. Wir fordern Sie auf, diese Umkehrung zurückzunehmen.

Wo setzt denn die Landesregierung Prioritäten? Statt im Straßenbau und bei der Förderung von Linienbussen setzt sie Prioritäten beim Radwegebau. Das muss man sich einmal auf der Zunge zergehen lassen.

(Staatssekretär Jürgen Walter: Hat Herr Mappus die Rede geschrieben?)

Sie, Frau Sitzmann, haben uns gestern vorgeworfen, wir hätten den Anschluss an die gesellschaftliche Entwicklung verloren.

(Abg. Edith Sitzmann GRÜNE: Allerdings!)

Um Himmels willen, glauben Sie wirklich, dass das Glück der Menschen und der Wirtschaft in diesem Land auf dem Rücken von Drahteseln liegt?

(Abg. Edith Sitzmann GRÜNE: Das ist auf jeden Fall gesund!)

Ich glaube, da liegen Sie wirklich weit neben der Realität.

(Beifall bei der CDU)

Deswegen: Nehmen Sie bitte diese gegenseitige Deckungsfähigkeit zurück.

(Zurufe von den Grünen, u. a. des Abg. Daniel Andreas Lede Abal)

Jetzt kommen wir zum selbst ernannten Steckenpferd der grünen Verkehrspolitik: Mobilität und ÖPNV, Nachhaltigkeit. Zitat aus dem Koalitionsvertrag: „Wir wollen unser Land zu einer Pionierregion für nachhaltige Mobilität machen.“ Wir wollen „Busse und Bahnen im ganzen Land stärken“. Damit sind Sie angetreten. Aber wie sieht denn die Wirklichkeit aus?

(Staatssekretär Jürgen Walter: Wie schnell soll denn das gehen?)

Überschrift in den „Stuttgarter Nachrichten“ vom 5. Dezember:

Noch nie so wenig geförderte Busse

Unterüberschrift:

Die von Verkehrsminister Hermann geänderten Zuschusskriterien haben drastische Folgen

(Abg. Jürgen Filius GRÜNE: Busse! Genau! Reisebusse!)

Nächster Punkt: Sie scheitern bei Ihrem Lieblingsthema „Innovationsprogramm im ÖPNV“. Vollmundig haben Sie eine flächendeckende Einführung von Echtzeitsystemen angekündigt. Von den 4 Millionen € sind gerade einmal 1 Million €

(Nicole Razavi)

übrig geblieben. Das ist ein Armutszeugnis für einen grünen Verkehrsminister.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Nächstes Thema: Sie scheitern auch beim Thema Zugsicherung. Nach dem tragischen Zugunglück von Hordorf in Sachsen-Anhalt

(Zuruf des Abg. Andreas Schwarz GRÜNE)

hatten Sie, Herr Minister, die Bahn und den Bundesverkehrsminister massiv angegriffen und ihnen massive Vorwürfe gemacht. Sie würden zu wenig für die Verkehrssicherheit tun, haben Sie damals gesagt. Das Unglück wäre vermeidbar gewesen, so Ihr Vorwurf.

Aber jetzt schauen wir einmal in den Haushalt. Was tun Sie denn selbst?

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Das war letztes Jahr drin!)

Sie selbst kürzen die Mittel für die Zugsicherung bei den landeseigenen Eisenbahnen von ehemals – im letzten Jahr und in der Vergangenheit – 20 Millionen € auf nur noch 400 000 €. Das ist so viel wie der Ansatz für Ihre Teeküchen im Landesverkehrsministerium.

(Abg. Edith Sitzmann GRÜNE: Ha, ha, ha! Jetzt aber!)

Deswegen: Das von Ihnen, Herr Minister, angekündigte Förderprogramm ist nicht nur obsolet; Ihre Politik geht auf Kosten der Sicherheit der Menschen. Das wissen Sie.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Quatsch!)

Jetzt kommen wir zum wohl größten Problem. Sie scheitern bei einem ganz zentralen Thema, nämlich dem Schienenpersonennahverkehr, weil Sie nicht in der Lage waren, zum richtigen Zeitpunkt auszuschreiben. Ihr Vergabeplan kommt zu spät und steckt voller Risiken. Sie haben anderthalb Jahre dafür gebraucht, festzustellen, was von vornherein und immer klar gewesen war: Ausschreiben und die Verträge entzerren, um das hohe Niveau im Land zu sichern. Stattdessen müssen Sie jetzt für viele Strecken den alten Verkehrsvertrag über 2016 hinaus ohne bessere Leistungen verlängern.

(Abg. Winfried Mack CDU: So ist es!)

Sie sind auf eine hohe Rendite bei den attraktivsten Strecken im Land, nämlich den Stuttgarter Netzen, angewiesen. Denn nur so kann der SPNV auch auf weniger attraktiven Strecken gesichert werden und gelingen. Sie müssen, Herr Minister, mittlerweile auf ein Wunder hoffen. Denn nur dann kann Ihre Gesamtkalkulation aufgehen. Schon deshalb müssten Sie eigentlich ein größtes Interesse daran haben, dass Stuttgart 21 entschlossen vorangetrieben wird.

(Zuruf des Staatssekretärs Jürgen Walter)

Denn nur dann sind die Stuttgarter Netze für Bahnunternehmen und damit für neue Anbieter interessant. Stuttgart 21 ist nicht nur eine große Chance für den Regionalverkehr. Herr

Minister, Stuttgart 21 ist sogar unabdingbar, um den SPNV in der Fläche des Landes zu sichern und zu verbessern.

(Abg. Alexander Salomon GRÜNE: Saure Zitrone! – Zuruf des Staatssekretärs Jürgen Walter)

Sie haben das alles bis heute nicht verstanden. Im Prinzip hängt auch Ihr Schicksal an Stuttgart 21.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Lachen des Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE – Unruhe)

Jetzt zum größten Haushaltsrisiko, der Beschaffung von neuen Schienenfahrzeugen. – Ich rate Ihnen, hier einfach einmal zuzuhören.

(Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: Ja, ja! Wir sind dabei!)

Ich glaube nicht, dass Sie es verstehen.

(Abg. Alexander Salomon GRÜNE: Das ist auch nicht zu verstehen!)

Wir kommen zum größten Haushaltsrisiko in diesem Haushalt, der Beschaffung von neuen Schienenfahrzeugen. Ob Fahrzeugpool oder Bürgschaften, Sie haben bis heute kein Konzept.

(Zuruf des Staatssekretärs Jürgen Walter)

Wir reden hier von einem Volumen von rund 2,5 Milliarden € an Investitionsbedarf. Herr Minister, das ist ein echtes Pulverfass. Die Lunte brennt mittlerweile. Dass Ihr Haus bereits während der laufenden Haushaltsberatungen für Beginn des kommenden Jahres einen Nachtragshaushalt ankündigt, das zeigt Ihre Schwäche. Aber wenn Ihnen, Herr Minister, der Finanzminister einen Strich durch die Rechnung macht, sind Ihr gesamter Vergabeplan und die Ausschreibungen für den SPNV Makulatur.

(Staatssekretär Jürgen Walter: Das macht er auf keinen Fall!)

Sie werden auf diesem Weg den SPNV an die Wand fahren.

(Beifall bei der CDU)

Jetzt kommen wir zu dem, was dem Minister im Gegensatz zur Verkehrspolitik wirklich gut gelingt. Das ist die Versorgung seiner grünen Freunde im Ministerium.

(Widerspruch bei den Grünen – Oh-Rufe von den Grünen – Abg. Alexander Salomon GRÜNE: Unterirdisch!)

Noch im Finanzausschuss haben wir Sie gefragt, wie denn die Stelle des Abteilungsleiters der neuen Abteilung 5 besetzt wird. Da haben Sie uns gesagt:

(Staatssekretär Jürgen Walter: Sie würden nicht genommen!)

„Die Referatsleiter haben nach den Haushaltsberatungen die Möglichkeit, sich zu bewerben.“ Man höre und staune. Am 1. Dezember haben Sie einen abgewählten grünen Abgeordneten aus Hamburg mit Namen Jörg Lühmann als kommissarischen Leiter dieser Abteilung eingesetzt. Sie haben den bis-

(Nicole Razavi)

herigen Leiter abgelöst. Jetzt, Herr Minister, wette ich mit Ihnen. Ich biete Ihnen eine Wette an. Ich wette mit Ihnen und biete Ihnen an, Sie einzuladen,

(Abg. Dieter Hillebrand CDU: Auch noch!)

und zwar ins Stuttgart-21-Turmforum in dieses Lokal „Bonatz“ zu einem Cocktail, entweder „Green Angel“ oder „Green Jumper“.

(Vereinzelt Heiterkeit – Minister Rainer Stickelberger: Das war kein Wettangebot, das war eine Drohung! – Staatssekretär Jürgen Walter: Wir wollen unseren Scheuermann wiederhaben!)

Ich wette mit Ihnen, dass dieser frühere grüne Abgeordnete Lühmann der neue Abteilungsleiter der Abteilung 5 wird.

(Beifall bei der CDU – Zurufe von der CDU: Oi!)

Stelly. Präsidentin Brigitte Lösch: Für die Fraktion GRÜNE erteile ich Herrn Kollegen Schwarz das Wort.

Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Verkehrshaushalt, über den wir heute Abend hier diskutieren, ist auf einem guten Weg. Er bringt Baden-Württemberg in den nächsten Jahren an entscheidender Stelle voran.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Denn dieser Verkehrshaushalt trägt unserem Bestreben Rechnung, in die Infrastruktur für Verkehr und Mobilität zu investieren, nachhaltige Mobilität auszubauen und damit dauerhaft einen Beitrag zum Klimaschutz zu leisten und die Landesstraßen in einen guten Zustand zu bringen.

Wichtig ist uns, das Thema Elektromobilität in Baden-Württemberg voranzubringen und sichtbar zu machen.

Gleichermaßen ist dieser Haushalt von Vernunft und Augenmaß geprägt. Auf unvernünftige Spatenstiche, wie sie vonseiten des Bundesverkehrsministeriums initiiert worden sind, verzichten wir. Stattdessen setzen wir auf Realismus und Sachlichkeit.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Für den Erhalt der Landesstraßen betragen die Mittel in den Jahren 2013 und 2014 jeweils 100 Millionen €. Damit haben wir die Ansätze, die von der alten Regierung im Jahr 2010 noch mit 50 Millionen € ausgewiesen waren,

(Abg. Nicole Razavi CDU: Das stimmt doch nicht!)

mehr als verdoppelt.

(Abg. Nicole Razavi CDU: Über 100 Millionen € waren es!)

– Frau Kollegin, im Jahr 2010 hatten Sie hierfür 50 Millionen € eingestellt, und im Jahr 2011 haben Sie drei Anläufe bei den Nachtragsberatungen benötigt, um die Mittel für die Sanierung der Landesstraßen zu erhöhen. Wir schaffen das gleich im ersten Jahr. Im Jahr 2011 haben wir das vollendet. Wir schaffen es auch in den Jahren 2012, 2013 und 2014. Die Landesstraßen kommen unter Grün-Rot in einen guten Zustand.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD – Heiterkeit des Abg. Hans-Martin Haller SPD – Abg. Nicole Razavi CDU: Märchen!)

Auch den Haushaltstitel für Neu- und Ausbau werden wir erhöhen. Damit machen wir auch Schluss mit Ihrem Märchen, der Minister oder die die Regierung tragenden Fraktionen würden keine neuen Straßen bauen. Auch mit diesem Märchen ist Schluss. Ich bitte Sie, ab sofort nicht mehr draußen zu verkünden, diese Regierung würde nicht in den Neubau investieren. Denn es stimmt einfach nicht. Sie können das im Haushalt nachlesen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD – Lachen des Abg. Winfried Mack CDU)

Jetzt müssen wir aber einmal in den Haushalt schauen. Wir stellen fest, dass der Haushalt durch vier Großprojekte, die Sie noch angestoßen haben, extrem belastet ist. Ich nenne die Ortsumfahrung Darmsheim, die Ortsumfahrung Schriesheim, die Westtangente in Konstanz. Das war eine Politik der Spatenstiche, die Sie gemacht haben. Für diese Projekte haben Sie lediglich 60 Millionen € eingestellt, wohl wissend, dass sie insgesamt ungefähr 140 Millionen € kosten würden. Sprich: 80 Millionen € gehen zulasten der laufenden Maßnahmen. Diese 80 Millionen € sind der Grund, warum nicht weitere Straßen gebaut werden können. Der Grund ist also, dass Sie das Geld vorher durch Spatenstiche gebunden haben.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Sehr gut sieht es in Baden-Württemberg für den öffentlichen Personennahverkehr aus.

(Abg. Winfried Mack CDU: Oje!)

Das Land stellt weitere 450 Millionen € an Verpflichtungsermächtigungen für den Landesanteil zum Bundes-GVFG zur Verfügung. Wir geben damit grünes Licht für einen ambitionierten Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs in Baden-Württemberg. Ich sage es auch ganz offen: Ich bin den kommunalen Landesverbänden sehr dankbar, dass sie diesen Weg mitgegangen sind, dass man in der Gemeinsamen Finanzkommission auch einen Beitrag der Kommunen zum GVFG bekommen hat. Damit können die laufenden Projekte – die S-Bahn RheinNeckar – und die politisch zugesagten Vorhaben wie beispielsweise die Breisgau-S-Bahn abfinanziert werden.

Aber wir gehen noch weiter. Wir stoßen neue Vorhaben an, die planerisch weit vorangeschritten sind und die bis 2019 fertiggestellt werden können. Ich nenne die Straßenbahn in Ulm,

(Beifall des Abg. Jürgen Filius GRÜNE)

die Stadtbahn zum Flughafen Stuttgart, die S-Bahn nach Neuhäusern. All diese Projekte bringen wir voran.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Für uns ist klar: Wir werben für eine Nachfolgeregelung zum Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz. Wenn der Bund Vorhaben wie das Mobilitätsnetz in Heidelberg, die Regionalstadtbahn Reutlingen-Tübingen-Zollernalb in die Förderung aufnimmt, dann werden wir vonseiten des Landes prüfen, wie wir hier die landesseitige Kofinanzierung bereitstellen können.

(Andreas Schwarz)

Sie finden im Doppelhaushalt auch die Kosten für die Elektrifizierung der Südbahn. Damit bekennen wir uns klar dazu, dass wir dieses Projekt voranbringen. Wir setzen sehr stark darauf, dass man alsbald den Finanzierungsvertrag mit der Deutschen Bahn unterzeichnet, damit auch die Elektrifizierung der Südbahn vorankommt.

Jetzt muss ich noch etwas zur Deckungslücke im Schienenpersonennahverkehr sagen. Hier reden wir über 60 bis 80 Millionen €. Wir sind froh, dass es dem Verkehrsminister und dem Finanzminister gelungen ist, diese Deckungslücke zu schließen. In Baden-Württemberg müssen keine Züge abbestellt werden.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD
– Zuruf des Abg. Helmut Rau CDU – Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Das Angebot im Schienenpersonennahverkehr bleibt erhalten und wird im Zuge der Neuausschreibung der Verträge deutlich vergrößert. Denn die Züge in Baden-Württemberg sind voll, und unser Nahverkehr erfreut sich stetig steigender Beliebtheit. Das ist die richtige Antwort, wenn es um die Entlastung von Städten und Gemeinden vom Autoverkehr, von Feinstaub, Lärm und sonstigen Emissionen geht.

Jetzt haben Sie gesagt, wir müssten beim Thema Fahrzeugfinanzierung vorankommen. Ja, da muss man vorankommen. Wir reden hier über Beträge im Milliardenbereich, sodass das gründlich vorbereitet werden muss.

(Lachen der Abg. Nicole Razavi CDU)

Ein solches Konzept, um andere Firmen als Konkurrenten zur Deutschen Bahn in die Lage zu versetzen, sich hier an einem Wettbewerb zu beteiligen,

(Abg. Nicole Razavi CDU: Stellen Sie uns doch einmal Ihr Konzept vor!)

um gute Finanzierungsbedingungen zu bekommen, muss gründlich und in Ruhe ausgearbeitet werden. Es wäre ein Schnellschuss, wenn das nachher nicht gelingen könnte

(Abg. Nicole Razavi CDU: Nach anderthalb Jahren ist nichts mehr ein Schnellschuss!)

und wir, wie Sie es beim EnBW-Deal gemacht haben, einfach in einer kurzen Lesung Garantien in das Haushaltsbegleitgesetz hineinschreiben würden. Dies wollen wir nicht tun. Wir wollen, dass das gründlich aufbereitet wird. Der Minister hat Ihnen im Finanz- und Wirtschaftsausschuss zugesagt, dass es gründlich aufbereitet wird. Wir gehen davon aus, dass es im Frühjahr nächsten Jahres so weit sein wird. Dann sind wir, was den Schienenpersonennahverkehr und die Ausschreibung angeht, in unseren Augen auf einem guten Weg.

(Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Herr Kollege Schwarz, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Hauk?

(Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Zur Geschäftsordnung ist das!)

Abg. Peter Hauk CDU: Ich will, Frau Präsidentin, den Herrn Finanz- und Wirtschaftsminister nicht zitieren lassen. Aber

ich möchte Sie bitten, ihn darauf hinzuweisen, dass es parlamentarischer Brauch ist, dass das Finanz- und Wirtschaftsministerium bei den Haushaltsberatungen hier im Plenarsaal präsent ist.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Das ist ein Skandal, dass sie nicht einmal bei der Haushaltsberatung da sind!)

Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Ich fahre jetzt fort.

Uns ist wichtig, dass wir beim öffentlichen Nahverkehr integriert denken. Für uns Grüne – da spreche ich auch für die SPD – hat der Busverkehr eine ganz große Bedeutung.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Der Finanzminister wird schon im Weihnachtsurlaub sein!)

Wir stellen für die Förderung des Busverkehrs 10 Millionen € zur Verfügung. Wir müssen uns noch einmal in Erinnerung rufen, was Sie denn gemacht haben. In Ihrer mittelfristigen Finanzplanung waren für die Busförderung 5 Millionen € vorgesehen. Wir verdoppeln diesen Betrag und gehen auf 10 Millionen € im nächsten Jahr.

(Zuruf der Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU)

Wir denken, der Bus ist ein wesentlicher Baustein in einem funktionierenden und attraktiven Nahverkehr.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Jetzt komme ich noch auf das Thema „Nachhaltige Mobilität“ zu sprechen. Ich habe Ihrem Fraktionsvorsitzenden Peter Hauk gestern gut zugehört. Er hat gefragt, ob wir in diesem Bereich etwas machen. Sehr wohl machen wir da etwas. Sie können das doch hier in Stuttgart sehen. Herr Kollege Hauk, Sie laufen ja mit offenen Augen durch die Stadt und wissen

(Abg. Peter Hauk CDU unterhält sich mit seinem Sitznachbarn. – Abg. Beate Böhlen GRÜNE: Aber nicht immer mit offenen Ohren! – Weitere Zurufe von den Grünen – Unruhe)

– jetzt hört er nicht einmal zu; das ist schade –, dass wir Projekte wie die Ladeinfrastruktur für Elektrofahrzeuge finanzieren.

(Zuruf des Abg. Peter Hauk CDU)

Wir unterstützen hier in Stuttgart „E-Car2go“. Wir wollen das mit dem öffentlichen Nahverkehr zusammenführen. All das sind Projekte, mit denen wir durch die Vernetzung der Verkehrsträger nachhaltige Mobilität fördern. Wir gehen noch weiter. Wir unterstützen Projekte, damit an S-Bahn-Stationen Pedelecs, Elektrofahrzeuge und Carsharing-Fahrzeuge vorgehalten werden, um so zu einem integrierten Verkehrssystem beizutragen.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Macht das Ihre Fraktion? – Abg. Nicole Razavi CDU: Sind Sie jetzt Fraktions- oder Regierungsvertreter?)

Jetzt möchte ich noch etwas zum Thema Radverkehr sagen. Es ist richtig: Wir haben die Mittel für den Radverkehr erhöht.

(Andreas Schwarz)

Für Radwege an Landesstraßen stellen wir knapp 8 Millionen € in einem separaten Haushaltstitel zur Verfügung. Ich sage gern dazu, dass wir die Mittel für den Radwegebau in den Kommunen nach dem GVFG erhöhen. Da besteht Nachholbedarf. In den letzten Jahren ist da zu wenig passiert.

Ich bitte Sie, endlich einmal zur Kenntnis zu nehmen, dass der Radverkehr Teil eines integrierten Verkehrskonzepts ist.

(Zuruf der Abg. Nicole Razavi CDU – Unruhe)

Ihr Bundesverkehrsminister sagt: „Wir sind auch eine Fahrradnation.“

(Abg. Nicole Razavi CDU: Nichts dagegen!)

Wenn Sie jetzt noch einmal gegen den Radverkehr wettern, dann fallen Sie Ihrem Bundesverkehrsminister wieder in den Rücken.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich denke, wir können mit Fug und Recht behaupten, dass der Verkehrshaushalt nicht nur in die richtige Richtung geht, sondern alle Mobilitätsarten berücksichtigt. Er setzt mit der Sanierung des Straßennetzes, mit dem bedarfsgerechten Ausbau der Infrastruktur des öffentlichen Nahverkehrs und des Radverkehrs Schwerpunkte. Daher trägt er dazu bei, die Lebensqualität in unserem Land deutlich zu erhöhen.

Ich möchte noch etwas zum Thema Stuttgart 21 sagen, das Sie hier angesprochen haben. Stuttgart 21 wird im kommenden Doppelhaushalt mit ca. 354 Millionen € eingepreist. Das ist ein enormes Engagement, das das Land hier erbringt.

Wir sind über die Kostensteigerungen, die gestern veröffentlicht worden sind, schon erstaunt, und wir sind darüber auch verärgert. Das, was wir befürchtet haben, nämlich dass solche Kostensteigerungen eintreten, hat sich bewahrheitet.

(Zuruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

Ist das, was die Deutsche Bahn AG jetzt macht, glaubwürdig? Kommen noch weitere Kostensteigerungen auf uns zu? Wir begrüßen, dass die SPD-Bundestagsfraktion im Deutschen Bundestag eine Sondersitzung angestrengt hat.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Ich möchte an dieser Stelle noch einmal deutlich machen: Wir beteiligen uns nicht an Mehrkosten und auch nicht an den Risikokosten von über 1,2 Milliarden €. Das fällt in den Bereich der Deutschen Bahn AG. Die Deutsche Bahn AG muss klären, wie sie mit diesen Kosten umgeht. Die Landesbeteiligung ist auf 930 Millionen € gedeckelt.

Sie haben gesagt, dies sei ein guter Tag für Baden-Württemberg. Ich sage: Die 1,1 Milliarden € der Bahn sind kein Geschenk,

(Zuruf: Wer hat da von Geschenk geredet?)

sondern es ist eine Selbstverständlichkeit, dass die Deutsche Bahn AG Kosten, die in ihren Aufgabenbereich fallen, übernimmt. Diese Kosten sind auf Planungsfehler der Bahn, auf eine unvollständige Planung, auf Massen- und Mengemeh-

rungen zurückzuführen. Daher ist es nur konsequent, dass die Bahn diese Kosten übernimmt.

(Abg. Nicole Razavi CDU: Genau!)

Es ist nicht die Aufgabe des Landes, mehr als 930 Millionen € zu bezahlen.

(Anhaltender Beifall bei den Grünen)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Für die SPD-Fraktion erteile ich Herrn Abg. Haller das Wort.

Abg. Hans-Martin Haller SPD: Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Nicole,

(Heiterkeit der Abg. Nicole Razavi CDU)

ich fange anders als vorgesehen mit dem Thema an, mit dem die CDU begonnen hat und die Grünen geendet haben, nämlich mit dem Thema Stuttgart 21. Wir haben heute erfahren, welche Mehrkosten die DB zu zahlen bereit ist. Das Projekt kommt teurer als gedacht. Das ist bedauerlich.

(Staatssekretär Jürgen Walter: Ihr habt doch auch gewusst, dass S 21 am Ende mindestens 10 Milliarden € kostet! – Unruhe bei den Grünen)

Das ist aber nicht das einzige Projekt, das teurer kommt, sondern generell stelle ich in diesem Land fest: Wo immer die DB plant und bauen will, ob bei Stuttgart 21 oder beim Ausbau des Schienenpersonennahverkehrs, wird es immer teurer. Das ist das eigentliche Dilemma. Da hat Stuttgart 21 kein Alleinstellungsmerkmal.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD, der CDU und der Grünen – Unruhe)

Bei einer Anfrage vonseiten der SPD hat sich herausgestellt, dass die gesamten Schienenpersonennahverkehrsmaßnahmen der letzten Jahre fast 100 % teurer geworden sind als ursprünglich angedacht. Das ist fast schon ein Skandal.

(Vereinzelt Beifall – Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Ja!)

Deswegen kommen wir nicht nur bei Stuttgart 21 in die Bredouille, sondern wir kommen genauso beim Ausbau des Schienenpersonennahverkehrs in die Bredouille, weil wir nicht Netze im Breisgau, im Rhein-Main-Gebiet oder in den Regionen Heilbronn oder Neckar-Alb ausbauen können wie angedacht. Da müssen wir nach Lösungen suchen. Ich sehe nur im Moment noch nicht so richtig, wohin der Weg gehen soll. Aber der Monopolist im Schienenausbau, die DB, macht uns rundum Sorgen. Das sei einmal ganz deutlich gesagt.

(Beifall bei der SPD und den Grünen sowie Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP)

Aber nicht nur die DB AG macht Sorgen, sondern auch Herr Ramsauer – an einer Stelle zumindest, nämlich beim EBA. Das EBA ist dramatisch unterbesetzt.

Jetzt komme ich zu Stuttgart 21. Die DB rechnet mit Auswirkungen des „behördlichen Schwergangs“ – ein irrer Begriff für die Tatsache, dass das EBA nicht vorankommt – im Umfang von etwa 400 Millionen €.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

(Hans-Martin Haller)

Jetzt schaue ich zu Ihnen von der CDU: Es ist „Ramsauer pur“, dass das EBA nicht so ausgestattet ist

(Abg. Nicole Razavi CDU: Das EBA ist schon länger nicht gut ausgestattet! – Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Elf Jahre SPD-geführte Bundesverkehrsministerien! – Weitere Zurufe)

– er hätte es ja ändern können –, dass Schienenprojekte von Stuttgart 21 bis zu den S-Bahn-Ausbauten zügig vorankommen. Jede zeitliche Verzögerung kostet Geld, Geld, Geld.

(Zurufe)

Das sei einmal deutlich herausgestellt. Wir im Land wollen den Schienenverkehr voranbringen,

(Beifall bei der SPD sowie Abgeordneten der CDU, der Grünen und der FDP/DVP)

von Stuttgart 21 bis zum Breisgau und bis hinauf auf die Alb. Aber dazu brauchen wir die Partner Bund und DB AG. Da hapert es häufig. Der Kollege Schwarz sagte es: Wir geben Hunderte von Millionen Euro landeseigenes Geld aus, um das Schienennetz in diesem Land voranzubringen, und zwar im Konsens mit fast allen; nur bei Einzelprojekten gibt es Differenzen. Das sei einmal deutlich herausgestellt.

Zum Thema Straßen. Ich wiederhole noch einmal; denn doppelt genäht hält besser, und einige sind manchmal etwas begriffsstutzig.

(Abg. Nicole Razavi und Abg. Thaddäus Kunzmann CDU: Die Grünen! – Gegenruf des Abg. Andreas Schwarz GRÜNE)

– Nein, sie machen es ja recht. Sie sind lernfähig und lernwillig. Das ist das, was wir schon immer gewusst haben.

(Vereinzelt Heiterkeit – Abg. Friedlinde Gurr-Hirsch CDU: Die haben einen Pädagogen als Lehrer!)

Das unterscheidet Sie.

Wir haben bei den Landesstraßen ein hohes Defizit geerbt. Das wissen wir, und das wussten wir. Herr Kollege Schwarz hat es gesagt, aber ich wiederhole es noch einmal: Wir stellen für den Erhalt 100 Millionen € und für den Ausbau 42 Millionen € – plus die Mittel für die Radwege; dann sind wir bei knapp 50 Millionen € – bereit. Bei Ihnen waren die Radwegemittel schon immer im Verkehrsetat enthalten. Natürlich sind wir weit entfernt von dem, was wir uns wünschen, was nötig wäre, um den Abbau des Sanierungsstaus voranzutreiben. 2,5 Milliarden € beträgt der Sanierungsstau; darüber sind wir uns einig. Aber nun ist ein Weg beschritten, von dem wir wenigstens im Ansatz sagen können: Das ist ein guter und richtiger Weg; da haben wir den Hebel umgelegt.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der Grünen)

Dies geschieht deutlich zum Wohle des Landes, auch des ländlichen Raums. Sie haben in den vergangenen Jahren fast immer unsere Anträge negiert, in denen wir mehr Geld hierfür gefordert haben. Sie haben es geschafft – das habe ich mehrfach anerkannt –, in den Jahren vor der Wahl den Durchschnitt der vorangegangenen Jahre erheblich zu toppen.

Jetzt komme ich zu einer Ihrer absurdesten Thesen: Sie sagen, der liebe Kollege Hermann wolle keine Straßen bauen. Sie haben im Jahr 2011 viel Geld eingesetzt. Das ist richtig. Wir haben aber weder 2011 noch 2012 einen einzigen Haushaltsrest. Deswegen lebt Ihre These von Ihrer Einbildung und nicht von Zahlen, Daten und Fakten.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Zu einem anderen Thema – wir erleben es in dieser Woche gerade hochaktuell –: Bundesstraßen. Wir haben eine Prioritätenliste vorgelegt, damit endlich Schluss ist mit dem tagtäglichem Element der „Rumpelstilzchenpsychologie“: Jeder will seine Straße. Derjenige, der sich am heftigsten aufführt, bekommt sie. – Wir haben Verlässlichkeit, Kontinuität eingezo-gen. Dass Sie davon nichts halten, wird jetzt einmal mehr deutlich.

Sie sind Anhänger von Spatenstichen, aus denen außer der Abschrankung nichts folgt. Das halten wir nicht für sinnvoll.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Wenn wir nur 1 Million € für eine Straße finanzieren, müssen wir die restlichen 60 Millionen € von den 120 oder 200 Millionen € finanzieren, die wir vom Bund bekommen. Das heißt klipp und klar: Wenn jetzt die Baumaßnahme Ravensburg Süd realisiert wird, kann das Geld nicht gleichzeitig noch in den Bodenseekreis fließen und dort die B 30 gebaut werden. Beides gleichzeitig geht nicht.

(Zuruf des Abg. Martin Hahn GRÜNE)

Natürlich wird das versprochen, aber wir halten nichts von einer Spatenstichpolitik, die nichts anderes bewirkt als Stau und Emissionen.

(Abg. Martin Hahn GRÜNE: Und Baustellen!)

Das verärgert die Leute. Es schafft auch Unzufriedenheit und Verdruss an Politik, wenn keine Verlässlichkeit mehr gegeben ist.

Diese Regierung steht in ihrer Verkehrspolitik für Verlässlichkeit. Sie erfüllt nicht alle Wünsche, aber das, was wir sagen, hat Hand und Fuß. Darauf können sich die Bürgerinnen und Bürger verlassen.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen – Zuruf der Abg. Nicole Razavi CDU – Glocke der Präsidentin)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Herr Kollege, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Köberle?

Abg. Hans-Martin Haller SPD: Ja, gern. Dann muss ich schon nicht so viel schwätzen.

(Heiterkeit)

Abg. Rudolf Köberle CDU: Dann können Sie eine kleine Pause machen, lieber Kollege Haller. – Ich habe eine Frage, die Sie sicher leicht beantworten können: Wie beurteilen Sie die Spatenstichpolitik des letzten SPD-Bundesverkehrsministers Tiefensee,

(Zuruf: Aha!)

(Rudolf Köberle)

der im Bundestagswahljahr 2009 in unserem Land den Beginn von 14 neuen Straßenbaumaßnahmen – mit ganz kleinen Anlaufsummen und nicht mit einer Durchfinanzierung – ermöglicht hat?

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Bei jeder Bushaltestelle hat er einen Spatenstich gemacht! – Gegenruf des Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Zu wenig!)

Da sind die vier Neubeginne für die Zukunft eigentlich ein wesentlich kleineres Finanzierungsproblem als die 14 Spatenstiche von 2009.

(Abg. Claus Schmiedel SPD: Er hat damit die schwarze Landesregierung beglückt!)

Ich kritisiere sie überhaupt nicht. Wir sind für jeden einzelnen auch heute noch dankbar. Das war eine richtige Entscheidung. Deshalb sollten Sie das, was damals, 2009, richtig war

(Zuruf des Abg. Claus Schmiedel SPD)

und uns viele neue Straßen gebracht hat, nicht im Jahr 2012 kritisieren.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Abg. Hans-Martin Haller SPD: Ich teile Ihre Meinung nicht, auch wenn Herr Tiefensee das so gemacht hat. Wir haben eine Meinung in der Sache, egal, ob es um einen CDU- oder um einen SPD-Minister geht. Das ist unsere Souveränität.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen – Zuruf des Abg. Claus Schmiedel SPD)

Wir haben eine eigene Denkweise.

(Zuruf des Abg. Heribert Rech CDU)

Ihre Position suggeriert: Ich muss nur möglichst viele Spatenstiche machen, dann komme ich auch zu vielen Straßen.

(Zuruf des Abg. Rudolf Köberle CDU – Gegenruf des Abg. Claus Schmiedel SPD: Tiefensee hat doch Geld gebracht, Kollege!)

Das können wir so nicht nachvollziehen.

Ich kann Ihnen noch ein Beispiel nennen: die B 27 bei Tübingen, im Jahr 2001 großartig begonnen, alle Kandidaten anwesend.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Da war der Haller auch dabei! – Zuruf des Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE)

Nach zehn Jahren haben wir gerade einmal zwei Drittel fertig. Die Baustelle steht still und, und, und. Tiefensee mag das gemacht haben. Deswegen ist er vielleicht auch nicht mehr Verkehrsminister. So wird es Ihrem Verkehrsminister eines Tages auch ergehen.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen – Abg. Nicole Razavi CDU: So ein Klamauk! – Zuruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

Wir setzen, wie gesagt, auf die Schiene, auf die Straße. Wir wollen vernetzen. Wir sind auch bereit – abschließend sei das noch einmal dargestellt –, neue Wege zu gehen – „Car2go“.

Wir wollen den Radverkehr ausbauen, ihm eigene Wege schaffen, Lücken schließen etc. Dort, wo sich der ÖPNV auch mit Subventionen nicht trägt – das ist in vielen Orten der Fall –, haben wir mit dem Programm der Bürgerbusse auch etwas Neues aufgelegt, neue Ideen eingebracht. Wir wollen, dass die Menschen in diesem Land zu einem möglichst angemessenen Preis mobil sein können. Das gelingt nicht immer, ist schwierig. Aber wir sind hart an der Front und kämpfen dafür.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der Grünen)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Für die Fraktion der FDP/DVP erteile ich Herrn Kollegen Haußmann das Wort.

Abg. Jochen Haußmann FDP/DVP: Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir haben ja den Verkehrshaushalt in der Ausschussberatung sehr intensiv diskutiert und – Frau Kollegin Razavi hat es auch schon angesprochen – haben dann festgestellt, dass im Grunde genommen vom Verkehrsminister angekündigt wurde, dass man wegen der Position beim Aus- und Neubau der Netze nicht bundeseigener Eisenbahnen auf jeden Fall einen Nachtragshaushalt braucht. In der Ausschusssitzung wurde auch darüber gesprochen, dass es hier um sicherheitsrelevante Bereiche geht.

Ich glaube, insofern ist es nötig, hier einen Nachtragshaushalt zu machen. Ich frage mich, warum man das nicht gleich mit in den Haushalt aufgenommen hat. Im Jahr 2012 ging es hierbei um 21,5 Millionen €. Jetzt sind jeweils 1 Million € für 2013 und 2014 geplant. Nun wissen wir, dass bei den nicht bundeseigenen Eisenbahnen mindestens 5 Millionen € für die Sicherheit erforderlich sind. Allein schon deshalb kann man dem Haushalt so gar nicht zustimmen.

(Beifall bei der FDP/DVP und der Abg. Nicole Razavi CDU)

Der zweite Punkt, bei dem wir davon ausgehen, dass es einen Nachtragshaushalt geben wird, ist das Thema Fahrzeugfinanzierung – meine Vorrednerin und meine Vorredner haben es angesprochen –, sei es durch Eigenbeschaffung oder sei es durch Bürgschaften, die man dann den Eisenbahngesellschaften zur Verfügung stellt. Da würde uns schon interessieren, von welchen Dimensionen man da ausgeht. Denn – Kollege Schwarz hat es auch gesagt – man rechnet da wohl mit sehr hohen Beträgen. Wir haben dazu jetzt nichts gefunden.

Herr Minister Hermann lässt auch keine Gelegenheit aus, immer darauf hinzuweisen, wie schlecht die unter den Vorgängerregierungen geschlossenen Verkehrsverträge seien. Gleichzeitig wurde jetzt aber schon signalisiert, dass man bei diesen Ausschreibungsergebnissen – da wurde von 30 % gesprochen – jetzt schon feststellt, dass es wohl eher in Richtung 15 % gehen wird. Der Koalitionsvertrag geht von einer spürbaren Verbesserung in Quantität und Qualität aus. Da muss ich sagen, dass davon nicht mehr viel übrig geblieben ist.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Sehr richtig!)

(Jochen Haußmann)

Seit Kurzem liegt uns ein Ausschreibungsfahrplan vor. Wir wissen jetzt, dass man auch Übergangszeiten braucht. Das freut uns alle sicherlich nicht. Ich bin auch regelmäßig mit der Rems-Murr-Bahn unterwegs. Glauben Sie mir: Da gibt es das Erfordernis, möglichst schnell etwas zu ändern. Wenn ich mit einem alten Regionalzug unterwegs bin, dann habe ich manchmal schon Schwierigkeiten, die Tür aufzumachen. Da frage ich mich: Wie machen das erst die älteren Menschen? Diese alten Waggonen können unmittelbar nach der Nutzung für die Museumsbahnen zur Verfügung gestellt werden.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Edith Sitzmann GRÜNE: Was soll da Herr Hermann tun?)

Die nachhaltige Mobilität in Baden-Württemberg ist aber keine neue Erfindung der Grünen. In der Region Stuttgart – Herr Kollege Schwarz, das wissen Sie viel besser als ich – nutzen schon jetzt neun von zehn Bürgern regelmäßig den ÖPNV. An Werktagen sind über 45 % der Menschen nicht mit dem Auto unterwegs, sondern mit anderen Verkehrsmitteln. In Stuttgart sind es sogar schon über 80 %, die gar nicht mit dem Auto unterwegs sind.

Wenn man jetzt noch einen Blick zurückwirft, stellt man fest – das hat ein SPD-Antrag ergeben –, dass der Schienenpersonennahverkehr in Baden-Württemberg seit 1993/1994 eine Steigerung um 67 % verzeichnet hat. Das ist, glaube ich, eine Leistung, auf die man auch mit Stolz blicken kann.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP und der CDU sowie des Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE)

Auch im Bereich der Elektromobilität gibt es zahlreiche Projekte der alten Landesregierung, beispielsweise die Bereitstellung von 7 Millionen € für nachhaltige Mobilität und 7,5 Millionen € für Automobilforschungsprojekte.

Nachhaltig – so scheint es – ist natürlich in erster Linie die personelle Aufstockung: 2012 13 Stellen und 2013 noch einmal zusätzlich sieben Stellen in diesem Bereich. Da muss ja dann ein wahres Feuerwerk an nachhaltiger Mobilität zu erwarten sein.

Positiv bewerten wir – Kollege Schwarz hat es angesprochen – die Bereitstellung der Gelder für die Kofinanzierung von Maßnahmen. Das bezieht sich auf einen Antrag, den wir eingebracht hatten. Da gibt es zwar eine Betragsdifferenz zwischen 436 Millionen € und 450 Millionen €; das sei aber jetzt einmal dahingestellt. Wir halten es für wichtig, dass wir keine Bundesmittel verloren geben. Insofern unterstützen wir das auch in diesem Bereich.

Wir freuen uns auch, dass die FDP im Bund sich damit durchgesetzt hat, dass in Zukunft der Schienenbonus wegfällt, wodurch wir auch mehr Lärmschutz für die Menschen in Baden-Württemberg erreichen.

Ein Stichwort, das wir auch im Verkehrsausschuss bereits behandelt haben und zu dem wir einen Antrag gestellt haben, ist das Thema „Transparenz im Schienenpersonennahverkehr“. Es geht hier einerseits um die Transparenz der Verkehrsverträge und andererseits um die Transparenz der Projekte, die im Bau und in der Abwicklung sind. Wir freuen uns, dass der

Verkehrsminister signalisiert hat, dass man hier mehr Transparenz herstellen will.

(Unruhe)

Dieses Stichwort nutze ich gern, um auf das Thema Stuttgart 21 am Tag 1 nach der Aufsichtsratssitzung in Berlin einzugehen. Die FDP/DVP-Landtagsfraktion nimmt das Thema Mehrkosten sehr ernst.

(Zuruf der Abg. Edith Sitzmann GRÜNE)

Glauben Sie mir: Mich persönlich treibt dieses Thema sehr um. Wir haben wie auch Sie gestern von diesen Mehrkosten erfahren. Wir begrüßen, dass die Bahn signalisiert hat, die Mehrkosten zu übernehmen. Bei aller Kritik geht es nun darum, auf dieser Grundlage aufzubauen.

Gleichzeitig haben wir eine deutliche Ansage der Bahn registriert, dass bei weiteren Verzögerungen durch andere Projektpartner die Sprechklausel herangezogen wird.

Ich erinnere mich noch sehr gut an meine erste Rede hier im Parlament im Juni 2011, und zwar zum Thema Stuttgart 21. Ich hatte damals an die Projektförderungspflicht aller beteiligten Vertragspartner erinnert. Ich erinnere mich auch noch sehr gut an die Regierungserklärung des Ministerpräsidenten Kretschmann, in der er gesagt hatte, nach Monaten des ungewohnt harten Schlagabtauschs und der Polarisierung sei es jetzt an der Zeit, zur konstruktiven Auseinandersetzung zurückzukehren. Anstatt uns heimlich zu freuen, müssten wir jetzt, glaube ich, endlich in einen konstruktiven Dialog eintreten. Ich glaube, jetzt gibt es Anlass genug, in diesen Dialog einzutreten.

(Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: Was will denn die Bahn?)

Die Staatsrätin, Frau Erler, hatte in der letzten Woche oder in dieser Woche gesagt, dass die Volksabstimmung nicht Makulatur sei, auch wenn es eine Kostensteigerung gibt. Am Beispiel des Filderdialogs kann man dies, glaube ich, sehr gut erkennen. Den Filderdialog haben die Projektpartner gemeinsam initiiert. Ich glaube, das Land kann sich jetzt nicht einfach aus seiner Projektförderungspflicht herausziehen und sagen: „Wir haben zwar den Filderdialog initiiert; jetzt ist eine bessere Lösung herausgekommen,

(Abg. Edith Sitzmann GRÜNE: Sie bringen da einiges durcheinander!)

aber mit den Kosten wollen wir nichts zu tun haben.“ So können wir natürlich nicht im Lenkungskreis auftreten und mit den Projektpartnern umgehen.

Wir fordern von der Bahn die Schaffung einer Kostentransparenz und auch eine detaillierte Projektinformation im Lenkungskreis. Wir fordern vom Projektpartner Land, vom Verkehrsminister Hermann, dass er sich aus der Rolle des S-21-Oppositionspolitikers herausbegeben sollte und hier in eine einheitliche Position der Landesregierung finden sollte.

(Beifall des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP)

Verhärtete Fronten oder gar juristische Auseinandersetzungen helfen jetzt mit Sicherheit nicht weiter.

(Jochen Haußmann)

(Abg. Daniel Andreas Lede Abal GRÜNE: Was will denn die Bahn?)

Zum Straßenbau in Baden-Württemberg: Wir haben das als „Politik der grünen Radklinge!“ beschrieben, nicht zuletzt aufgrund des missglückten Rad-Aktionstags an der B 10, der gleichzeitig mit einer Baumaßnahme an der A 8 erfolgt ist.

(Abg. Andreas Schwarz GRÜNE hält einen Zeitungsartikel hoch. – Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: „Wir sind eine Fahrradnation“!)

Wir begrüßen die Bereitstellung der Mittel für den Straßenerhalt, sehen aber ein großes Missverhältnis zum Neubau. Gegenüber 42 Millionen € für den Radwegebau sind 20,7 Millionen € – –

(Abg. Siegfried Lehmann GRÜNE meldet sich. – Glocke der Präsidentin)

– Herr Lehmann, Sie dürfen nur fragen, wenn Sie sich kurzfassen.

(Abg. Siegfried Lehmann GRÜNE: Ganz kurz!)

– Bitte.

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Bitte, Herr Abg. Lehmann.

Abg. Siegfried Lehmann GRÜNE: Vielen Dank, Herr Kollege. – Wie schätzen Sie die Aussage der Kollegin Razavi ein? Sie hat vorhin gesagt, dass gestern ein guter Tag für Baden-Württemberg gewesen sei. Ist das nicht ein schlechter Tag für die Bürger in Deutschland gewesen? Denn wenn die Kosten für Stuttgart 21 durch die Decke knallen, müssen die Mehrkosten letztlich von der Allgemeinheit bezahlt werden.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Schon einmal etwas von der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung gehört? – Unruhe – Zuruf: Pst!)

Abg. Jochen Haußmann FDP/DVP: Herr Kollege Lehmann, ich glaube, ganz unabhängig davon, wer irgendwelche Kosten zu tragen hat: Für den Steuerzahler ist es zweitrangig, ob es ein Bahnunternehmen ist, das zu 100 % dem Bund gehört, ob es der Bund ist, das Land oder die Stadt. Wir haben uns damit intensiv auseinanderzusetzen. Ich habe in meinem Leben schon bessere Tage gehabt, wenn Sie das hören wollen.

(Beifall bei Abgeordneten der Grünen – Abg. Siegfried Lehmann GRÜNE: Ich auch! Danke!)

Jetzt den Bund beim Thema Bundesfernstraßen zu geißeln halte ich für schlecht, wenn man selbst nicht mit gutem Vorbild vorangeht. Wenn ich sehe, dass wir 50 % des Planansatzes für den Neubau von Landesstraßen für den Radwegebau einsetzen, dann halte ich das im Augenblick insbesondere für den ländlichen Raum für das falsche Signal.

(Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Sehr richtig! – Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Verrechnet! – Zuruf von den Grünen: Das stimmt doch gar nicht, was er erzählt!)

Baden-Württemberg ist ein Transitland und ein wichtiger Logistikstandort und verzeichnet immer noch steigende Ver-

kehrszahlen. Das geht aus dem Bericht des Verkehrsministeriums zum Haushaltsplan hervor. Darin steht, der ländliche Raum erfordere besondere mobile Berücksichtigung. Die nachhaltige Mobilität darf nicht einseitig zulasten von bestimmten Verkehrsträgern gehen, sondern man muss verstärkt auf Modal-Split setzen, beispielsweise durch die Güterverkehrszentren, damit wir kombinierten Verkehr – Straße und Schiene – bekommen.

Wir appellieren hier noch einmal für eine Verkehrsinfrastrukturinitiative. Diese sehen wir für Baden-Württemberg als wichtig an.

Gestatten Sie mir noch zwei kurze Sätze zur Landesbauordnung. Wir haben zur geplanten Novellierung eine öffentliche Anhörung gefordert. Denn es darf nicht sein, dass man immer nur die Ideen umsetzt, die einem gefallen, sondern wir müssen die Betroffenen, die Kommunen mitnehmen.

Hinsichtlich der Landesplanung möchte ich noch einmal sagen, dass der Gesetzentwurf der FDP/DVP in die richtige Richtung gegangen ist. Ich habe den Eindruck, dass sich die Kommunen mit den Dingen gewaltig schwertun, die jetzt auf sie hereinbrechen, was beispielsweise Landschaftsschutzgebiete und die Bürgerbeteiligung angeht. Da wäre das Signal besser gewesen, die Kommunen mitzunehmen und die Planung beim Regionalverband zu lassen.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Für die Landesregierung erteile ich Herrn Verkehrsminister Hermann das Wort.

Minister für Verkehr und Infrastruktur Winfried Hermann: Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Landesregierung hat sich nicht nur in der Haushaltspolitik, sondern auch in der Verkehrspolitik vorgenommen, die Politik an Nachhaltigkeit zu orientieren, und zwar nicht nur im konzeptionellen Bereich der Verkehrspolitik, sondern auch bei der Finanzierung der Verkehrsinfrastruktur.

Das hat für uns bedeutet, dass wir uns gerade für diesen Doppelhaushalt in allen Bereichen die Situation, die Zahlen und ebenso die finanzielle Basis der verschiedenen Bereiche der Politik angeschaut haben.

Dabei muss man einfach zur Kenntnis nehmen, dass wir in drei Punkten im Bereich der Verkehrspolitik richtig große Herausforderungen vor uns haben. Das ist zum Ersten – egal, wo man hinschaut –: Auf Dauer ist die Finanzierung insbesondere der Verkehrsinfrastruktur nicht auskömmlich. Wir brauchen mehr Mittel.

Zweitens: Wenn wir wissen, dass wir ohnehin Schwierigkeiten mit der Finanzierung haben, weil die öffentlichen Mittel insgesamt knapp sind, dann müssen wir mit den Verkehrsmitteln sparsam umgehen.

Drittens müssen wir trotz aller Sparsamkeit erkennen, dass man, wenn man Zukunft gewinnen will, auch investieren muss, also auch in neue Verkehrsinfrastrukturprojekte.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

(Minister Winfried Hermann)

Meine Damen und Herren von der Opposition – Sie können es zwar immer wieder bestreiten, aber Ihre entsprechenden Behauptungen sind einfach längst durch Tatsachen widerlegt –: In allen Bereichen der Infrastruktur bauen wir weiter, bauen aus und bauen auch neu.

Was wir beispielsweise im Straßenverkehr vorgefunden haben, kann man aber einfach nicht ignorieren: Sie haben zwar z. B. im Bereich des Straßenverkehrs über Jahre hinaus Projekte in Gang gesetzt, aber nicht durchfinanziert.

(Abg. Peter Hauk CDU: Das ist Aufgabe eines jeden Haushalts!)

Sie beklagen und kritisieren z. B. regelmäßig, Frau Razavi, dass wir in die Sanierung nicht 100 Millionen € komplett stecken, sondern nur 77 Millionen €. Warum? Weil Sie Ihre Straßen früher auf Pump finanziert haben und weil wir jetzt das zurückzahlen müssen, was Sie auf Pump finanziert haben.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Übrigens sind es nicht nur die 23 Millionen € LIP- und ZIP-Mittel, sondern auch die über 80 Millionen € für die anderen kreditfinanzierten Straßenbauprogramme, für die wir in jedem Haushaltsjahr erst einmal Rückzahlungen leisten müssen. Das ist sozusagen Ihre Form der Politik des Zukunftsverbrauchs.

Das kann man vielleicht noch begründen. Aber besonders schäbig finde ich es, wenn Sie dann uns auch noch vorwerfen, dass wir Ihre Schulden tilgen. Das ist doch wirklich alles andere als logisch.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Meine Damen und Herren von der Opposition, Sie beklagen, wir würden nicht genügend neue Projekte beginnen. Aber das ist gerade der Tatsache geschuldet, dass Sie im kommunalen Bereich, im Landesbereich und im Bereich der Bundesfernstraßen zu viele Projekte angestoßen haben, die nicht durchfinanziert waren. Deswegen haben wir jetzt die Pause und müssen zwei, drei Jahre warten, bis wir überhaupt wieder Geld für Neubauprojekte haben. Natürlich hätten auch wir gern selbst den Spatenstich gemacht,

(Abg. Peter Hauk CDU: Oh! Das ist ja etwas ganz Neues! – Gegenruf des Abg. Claus Schmiedel SPD: Gar nicht wahr! Wir bauen doch in Ulm! Wir haben doch in Ulm den Spatenstich gemacht!)

wenn ein Projekt gut ist. Selbstverständlich.

(Abg. Peter Hauk CDU: „Wenn es gut ist“! Gibt es ein gutes Projekt bei Ihnen?)

– Selbstverständlich. Wir werden doch auf keinen Fall so tun, als wäre das nicht wichtig.

Wir haben auch im Straßenbaubereich ein Problem, das heute schon beim Schienenbereich angesprochen worden ist: Die meisten Straßenbauprojekte sind bezüglich ihrer Kosten gewaltig unterschätzt worden. Gerade beim Impulsprogramm haben wir Kostensteigerungen von teilweise 50 oder sogar 100 %. Das haben Sie aber in Ihre Kalkulationen nie aufgenommen. Ich muss dies nun ausbaden.

(Abg. Dr. Markus Rösler GRÜNE: Siehe Stuttgart 21!)

Ich muss schauen, woher ich das Geld bekomme, um dies finanzieren zu können.

Kommen wir zum Bereich Schienenpersonennahverkehr. Sie haben wiederholt gesagt, wir würden nicht so üppig ausbauen, wie wir es versprochen haben. Aber auch hier muss ich Ihnen sagen: Auch hier haben wir uns wirklich den Fakten gestellt; wir haben einen ehrlichen Kassensturz gemacht,

(Abg. Winfried Mack CDU: Eineinhalb Jahre getrödelte!)

und wir müssen halt feststellen, dass die Regionalisierungsmittel, die früher sehr üppig waren, jetzt nicht mehr auskömmlich sind – aufgrund steigender Preise,

(Abg. Nicole Razavi CDU: Das wussten Sie aber auch schon vor eineinhalb Jahren! Das ist nichts Neues!)

aufgrund von Belastungen wie beispielsweise durch Stuttgart 21, aufgrund der Tatsache, dass Sie aus Regionalisierungsmitteln eine ganze Reihe von anderen Dingen gefördert haben. Deswegen sind wir heute an dem Punkt, dass wir dort in ein Defizit geraten sind. Diese Defizitlücke musste zunächst einmal geschlossen werden. Ich sage dieser Koalition Dank, dass ich nichts abbestellen musste, sondern dass diese Lücke geschlossen worden ist, und zwar aus Haushaltsmitteln, aus Landesmitteln.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Wenn ich dann höre: „Ich muss in alten Silberlingen fahren, und da bekomme ich die Tür nicht auf“, dann sage ich: Das liegt doch an den alten, bis 2016 geltenden Verkehrsverträgen, die Sie geschlossen haben.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD – Abg. Andreas Schwarz GRÜNE: Genau!)

Sie haben doch diese alten Waggons bestellt; Sie haben diese toleriert. Den Einsatz dieser Waggons kann ich derzeit überhaupt nicht verhindern; denn der Verkehrsvertrag lässt zu, dass die Bahn damit fahren kann. Sie kann mit den Fahrzeugen fahren, mit denen sie fahren will. Ich kann dabei höchstens auf Goodwill pochen. Das habe ich aber schon oft gemacht; es hat leider nichts bewirkt. Denn für die Bahn ist es hoch rentabel, weiterhin noch alte Fahrzeuge einzusetzen.

Kommen wir zu Ihrer Kritik, es fehle an der Busförderung. Auch hier haben wir die Mittel deutlich erhöht. Herr Schwarz hat es gesagt: Wir haben die Summe sogar verdoppelt.

(Abg. Nicole Razavi CDU: Das kommt aber nicht an!)

– Das Geld kommt an, auch wenn Sie noch so oft das Gegenteil behaupten. Die Busunternehmen nehmen das Geld gern an, und sie haben auch begriffen, dass wir die Mittel über ökologische Kriterien vergeben und sie nicht einfach so herüberreichen.

Sie haben kritisiert, dass wir mit der Ausschreibung noch nicht so weit sind. Hätten wir jedoch die Ausschreibung laufen lassen wie vorbereitet, dann wären wir so stark ins Defizit geraten, dass wir pro Jahr einen Fehlbetrag von 100 Millionen €

(Minister Winfried Hermann)

im Bereich der Regionalisierungsmittel produziert hätten. Wenn wir so schnell in die Ausschreibung gegangen wären, hätten wir nämlich unvorteilhaft ausgeschrieben; wir hätten Projekte, die viel zu teuer waren, zuerst ausgeschrieben. Das haben wir abgewendet. Wir haben eine neue Ausschreibungskonzeption entwickelt, die vernünftig ist und die die Sache auch sehr gut stückelt, was sehr wichtig ist.

Denn eines ist auch klar: Ihr großer Verkehrsvertrag musste zerlegt werden, und er wird zerlegt. Dazu haben wir auch eine neue Vorstellung, wie man Fahrzeuge finanzieren kann. Dazu gibt es bereits eine Arbeitsgruppe, und Sie werden bald von uns hören,

(Abg. Nicole Razavi CDU: Da bin ich gespannt!)

wie wir das finanzieren. Wir werden zeigen, wie man das anders und besser machen kann, als Sie das bisher gemacht haben.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD
– Abg. Nicole Razavi CDU: Wir sind sehr gespannt!)

Was mich manchmal wundert – das gilt gerade für die FDP/DVP, das gilt aber auch für die CDU –: Sie werfen mir immer wieder vor, dass wir diese Straße nicht bauen und jene Straße nicht bauen. Ich glaube, es gibt überhaupt keine Straße, die Sie nicht gefördert hätten oder gefordert haben. Aber gleichzeitig kommt immer wieder der Vorwurf, wir würden nicht sparen. Ja was soll ich denn machen? Soll ich ohne Geld Straßen bauen, oder was?

(Abg. Wolfgang Drexler SPD: Ja! Das ist das Beste!)

Das kann ja wohl nicht funktionieren.

Deswegen haben wir gesagt: Man muss sich klar darüber werden, wie viele Mittel man eigentlich hat, und dann muss man auch sagen: Manches kann man jetzt nicht realisieren; manches muss man verschieben, und manches ist nicht so wichtig, und deswegen können wir es noch sehr lange hinausschieben. Aber diese Kraft zur Priorisierung muss man haben. Die hatten Sie nie. Wir haben diese Kraft; wir haben dies jetzt getan. Die Priorisierung ist zwingend notwendig gewesen.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Ich komme zum Schienenverkehr. Sie haben mir den Vorwurf gemacht, wir hätten nicht genügend in Sicherheit investiert. Wir haben in diesem Jahr deutlich mehr in Sicherheit investiert, als Sie je zuvor in diesen Bereich investiert haben, nämlich 16 Millionen €. Das war wirklich ein richtig großer Akt. Da haben wir gerade große Sicherheitsdefizite im Bereich der landeseigenen Infrastruktur abgebaut.

Richtig ist, dass wir dieses Niveau aufgrund des Sparzwangs, unter den auch Sie uns setzen, nicht fortsetzen konnten. Mit gewisser Berechtigung müssen auch wir im Verkehrsbereich sparen. Ich persönlich bin sehr unzufrieden damit. Ich werde auch dafür kämpfen, dass wir wieder Mittel bekommen, um diese Sicherheitsstrategie weiter fortzusetzen. Aber es ist nicht so, als hätten wir nichts gemacht. Wir haben deutlich mehr gemacht, als Sie zuvor gemacht haben.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD)

Kommen wir zu Stuttgart 21. Als Frau Razavi gesprochen hat, dachte ich: So viel Ironie gab es noch selten.

(Zuruf des Abg. Siegfried Lehmann GRÜNE)

Allein – das habe ich später gemerkt – es war gar keine, sondern sie hat es ernst gemeint.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der Grünen)

Ich kann Ihnen nur sagen: Gestern war in jeder Hinsicht ein ausgesprochen schwieriger Tag für unser Land.

(Abg. Nicole Razavi CDU: Für Sie war es schwierig!
– Abg. Peter Hauk CDU: Für die Grünen war es schwierig!)

– Nein, nein. Das ist natürlich eine Besonderheit,

(Abg. Peter Hauk CDU: Ja, ja!)

dass Sie noch nicht einmal merken, wie Sie mit Ihren Vorstellungen, die Sie bisher propagiert haben, im Dreck sitzen.

(Abg. Winfried Mack CDU: Wir sitzen im Dreck?)

– Natürlich. Sie haben doch über Jahre hinweg propagiert, dass es bestens gerechnet sei.

(Abg. Nicole Razavi CDU: Sie haben ein Problem!)

Ich habe vier Seiten Zitate von Ihnen und Ihren Politikerkollegen, Ministerpräsidenten,

(Abg. Winfried Mack CDU: Frau Präsidentin!)

die belegen, dass Sie über die letzten vier Jahre hinweg immer wieder gesagt haben, dieses Projekt sei gut gerechnet, man könne sich gar nicht vorstellen, dass es noch teurer sei, es gebe ja einen Risikopuffer von 1,5 Milliarden € und, und, und.

Jetzt ist herausgekommen, dass das alles Makulatur ist und dass diejenigen, die vor Kostenrisiken gewarnt haben, recht haben; sie sind doch gestern bestätigt worden. Wenn Sie ein bisschen Schamgefühl hätten, dann würden Sie jetzt schweigen. Aber Sie haben keines.

(Beifall bei den Grünen und Abgeordneten der SPD
– Abg. Nicole Razavi CDU: Warum klatscht denn von der SPD niemand? – Gegenruf des Abg. Dr. Friedrich Bullinger FDP/DVP: Herr Maier klatscht, er hat es nicht verstanden!)

Warum ist das mit den Kosten schwierig? Man könnte ja sagen: „Na ja, 1,5 Milliarden € kostet es mehr. Das macht aber nichts; die Bahn hat ja gesagt, dass sie die Mehrkosten selbst übernimmt.“ Das ist aber sehr kurzfristig gedacht. Denn es ist doch völlig klar, dass die Bahn mit ihren Infrastrukturunternehmen diese Mehrkosten irgendwie tragen muss.

(Abg. Peter Hauk CDU: Natürlich!)

Was wird sie denn tun? Davon, was sie tun wird, wissen die Oberschwaben ein Lied zu singen. Dort hat sie einen Bahnhof sauber modernisiert, übrigens mit kommunaler Unterstützung – so ähnlich wäre das bei Stuttgart 21 –, und anschließend hat man ein Mehrfaches an Stationsgebühren zu bezahlen.

(Minister Winfried Hermann)

Was wird im Falle von Stuttgart 21 passieren? Diese überbeuerte Infrastruktur mit Tunneln und neuen Stationen wird natürlich dazu führen, dass anschließend die Preise für Stationen und Trasse hochgehen werden.

(Abg. Winfried Mack CDU: Herr Minister, es gibt eine Volksabstimmung!)

Wer wird es bezahlen müssen? Wir, das Land, mit Mehrkosten beim Nahverkehr. Am Ende wird es natürlich entweder auf Mehrkosten bei den Tickets hinauslaufen, oder aber es könnte sein, dass man sich bestimmte Sachen nicht mehr leisten kann.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Es werden die Steuerzahler, es werden die Kunden zahlen müssen. Das wird die Konsequenz sein.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Winfried Mack CDU: Völliger Unsinn! – Zuruf von den Grünen: Und die Arbeitnehmer!)

– Herr Mack, ich glaube, Sie haben die Finanzierungsströme, wie sie bei der Bahn funktionieren, noch nicht verstanden. Jedenfalls habe ich von Ihnen bisher dazu noch kein erhellenendes Wort erfahren.

Jetzt kommen wir einmal noch zu Folgendem: „1,1 Milliarden € Risiko übernehmen wir“, hat die Bahn gesagt. Manch einer hat gesagt: „Das ist aber großzügig.“ Die Vertreter der Bahn haben aber gleich dazugesagt: „Es gibt aber noch andere Risiken in Höhe von 1,2 Milliarden €; sie kommen auch noch. Die müsst dann ihr mit uns aushandeln. Das müsst ihr dann bezahlen.“

(Abg. Peter Hauk CDU: Da steht das Risiko Landesregierung drin!)

Da muss ich z. B. sagen: Da hört der Spaß dann ziemlich schnell auf. Wir werden ziemlich hart verhandeln, dass wir auch dazu keinen Euro mehr geben. Es bleibt beim vereinbarten Kostendeckel. Es bleibt bei den 930 Millionen €. Ich bin in keinsten Weise damit einverstanden, dass die Bahn als externe Kosten und Faktoren anrechnet, was z. B. im Schlichtungsprozess vereinbart wurde oder was mit der alten Landesregierung schon längst vereinbart war.

(Abg. Nicole Razavi CDU: Was ist denn mit dem Filldialog?)

Es ist doch ein Witz, dass die Bahn das als externe Risiken darstellt. Das gehört zum Projekt, ist Teil des Projektgesamtvolumens, muss im Rahmen des Projekts finanziert werden und ist nicht Sache der Projektpartner.

(Beifall bei den Grünen – Abg. Nicole Razavi CDU: Schweigen bei der SPD!)

Ständig wird auch der Vorwurf erhoben, ich würde meiner Projektförderungspflicht nicht nachkommen. Wir achten peinlich genau darauf, dass im Ministerium alles sehr korrekt läuft.

(Lachen bei Abgeordneten der CDU)

Wir haben ein Referat dafür, wir haben externe Berater. Es läuft alles sehr korrekt. Im Übrigen – Sie brauchen gar nicht

zu lachen –: Alle, die zu diesem Referat gehören, stammen aus Ihrer Regierungszeit. Es ist kein Einziger abgelöst worden; es sind alle dabei.

(Abg. Nicole Razavi CDU: Es geht ja um die Neuen!)

Da waren wir sehr klug. Wir haben nämlich zu den bisherigen Mitarbeitern auch noch ein paar dazugenommen, sodass das Projekt von zwei Seiten beleuchtet wird.

Was aber sehr klar geworden ist und was mir die Leute, die auch mit anderen Behörden sprechen, immer wieder sagen, ist Folgendes: Wenn die Bahn nicht in der Lage ist, Unterlagen ordentlich abzuliefern, wenn die Bahn nicht in der Lage ist, die entsprechenden Voraussetzungen für ein Planfeststellungsverfahren zu erfüllen, dann ist es mehr als billig, den Behörden oder dem Land die Schuld für ein schleppendes Verfahren zuzuschreiben. Da ist die DB in den allermeisten Fällen selbst schuld. Wir werden das sehr detailliert dokumentieren können.

Ich will Ihnen nur ein Beispiel nennen: Allein beim Grundwassermanagement, wo man einmal schnell das Volumen verdoppelt hat, hat man von der Behörde als Reaktion auf den Antrag 56 Fragen zurückbekommen. Warum? Weil so viel unbeantwortet ist. Warum hat man denn bestimmte Anheftungspartner vergessen, die man eigentlich hätte befragen und informieren müssen? Ist das die Schuld des Landes, oder ist das ein Versäumnis der Bahn?

(Abg. Winfried Mack CDU: Wollen Sie jetzt das Projekt, oder wollen Sie es nicht?)

Es sind z. B. auch Sicherheitselemente in die externen Risiken hineingerechnet worden.

Ich kann Ihnen sagen: Diese Rechnung ist wenig überzeugend. Aber es ist klar: Die Bahn wird bezüglich dieser 1,2 Milliarden € auf uns zukommen und von uns mehr Geld haben wollen.

Meine Damen und Herren, von verschiedenen Koalitionsrednern ist schon vieles gesagt worden, was wir in anderen Bereichen alles noch machen. Deswegen will ich das mit Blick auf die Uhr nicht alles wiederholen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Ich habe übrigens einigen Kollegen versprochen, dass ich keinen großen Redebeitrag halte, damit Sie nicht alle Ihre Busse, Züge oder sonst was versäumen. Deswegen nur noch einmal ganz grundsätzlich: Ein Grundproblem der Verkehrspolitik ist eine nicht nachhaltige Finanzierungsplattform. Deswegen streite ich dafür, dass wir neben Haushaltsinstrumenten neue Infrastrukturfinanzierungselemente bekommen, damit insgesamt eine verlässliche Finanzierungsbasis vorhanden ist, dass wir langfristig positiv eine nachhaltige Verkehrspolitik gestalten können, dass man den Schienenausbau wirklich planen kann, dass man die lokalen und kommunalen Projekte im Straßenbau wie im ÖPNV-Bereich planen kann.

Die Koalition hat viel gerissen, sie hat wirklich ein großes Paket geschnürt. Aber es ist auch ein großes Risiko damit verbunden. Wenn wir es nicht schaffen, dass wir auf Bundesebene neue Finanzierungsgrundlagen für Mittel nach dem GVFG

(Minister Winfried Herrmann)

und dem Entflechtungsgesetz bekommen, dann wird es richtig schwierig in Sachen Verkehrspolitik. Ich streite und kämpfe weiterhin auf Bundesebene dafür, und ich bitte auch bei Ihnen um Unterstützung dafür.

(Beifall bei den Grünen und des Abg. Claus Schmiedel SPD)

Zum Schluss: Ich habe jetzt vieles weggelassen, aber eines will ich hier doch noch ansprechen, weil es jetzt wiederholt angesprochen worden ist. Ein beliebtes Klischee, das Sie hochhalten und vor sich hertragen, ist die Behauptung, in meinem Haus wären sozusagen nur Parteifreunde und Parkschützer. Dazu will ich einmal eines sagen: Die allermeisten Menschen, die bei mir im Ministerium arbeiten, stammen aus den Ministerien, die Sie früher geführt haben.

(Abg. Peter Hauk CDU: Es hat doch niemand gesagt: „nur“! Aber neuerdings!)

Die Allermeisten! Alle Stellen, die neu waren, sind ausgeschrieben worden. Da konnte man sich bewerben. Das gilt auch für die von Ihnen angesprochene Stelle. Ich kann Ihnen nur raten, zu schweigen, da ich ziemlich genau Bescheid weiß, wen ich alles übernommen habe, da ich z. B. auch sehr genau Bescheid weiß, wie viele Mitarbeiter im Staatsministerium, die zwar der eigenen Partei angehörten, aber nicht dem gleichen „Flügel“, ausgewechselt wurden, als der Ministerpräsident wechselte. Da wurden Leute ausgewechselt, als wären sie von ganz anderen Parteien,

(Zuruf von der CDU: Was?)

und wurden dann in Ministerien untergebracht und auch befördert. Wenn man das alles weiß, dann ist es, finde ich, ziemlich peinlich, dass Sie ausgerechnet uns so etwas vorwerfen.

(Beifall bei den Grünen und der SPD)

Denn das war die Praxis Ihrer Politik, und zwar über viele Jahre hinweg.

(Anhaltender lebhafter Beifall bei den Grünen – Beifall bei der SPD)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Für die CDU-Fraktion erteile ich Frau Abg. Razavi das Wort.

Abg. Nicole Razavi CDU: Herr Minister, zu Ihren letzten Ausführungen zur Ämterbesetzung im Ministerium kann ich Ihnen nur sagen: Dann haben Sie uns im Finanzausschuss schlicht und ergreifend nicht die Wahrheit gesagt.

(Zuruf: Was soll denn das jetzt?)

Sie haben uns gesagt: offenes Verfahren, in dem sich alle Referatsleiter bewerben können. Ich habe Sie vorhin gefragt, ob der jetzige kommissarische Leiter der Abteilung 5 auch richtiger Leiter der Abteilung 5 wird oder nicht. Diese Frage haben Sie nicht beantwortet.

(Unruhe bei den Grünen)

Wenn Sie jetzt sagen, diese Stellenbesetzung sei in einem Ausschreibungsverfahren gelaufen, dann frage ich mich, warum Sie uns diese Frage nicht genauso im Finanzausschuss beant-

wortet haben. Sie haben bzw. Frau Splett hat uns da etwas anderes gesagt.

(Abg. Beate Böhlen GRÜNE: Waren Sie früher Büroleiter? – Abg. Peter Hauk CDU: Hat er gelogen? – Lebhaftige Gegenrufe von den Grünen, u. a. Abg. Andreas Schwarz: Nicht gelogen!)

Frau Präsidentin, ich würde gern weitersprechen.

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Sprechen Sie weiter, Frau Abgeordnete.

(Anhaltende Unruhe)

Abg. Nicole Razavi CDU: Könnten Sie vielleicht einmal klingeln?

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Ja. – Sprechen Sie einfach weiter.

Abg. Nicole Razavi CDU: Entweder Sie sorgen für Ruhe, oder ich spreche nicht weiter.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Also: Sie geben von hier aus momentan ein ziemlich lächerliches Bild ab.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP)

Ich weiß nicht, was für ein Demokratieverständnis Sie haben.

(Zurufe von der CDU: Gar keines! – Die haben keines!)

Stichwort „Politik des Gehörtwerdens“.

(Abg. Winfried Mack CDU: Arrogant und ignorant!)

Jetzt zum Thema Mittelausstattung, z. B. für den Straßenbau. Man muss schon immer die Gesamtsituation betrachten. Wir haben Haushalte ohne Neuverschuldung vorgelegt.

(Abg. Muhterem Aras GRÜNE: Nicht in 57 Jahren!)

Sie legen hier einen Haushalt vor mit einer Neuverschuldung von 3,5 Milliarden € bei zusätzlichen Steuereinnahmen im Jahr 2013 von 3,8 Milliarden € und im Jahr 2014 von 4,1 Milliarden €.

Wenn Sie, Herr Minister, uns hier erzählen, dass Sie leider für Straßenbau und anderes nicht mehr Geld zur Verfügung haben als wir, dann, muss ich sagen, finden Sie im Finanzministerium kein Gehör. Dann sind nämlich andere Minister in dieser Frage besser als Sie. Wenn Sie es nicht hinbekommen, von diesem großen Batzen Geld aus Steuermehreinnahmen und Neuverschuldung mehr für den Verkehr herauszuschlagen, dann haben Sie etwas falsch gemacht.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Zuruf: Sehr gut!)

Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch: Meine Damen und Herren, es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

Wir kommen deshalb zur **A b s t i m m u n g** über den Einzelplan 13 – Ministerium für Verkehr und Infrastruktur. Ab-

(Stellv. Präsidentin Brigitte Lösch)

stimmungsgrundlage ist die Beschlussempfehlung des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft, Drucksache 15/2613. Die vorliegenden Änderungsanträge werde ich bei den entsprechenden Kapiteln aufrufen und zur Abstimmung stellen.

Ich rufe Abschnitt I der Beschlussempfehlung auf und schlage vor, die Abstimmung über die Ziffern 1 und 2 – Kapitel 1301 – Ministerium – und Kapitel 1302 – Allgemeine Bewilligungen – zusammenzufassen. Sind Sie damit einverstanden? – Das ist der Fall.

Kapitel 1301 und Kapitel 1302

Wer den beiden Kapiteln 1301 und 1302 gemäß den Ziffern 1 und 2 der Beschlussempfehlung zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer stimmt dagegen? – Enthaltungen? – Damit ist den Kapiteln 1301 und 1302 mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe Abschnitt I Ziffer 3 der Beschlussempfehlung auf:

Kapitel 1303

Verkehr

Hierzu liegen zwei Änderungsanträge vor. Wir kommen zunächst zur Abstimmung über Ziffer 1 des Änderungsantrags der Fraktion der CDU, Drucksache 15/2713-1. Wer Ziffer 1 dieses Änderungsantrags zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Damit ist Ziffer 1 des Änderungsantrags mehrheitlich abgelehnt.

Wir kommen nun zur Abstimmung über Ziffer 1 des Änderungsantrags der Fraktion der CDU, Drucksache 15/2713-2. Wer Ziffer 1 dieses Änderungsantrags zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Damit ist Ziffer 1 des Änderungsantrags mehrheitlich abgelehnt.

Wir haben noch über das Kapitel 1303 abzustimmen. Wer stimmt dem Kapitel 1303 zu? – Wer stimmt dagegen? – Enthaltungen? – Damit ist dem Kapitel 1303 mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe Abschnitt I Ziffer 4 der Beschlussempfehlung auf:

Kapitel 1304

Straßenverkehr

Hierzu liegen zwei Änderungsanträge vor. Wir kommen zunächst zur Abstimmung über Ziffer 2 des Änderungsantrags der Fraktion der CDU, Drucksache 15/2713-1. Wer Ziffer 2 dieses Änderungsantrags zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Damit ist Ziffer 2 des Änderungsantrags mehrheitlich abgelehnt.

Wir kommen nun zur Abstimmung über Ziffer 2 des Änderungsantrags der Fraktion der CDU, Drucksache 15/2713-2. Wer Ziffer 2 dieses Änderungsantrags zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Damit ist Ziffer 2 des Änderungsantrags mehrheitlich abgelehnt.

Wir haben noch über das Kapitel 1304 abzustimmen. Wer stimmt Kapitel 1304 zu? – Wer stimmt dagegen? – Enthaltungen? – Damit ist dem Kapitel 1304 mehrheitlich zugestimmt.

Ich rufe Abschnitt I Ziffer 5 der Beschlussempfehlung auf:

Kapitel 1305

Baurecht, Städtebau, Landesplanung

Wer stimmt Kapitel 1305 zu? – Wer stimmt dagegen? – Enthaltungen? – Damit ist dem Kapitel 1305 mehrheitlich zugestimmt.

Wir kommen zur Abstimmung über Abschnitt I Ziffer 6 der Beschlussempfehlung:

Kapitel 1306

Nachhaltige Mobilität

Hierzu liegen zwei Änderungsanträge vor. Wir kommen zunächst zur Abstimmung über Ziffer 3 des Änderungsantrags der Fraktion der CDU, Drucksache 15/2713-1. Wer Ziffer 3 dieses Änderungsantrags zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Damit ist Ziffer 3 dieses Änderungsantrags mehrheitlich abgelehnt.

Wir kommen nun zur Abstimmung über Ziffer 3 des Änderungsantrags der CDU, Drucksache 15/2713-2. Wer Ziffer 3 dieses Änderungsantrags zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit ist Ziffer 3 dieses Änderungsantrags mehrheitlich abgelehnt.

Wir haben noch über Kapitel 1306 abzustimmen. Wer stimmt Kapitel 1306 zu? – Wer stimmt dagegen? – Enthaltungen? – Damit ist dem Kapitel 1306 mehrheitlich zugestimmt.

Wir haben noch über Abschnitt II der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft, Drucksache 15/2613, abzustimmen. Der Ausschuss für Finanzen und Wirtschaft empfiehlt Ihnen, von der Mitteilung des Ministeriums für Finanzen und Wirtschaft, Drucksache 15/2630, soweit diese den Einzelplan 13 berührt, Kenntnis zu nehmen. – Sie stimmen zu.

Meine Damen und Herren, damit sind wir am Ende der Beratung des Einzelplans 13 – Ministerium für Verkehr und Infrastruktur – und am Ende der heutigen Tagesordnung angelangt.

Ich möchte Sie einladen, im Anschluss an die Plenarsitzung an der Begleitveranstaltung der Heinrich-Böll-Stiftung zur Ausstellung „Typisch ‚Zigeuner‘? – Mythos und Wirklichkeiten“ des Verbands Deutscher Sinti und Roma teilzunehmen.

Die nächste Sitzung findet morgen, Freitag, 14. Dezember 2012, um 9:30 Uhr statt.

Herzlichen Dank und noch einen schönen Abend.

Damit schließe ich die heutige Sitzung.

Schluss: 18:11 Uhr